

L 40.000
10
1914-1916
5. VIII. - 4. XII.
Volkswirtschaft
2.
Geldwesen
1.

1

I

Neues Wiener Tagblatt.

Die Geldumwechslung bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Die Verwechslungskasse der Oesterreichisch-ungarischen Bank hatte gestern abermals einen großen Andrang zu bewältigen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle war es tatsächliches Verwechslungsbedürfnis, und dieser Bedarf an Silber- und Nickelmünzen wurde tünlichst befriedigt. Aber daneben machte sich auch unverkennbar eine höchst nachteilige Thesaurierungssucht geltend, welche dem Verkehr das Hartgeld entzieht, um unvernünftigerweise „Strumpfgeld“ zu sammeln. Dadurch wird naturgemäß das Uebel verschärft und der Geldumlauf vor Schwierigkeiten gestellt, die sich gestern bereits in empfindlicher Weise fühlbar gemacht haben. Es zeigte sich ein Mangel an Silbermünzen, der die Zahlung eines Restes beim Einkauf, die Verwechslung einer Banknote gegen Kleingeld, häufig genug unmöglich machte. Nur die Einsicht der Bevölkerung, die überflüssige Thesaurierung von Hartgeld zu vermeiden, könnte der Kalamität abhelfen.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat gestern 800,000 Kronen in Silber- und Nickelmünzen abgegeben, die Kronen in Bäckchen zu 50 Stück. Eine Anzahl von Parteien wollte für je eine Fünfundzwanzigronennote Silber, was auch gewährt wurde, obgleich nicht immer der unmittelbare Bedarf den Anlaß zur Umwechslung bot. Da, wo ein wirkliches Verwechslungsbedürfnis vorhanden war, gab die Bank auch mehrere tausend Kronen, beschränkte jedoch die Abgabe von Silber- und Nickelmünzen in jenen Fällen, wo ein relativ größerer Betrag gefordert wurde, ohne daß die Dringlichkeit zu erweisen war. Es ist jedenfalls ganz und gar nicht motiviert, sich der Banknoten zu entledigen und dafür Hartgeld einzutauschen, um es zu verstecken und so dem Verkehr die unentbehrlichen Verkehrsmünzen vorzuenthalten.

Eine Mahnung der Bank gegen die Thesaurierung von Hartgeld.

Offiziell wird mitgeteilt: „An den Schaltern der Oesterreichisch-ungarischen Bank sind in den letzten Tagen so große Ansprüche nach Verwechslung von Banknoten in Teilmünzen gestellt worden, daß auf die Absicht geschlossen werden muß, Vorräte solcher Münzen anzusammeln, nicht aber bloß den unmittelbar notwendigen individuellen Bedarf für die laufenden Zahlungen zu decken.“

Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Verfahren die momentan im Zahlungsverkehr aufgetretenen Schwierigkeiten noch weiter steigern muß und daß es im allgemeinen Interesse gelegen ist, eine solche Aufspeicherung von Münzen, aus welcher der einzelne in Wirklichkeit keinerlei Vorteil zu gewärtigen hat, weiterhin zu unterlassen.

Insbesondere muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß kein Anlaß besteht, eine Banknote geringer zu bewerten als die entsprechende Anzahl von Scheidemünzen. Es hat auch gar keinen Sinn, die Scheidemünze, welche gerade so wie die Banknote ein Zeichen Geld ist und keineswegs eine Münze mit dem Nennwert gleichkommendem inneren Wert darstellt, anzusammeln und zurückzuhalten.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank trifft selbstverständlich jede mögliche Vorsorge, um für die wirklichen Zahlungsbedürfnisse des Kleinverkehres die benötigten Teilmünzen auch in Zukunft zur Verfügung zu stellen.

Uebrigens werden fortlaufend und in sehr erheblichem Umfang neue Kronen und andre Teilmünzen ausgeprägt und dem Verkehre zugeführt. Es fehlt demnach jeder Grund, sich bereits jetzt für spätere Zeiten zu bevorrätigen und damit der Gegenwart das Notwendige zu entziehen. Wenn aber die Bevölkerung sich von jeder überflüssigen und unvernünftigen Ansammlung nicht benötigter Teilmünzen enthält, so wird durch ihr eigenes Gebahren der jetzt beklagte Uebelstand schon beseitigt.

Ein Berichterstatter meldet uns: Der Mangel an Hartgeld machte sich gestern im privaten und geschäftlichen Verkehr Wiens sehr fühlbar. War es schon in den Morgenstunden nur nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten und unter Zeitverlust möglich, eine Zwanzig- oder Zehnkrone in Silbergeld oder Nickel einzutauschen, so steigerte sich dieser Mangel zur Mittagzeit und ganz besonders in den Abendstunden zu einer Kalamität. In der Innern Stadt, noch mehr aber in den äußeren Bezirken litten unter diesen Verhältnissen sowohl die Geschäftsleute wie auch das konsumierende Publikum. Auf den geschäftlichen Verkehr wirkte diese Erscheinung lähmend, da viele Kaufleute die Wünsche von Kunden, welche nur über Banknoten verfügten, nicht erfüllen konnten und auf viele Umstände in kleineren Beträgen verzichten mußten. Noch unangenehmer war die Situation in Geschäften für Lebensmittel sowie in Gast- und Kaffeehäusern. In manchen Gasthäusern und Lebensmittelgeschäften waren — wie oben erwähnt — Ankündigungen angebracht, auf welchen dem Publikum mitgeteilt wurde, daß Waren nur gegen Kleingeld verabreicht werden und Wechselgeld absolut nicht vorhanden sei.

Viele Gastwirtschaften hatten die Anregung, die wir in unserm gestrigen Abendblatte gaben, sich zumut gemacht, indem die Stammgäste dem Zahlsteller eine Zehn- oder Zwanzigkrone auf Verrechnung übergaben. Dabei fehlte es nicht an Bestrebungen des Publikums, dem Mangel an Hartgeld in irgendeiner Weise abzuhelfen. Schon zeitlich morgens waren an den Schaltern der Oesterreichisch-ungarischen Bank, wo sonst die Einwechslung von Papiernoten in Silbergeld andäuslos vorgenommen wird, zahlreiche Parteien,

darunter Bankdiener, Stenotypisten, aber auch viele Private erschienen, um Hartgeld einzutauschen. Da der Andrang immer mehr stieg, so daß in der Mittagsstunde viele Hunderte Menschen sich in dem Kassenraume drängten, wurden nur Beträge bis zu fünfzig Kronen in Silber gewechselt, und trotz dieser Verfügung hielt der Andrang bis zum Schlusse der Amtsstunden an. Bei den Schaltern des Postsparkassenamtes konnten Umwechslungen überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die Beamten nur wenig Silbergeld zur Verfügung hatten, und sogar Einzahlungen kleinerer Beträge durch größere Geldquoten in einzelnen Fällen nicht angenommen werden konnten. Viele Personen versuchten es auch bei der Centrale des „Roten Kreuz“ in der Innern Stadt, Banknoten gegen Silbergeld einzutauschen, manchen Wünschen konnte entsprochen werden, doch war diese Aushilfe lange nicht dem Bedarfe entsprechend.

Die Kleingeldnot.

Gestern ist die in unserm Blatte bereits vorterte Kleingeldnot in Wien in ganz besonderer Weise empfunden worden. In Warenhäusern, Restaurants, Cafés usw. gab es Schwierigkeiten, wenn man für kleinere Zahlungen nicht Bargeld, (Silberkronen, Nidel und Bronze) präsent hatte. Banknoten der Kundschaft wurden in vielen Fällen mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß man nicht in der Lage sei, sie gegen Bargeld umzuwechseln, beziehungsweise die Differenz zwischen Schuldbetrag und Notenbetrag in Silber, Nidel oder Bronze auszugleichen. Man mußte dann vielfach in Geschäftshäusern bei kleineren Einkäufen wählen, ob man auf die Ware verzichten oder sie schuldig bleiben wolle, in Restaurants und Cafés ließen sich viele Stammgäste, die über Bargeld nicht verfügten, die Beche antreiben, weil der Zahlkellner erklärte, daß er nicht genug Silber, Nidel und Bronze habe, um Münzen auf die präsentierte Banknote verabsolgen zu können. In diversen Geschäftslökalen konnte man schon Affischen lesen, in denen es heißt, daß Zahlungen nur in Bargeld angenommen würden. Man war so mit der wohl-fundierten, nach den besten Regeln der Finanztechnik gedeckten Banknote plötzlich in Verlegenheit gekommen, die um so schlimmer und verbrießlicher war, als sie unerwartet gekommen und, wie man nicht erst sagen muß, ganz und gar unbe-gründet war.

Was nützen alle noch so trefflichen Argumente, wie, daß es doch unfsinnig und lächerlich sei, sich solcherart auf Bargeld zu verlassen, und die erst-klassige Papiernote der Oesterreichisch-ungarischen Bank, die überall, auch im Auslande, nach Recht und Gebühr so sehr geschätzt wird, zurückzuweisen — es blieb alles vergeblich: man verlangte und beharrte dabei, daß man mit Bargeld bezahlt sein wolle. Viele, die es aber nicht besaßen, mußten — diese Tatsache ist auch zu verzeichnen — aus Lebensmittel-geschäften leer abziehen, man bekam in Molkereien nicht Milch, wenn man kein Kleingeld hatte, und die Unannehmlichkeiten waren sehr erheblich und doch so völlig überflüssig. An den zuständigen Stellen ist man über diese Vorkommnisse unter-richtet, und es sind da entsprechende Maßnahmen in Aussicht genommen, um Abhilfe zu schaffen.

Eine Folge dieser unberechtigten Bargeldbe-günstigung war der übergroße Andrang in der Oesterreichisch-ungarischen Bank und in andern In-stituten, wo die Parteien Papiergeld gegen Münze umtauschen wollten. Eine über die einschlägigen Ver-hältnisse wohlinformierte Persönlichkeit teilt uns mit: Alles will jetzt Bargeld! Warum denn? Es ist doch ganz unfsinnig, daß man in so extremer Weise danach begehrt, vor allem ist es nicht im Interesse des Publikums, dessen geschäftlicher Verkehr nach wie vor in der Abwicklung an die Benützung von Bargeld und Banknoten geknüpft ist. Es wird auch nicht gehen, daß man einseitig das Bargeld in den Vordergrund stellt. Nur ein Teil dessen, was gestern in der Oesterreichisch-ungarischen Bank an Münze (gegen Banknoten) angesprochen wurde, ist abgegeben worden. Man konnte da die Wahrnehmung machen, daß Parteien, die Bargeld schon einmal empfangen hatten, wieder erschienen, um abermals und abermals sich gemünztes Geld zu holen. Wozu mag das ge-schehen? Doch nur — um es geradeheraus zu sagen — weil man das Bargeld für besser, wertvoller hält als die Papiernote. Darüber Worte verlieren, darf einem gewiß erlassen werden. Ueber etwas andres soll einiges bemerkt sein. Das Bargeld, das plötzlich im Verkehr fehlt, wird anscheinend verstreut, kehrt daher in den Verkehr nicht wieder zurück, engt diesen, wie wir eben in diesen Tagen sehen, ein und schädigt ihn. Das darf so nicht weiter-gehen, zumal, da, wie bereits betont, die Nach-teile davon nur die Bevölkerung treffen. Die über-mäßigen Bargeldentziehungen müssen aufhören; ganz natürlich, weil sie sinnlos und störend sind. Millionen an Münzen sind gestern in der Oesterreichisch-ungarischen Bank gegen Bank-noten umgewechselt worden, und es wäre nichts da-bei, wenn das Bargeld im Verkehr bliebe; dieses jedoch eintauschen, um es weiß Gott wo zu ver-bergen, weil eine alte Fabel erzählt, daß es besser sei, als das Papiergeld, und dazu die geschäftliche Zirkulation beeinträchtigen, das muß endlich auf-hören.

Mr. 214

Wien, Mittwoch

Man denke mir beispielsweise an die Ver-legenheiten, in die die Arbeiter eines Fabrikanten oder eines andern Geschäftsherrn geraten müssen, wenn dieser im Verkehr nicht genügend Bargeld findet zu Lohnauszahlungen. Es braucht jeder Münzgeld, darum muß es wieder zum Vorschein kommen aus den Verstecken. Es ist bekannt — schloß unser Gewährsmann —, daß auch in andern Städten diese Kleingeldnot besteht unter den gleichen Um-ständen wie hier, und es sind von berufener be-hörlicher Seite Vorkehrungen getroffen worden, um der Mißlichkeit zu steuern...

Ueber die hier besprochene Auffpeicherung von Bargeld hat die Oesterreichisch-ungarische Bank gestern abend eine Kundmachung hinausgegeben, die wir in der volkswirtschaftlichen Rubrik veröffent-lichen.

Die Vermehrung des Bargeldes.

Wie schon herborgehoben, hat die Regierung zur Behebung der Kleingeldnot die vermehrte Aus-brägung von Münzen ins Auge gefaßt. Die Kontingente, wie sie bisher für die Ausprägung von Scheidemünzen gelten, umfassen für Oesterreich und Ungarn zusammen 584 Millionen Kronen, davon 128 Millionen Kronen in Fünfkronenstücken, 500 Mil-lionen Kronen in Zweikronenstücken, 300 Millionen Kronen in Einkronenstücken, 48 Millionen Kronen in Zwanzighellerstücken, 32 Millionen Kronen in Zehnellerstücken und 26 Millionen Kronen in Bronzemünzen.

Intervention des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner.

Die Rathhauskorrespondenz berichtet: Mit Rück-sicht auf viele in das Rathaus gelangte Mel-dungen über Mangel an Bargeld im öffentlichen Verkehr sah sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner genötigt, auf das nachdrück-lichste beim Statthalter zu intervenieren, damit die Regierung unberweilt entsprechende Maßnahmen treffe, um diesem hart empfundenen Uebelstande zu begegnen.

Ferner wird uns mitgeteilt: Nach den Er-läuterungen, welche der Leiter des Finanzministeriums Freiherr v. Engel dem Bürgermeister gab, setzt die Regierung alles daran, um die fort-währende Prägung von Kronenstücken zu fördern. Allerdings würde auch die Maß-regel der Regierung, mehr Kronenstücke in den Ver-kehr zu bringen, wirkungslos bleiben, wenn das Publikum fortfährt, die Kronen zurückzuhalten.

Ein Aufruf.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erläßt folgenden Aufruf:

Mitbürger!

Sein Mißtrauen in die Banknoten! Heraus mit Kronen und Nidel!

Wer sein Bargeld in dieser erusten Zeit dem Verkehr entzieht, schädigt die ganze Volks-wirtschaft!

Kauft keine Kronen an und gebt sie wie sonst in den Verkehr!

Numbr. 68914

Die Kleingeldnot.

Jeder Tag mehrt nur die Kleingeldkalamität. Auf den Märkten, in Geschäften usw. gab es infolge der Kleingeldnot arge Verlegenheiten: überall wurde von den Kunden Hartgeld gefordert, und häufig zog die Kundschaft wieder leer ab, weil sie nicht über Münze verfügte; anders wollten aber die Geschäftsleute ihre Waren nicht hergeben.

Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank war auch heute der Andrang von Parteien, die Papiergeld gegen Hartgeld umzuwechseln gekommen waren, sehr lebhaft. In den kompetenten Kreisen beschäftigt man sich sehr eingehend mit der Kalamität, und ein vorläufiges Ergebnis dieser Erörterungen ist die im Morgenblatte bereits mitgetheilte Entschliessung der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Banknoten zu zwei Kronen zu emittieren.

Wir lassen nun einige Zuschriften aus dem Publikum folgen. Man schreibt uns:

„Die Regierung hätte eine Verordnung zu erlassen, wonach zur Ermöglichung eines regen Kleingeldverkehrs neue Banknotenscheine mit dem Werte von 1, 2 und 5 K. österreichischer Währung zur Ausgabe gelangen sollten. Die betreffenden Scheine, etwa in der Größe von 6x3, 7x4 und 8x5 Zentimeter, wären nicht nur sehr leicht handsam, sondern auch insofern, das jetzt fehlende Silbergeld vorteilhaft zu ersetzen. Diese Verordnung hätte etwa nur für die Dauer des Kriegszustandes zu gelten.“

Eine andre Zuschrift: „Ich schlage vor, Noten von 1 bis 5 K. und neben der Nickel- und Kupferscheidemünze Wertzeichen wie die der Post auf Karton herauszugeben und unter Androhung von Strafe jeden zu verhalten, diese Papierscheidemünzen ebenso wie die aus Silber, Nickel und Kupfer zu nehmen.“

Ferner: „Ein Vorschlag, um der momentanen großen Hartgeldnot abzuhelfen: Die Oesterreichisch-ungarische Bank solle ermächtigt werden, Zehnkrone-noten in zwei Teile zu teilen. Jeder Teil soll den halben Teil des Wertes der ganzen Note repräsentieren. Nur diejenigen Notenteile, welche mit dem feuchten Stempel oder Stampigle der Oesterreichisch-ungarischen Bank versehen sind, sollten als vollgültig anerkannt und überall als Zahlung angenommen werden müssen. Nach dem Krieg könnten diese Noten wieder eingezogen werden.“

In einer weiteren Zuschrift heißt es: Der Mangel an Scheidemünze wird nicht früher beseitigt werden, bevor sich nicht die Oesterreichisch-ungarische Bank entschließt, fünf und eine Kronennote auszugeben. Solche Noten wird niemand als Strumpfgeld aufheben. Ich erinnere mich noch ganz genau, daß wir in Oesterreich Guldennoten und papierene Zehnkreuzerstücke im Umlauf hatten. Warum das jetzt nicht der Fall sein könnten? Im Jahre 1866 hat man sogar die Gulden- und Zehnkreuzernoten, wenn er nötig war, in zwei Teile zerrissen, und jedermann hat diese halben Papierscheine als Geldeswert angenommen.“

6/8 914

Briefmarken als Zahlungsmittel.

Wir erhalten folgende beachtenswerte Zuschrift:

„Bekanntermaßen hat sich in den letzten Tagen der Mangel an Hartgeld außerordentlich fühlbar gemacht, und es kann dieser Umstand, zumal keine Aussicht besteht, daß er sich in den nächsten Tagen bessert, die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen. Es ist heute schon unmöglich, ohne den Besitz von Hartgeld in irgendeinem Laden, Gasthaus etc. etwas zu erstehen, eine Fahrkarte zu erhalten usw. Selbst wenn sich die Oesterreichisch-ungarische Bank entschließt, Papiergeld in kleinen Abschnitten herauszugeben, so dürfte die Aktivierung einer solchen Maßnahme aus technischen Gründen nicht sehr rasch vor sich gehen können. Ein wirksames Mittel, den Mangel an Hartgeld mit einem Schlag zu beseitigen, erscheint mir, vorausgesetzt, daß das hohe Finanzministerium, respektive Handelsministerium eine Verlautbarung erlassen würde, da Briefmarken jederzeit von seiten der Postämter gegen Papiergeld ungetauscht werden können, als Zahlungsmittel Briefmarken zu verwenden, und zwar, da sie in losem Zustand zu sehr der Beschädigung ausgesetzt wären, auf kleinen Kartons aufgeklebt. Die Postverwaltung wird gewiß für den Fall, daß durch eine solche Maßnahme der Bedarf an Briefmarken höhere Werte akut steigen würde, rascher in der Lage sein, Neuauslagen von Marken herzustellen, als die Oesterreichisch-ungarische Bank neue kleine Noten. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Edgar A u b.“

Die Kleingeldnot.

Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat angesichts der drückenden Kleingeldnot in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag der Bankleitung über die Vorbereitung einer Emission von Banknoten zu zwei Kronen genehmigt. Die Kleingeldnot hielt auch gestern mit all ihren die Geschäftswelt und das Privatpublikum berührenden höchst unangenehmen Folgen an, und groß war die Zahl derjenigen, die sich in der Oesterreichisch-ungarischen Bank eingefunden hatten, um Papiergeld gegen Hartgeld umzuwechseln. Die Bank zeigte sich bestrebt, den Wünschen der Parteien nach Kräften zu entsprechen, und in die Hunderttausende gingen die Beträge, die in Münzen gegen Noten abgegeben wurden. Nun wird von den zuständigen Stellen erwartet, daß das Hartgeld auch in den Verkehr gebracht, nicht aber diesem entzogen, versteckt und thesauriert werde. Man müsse doch einsehen, daß das Geld die Bestimmung hat, zum Nutzen der Bevölkerung zu zirkulieren, nicht aber gesammelt und gehütet zu werden. Auf diese Weise werde das geschäftliche Leben nur geschädigt, und es treffe jeden einzelnen, wenn die Münzaufspeicherungen nicht aufhören. Man bekam dies gestern auch in den Haushaltungen mehr als am vorausgegangenen Tage auf das allerempfindlichste zu verspüren, da infolge der Kleingeldnot die Lebensmitteleinkäufe nur unter Schwierigkeiten vorgenommen werden konnten. Die betreffenden Geschäftsleute forderten zur Deckung kleinerer oder über die Notensumme hinausreichender Käufe Hartgeld, indem sie erklärten, daß sie selbst Münze zum Wechseln nicht vorrätig hätten. Es zeigte sich daher wieder, daß das Münzgeld noch zurückgehalten wird. Die durch die Kleingeldnot geschaffene Verlegenheit muß sich naturgemäß immer mehr erweitern, und es werden, wie schon mitgeteilt, an den kompetenten Stellen konkrete Maßnahmen erwogen, die rasch und

Neues Wiener Tagblatt.

gründlich das Uebel zu bekämpfen geeignet erscheinen.

Die Behörden haben Kenntnis erhalten, daß einzelne Personen verbreiten, daß die Banknote entwertet sei, sich zugleich jedoch erbötig zeigen, das Papiergeld gegen einen Rabatt, ein Disagio zu übernehmen. Solche Bortoaumisse müssen belehren, wie grundlos und schädigend die geschilderten Hartgeldthesaurierungen sind und wie sehr es in jedermanns Interesse gelegen wäre, mitzuwirken, daß die Münze wieder voll in den Verkehr gelangt. Die Behörden werden gegen die Disagiotreibereien mit der größten Strenge einschreiten.

* * *

Aus dem Publikum laufen bei uns fortgesetzt Zuschriften in dieser Angelegenheit ein. In einem Schreiben wird bemerkt: „Kaufleute, Fleischer, Bäcker, Greisler und dergleichen der Umgebung verweigern beim Einkauf die Annahme von Papiergeld selbst (a 10 und 20 K.) und gebrauchen durchweg die Ausrede, daß sie (den Rest) nicht herausgeben könnten. Es wäre dringend geboten, wenn unverzüglich eine behördliche Weisung (ähnlich jener gegen die Preistreiber) veröffentlicht werden würde, die diesem Gebahren strenge Einhalt gebietet.“

Eine andre Zuschrift lautet: „Während ich mir vorgestern noch damit half, Rollen von Nickelgeld für 5 oder 10 K. herauszugeben, habe ich gestern auch diese nicht mehr, und mußten Kunden, die bei mir Einkäufe machen wollten, einfach weggeschickt werden. So erging es auch vielen andern Geschäften, und machte ich auch die Beobachtung bei einem Fleischer, daß Frauen, die das Fleisch bereits abgewogen im Korbe hatten, es wieder herausgeben mußten, da der Fleischer nicht imstande war, herauszugeben.“

Ferner: „Der Kalamität mit dem Hartgeld, wie sie in Ihrem geschätzten Blatte besprochen wird, wäre vielleicht abzuwenden, wenn die Regierung eine Verordnung erlasse, daß auf die ungerechtfertigte Ansammlung des Hartgeldes eine Strafe gesetzt werden würde. Ein analoger Fall ist doch mit dem Lebensmittelwucher gegeben, wo am Tage nach der Erlassung der Verordnung die Erdäpfel von 50 Heller wieder zum normalen Preis von 16 Heller verkauft wurden.“

Weiters: „Zur Frage der Milderung der Hartgeldnot las ich die Anregung, zur Zahlung Briefmarken, eventuell auf einem Karton aufgeklebt, zu verwenden. Diese Anregung ließe sich praktisch in der Form der bestehenden Sparkarten zu einer Krone verwerten, da diese Sparkarten jederzeit als Einlage bei der Postsparkasse benutzt werden können.“

In einer Zuschrift wird ausgeführt: „Der in den letzten Tagen allseits schwer empfundene Mangel an Kleingeld ließe sich dadurch erheblich mildern oder vielleicht ganz beheben, wenn alle regelmäßig wiederkehrenden Gäste der Restaurants und Cafés sowie Kunden von Lebensmittelgeschäften Wiens zu dem betreffenden Geschäftsinhaber, wie dies in einzelnen Fällen bereits in Übung ist, in ein Abonnementverhältnis treten würden. Der betreffende Geschäftseigentümer hätte seinen Gästen, beziehungsweise Abnehmern, gegen Erlag eines zehn-, beziehungsweise zwanzigkronenscheines eine Abonnementkarte auszufolgen, von welcher der tägliche Konsum des betreffenden Gastes, beziehungsweise Käufers, bis zum gänzlichen Verbrauch des Abonnementbetrages abgeschrieben werden könnte. Dieses Kreditystem, welches nur ein ganz unbedeutendes Maß von Vertrauen seitens des Gastes, beziehungsweise Abnehmers, gegenüber dem betreffenden Geschäftsinhaber voraussetzt, würde die Kleingeldnot verschwinden machen oder sie zumindest wesentlich mildern.“

* * *

6/814

8
//

Hofrat Demeter Petrovits, der Direktor des k. Hauptmünzamtes, teilte gestern einem Berichtslatter mit, daß der ganze verfügbare Vorrat Hartgeld an die Oesterreichisch-ungarische Bank abgegangen sei. Zahlungen in Kleingeld erfolgen seitens des Amtes nicht mehr. Wie Officien sagen, können Umwechslungen in Hartgeld im Münzamt nicht vorgenommen werden.

Zum Schalter der Oesterreichisch-ungarischen Bank kam vorgestern eine Frau, und wies eine tausend Kronennote vor. Sie wünschte, erkläre sie, daß dies eine zu schwere Last für sie sein würde, sie nicht abließ, die Umwechslung zu verlangen, so man ihr die Säckle mit Nickel, für fünf Kronen, die etwa dreißig Gramm schwer waren. Die Frau ermahnte verlegen, daß sie einen Dienstmann holen werde, verschwand, und kam nicht mehr.

6. August 1914

Das Geldwechselfeln durch Straßenbahnkondukteure.

Die „Kathaus-Korrespondenz“ berichtet: Der Eingang an Hartgeld bei den Straßenbahnen ist in den letzten Tagen auf Siebentel gesunken, was nur dadurch zu erklären ist, daß zahlreiche Fahrgäste die Fahrt den Straßenbahnen zum Wechselfeln von größeren Beträgen benützen. Es ist unmöglich, die Kondukteure mit so großen Selbstbeträgen an Hartgeld zu versehen, daß sie diesen weit über das bisherige Maß hinausgehenden Ansprüchen Genüge leisten können, und es besteht bei Zulassung dieser nicht zu lösenden Aufgabe der Straßenbahn zufallenden Geldwechselfeln die Gefahr, daß auch jenen Fahrgästen, welche einzelne Kronen zur Zahlung vorweisen, nicht mehr herausgegeben werden könnte. Aus diesem Grunde und weil die Direktion der k. k. österreichischen Straßenbahnen sonst selbst nicht mehr in der Lage wäre, den an sie heranwachsenden Ansprüchen an Hartgeld nachzukommen, werden Anschläge in den Wagen veranlassen, mit welchen die Fahrgäste aufmerksam gemacht werden, daß die Kondukteure nicht verpflichtet sind, für die Bezahlung des Hartgeldes größere Geldstücke oder Noten entgegenzunehmen.

Es ist allgemein bekannt, daß bei den Eisenbahnen die Vorschrift besteht, das Fahrgeld abzuheben bereit zu halten, welche Bestimmung auch die Straßenbahnen Anwendung zu finden hat. Wenn ein Fahrgast nur über Notengeld verfügt und die Fahrt antreten will, oder wenn der Fahrgast auch auf kleinere Geldstücke nicht mehr ausgeben kann, so ist er verpflichtet, die Noten oder die kleineren Geldstücke entgegenzunehmen und den offenen Restbetrag unter Angabe seines Namens und seiner Taschennummer auf der Rückseite des auszufolgenden Fahrscheines zu bestätigen. Gegen Abgabe dieses Fahrscheines und der Fahrgelder kann dann vom nächsten Tage an — weil darüber schriftliche Meldungen erstattet werden müssen — der vom Kondukteur übernommene Betrag bei der Kartenausgabekasse, Bezirk, Rahlgasse Nr. 3, erhoben werden.

Vorschläge im permanenten Wirtschaftskomitee.

In der Sitzung des permanenten Wirtschaftskomitees der Handels- und Gewerbekammer, welche gestern unter Vorsitz des Präsidenten Paul Ritter v. Schoeller stattfand, wurde mit Bezug auf den Mangel von Hartgeld zunächst vorgeschlagen, ähnlich wie in Frankreich zur Ausgabe von Ein-, Zwei- und Fünfkronenscheinen zu schreiten. Gleichzeitig wäre die Ausprägung von Silber- und Nickelmünzen möglichst zu beschleunigen. Der zweite Vorschlag ging dahin, Briefmarken und Stempel vorübergehend zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zu machen und eine Erklärung des Finanzministeriums und der Postverwaltung zu erwirken, daß einerseits diese Stempel, andererseits die Marken an den Staatskassen zurückgekauft werden. Schließlich wurde erwogen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen Kaufleute und Gewerbetreibende an ihre Kunden Bonsbüchlein oder Anweisungen ausgeben könnten, zum Beispiel so, daß ein Kaufmann seinem Kunden gegen Erlag einer Zwanzigkronenbanknote einen Gutschein über diesen Betrag gibt und bei jedem Einkauf, den die Kunde bei ihm besorgt, den Preis der eingekauften Gegenstände auf diesem Gutschein zur Abschreibung bringt. Dieser Vorgang wäre kein neuer, er ist vielmehr längst, zum Beispiel bei Friseuren, dann in manchen Restaurants in Form von Speisemarken, überhaupt in allen Betrieben, die mit Abonnements arbeiten, üblich. Zur näheren Beratung wurde gemeinschaftlich mit dem Gremium der Wiener Kaufmannschaft ein Komitee eingesetzt.

Das Komitee beschloß ferner, an das Finanzministerium mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, an alle politischen Behörden erster Instanz die Weisung zu geben, daß diese durch Plakate und in sonst geeigneter Form die Bevölkerung in klaren und leicht verständlicher Weise auf die Verpflichtung zur Annahme der Banknote als eines gesetzlichen Zahlungsmittels aufmerksam machen. Für den Fall, daß Banken für die Flüssigmachung von Beträgen amtliche Bestätigungen über Lohnlistensummen verlangen, wurde das Ansuchen gestellt, daß die Gewerbeinspektoren vom Handelsministerium angewiesen würden, im Falle Unternehmers ihres Amtsbezirkes mit dem Ersuchen um Verifizierung einer Lohnliste an sie heranzutreten würden, diese Verifizierung nach Maßgabe ihrer Kenntnisse durchzuführen.

Sektionschef Dr. Kreuzhuber vertritt diesem Ansuchen nachzukommen.

6/8914

Verbot des Umwechslens auf der Elektrischen.

Die Rathauskorrespondenz meldet: Der Eingang an Hartgeld bei den Straßenbahnen ist in den letzten Tagen auf ein Siebentel gesunken, was nur dadurch zu erklären ist, daß zahlreiche Fahrgäste die Fahrt auf den Straßenbahnen zum Wechseln von größeren Noten benötigen. Es ist unmöglich, die Kondukteure mit so großen Geldbeträgen an Hartgeld zu dotieren, daß sie diesen weit über das bisherige Maß hinausgehenden Ansprüchen Genüge leisten können. Aus diesem Grunde und weil die Direktion der städtischen Straßenbahnen sonst selbst nicht mehr in der Lage wäre, den an sie herantretenden Ansprüchen an Hartgeld nachzukommen, wurden Anschläge an den Wagen veranlaßt, durch die die Fahrgäste aufmerksam gemacht werden, daß

die Kondukteure nicht verpflichtet sind, für die Bezahlung des Fahrgeldes größere Geldstücke oder Noten entgegenzunehmen. Wenn ein Fahrgast nur über Notengeld verfügt und die Fahrt antreten will, oder wenn der Schaffner auch auf kleinere Geldstücke nicht mehr herausgeben kann, so ist der Schaffner verpflichtet, die Noten oder die kleineren Geldstücke entgegenzunehmen und den offenen Restbetrag unter Angabe seines Namens und seiner Taschennummer auf der Rückseite des auszufolgenden Fahrscheines zu bestätigen. Gegen Abgabe dieses Fahrscheines und der Fahrgelder kann dann vom nächsten Tage an — weil darüber schriftliche Meldungen erstattet werden müssen — der vom Kondukteur übernommene Betrag bei der Kartenausgabekasse, 6. Bezirk, Kaffeehaus Nr. 3, behoben werden.

7./8. 1914.

10

Vorkehrungen gegen die Hartgeldnot.

Eine Verfügung des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die städtischen Straßenbahnen die Weisung ergehen lassen, das aus den täglichen Einnahmen der Straßenbahnen vorhandene und verfügbare Kleingeld den Marktleuten zukommen zu lassen, damit der Lebensmittelverkehr auf den Märkten keine Einbuße erleide und die Gewerbetreibenden vor Schaden geschützt sind. Teilweise wurde schon gestern früh diese vortreffliche Abhilfe gegen den Hartgeldmangel auf den Märkten durchgeführt; städtische Amtsorgane überbrachten mittelst Automobilen in Säcken abgezählt und plombiert das Kleingeld. Bei der Einwechslung herrschte mitunter ein großer Andrang und im Nu war dasselbe vergriffen. Der Verkehr auf den Märkten wickelte sich vollständig glatt ab und sowohl die Marktleute, wie auch das Publikum waren von dieser Maßnahme des Bürgermeisters sehr befriedigt.

Gegen die Hartgeldsammler.

Es ist in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen, daß sich skrupellose Leute die in manchen Kreisen der Bevölkerung, namentlich im weiblichen Teile derselben herrschende Besorgnis, unsere Banknoten würden infolge des Kriegszustandes entwertet, in wucherischer Weise zunutze gemacht haben. Sie boten Leichtgläubigen für eine Zwanzigkrone note neunzehn oder gar nur achtzehn Kronen Silber und bemerkten dabei, daß der Wert der Banknoten noch weiter sinken werde.

Die Behörde hat daher alle polizeilichen Organe angewiesen, dem unverantwortlichen und strafgesetzwidrigen Treiben jener Personen energisch entgegenzutreten, die Banknoten gegen eine kleinere Summe Silbergeldes einwechseln wollen. Bisher wurden bereits einige Personen wegen derartiger Vergehen verhaftet und dem Strafgerichte überstellt.

Briefmarken als Zahlungsmittel.

Der Vorschlag, während des voraussichtlich nur kurze Zeit andauernden Hartgeldmangels Briefmarken an Zahlungsstatt im Kleinverkehr zu verwenden, hat rasch praktische Anwendung gefunden. Schon gestern hatten sich zahlreiche Geschäfte der Stadt und ebenso viele Zahlkellner mit Bogen von Briefmarken versehen und gaben bei Zahlungen mit größeren Noten statt Silber und Nickel Briefmarken heraus.

Hier sei auch auf die in allen Postämtern und größeren Trafiken erhältlichen Briefmarkenheften hingewiesen. Sie enthalten 18 Fünfheller- und 6 Zehnheller-Marken, können also entweder im Ganzen als Gegenwert für 1 Krone 50 Heller — dies ist auch der Kaufpreis — oder auch durch Entnahme einzelner Marken an Zahlungsstatt verwendet werden. Dabei bieten die Hefchen den Vorteil größerer Handlichkeit gegenüber ganzen Bogen und außerdem sind die Marken durch den Umschlag gegen Beschädigung geschützt.

*

7./8. 1914.

Kleingeld für die Marktleute.

Bgm. Dr. Weiskirchner hat an die städtische Straßenbahn die Weisung ergehen lassen, den Markt-
leuten das aus den täglichen Einnahmen der städtischen
Straßenbahn verfügbare Kleingeld zukommen zu lassen,
damit der Lebensmittelverkehr auf den Märkten keine
Einbußen erleide und die Gewerbetreibenden vor Schaden
geschützt sind. Heute früh wurde diese vortreffliche
Abhilfe gegen den Hartgeldmangel auf den Märkten
schon durchgeführt und überbrachten städtische Amts-
organe mittels Automobils, in plombierten Säcken abge-
zählt das Kleingeld. Im Nu war das Geld „ver-
griffen“. Die Marktleute und Marktbesucher äußerten
über die Verfügung des Bürgermeisters große Freude.

7/8. 1914.

Vorschläge zur Behebung der Kleingeldnot.

Aus den Kreisen unserer Leser erhalten wir eine große Anzahl von Zuschriften, welche sich mit der Frage der Hartgeldnot und den Mitteln zu ihrer Beseitigung beschäftigen. So schlägt uns Hofrat Professor Dr. Oskar Lenz aus Soos bei Baden vor, die Anregung in Erwägung zu ziehen, ob man nicht bei kleinen Beträgen Briefmarken als Zahlungsmittel verwenden soll.

Herr E. Torczner beantragt, Noten von einer bis fünf Kronen und neben der Nickel- und Kupferscheidemünze Wertzeichen, wie solche der Post, auf Karton auszugeben, die im Verkehr genommen werden müßten.

Herr B. Buchwald schlägt vor, die Thesaurierung von Hartgeld unter Strafe zu erklären und streng zu ahnden.

Herr Ignaz Deutsch beantragt, daß die Finanzverwaltung gestatten solle, die Coupons der Renten und Pfandbriefe späterer Fälligkeit sofort zum Verkehr zuzulassen und als Zirkulationsmittel zu erklären.

Herr Heinrich Heß beantragt, kleine Noten zu einer Krone auszugeben, welche auch die Teilung in 50 Heller zulassen würden. Die Nichtannahme solle unter Strafe gesetzt werden. Dieses Papiergeld solle, bei Wiedereintritt geordneter Verhältnisse sofort eingezogen werden.

Herr Richard Mitter erklärt, daß das Zerschneiden von Banknoten in halbe und Viertelnoten vollkommen gesetzlich sei, da ja die Bank auch verpflichtet ist, wenn ihr Teile einer Banknote gegeben werden, dieselben unter Abzug eines kleinen Betrages zu akzeptieren. Das Publikum soll verpflichtet werden, im Verkehr derartig zerschnittene Noten anzunehmen.

Amtsblatt
der Stadt Wien.
7/8. 1914.

7/8. 13

Mitbürger!

Kein Mißtrauen in die Banknoten!

Heraus mit Kronen und Nickel!

Wer sein Hartgeld in dieser ernsten Zeit dem Verkehre vor-
enthält oder entzieht, schädigt die ganze Volkswirtschaft!

Häuft keine Kronen an und gebt sie wie sonst in den
Verkehr!

Wien, am 4. August 1914.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner.

1-1

Die Kleingeldnot.

8. VII. 17.

Die Ansprüche um Metallgeld waren gestern bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank nicht mehr so groß wie an den vorausgegangenen Tagen, und man darf hieraus vielleicht schließen, daß wieder eine ruhigere Auffassung in der Frage des Hart- und Papiergeldes Platz zu greifen beginne. Die Erfahrungen der letzten Tage, das Beengende und Störende in der Abwicklung des Verkehrs, das infolge des Verschwindens und Entziehens von Münzgeld hervorgetreten war und sich in Geschäften wie bei der Deckung der gewöhnlichsten Haushaltungsbedürfnisse schwer fühlbar gemacht hatte, mögen die kühleren und bessere Einsicht gezeitigt und den merkwürdigen Umschwung herbeigeführt haben. Im Kleinverkehr ist doppelt nötig, Handel und Wandel von Fesselungen und Beeinträchtigungen freizuhalten, und gerade hierin ist durch die Kleingeldreservierungen, wie man ja allgemein empfunden, gefehlt worden. Man hofft, daß die Ueberzeugung von der Grundlosigkeit und Ueberflüssigkeit solcher Münzspeicherungen sich endlich voll durchringen, damit die Kleingeldnot ein Ende finden und der einschlägige Geschäftsverkehr die in aller Interesse gelegenen normalen Formen erhalten werde.

Man schreibt uns: „Geehrte Redaktion! Jedermann wird heute bei Einkauf befragt, ob er Silber- oder Nickelgeld habe, da auf Papiergeld nicht herausgegeben werden könne. Wie wäre es, wenn man als Kleingeld Brief- und Stempelmarken, und zwar nur gangbarste Sorten, wie zu 10, 5 und 2 Hellern, verwenden möchte. Natürlich wäre dabei wichtig, daß sich Banken und Postanstalten bereit erklärten, dieselben auch anzunehmen.“

„Sehr geehrte Redaktion! Vielleicht könnten die städtischen Straßenbahnen oder eine andre berufene Stelle Anweisungen zu 20 S., respektive 14 S., herausgehen, die zur Zahlung der Fahrt dienen würden, und die zugleich als eine Art Hilfs-scheide münze im täglichen Einkaufs- und Verkaufsverkehr benützt würden. Es ist nämlich recht mißlich, und nicht jedermanns Vermögensverhältnisse gestatten es, Notizen zu 20 K. und 10 K. zur Deckung der laufenden täglichen Ausgaben beim Fleischer, Milchweier usw. zu deponieren, bis die Einkäufe diesen Betrag ausmachen. Die Geschäftsleute berufen sich auf den Kleingeldmangel und geben auf größere Notizen nichts herans.“

„Geehrte Redaktion! Die Oesterreichisch-ungarische Bank drucke von jetzt an die Zehnkrone noten mit zwei roten, etwa $\frac{1}{2}$ Zentimeter breiten Strichen durch die Mitte — der eine horizontal, der andre senkrecht —, so daß die Note in vier gleichgroße Felder geteilt erscheint.

Die Parteien wären zu ermächtigen, diese Notizen nach Bedarf in zwei, drei oder vier Teile zu zerschneiden, wobei nur zu beachten ist, daß auf den Teilstücken Bänder der roten Streifen vorhanden sind.

Zehnkrone noten, welche diese Striche nicht besitzen, beziehungsweise größere Notizen, könnten bei der Bank gegen die neuartigen umgetauscht werden.“

„Sehr geehrter Herr Redakteur! Wir besitzen Postkarten a 10 Heller. Diese werden mit dem Marktenwert von Postwertzeichen besetzt, für welchen sie als Bargeld zu leisten sind — und sind als Gegenwert für Metallgeld an allen L. L. Kassen, bei Privaten etc. in Zahlung zu geben und zu nehmen. Die L. L. Finanzbehörde kann eine solche Verordnung sofort erlassen. Diese Art des Geldverkehrs kann jedermann mit Leichtigkeit benützen, indem er einen Marktenwert von 10 K. Papiergeld sich verschafft. Nach dem jetzt herrschenden System der Berechnung von eingezahlten Postsparkarten kann die L. L. Postverwaltung mühelos diese statt Bargeld abgegebene Postsparkarten mit der L. L. Finanzbehörde verrechnen. Postsparkarten mit dem Marktenwert von 10 K., 20 K., also in runden Summen, können bei jedem Postschalter (Postkasse) sofort wieder eingelöst werden. Mit der Beseitigung der Kleingeldkrise würden derartige Postsparkarten bei den L. L. Postämtern usw. wieder eingelöst werden.“

Amtsblatt
der Stadt - Wien
11./8. 1914.

15



Mitbürger!

Laßt Euch nicht die

Banknoten

abschwindeln!

Wer Euch die Banknoten unter dem Vorwande, daß sie entwertet seien, unter dem Kennwerte abnehmen will, ist ein

 **Betrüger,** 

der sofort verhaftet oder angezeigt werden soll.

Wien, am 11. August 1914.

1-1

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner.

11/8 914

Ein Aufruf des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner läßt morgen folgenden Aufruf placatieren: „Mitbürger! Laßt Euch nicht Eure Banknoten abschwindeln! Wer Euch die Banknoten unter dem Vorwande, daß sie entwertet seien, unter dem Rennwerte abnehmen will, ist ein Betrüger, der sofort verhaftet oder angezeigt werden soll.“

Ausgabe von Gutscheinheften.

Ueber Anregung des bei der Wiener Handels- und Gewerbelammer bestehenden Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel wurden zur teilweisen Behebung des bestehenden Geldmangels Gutscheinhefte in Druck gelegt. Diese Hefte enthalten sieben Scheine à 1 K., vier Scheine à 50 S. und fünf Scheine à 20 S. Geschäftsleute, welche derartige Gutscheinhefte ihrer Kundschaft zur Verfügung stellen wollen, können diese bei der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, 1. Bezirk, Getreidemarkt 14, zum Herstellungspreise von 10 Kellern per Hest beziehen. Die Manipulation mit den Gutscheinheften ist einfach und wie folgt gedacht: Hest und Gutscheine sind fortlaufend numeriert; jedes Hest trägt auf dem Umschlagblatte und den einzelnen Scheinen die gleiche Nummer, das Umschlagblatt wird außerdem noch mit der Unterschrift und der Stampiglie des Kaufmannes versehen,

desgleichen erhält jeder einzelne Schein die Stampiglie des betreffenden Geschäftes, in welchem er als Zahlungsmittel verwendet werden kann. Die Gutscheine sind selbstverständlich nicht zur Zirkulation bestimmt, sondern dienen lediglich der vereinfachten Abrechnung und Erleichterung des Zahlungsverkehrs. Die Gutscheine werden zum Preise von 10 K. per Stück an die Kundschaft abgegeben. Beim Einkaufe von Waren übergibt der Käufer an Stelle von Bargeld das Hest und der Kaufmann entnimmt unter Kontrolle der Kunde den entsprechenden Wert an Scheinen.

Das Ende des Kleingeldmangels.

Man wollte es kaum glauben, aber es war wirklich so. Wie aus der Erde gezaubert, war gestern das Kleingeld wieder da. Beim Kafeur, im Kaffeehaus, in der Tabaktrafik, konnte man die Zehnkronenscheine nach Belieben los werden. Die stereotype zweifelnde Frage: „Können Sie wechseln?“ wurde mit einem freundlichen Lächeln quittiert, bereitwillige Hände griffen nach der Geldnote, die der Gast festgeklemmt zwischen den Fingern hielt, da er gewiß war, sie seufzend wie an den Vortagen wieder in die Brieftasche zu stecken. Die Markförmel kimperten einladend mit den Kronen- und Nickelstücken in den Hosentaschen, die düsteren Mienen der Geschäftsleute hellten sich auf, da sie die Kunden nicht mehr wegschicken mußten, und alles war seelenvergnügt, daß die eklige Geldnot der letzten Tage endlich zu Ende war. Ob freilich dieser angenehme Zustand von Dauer sein wird, weiß niemand. Trotz aller Aufklärungen zeigen weite Kreise der Bevölkerung noch immer die ganz unbegründete Tendenz, möglichst viel Hartgeld anzuhäufeln. Um nun der Wiederverkehr des leidigen Kleingeldmangels dauernd vorzubeugen, hat sich die Oesterreichisch-ungarische Bank zu Abhilfsmahregeln entschieden. Der Emission der Zweikronennoten, die zu Beginn der nächsten Woche beginnen soll, wird sehr bald die Ausgabe von **Einkronennoten** folgen. Der Entwurf dieser Noten ist bereits fertiggestellt und nach der Genehmigung durch den Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank und durch die Regierung wird an die Herstellung dieser Noten im großen Maßstabe geschritten werden.

19./8. 1914.

Die Ausgabe der Zweikronennoten.

Der Druck der neuen Banknoten zu zwei Kronen dürfte in den nächsten Tagen beendet sein. Nach den bestehenden Absichten sollen diese Noten Freitag, spätestens Samstag in die Zirkulation gelangen. Es sollen erhebliche Beträge dieser Noten sofort ausgegeben werden, um allen Bedürfnissen des Verkehrs zu genügen.

29./8. 1914.

Rückströmen des Hartgeldes und Nachfrage nach Banknoten.

Verminderte Inanspruchnahme der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Während sonst der Ultimo August zu den stärksten Bedarfsterminen gehört, ist diesmal von einer Inanspruchnahme der Bank vorerst nichts zu bemerken. Vielfach wurden auch von Banken Ende Juli und zu Beginn des laufenden Monats überstürzte Angsteinreichungen vorgenommen, und dieses Moment im Verein mit den wirtschaftlichen Verschiebungen, die seither eingetreten sind, erklären den geringen Umfang der Ansprüche, welche zum Ultimo zu befriedigen sind. Die gestrigen Wechseleinreichungen in Wien erstreckten sich auf 600,000 K.

Von der seit Montag aktivierten Erweiterung des Lombards ist vorerst nur in geringem Maße Gebrauch gemacht worden. Der Lombard erforderte gestern nur 38,000 K. Allerdings ist die Erweiterung des Lombards mehr als eine Rückendeckung für die Kreditinstitute gedacht, die wohl ihrerseits, wie zu vermuten ist, die Gewährung von Darlehen gegen Wertpapiere wieder aufgenommen haben dürften, da sie nun sicher sind, im Bedarfsfalle bei dem Noteninstitut auf keinerlei Schwierigkeiten zu stoßen.

Bemerkenswert ist, daß in den letzten Tagen ein stärkeres Rückströmen von Silbermünzen zu verzeichnen ist, und es wiederholt sich der Fall, daß größere Beträge

von Silber- und Nickelmünzen nunmehr wieder in Banknoten umgewechselt werden. Die Hartgeldsucht wurde zuletzt mit Erfolg durch die Ausgabe von Silbergulden bekämpft. Es sind deren gegen fünf Millionen in den Verkehr gebracht worden und dürften allmählich ihren Weg wieder zur Bank zurücknehmen. Diese Bewegung der Silbermünzen verdeutlicht den eingetretenen Stimmungswechsel und die Beruhigung, welche in allen Schichten der Bevölkerung die Oberhand gewonnen hat.

5./9. 1914

21

Die Vorbereitung von Ein Kronennoten

Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat neben der bereits erfolgten Emission von Banknoten zu zwei Kronen auch die Ausgabe von Ein Kronennoten vorbereitet. Es ist jedoch allem Anschein mehr eine Präventivmaßnahme für den Fall, als sich das Bedürfnis nach dieser Notenkategorie geltend machen sollte. Vorerst ist eine Emission derselben nicht aktuell.

Der Krieg und das Geld.

Bemerkungen über die Wirkung des Krieges auf den wirtschaftlich isolierten Staat, über die psychologische Goldreserve, über das Vertrauen in die österreichische Banknote und über den Einfluß der Verkehrsstörungen auf das Verhältnis zwischen den Forderungen der Monarchie an das Ausland und den Forderungen des Auslandes an die Monarchie.

Wien, 13. Oktober.

Wir möchten nicht gelehrt tun. Vor den tiefen Abgründen der Begriffsbestimmungen schütze der Himmel jeden harmlosen Staatsbürger, der sich friedliche Gedanken über die Erscheinungen des täglichen Lebens macht. Was jetzt über das Geld im Kriege zu sagen ist, kann schon deshalb nicht aus Büchern geholt werden, weil die Erfahrungen so neu und so verschieden von dem sind, was bisher erlebt wurde, daß jeder, der mitten in den noch blutwarmen Ereignissen davon zu reden wagt, seinen Fuß in gänzlich unbekannte Wildnisse setzt. Die von Napoleon verhängte Kontinentalperre gegen England war ein Kitzeln mit der Flaumfeder, eine Neckerei. Jetzt sind alle Meere verstopft und die meisten Waren des großen Umsatzes schutzlose Konterbande. Die Wirkung des auswärtigen Handels in der Einfuhr und in der Ausfuhr hat ein merkwürdiges und seit Jahrhunderten nicht mehr zur Anschauung gekommenes Ergebnis gehabt. Da wir uns nicht gern ins Allgemeine verlieren wollen, wird es besser sein, beim näheren Eingehen auf diese wichtigen Veränderungen die Monarchie als Beispiel zu nehmen. Sie ist wirtschaftlich beinahe der isolierte Staat geworden, von dessen Eigentümlichkeiten, Vorzügen und Nachteilen wir in der Jugend viel gehört haben. Jeder weiß, daß schon Euklid mit einseitigen Behelfen arbeitete, die, gewaltsam der Gegenständlichkeit entkleidet, nur als Hebel für das Denkvermögen benützt wurden. Die Linie und die Fläche sind in Wirklichkeit vom Körper, der Länge, Breite und Tiefe hat, nicht loszulösen, und nirgends ist etwas zu finden, das ohne drei Ausdehnungen wäre. Aber die Mathematik hat es durch die Willkürlichkeit, mit der sie uns zwingt, zunächst die Linien und die Flächen als gegeben voranzujagen, weit gebracht. Die Einseitigkeit, mit der angenommen wird, daß die Monarchie gegenwärtig ein wirtschaftlich isolierter Staat sei, dürfte manche Folgerungen erleichtern, die der uns noch gebliebene Außenhandel wohl bis zu einem gewissen Maße beschränken, aber nicht aufheben kann. Die Absperrung wird von dem Scharfsinne unserer Kaufleute oft unterbrochen, und die Wege nach Deutschland, in die Schweiz, nach Italien, nach Rumänien und in einzelne Gebiete des Balkans sind, obgleich durch die Ausfuhrverbote schwerer gangbar, immerhin noch offen. Aber der Abstand von der Vergangenheit und die starke Abschließung in der Gegenwart und die Notwendigkeit, den heimischen Bedarf mit Ausnahme der nur in der

Fremde zu beschaffenden Rohstoffe aus heimischen Vorräten und Erzeugnissen zu decken, gestattet mit der Freiheit, die sich Euklid herausgenommen hat, zu behaupten, daß die Monarchie wirtschaftlich durch den Krieg ein auf sich selbst gestellter, isolierter Staat geworden ist.

Jetzt soll wieder mit der Einseitigkeit, die aus dem Wunsche nach Einfachheit hervorgeht, die Frage geprüft werden, wie sich in dem isolierten Staate die Forderungen, die wir an das Ausland zu stellen haben, zu den Forderungen, die das Ausland an uns zu stellen hat, verhalten. Da kommt die größte Ueberraschung, die zeigt, daß wir das Urteil über die wirtschaftlichen Rückschläge dieses Krieges nicht aus Bibliotheken schöpfen können. Die Einfuhr ist auf Waren und Stoffe heruntergepreßt, die bei uns nicht wachsen und nicht entbehrt werden können. Wenn die Linien und Flächen des Euklid, obgleich in der Welt alles Seins räumlich un- wahr, zu unvergänglichen Wahrheiten geführt haben, dürfen wir, von ähnlicher Zweckmäßigkeit be- wogen, sagen: Die Einfuhr hat aufgehört. Dieselbe Fehlgrenze soll auch für die Ausfuhr gelten, und die Schlussfolgerung ist, daß wohl zum erstenmale in der Ge- schichte die Zahlungsbilanz eines Schuldnerstaates sich wahrscheinlich durch den Krieg verbessert hat. Die Einfuhr war im letzten Jahrzehnt beinahe immer größer als die Ausfuhr; wenn beide gänzlich aufgehört hätten und ver- sicker wären, müßte unvermeidlich die Schuldigkeit an das Ausland für den Teil der Einfuhr, den wir nicht durch die an Wert geringere Ausfuhr decken konnten, entfallen. Die Verpflichtungen, die wir gegen fremde Länder aus der Einfuhr hatten und die nicht die ent- sprechende Gegenpost in den Verpflichtungen, welche fremde Staaten durch unsere Ausfuhr gegen- über der Monarchie hatten, fanden, sind ver- schwunden. Die Zahlungsbilanz, der sich aus den Verkehrsbewegungen ergebende Niederschlag, der so genau, wie der Feuchtigkeitsmesser den Wassergehalt der Luft anzeigt, einem Staat mitteilt, ob er von draußen mehr zu verlangen als dorthin zu leisten habe, ist um jenen Betrag entlastet, um den die Einfuhr im Werte höher war als die Ausfuhr. Allein die Zahlungsbilanz ist ein Gewächs mit starken Verschlingungen, und in schöneren Tagen, die ein ruhigeres Arbeiten gestatteten, war es die heimliche Leidenschaft von manchem, den Ziffern wie ein Jäger nachzugehen und das Geheimnis der Kapitalwanderungen und ähnlicher für die Erkenntnis wichtiger Vorgänge zu erfassen. Wir können uns jedoch wieder mit den Linien und Flächen des Euklid begnügen. In den Fragen der Zahlungsbilanz sind in der Verborgenheit manche Erklärer, die sich unerlaubte Zweifel gestatten und meinen, daß es mit den Geschichten über dauernd schlechte Zahlungsbilanzen ein bißchen hapert und daß ein selbst- tätiger Mechanismus den Ausgleich immer durchzwingt. Doch lassen wir das. Wenn ein Schuldnerstaat, wie die Monarchie, durch Eingriffe, die uns das barbarische englische Kriegsrecht mit seinem rohen Anfasssen von Privatrechten ausgenötigt hat, gehindert wird, die Kapital- wanderungen frei gewähren zu lassen, entsteht bei der Einfuhr und bei der Ausfuhr von Zinsen, Rückzahlungen und sonstigen Fälligkeiten ein ähnliches Ergebnis wie bei

Der Krieg und das Geld.

der Einfuhr und bei der Ausfuhr von Waren. Die Zahlungsbilanz des durch den Krieg isolierten Schuldnerstaates, der mehr an das Ausland zu schicken als von ihm zu übernehmen hat, muß vorübergehend günstiger werden. Das ist ein ganz neues Erlebnis und eine niemals vorher beobachtete Wirkung des Krieges.

Hugo v. Hofmannsthal hat jüngst im Freundeskreise eine hübsche Anekdote erzählt. Ein Herr sammelt Uhren und feilscht lange um den Preis, ohne sich mit dem Händler verständigen zu können. Er kommt am nächsten Tage wieder, und der Ladenbesitzer sagt: Heute fordere ich um zehn Prozent mehr, weil Przemysl von unserer Armeekette entsetzt wurde. In dieser kleinen Geschichte steckt etwas, das mit der Wertbeständigkeit des Geldes zusammenhängt und die psychologische Goldreserve für die Banknoten genannt wird. Das uneinlösliche Papiergeld hat in erster Reihe den Wert, der sich aus dem Bedürfnisse nach einem gesetzlich mit voller Zahlkraft ausgestatteten Tauschmittel ergibt und der durch das bloße Verhältnis zwischen Menge und Umsatz sich nur langsam ändert. Das zweite Element des Wertes ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, sich zu entwickeln, seinen Wohlstand zu vermehren und die Schäden des Krieges zu beseitigen. Alles zusammen ist die psychologische Goldreserve der Glaube an die Zukunft, der innere Mut und der unverehrte Reichtum an Hilfsquellen, an Naturschätzen und an industrieller Tüchtigkeit. Wenn der Staat aufhört, ein isoliertes Wirtschaftsgebiet zu sein, und Forderungen an das Ausland zu decken hat, wird er in dem Grade mehr oder weniger Noten für Gold und Goldwechsel geben müssen, in dem er Gegenforderungen und Kredite im Auslande verfügbar hat. Der Geldwert wird dann von dem Bedürfnisse nach fremden Zahlungsmitteln bestimmt werden. Daraus entstehen Schwankungen, die sich selbst überlassen und ohne sorgfältige Ueberwachung und ohne die Pflege mit dem Finger auf dem Pulse, schädlich werden können. Die Wertbeständigkeit des Geldes in der Monarchie kann und soll erhalten werden.

Der Staat ist nicht allmächtig, aber mächtig. Er stellt Millionen von Soldaten ins Feld, und der das vermag, wird auch ohne zu große Schwierigkeiten die Sorge übernehmen können, die verhältnismäßig geringen Summen an fremden Zahlungsmitteln, die der Verkehr braucht, zu beschaffen und die Wertbeständigkeit des Geldes nicht bloßen Zufälligkeiten zu überlassen. Wie es früher war, kann es auch jetzt sein; was die Notenbank früher, gebunden durch ihr Privilegium, tun mußte, sollte sie jetzt freiwillig tun, durch kluges Ausgleichen der Scharfen und Stockungen, die Stöße gegen die Beständigkeit des Geldwertes zu mildern und im Angesichte des Feindes den Ruhm zu erwerben, daß wir nicht bloß unser Land, sondern auch die Währung zu verteidigen wissen. Die Handelsbilanz und die Zahlungsbilanz sind gegenwärtig entlastet und die Warenfendungen und die Kapitalwanderungen gering. Das Vertrauen ist felsenfest und die psychologische Goldreserve beinahe eine Volldeckung der Noten. Seien wir nicht kleinlich in dieser großen Zeit und schirmen wir eines der schönsten Denkmäler, das die Regierung des Kaisers aufgerichtet hat, das rühmliche Werk der Wertbeständigkeit des Geldes.

Der Krieg und das Goldagio.

16. X. 1914.

Durch den Ausbruch des Krieges sind auch auf dem Markte, auf welchem die fremden Zahlungsmittel gekauft und verkauft werden, große Veränderungen vor sich gegangen, die vorübergehend ein nicht unbeträchtliches Goldagio zutage förderten, das jetzt aber teilweise wieder im Schwinden begriffen ist. Für jeden, der Zahlungen an das Ausland zu leisten oder von dort für gelieferte Waren Geld zu empfangen hat, ist es natürlich von hoher Wichtigkeit, was er für ausländisches Geld in Kronen erhält oder für ausländisches Geld in Kronen zu bezahlen hat. Es hängt geradezu die Möglichkeit des Imports oder Exports davon ab. In der Friedenszeit war eine sichere Kalkulation bezüglich des Preises des fremden Geldes dem Kaufmann möglich. Er wußte, daß nach der bei der Valutaregulierung hergestellten Preisbestimmung zum Beispiel deutsche Reichsmark gleich waren 117 K. 56 H. und daß davon nur geringe Abweichungen vorkamen. Als aber der Krieg ausbrach, änderte sich dieses Verhältnis. Man mußte für je 100 Mark anstatt 117½ oder 118 K. an einzelnen Tagen 130 bis 131 K. bezahlen. Seither hat sich aber der Preis der Reichsmark soweit ermäßigt, daß sie jetzt zu 124.75 erhältlich sind. Der Kaufmann schafft sich das fremde Geld, das er benötigt, selbst im Frieden meistens nicht in Goldmünzen, und jetzt schon gar nicht, da es auch im Ausland nicht im Umlauf ist. Er kauft daher entweder die fremden Noten oder Devisen, das heißt Anweisungen, Schecks auf fremde Plätze. Nicht bloß in deutschen Banknoten und Anweisungen ist eine Preissteigerung eingetreten, auch Franken und andre fremde Zahlungsmittel sind teurer geworden. Gewöhnlich rechnet man den Franken mit 95 bis 96 H., also weniger als eine Krone; gegenwärtig aber notiert er trotz der Abschwächung höher als eine Krone, und zwar werden italienische Lire mit 1.06, Zwanzigfrankenstücke mit 21.50 bezahlt. Weshalb haben nun die Devisen während des Krieges eine Wertenerhöhung erfahren?

Bedeutungslosigkeit des Goldagios in Kriegszeiten.

Konstatieren wir vor allem: Die während des Krieges in Geltung stehenden Devisenpreise sind gänzlich ohne Bedeutung, es ist beinahe gleichgültig, ob sie ein paar Prozente mehr oder weniger von der Parität entfernt sind, sie sind vollkommen losgelöst von jener Basis, die sie in Friedenszeiten hatten und die sie unter normalen Verhältnissen wieder haben werden.

In normalen Zeiten wirken die Notenbanken auf die Devisenkurse, soweit es nötig erscheint, und übernehmen die Aufgabe, Schwankungen derselben nach unten oder oben innerhalb gewisser Grenzen aufzuhalten. Die Notenbanken können diese Aufgabe erfüllen, weil ihnen gewisse Mittel, und zwar vor allem die Bestimmung des offiziellen Zinssatzes, zur Verfügung stehen, wodurch sich der Geld- und Warenaustausch zwischen In- und Ausland teilweise regelt; die Notenbanken, bei uns also die Oesterreichisch-ungarische Bank, beeinflussen auf die Weise die Zahlungsbilanz. Wäre das nicht der Fall, so müßte ja ein Land, das aus dem Warenaustausch und Effektenverkehr konstant einen passiven Zahlungsbilanz hat, demgemäß an das Ausland immer mehr zahlen, als es von dort erhält, mit der Zeit sein ganzes Gold ins Ausland senden. Das ist in großen Staaten noch nie und nirgends geschehen, weil sich die Zahlungsbilanz regulieren läßt und zum Teil selbst reguliert. Die Tätigkeit der Notenbanken in Friedenszeiten besteht also darin, Gold, wenn es gebraucht wird, abzugeben und unter Anwendung zweckentsprechender Maßnahmen das nötige und berechtigten Vertrauen zu schaffen, daß die Zahlungsbilanz sich wieder selbst reguliert, zu warten, bis der Goldabfluß sich vielmehr unter geänderten Umständen das Gold wieder zurückkehrt.

Pflicht der Notenbanken, ihren Metallschatz zu bewahren.

Wir leben aber jetzt nicht in normalen, in Friedenszeiten, und was damals gegolten hat, gilt heute nicht mehr. Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Deutsche Reichsbank

haben ebenso wie alle andern Noteninstitute, darunter auch die Bank von England, die Abgabe von Gold während der Kriegszeit eingestellt. Es hat sich bei diesen Verfügungen nicht so sehr darum gehandelt, das Vertrauen in die Banknoten durch Nachweis eines möglichst günstigen Verhältnisses zwischen Notenemission und Goldbedeckung zu heben, denn dieses Vertrauen liegt anderwärts verankert und bewährt sich innerhalb weiter Grenzen fast auf jeder Stala der prozentuellen Deckung, ja auch ohne jeden Nachweis, wie wir wissen. Das Festhalten der Goldbestände bei den Noteninstituten ist in der Hauptsache damit zu begründen, daß ein berechtigter Wunsch nach einer finanziellen Rüstung für alle Zwischenfälle und Erfordernisse des Krieges besteht. Niemand kann voraussehen, wie die Fragen des Geldausgleiches mit dem Auslande sich weiterhin entwickeln, wie sie sich insbesondere nach dem Friedensschluß gestalten werden, und deshalb ist es patriotische Pflicht der Notenbanken, ihre Goldbestände möglichst intakt zu lassen. Wenn aber die Noteninstitute ihre Goldbestände beisammenhalten und für Zahlungen an das Ausland keine oder fast keine ausländischen Zahlungsmittel abgeben, dann müssen sie während des Krieges auf eine Beeinflussung der Zahlungsbilanz und somit auch der Devisenkurse verzichten. Die Devisenkurse sind sich selbst überlassen, und sie können nach jeder Richtung leicht schwanken. Während aber zu hohe Devisenkurse in normalen Zeiten ein Anzeichen dafür gewesen wären, daß das Noteninstitut seine Aufgabe, die Zahlungsbilanz zu regulieren, aus einer Schwäche des Entschlusses oder aus Leistungsunfähigkeit nicht mehr erfüllen kann, so zeigen die Devisenkurse in Kriegszeiten nur an, was alle Welt ohnedies weiß, daß das Noteninstitut, um sich für höhere und wichtigere Aufgaben bereitzuhalten, auf jede Beeinflussung des Zahlungsverkehrs verzichtet hat, so daß ausschließlich Richtung und Stärke des Warenaustausches mit dem Ausland in den Devisenpreisen zum Ausdruck kommt.

Der Warenverkehr im Kriege.

Der Warenverkehr kriegsführender Staaten findet naturgemäß nur mit befreundeten und neutralen Ländern statt und ist selbstverständlich passiv, das heißt, alle kriegsführenden Mächte beziehen von Freunden und Neutralen mehr, als sie dorthin liefern. Die kriegsführenden Staaten auf dem Kontinent sind vom Ueberseeverkehr abgeschnitten und haben während des ganzen Krieges ein starkes und oft drängendes Interesse daran, gewisse Waren zu beziehen. Die neutralen Staaten liefern an die Kriegsführenden, so viel sie nur können, sie selbst aber, deren Wirtschaft von Depression arg mitbetroffen ist, haben wenigstens bis jetzt kein dringendes Bedürfnis daran, die zum Export offen gelassenen Waren der Kriegsführenden aufzunehmen. Unter diesen Umständen muß die Zahlungsbilanz der kriegsführenden Staaten aus dem Warenverkehr passiv sein; sie ist in so hohem Grade passiv, als es die gegebene Möglichkeit, im Auslande zu zahlen, nur irgend gestattet. Sowohl wir als Deutschland und alle feindlichen Staaten sind sehr bald so weit gekommen, daß der Warenimport seine Grenze nur mehr am Risiko des Transports und der Schwierigkeit der Beschaffung der erforderlichen Zahlungsmittel findet, wobei man ruhig annehmen kann, daß, im Falle die Geldbeschaffung gesichert ist, sich immer wieder Bagelustige finden werden, die das Transportrisiko auf sich nehmen. Ist also Beschaffung von Auslandszahlung zum entscheidenden Moment für drängende und überaus lohnende Warenbezüge geworden, so muß, da die Notenbanken Gold nicht abgeben wollen, der Preis für Auslandszahlungen natürlich steigen, zumal sich das außerhalb der Notenbank im Privatbesitz befindliche bescheidene Quantum von Auslands Guthaben keineswegs im gleichen Tempo vermehren läßt, als es verbraucht wird.

Die während des Krieges zutage tretenden höheren Devisenpreise in den kriegsführenden Ländern sind also nur der Ausbruch eines momentanen Zustandes im Warenverkehr, der uns allen wohl bekannt ist und den wir, als mit dem Kriege untrennbar verknüpft, auch in seinen andern Wirkungen geduldig hinnehmen. Devisenkurse, die im Frieden zu

Bedenken über unsre Zahlungsbilanz und die Kraft der Notenbank Veranlassung gegeben hätten, sind heute in dieser Hinsicht einfach ohne jede Bedeutung. Sie sind indes nicht ohne eine gewisse Wirkung. Sie hemmen die Einfuhr von Warenbezügen aus dem Auslande, weil sich die Bezüge teurer stellen, und regen andererseits den Export als vorteilhaft an, soweit derzeit Preise überhaupt Richtungen im Warenverkehr beeinflussen können, und speziell diese Wirkungen der hohen Devisenkurse sind für uns gewiß ganz natürliche.

Die Devisenpreise und der Export.

Einer Bekämpfung der hohen Devisenkurse durch Förderung des Exports wird gewiß jeder das Wort reden. Ob man aber die Teuerung der Devisenpreise durch Goldexport oder durch Aufnahme von Schulden im Auslande (unsre Postsparkassen könnten beispielsweise Effekten in Deutschland lombardieren) begrenzen soll, ist eine Frage von eigentlich untergeordneter Bedeutung. Es wäre jedenfalls verfehlt, irgendwelche Aufwendungen in dieser Beziehung aus dem Grunde zu machen, damit die Devisenkurse Unkundige nicht ängstigen sollen. Wenn sich gewisse, in große Summen gehende Warenbezüge als unumgänglich notwendig für die Kriegführung oder den Lebensunterhalt der Zivilbevölkerung erweisen, so muß das Noteninstitut ohnedies abgeben und hat dies auch schon getan, man so große Beträge für Auslandszahlung, sofern die Oesterreichisch-ungarische sie nicht zur Verfügung stellt, da sie der nicht hat, eben sonst nicht bekommen mag der Kurs wie hoch immer stehen.

Das Agio im Auslande. — Der Rubelkurs.

Der schlagendste Beweis dafür, daß die Devisenkurse sich, losgelöst von den Beziehungen, die sie sonst hatten, nunmehr fast nur nach den Augenblicksbedürfnissen des Warenaustausches richten, wird durch die Teuerung gewisser Devisenpreise in Deutschland und England geliefert. Deutschland und England befinden sich beispielsweise bezüglich ihres Warenverkehrs mit Holland in der gleichen Lage wie wir zu Deutschland. Die Devisen Holland ist in Berlin und London in folgedessen stark gestiegen. Wird deshalb jemand an der finanziellen Kraft Deutschlands zweifeln, die sich in so eklatanter Weise mehrfach manifestiert hat? Lehrreich für die Bedeutung der Valutenpreise im Kriege sind auch die Schwankungen der Preise für Rubelnoten. Bei Kriegsausbruch weilten viele Russen bei uns in Deutschland und wollten sich durch Verkauf von Rubelnoten Geld für die Rückreise beschaffen. Die Rubelnoten fielen damals tief im Preise und waren fast unanbringlich. Jetzt sind die Rubelnoten in Berlin wieder gesucht und hoch im Kurse, weil die deutsche Armee zum Teil in Rußland steht und dort bar bezahlen will. Gleichzeitig meldet aber Stockholm tiefe Rubelkurse, die damit zu erklären sind, daß dort kein Bedarf nach Rubeln besteht, während flüchtige russische Familien dort konstant Rubelnoten zum Verkaufe bringen. Wenn in einiger Zeit unser Zuckerexport stark in Gang kommen sollte, so könnte, wenn auch nur vorübergehend, ein starker Rückgang der hiesigen Devisenkurse eintreten, ja solange die Noteninstitute im Auslandsverkehr nicht funktionieren, besteht theoretisch auch kein Hindernis dafür, daß die Devisenkurse in Wien tief unter Parität fallen. Es ist also von größter Wichtigkeit, daß sich alle Bevölkerungsschichten, die es angeht, darüber klar sind, daß die Devisenpreise im Kriege ihre sonstige Bedeutung völlig verloren haben.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Devisenkurse.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat in der letzten Zeit, wenn auch mit einiger Vorsicht, größere Devisenabgaben vorgenommen und dadurch wirksam zu der sehr wesentlichen Verbilligung der ausländischen Zahlungsmittel beigetragen. In der günstigeren Preisbewegung der Valuta kommt übrigens auch, wie von zuständiger Seite erklärt wird, die Beruhigung und die sich steigende Zuversicht angeichts unsrer von Erfolg zu Erfolg eilenden Armeen zum Ausdruck.

In den letzten Tagen fand, wie wir vernahmen, eine Sitzung des Generalrates der Oesterreichisch-ungarischen Bank

statt, in welcher ein kurzer Bericht über Bankangelegenheiten erstattet wurde und im übrigen nur Gegenstände der laufenden Geschäftsgebarung zur Erledigung gelangten.

Die Bank hat die Wiedereröffnung mehrerer Filialen in Galizien vorbereitet; die Filiale in Panscova funktioniert wieder ordnungsgemäß.

20.7. 1915

* (Austausch abgenutzter Zweikronennoten.) Von der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird mitgeteilt: Nicht selten werden in letzter Zeit seitens des Publikums Klagen gegen die Oesterreichisch-ungarische Bank erhoben wegen des schlechten Zustandes der kleinen Notenabschnitte, insbesondere der Zweikronenbanknoten. Es sollte berücksichtigt werden, daß gerade die kleinen Notenabschnitte in großen Mengen an die im Felde stehenden Truppen zur Ausgabe gelangen und dort selbstverständlich einer weit größeren als der normalen Abnutzung unterworfen sind. Insolange die beanstandeten Noten sich im Umlauf befinden, kann von der Bank allein keine Abhilfe geschaffen werden. Die Mithilfe des Publikums ist hierin notwendig, indem das Publikum solche Noten einfach zur Verwechslung bei den nächsten Bankstellen bringt, welche abgenutzte oder beschädigte Noten stets sofort gegen tadellose untauschen.

31./1. 1915.

Das Verschwinden der Zweikronennoten.

Vielfach wurde in der letzten Zeit bemerkt, daß die Zweikronennoten, die sich seit dem ersten Tage ihrer Ausgabe ebenso viele Freunde als Gegner erworben haben, immer seltener werden. Es hängt dies hauptsächlich mit der raschen Abnützung dieser kleinen im Verkehr sehr oft zirkulierenden Note zusammen. Die Oesterreichisch-ungarische Bank, die wohl für den Ersatz beschädigter oder sehr abgenützter Noten vorsorgt, gibt für den Privatverkehr keine Zweikronennoten ab, sondern hält ihren ganzen Vorrat ausschließlich für die Erfordernisse der Kriegsverwaltung bereit. Statt der Zweikronennoten werden für den privaten Verkehr Silbergulden abgegeben, die fünfzig Jahre und darüber in den Kellern der Notenbank lagen und daher trotz ihres respektablem Alters funkelnelneuen sind.

6. II. 1915.

Umtausch von Zweikronennoten.**Einziehung der unbrauchbar gewordenen Stücke.**

Offiziell wird verlautbart: Die Klagen, die von vielen Seiten über den schlechten Zustand geführt werden, in dem sich insbesondere eine große Zahl der im Umlauf befindlichen und durch den gegenwärtigen Verkehr stark abgenützten Zweikronennoten befinden, haben das Finanzministerium bestimmt, nachstehenden Erlaß an sämtliche Finanzlandesbehörden zu richten:

„Um die Säuberung des Verkehrs von zerrissenen, beschmutzten oder sonst durch Abnutzung oder durch Zufall für den Umlauf unbrauchbar gewordenen Banknoten zu erleichtern, sollen die staatlichen Kassen und Ämter zu einer Mitwirkung herangezogen werden. Demnach wird die k. k. Direktion beauftragt, die unterstehenden Kassen und Ämter anzuweisen, stark abgenützte, zerrissene oder beschmutzte Noten, die von Parteien zum Umtausch beigebracht werden — sofern kein Zweifel an der Echtheit der Noten obwaltet — nach Maßgabe der Zulänglichkeit der Kassenmittel im Wege der Verwechslung gegen Banknoten oder gegen andre Zahlungsmittel der Kronenwährung entgegenzunehmen und mit Beschleunigung an die Finanzlandesklasse in Abfuhr zu bringen, die ihrerseits solche Noten sofort an die zuständige Bankanstalt im Verwechslungswege abzugeben hat.

In ihrem Aussehen willkürlich veränderte Banknoten bleiben auch weiterhin von der Annahme in Zahlung oder Verwechslung bei den k. k. Kassen und Ämtern unbedingt ausgeschlossen.

Nach ihrer Beschaffenheit zur Annahme in Verwechslung nicht geeignete Noten sind auf Verlangen gegen Empfangsbestätigung zu übernehmen und durch Vermittlung der Finanzlandesklasse an die Oesterreichisch-ungarische Bank weiterzuleiten.“

Gleichzeitig wurde das Handelsministerium eingeladen, analoge Weisungen an die Kassen und Ämter der Postverwaltung zu erlassen.

11. / 11. 1915.

Kriegsgeld.**Zufluß aus Kassen und Strümpfen.**

Der Krieg hat uns auch im Geldverkehr einige Ueberraschungen gebracht. Man erinnert sich noch, wie zu dessen Beginn plötzlich alles Hartgeld aus dem Verkehr verschwand, und zwar nicht bloß die silbernen Kronen in der Ein- und Mehrzahl, sondern auch die Nickel- und die minderwertigen andern Scheidemünzen. Es war das eine zeitlang eine recht arge Kalamität, die freilich bald überwunden war, als uns die papierenen Zweifronnoten ins Haus flatterten, zuerst in etwas leichter Gestalt, nämlich auf schlechtem Papier, dann aber etwas ausdauernder. Sie halfen rasch über die Verlegenheiten hinweg, in der Gast und Zahlkellner bei Begleichung der Beche, die Geschäftsleute bei kleinen Einkäufen ihrer Kunden geraten waren. Nun geht's ganz gut mit den Zweifronnoten, die ältere Leute an frühere Zeiten erinnern, die, was das Geldwesen betrifft, eigentlich schlimmer waren als die heutigen. Gab es doch vor fünfzig oder sechzig Jahren Guldenzettel, die man wegen Mangels an Scheidemünze in vier Teile zerriß. Später gestellten sich ihnen noch Papierscheine im Werte von zehn Kreuzern, die bald als fast ausschließliches Umlaufsmittel im Kleinverkehr recht schmutzig und abgerissen ausfahen. Da sind unsre heutigen Zweifronnoten schon viel besser und haltbarer, präsentieren sich auch hübscher in der äußeren Ausstattung.

Wie man sieht, ist das heutige Lustkustmittel zur Bekämpfung des Hartgeldmangels nichts Neues — alles schon dagewesen.

Seit die Kleingeldnot geschwunden ist und die Nickel wieder fleißig roulieren, haben sich auch andre angenehmere Geldsorten wieder hervorgewagt. Es ist erstaunlich, wie viele gleißende Guldenstücke aus den siebziger und achtziger Jahren jetzt auf einmal wieder sichtbar werden, so blank als ob sie eben aus der Münze kämen. Neben den vielen nagelneuen Kronen und auch wieder zum Vorschein kommenden Fünfkronenstücken bilden sie ein ganz angenehmes „Kriegsgeld“, das allenthalben freudig begrüßt wird und von dem sich gewiß jeder recht viel wünscht. Bei diesen erfreulichen Geldverhältnissen fragt man sich, woher denn nun auf einmal all das blanke Silber kommt, das so lange im Verborgenen glänzte. Es mag ja vieles in großen gut verwahrten Kassen geschlummert haben für den Bedarfsfall, aber man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß auch so mancher alte Strumpf, in dem sich das Silber bei Kriegsbeginn versteckt hatte, aus Furcht, es könnte in unrechte Hände geraten, sich nun wieder geöffnet hat. Es ist dies sicherlich ein Zeichen des Vertrauens in die fernere Gestaltung der Dinge, eines Vertrauens, das sich angesichts unsrer Waffenerfolge immer mehr befestigt und bis in die entferntesten Winkel des Reiches bringt, bis dorthin, wo eben die mehrerwähnten Strümpfe nach der Altvordern Art die Stelle der eisernen Kassen vertreten.

Ein englischer Staatsmann hat bekanntlich den Ausspruch getan, daß jener den Sieg in diesem schrecklichen Weltkriege davontragen werde, der die letzten silbernen Kugeln zu verschießen habe. Doffen wir, daß es bei uns noch recht viele silberne Kugeln gibt, so daß wir damit bis zum Ende auslangen, gleichwie uns ja versichert wird, daß wir uns vor der menschenfreundlichen Absicht der Herren Engländer, uns allesamt mit Kind und Regel Hungers sterben zu lassen, nicht zu fürchten brauchen. Am Ende gehen gar den stolzen Insulanern die „Laberln“ und die „Silberkugeln“ noch früher aus als uns! E. Sch.

• Die neuen Massnahmen für den deutschen Geldumlauf.

Der dem Reichstag unterbreitete „Gesetzentwurf über die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark“ bringt insofern eine Ueberraschung, als er in einer Beziehung vollständig von allen sonstigen wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen abweicht: er schafft nicht nur, wie alles andere, eine provisorische Regelung für die Dauer des Kriegszustandes, sondern er will jetzt, mitten im Kriege, neues Recht für die Zeit nach dem Kriege schaffen. Der Gesetzentwurf geht davon aus, daß im Verkehr eine immer weiter steigende Nachfrage nach Zahlungsmitteln zu 10 Mark bestehe. Öffentlich sind solche Klagen, die man in Friedenszeiten oft vernahm, u. W. nicht geäußert worden, doch sagt die Begründung zu dem Gesetz, daß zahlreiche Beschwerden aus Handelskreisen, auch von der Heeresverwaltung wegen der Truppenlöhnung, vorlägen. Daß in sehr erfreulichem Umfange, in einem auch oft noch kaum verminderten Tempo, Goldgeld aus dem freien Verkehr in die Reichsbank geflossen und dadurch dem Umlauf entzogen worden ist — Goldmünzen zu 10 Mark vom 31. Juli bis 15. Februar allein für \mathcal{M} 280 Mill. — macht diese Nachfrage durchaus begreiflich; weniger leuchtet auf den ersten Blick ein, daß ihr durch den neuen Umlauf an kleinen Darlehenskassenscheinen, der allein in Abschnitten von fünf Mark fast genau der Summe der eingezogenen Zehnmarkstücke gleichkommt, nicht Abhilfe geworden sei, doch mag dies aus einem stark vermehrten Bedarf nach baren Zahlungsmitteln überhaupt, für den inneren Verkehr wie für den Umlauf bei den Millionen der zum Heere Eingezogenen wie in den okkupierten Gebieten, zu erklären sein. Nun führt die Begründung selbst an, daß es am nächsten läge, dem Bedarf nach 10 Mark-Werten durch Ausgabe von Darlehenskassenscheinen in dieser Höhe zu genügen. So scheint es auch uns. Und dies eingewendete technische Bedenken einer leichten Fälschungsgefahr klingt nicht sehr überzeugend, da man mit diesem Bedenken ja den ganzen Umlauf an Darlehenskassenscheinen überhaupt ablehnen müßte, was doch ganz gewiß nicht beabsichtigt ist. Immerhin, der Weg, den der Gesetzentwurf zur Behebung des momentanen Notstands vorschlägt, erscheint für die Dauer des Krieges unbedenklich. Es sollen bis zu \mathcal{M} 120 Mill. neue Reichskassenscheine (zu 10 Mark) ausgegeben werden, wodurch sich der Gesamtbetrag dieses unfundierten Reichspapiergeldes auf \mathcal{M} 360 Mill. erhöhen wird. Das mag übelwollenden Beurteilern Gelegenheit zu ihnen recht erwünschten Mißverständnissen geben. Aber in Wirklichkeit schließen die Modalitäten der Ausgabe falsche Beurteilungen aus. Denn diese \mathcal{M} 120 Mill. neuen Reichskassenscheine sollen, im Gegensatz zu den alten, nicht ohne Deckung ausgegeben werden: für ihren jeweils auszugebenden Betrag muß vielmehr der gleiche Betrag an Darlehenskassenscheinen oder an gemünzten deutschen Golde hinterlegt sein. Das besagt, daß nichts weniger geplant ist, als irgendwelche Geldbeschaffung des Reiches durch Papiergeldausgabe. Das Reich bekommt gar kein Geld durch die Ausgabe der Reichskassenscheine, sondern diese werden nur, weil man sie besser und fälschungssicherer drucken zu können glaubt, anstelle von Darlehenskassenscheinen in Umlauf gesetzt, für die natürlich ganz dieselben Bestimmungen über Sicherstellung durch Lombard und persönliche Haftung des Lombardnehmers in Kraft bleiben, als wenn sie unmittelbar in den Verkehr kämen.

Für die Dauer des Krieges wird also durch diesen Plan nichts wesentliches geändert. Aber der Gesetzentwurf geht schon weiter und trifft Bestimmungen bleibender Art auch bereits für die Zeit nach Friedensschluß. Es sollen nämlich die Reichskassenscheine zu 10 Mark allmählich eingezogen werden, aber nicht im vollen Betrage, sondern nur in der jetzt auszugebenden Summe von \mathcal{M} 120 Mill.; die Reichskassenscheine würden danach in der Höhe von \mathcal{M} 240 Mill. verbleiben und sollen für die Summe sämtlich in Stücken zu fünf Mark ausgegeben werden; die Einziehung der Reichskassenscheine zu 10 Mark aber soll durch Schaffung einer neuen Reichsbanknote zu 10 Mark erfolgen, zu deren Ausgabe die Reichsbank ohne andere Beschränkung als die für ihre Notenausgabe überhaupt geltenden, also insbesondere ohne Festsetzung einer Höchstgrenze, ermächtigt werden soll. Und das greift nun schon sehr tief in die Neuregelung des Geldverkehrs ein, wie sie nach dem Frieden vorzunehmen sein wird. Zunächst wird damit der Umlauf der Reichskassenscheine in Permanenz erklärt, während doch gerade die Aussicht auf eine Kriegsentschädigung im Friedensschlusse wieder die Frage aufwerfen lassen sollte, ob man nicht jetzt die Gelegenheit benutzen müßte, um dieses unorganisch in unser Geldwesen hineinragende Zah-

lungsmittel einer vergangenen Epoche zu beseitigen und damit einen Schönheitsfehler zu tilgen, der wirklich keine andere Existenzberechtigung nachweisen kann, als daß er einmal existiert. Sodann aber wird damit auch bereits die Frage der künftigen Stückelung des Notenumlaufs, die viel erörterte Frage der kleinen Noten, dahin beantwortet, daß wir zu noch kleineren Noten auch in Friedenszeiten kommen sollen. Die Begründung verweist darauf, daß wir diese gerade in der Zeit nach Friedensschluß sehr nötig haben werden: in dieser ersten Zeit nach Wiederherstellung des Friedens werde der Zahlungsmittelbedarf und der Kreditbedarf besonders groß sein, und dafür brauche man ein elastisches, dem jeweiligen Bedarf sich anpassendes Zahlungsmittel, wie es eben nur die Reichsbanknote, niemals der Reichskassenschein sei. Das ist gewiß richtig. Es kommt auch in Betracht, daß möglicherweise die Darlehenskassenscheine dann sehr schnell zurückgezogen werden müssen, wenn nämlich die Darlehen zurückgezahlt werden, auf Grund deren sie ausgegeben sind. Und es kommt hinzu, daß die Reichsbank auch nach dem Frieden mit Recht bemüht bleiben wird, den Goldschatz, den ihr jetzt die Einsicht der Bevölkerung in ihre Kassen geführt hat, nach Möglichkeit dort zu bewahren, um wie jetzt im Kriege sodann auch im Frieden für alle Aufgaben gerüstet zu sein, die ihr auch nachher sieher in sehr großem Umfange erwachsen werden. Die Reichsbankleitung kann — und das ist die Hauptsache — mit vollem Rechte sich auf die Tatsache berufen, daß sie die bei starker Entgoldung des Verkehrs und bei starker Ausgabe kleiner Noten mögliche Gefahr einer übertriebenen Stimulierung des Wirtschaftslebens durch ihre energische Zügelführung durchaus vermieden und daß sie umgekehrt es verstanden hat, dieses Mittel nur zu ihrer eigenen Kräftigung zu benutzen. Aber das beseitigt natürlich nicht den Einwand, daß diese Gefahr möglich bleibt, falls einmal weniger weitsichtige Grundsätze die Herrschaft über die Reichsbank erlangen sollten.

Präsident Havenstein, der Reichsgeldmarschall, für dessen großartige Leistungen in der Kriegszeit es in ganz Deutschland nur eine Stimme gibt, wird wahrscheinlich trotzdem im Reichstage ohne weiteres die Zustimmung für alles finden, was er in weiter Voraussicht für die ja doch einmal kommenden Zeiten der Friedensverhandlungen und des Friedens vorschlägt. Aber gerade darum hätten wir gewünscht, daß so wichtige Maßnahmen nicht in Eile von einem unvorbereiteten Parlament erledigt werden müßten, das in diesen Tagen schwerlich die Muße zu einer fachlichen Mitwirkung finden wird.

Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gold und Silber.

Wien, 22. März.

Das österreichische und das ungarische Finanzministerium haben ein Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gold und Silber sowie von Münzen aus diesen Metallen erlassen. Damit ist die Monarchie dem Beispiele gefolgt, welches die meisten kriegführenden und auch neutralen Länder gegeben haben. In Deutschland ist ein solches Verbot sofort beim Kriegsausbruche verfügt worden, Frankreich hat es ebenfalls erlassen und unter den neutralen Ländern haben Italien, die Schweiz und Holland derartige Maßnahmen verhängt. Das Verbot der Ausfuhr von Goldwaren und Goldmünzen hat den Zweck, diese Exporte, soweit sie überhaupt verboten werden, unter die Kontrolle des Staates zu stellen. Namentlich in der ersten Zeit des Krieges sind einzelne Goldsendungen nach dem Auslande zur Ausgleichung bestehender Verpflichtungen vollzogen worden. Diese Goldsendungen werden jetzt nur dann erfolgen können, wenn das betreffende Finanzinstitut, welches sie zu bewerkstelligen hat, hierzu die besondere Bewilligung der Finanzverwaltung einholt. Die bisherige Regellosigkeit und Unübersichtlichkeit der Goldausfuhr wird dadurch beseitigt. Das Verbot der Silberausfuhr verfolgt unter anderem auch den Zweck, die im Inlande eingetretene übermäßige Preissteigerung des Silbers herabzudrücken. Nach dem englischen Silberpreise würde sich nämlich der Preis des Silbers im Inlande mit 82 bis 83 Kronen für das Kilogramm Feinsilber berechnen lassen, während jetzt das Silber im privaten Verkehr in Wien mit 110 Kronen bewertet wird. Eine Silbereinfuhr ist infolge der auswärts bestehenden Ausfuhrverbote unmöglich und man glaubt durch das Verbot der Silberausfuhr einen Druck auf den inländischen Preis auszuüben.

In früheren Zeiten war die Ausfuhr von Gold und Silber beträchtlich. Im Jahre 1912 wurden Rohgold von 54, im Jahre 1913 von 10.3 Millionen Kronen exportiert. Die Ausfuhr von Goldmünzen bezifferte sich im Jahre 1912 mit 103.5, im Jahre 1913 mit 67.5 Millionen Kronen. Die Ausfuhr von Rohsilber belief sich im Jahre 1912 auf 5.2, jene des Jahres 1913 auf 2.4 Millionen Kronen. Silbermünzen wurden im Jahre 1912 für 10, im Jahre 1913 für 14.5 Millionen Kronen, zum großen Teile Mariatheresientaler, aus Oesterreich-Ungarn ausgeführt.

Die Kundmachung des Ausfuhrverbotes.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Finanzministeriums vom 20. März 1915, womit die Aus- und Durchfuhr von Gold und Silber verboten wird.

Die Verordnung lautet:

Auf Grund des Artikels 7 des mit dem Gesetze vom 30. Dezember 1907 kundgemachten Vertragsolltarifes der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914 wird im Einvernehmen mit der königlich ungarischen Regierung folgendes verordnet, beziehungsweise kundgemacht:

§ 1. Die Ausfuhr und Durchfuhr von Gold und Silber rein oder legiert in Barren sowie von Gold- und Silbermünzen ist verboten.

§ 2. Das nach dem Versendungsorte, beziehungsweise der Eintrittsstation in Betracht kommende Finanzministerium ist ermächtigt, Ausnahmen von dem vorstehenden Verbote zu bewilligen.

§ 3. Handlungen gegen diese Verordnungen werden nach den bestehenden Rechtsnormen bestraft.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

* **Die Merkmale der falschen Zweikronennoten.** In der letzten Zeit häuft sich das Auftauchen falscher Zweikronennoten. Die wichtigsten Merkmale der falschen Noten sind folgende: 1. Die Ausführung des Blaubildes ist mangelhaft; der Gesichtsausdruck des Kopfes ist am Falsum härter als auf der echten Note. Die Guillocherosette der Ziffer ist weniger ausgefüllt und abweichend in den Linien. 2. Der braune Unterdruck zeigt auf der Vorderseite wagrechte geradlinige Schraffierung, während er auf der echten Note aus Wellenlinien besteht. 3. Im Text sind folgende Fehler: a) auf der linken Seite oben bei der Wertbezeichnung in den Landessprachen steht in der dritten Zeile „Dvue Krune“ statt „Dvije Krune; b) rechts im magyarischen Notentexte fehlt nach dem Worte „Buda“ der Trennungsstrich „Buda.“; c) im Worte „Kormányzó“ fehlt der Akzent auf dem Buchstaben „a“ und im Worte „Főtanácsos“ ist auf dem „ö“ nur ein Strich; d) das Falsifikat ist auf der deutschen Seite vom 3., auf der ungarischen Seite vom 5. August 1914 datiert. Bei der echten Note kommt aus Kontrollrückichten rechts bei der Seriennummer der Buchstabe „A“ oder „B“ oder gar kein Buchstabe, links bei der Nummernbezeichnung der Buchstabe „C“ vor. Eine umgekehrte Anordnung dieser Buchstaben wäre dagegen bedenklich.

S. 7. 1915

Zehn- und Zwanzighellerstücke aus Neusilber.

Seit Ausbruch des Krieges hat sich ein stark gesteigerter Bedarf nach Teilmünzen aller Kategorien geltend gemacht, durch den die bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank vorrätig gehaltenen Bestände an Teilmünzen eine stetige Abnahme erfahren. Dem weiteren Bedarfe nach Silber- und Bronzemünzen konnte durch verstärkte Ausprägung von Einkronenstücken sowie Zweiheller- und Einhellermünzen Rechnung getragen werden; dagegen erschien es mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Nickel während des Krieges nicht zweckmäßig, die vorhandenen Nickelmengen für Zwecke des Münzwesens in ausgedehntem Maße in Anspruch zu nehmen.

Da sich jedoch diese im Umlaufe befindlichen Münzen als unzureichend erweisen und insbesondere in den Industriebezirken sich ein starker Bedarf an solchen Münzen geltend macht, hat sich die Regierung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung entschlossen, vorbehaltlich der nachträglichen Erwirkung der gesetzlichen Genehmigung dieser Maßnahme die Ausprägung und Ausgabe von Münzen zu zehn Heller, eventuell auch zu zwanzig Heller, aus Neusilber (einer Mischung aus 50 Prozent Kupfer, 40 Prozent Zinn und 10 Prozent Nickel) in Angriff zu nehmen. Die Ausgabe dieser Münzen, mit welcher hinsichtlich der Zehnhellermünzen am 10. Mai d. J. begonnen werden wird, soll nur nach Maßgabe des unabwieslichen Bedarfes stattfinden, soll jedoch, sofern die Bedürfnisse des Verkehrs es erfordern, bis zur Erreichung des Höchstbetrages von 20 Millionen Kronen fortgesetzt werden. Die Münzen werden nach Größe und Gewicht den Nickelmünzen vollkommen gleich sein und sich von diesen nur durch die Metallfarbe und durch das Gepräge der Reversseite unterscheiden. Der Revers der in Oesterreich geprägten neuen Teilmünzen wird in einem Kranze von Eichenlaub die Wertangabe und die Jahreszahl der Ausmünzung tragen, wogegen der Revers der in Ungarn zur Ausprägung gelangenden Münzen die Wertangabe und darunter zwei gekreuzte Lorbeerzweige aufweisen wird.

Abgesehen von diesem Unterschiede in der Ausstattung, werden auf die neuen Teilmünzen die für die Nickelmünzen geltenden Bestimmungen der Gesetze, beziehungsweise des Münz- und Währungsvertrages, Anwendung finden.

Neue 2-Kronen-Noten.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat, wie erinnerlich, um dem bald nach Kriegsausbruch eingetretenen, allerdings nur vorübergehenden Mangel an kleinen Noten abzuhefen, die Emission von 2-Kronen-Noten beschlossen. Dieser neue Notenabschnitt hat sich als sehr zweckdienlich erwiesen, und das Publikum ist an die 2-Kronen-Noten so sehr gewöhnt, daß man sich diese aus dem Umlauf kaum wegzudenken vermöchte. Nun ist, hauptsächlich durch den Umstand, daß die Erzeugung damals überaus rasch vor sich gehen mußte, und — der erste Fall seit dem Bestehen der Oesterreichisch-ungarischen Bank — daß die Scheine nicht in der Banknotendruckeri dieses Staatsinstituts hergestellt wurden, die Anfertigung von Fälschungen begünstigt worden. Gerade in der letzten Zeit wurden wiederholt derartige Fälschungen entdeckt und von seiten der Oesterreichisch-ungarischen Bank eine genaue Orientierung über die Erkennungszeichen der Fälschungen veröffentlicht.

Aus diesem Grunde hat, wie wir erfahren, der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank beschlossen, neue 2-Kronen-Noten in Umlauf zu bringen. Sie werden mit allen Kautelen versehen sein, um Fälschungen, soweit es überhaupt möglich ist, zu verhindern. In der Größe wie im Aussehen werden sie den früher emittierten sehr ähneln, jedoch ein andres, künstlerisch ausgeführtes Frauenbildnis aufweisen.

Die neuen Noten befinden sich bereits im Druck und dürften schon Anfang Juni zur Ausgabe gelangen. Die neuen 2-Kronen-Noten werden im einfachen Umtausch gegen die alten ausgefolgt werden.

Die derzeit zirkulierenden 2-Kronen-Noten wurden im August 1914 ausgegeben und haben alsbald, wie erwähnt, Abhilfe gegen die Kleingeldnot geschaffen, erwiesen sich aber auch als ganz besonders geeignet, den Kleingeldbedarf des Militärs zu befriedigen, da die Noten handlicher, leichter und daher auch bequemer waren, als wenn man darauf angewiesen gewesen wäre, die Kleingeldzahlungen an die Soldaten im Felde in Hartgeld zu leisten.

* (Der Umlauf von Kleingeld.) In letzter Zeit sind dem Finanzministerium wieder aus einigen Gegenden, und zwar vornehmlich aus den südlichen Ländern, Meldungen über eine sich im gewöhnlichen Verkehre bemerkbar machende Knappheit an Kleingeld zugetommen. Diese allerdings sporadischen, wenn auch sehr unliebbaren Erscheinungen sind im wesentlichen auf den gleichen Anlaß zurückzuführen, wie der zu Beginn der kriegerischen Ereignisse zutage getretene Ansturm auf Kleingeld, namentlich auf eine — man kann wohl sagen — ganz unvernünftige Thesaurierung von Kleingeld seitens eines Teiles der Bevölkerung. Denn die Vermehrung des Kleingeldes seit dem Beginne der kriegerischen Ereignisse war eine sehr erhebliche und ausreichende, um dem wirklichen Bedürfnisse zu genügen. Seit Ende Juli vorigen Jahres sind dem Verkehre durch Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung, Silbergulden und Zweikronen-Noten in Oesterreich-Ungarn (per Saldo) zirka 400 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt worden (davon zirka 107 Millionen Kronen in Silbergulden und 120 Millionen Kronen in Teilmünzen), so daß der im Umlaufe befindliche Betrag an solchen Zahlungsmitteln, der in normalen Zeiten sich als vollkommen genügend erwies, sich um zirka 8 Kronen per Kopf der Bevölkerung vermehrt hat. Ueberdies ist eine Vermehrung des Kleingeldes durch die Neuausprägung von Zehn-Heller-Stücken, sowie durch die forcierte Ausprägung der Ein-Kronen-Stücke im Zuge. Bei einem entsprechenden Verhalten der Bevölkerung können sich also keine Schwierigkeiten ergeben. Es liegt daher sowohl im allgemeinen Interesse als auch im Interesse jedes einzelnen, daß die ganz zwecklose und mit der sonst auf allen Gebieten betätigten Opferwilligkeit und Einsicht der Bevölkerung in Widerspruch stehende **Ausammlung von Bargeld** aufhöre und die thesaurierten Beträge wieder in den Verkehr gebracht werden.

* (Ausgabe verbesserter Zweikronennoten.) Seit einigen Tagen gelangen die angekündigten verbesserten, nämlich auf stärkerem, dauerhafterem Papier gedruckten Zweikronennoten zur Ausgabe und damit dürfte den Klagen über die schlechte Papierbeschaffenheit dieser jüngsten und kleinsten „Appoints“ der Notenfäbrilation der Oesterreichisch-ungarischen Bank endgiltig abgeholfen werden können. Die neuen Noten fallen sofort durch das schwerere Papier, das sich wie eine der größeren Noten falten läßt, auf. Das neue Papier gestattet auch ein besseres Druckverfahren, das die Notenbilder klarer und schärfer hervortreten läßt. Der Vorteil des Neudruckes liegt in der größeren Haltbarkeit bei voraussichtlich länger währendender Laufzeit.

Gegen die Theaurierung von Kleingeld.

In jüngster Zeit kamen dem Finanzministerium wieder häufiger Beschwerden über einen Mangel an Teilmünzen im Verkehr zu. Wie zu Beginn des Kriegszustandes haben die beklagten Uebelstände ihre Hauptursache in der von einem Teile der Bevölkerung in ganz unsinniger Weise betriebenen Theaurierung von Kleingeld. Für die bestimmungsmäßige Verwendung zur Bezahlung kleinerer Zahlungen würden die im Umlauf befindlichen Beträge von Teilmünzen und kleinen Noten mehr als ausreichend sein; in dieser Beziehung sei nur darauf hingewiesen, daß der im Umlauf befindliche Betrag an solchen Zahlungsmitteln, welcher in normalen Zeiten sich als vollkommen genügend erwies, sich seit Ende Juli v. J. um zirka acht Kronen per Kopf der Bevölkerung vermehrt hat. Mit einer im größeren Umfang betriebenen Theaurierung von Münzen kann aber die Münzprägung, die ohnedies seit Beginn des Krieges in forcierterem Tempo fortgesetzt wird, nicht Schritt halten, und es müssen sich daher, wenn das Ansammeln von Münzen weiter seinen Fortgang nimmt, immer wieder Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr ergeben. Die Behörden wurden daher angewiesen, dieser ganz zwecklosen, die Interessen der Allgemeinheit schädigenden Ansammlung von Bargeld in geeigneter Weise entgegenzutreten und dahin zu wirken, daß die gesammelten Bestände wieder in den Verkehr gebracht werden.

Allgemeine Nachrichten.

Gegen die unsinnige Ansammlung von Kleingeld.

In jüngster Zeit kamen dem k. k. Finanzministerium wieder häufiger Beschwerden über einen Mangel an Teilmünzen im Verkehr zu.

Wie zu Beginn des Kriegszustandes haben die beklagten Überstände ihre Hauptursache in der von einem Teile der Bevölkerung in ganz unsinniger Weise betriebenen Ansammlung von Kleingeld.

Für die bestimmungsmäßige Verwendung zur Bestreitung kleinerer Zahlungen würden die im Umlauf befindlichen Beträge von Teilmünzen und kleinen Noten mehr als ausreichend sein: in dieser Beziehung sei nur darauf hingewiesen, daß seit Ende Juli vorigen Jahres dem Verkehr durch Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung, Silbergulden und Zweikronennoten in Osterreich-Ungarn (per Saldo) zirka 400 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt wurden (davon zirka 107 Millionen Kronen in Silbergulden und 120 Millionen Kronen in Teil-

münzen), so daß der im Umlauf befindliche Betrag an solchen Zahlungsmitteln, welcher in normalen Zeiten sich als vollkommen genügend erwies, sich um zirka 8 K per Kopf der Bevölkerung vermehrt hat.

Mit einer im größeren Umfange betriebenen Ansammlung von Münzen kann aber die Münzprägung, die ohndies seit Beginn des Krieges in beschleunigter Weise fortgesetzt wird, nicht Schritt halten, und es müssen sich daher, wenn das Ansammeln von Münzen weiter seinen Fortgang nimmt, immer wieder Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr ergeben.

Es erscheint daher im allgemeinen Interesse gelegen, daß diese zwecklose und mit der sonst auf allen Gebieten betätigten Einsicht der Bevölkerung im Widerspruch stehende Ansammlung von Kleingeld aufhöre und die angesammelten Bestände wieder in den Verkehr gebracht werden.

* Falsche Banknoten zu zwei Kronen. Es wird vor einer neuen Type von Fälschungen der Banknoten zu zwei Kronen vom Jahre 1914 gewarnt. Bei den neuauftauchenden Fälschungen sind folgende Merkmale zu beachten: Die Ausführung des Blaubildes ist mangelhaft. Im Kopfe fallen die leeren Lichtstellen der Gesicht- und Haarpartien und der härtere Gesichtsausdruck auf, im Letzte die ungenauen Formen der Buchstaben. Die Linien des guillochierten grünen Untergrundes der Vorderseite sind vielfach unterbrochen (zerfressen), besonders aber auch die gerade Abschlusslinie am unteren Rande. Der wellenförmige braune Untergrund zeigt ungleiche Abstände der Linien, die im unteren Teile links und rechts der Unterschriften besonders sichtbar sind. In dem Worte „gesetzlichem“ fällt das „d“ nach rechts, in dem Worte „Metall“ fällt das „t“ nach links und das zweite „l“ nach rechts. In dem Worte „Bank“ fehlt auf dem „a“ der Akzent. In dem Worte „Hötanacos“ fehlen auf dem „ö“ die zwei Striche. Auf der Rückseite fallen die stärkeren weißen Linien in der Randleiste auf. Diese Fälschungen tragen die Serien- und Nummernbezeichnung der Serie „A“.

6./VIII. 1915

*** Neue Einkronenstücke.** Vom 15. August an soll mit der Ausgabe neuer Einkronenstücke begonnen werden, und zwar ist für die neue Ausgabe eine andere Prägung geplant. Die neuen Kronen sollen auf der Rückseite die Jahreszahl 1914—15 mit einem Lorbeerkranz umgeben tragen. Die bisherigen Einkronenstücke gelangen zur Einziehung; es ist als äußerste Geltungsfrist der 15. November in Aussicht genommen. Nach dieser Zeit gilt nur der Silberwert. Diese Maßnahme dürfte dazu führen, eine große Menge Silberkronen ans Tageslicht zu bringen, die jetzt in Truhen und Strümpfen liegen.

14. VIII. 1915

42

Der Kleingeldmangel und dessen Abhilfe.

Zuschrift einer Großhandlungsfirma.

Man vernimmt noch immer Beschwerden über Kleingeldmangel, fragt aber nur wenig nach den Ursachen desselben. Sie sind unsres Erachtens in der an vielen Orten auch jetzt noch nicht unterlassenen sinnlosen Thesaurierung von kleinen Münzen zu suchen. Es ist ja von verlässlicher Seite bereits nachgewiesen worden, daß die Neuprägungen von Einfronenstücken, Nickel- und Bronzemünzen in den Prägestätten der Monarchie intensiv fortgesetzt werden und die neuen Münzen sofort in den Verkehr gelangen. Die Kopfquote an Teilmünzen und kleinen Noten hat sich seit Juli vorigen Jahres um 8 K. vermehrt, das Kleingeld soll aber angeblich noch immer nicht genügen. Es ist uns bekannt, daß viele Interessenten, besonders Geldinstitute, Industriunternehmungen, Bergwerksbetriebe usw., sich mit dringenden Eingaben an die betreffenden Handelskammern, an den Bund der Industriellen oder gar an das Finanzministerium wenden, damit diese Stellen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Ausgabe größerer Mengen der vorerwähnten Münzen erwirken. Wir glauben jedoch, daß derartige Schritte zwecklos sind und daher füglich unterbleiben könnten. Wir und auch unsere Niederlassungen in der Provinz brauchen ziemlich viel Kleingeld und können konstatieren, daß wir es bei der Bank, die doch gar keinen Anlaß hat, Scheidemünzen zurückzuhalten, ohne weiteres hinausverwechselt bekommen, wenn Vorräte da sind. Diese bestehen allerdings manchmal nur aus etlichen Posten, sogar bei der Münzkasse der hiesigen Zentrale, wie wir uns wiederholt überzeugen konnten.

Ein zweckdienliches Mittel, mehr Kleingeld in den Verkehr zu bringen, wäre, daselbe aus seinen Verstecken von Amts wegen hervorzuholen, wie es in Kroatien und Slavonien geschieht. Dort wird gegen die Kleingeldhamster energisch vorgegangen. Der königliche Regierungskommissär für das Komitat Drovitica und die königliche Freistadt Esseg verfügten unter anderm, unter Bezugnahme auf das Verbot des Finanzministeriums, dem Verkehr Kleingeld zu entziehen, folgendes:

„Da trotz dieses Verbotes von einzelnen das Kleingeld gesammelt und versteckt, so aber dem durch den Staat bestimmten Zwecke entzogen wird, ordne ich an, daß die Polizeibehörden in ihrem Wirkungsbereich verlautbaren, daß in jedem Falle, wenn durch etwaige Hausdurchsuchungen oder infolge eingelaufener Anzeigen festgestellt wird, daß kleine Münzen von der Krone abwärts, unverhältnismäßig und überflüssigerweise angesammelt werden, gegen den Betreffenden das Verfahren einzuleiten und derselbe bis zu einem Drittel der vorgefundenen Münzen zugunsten des Armenfonds zu bestrafen ist.“

Später wurde die Verordnung dahin abgeändert, daß bei Auffindung des versteckten Geldes auf Verlust der Hälfte des angesammelten Betrages, bei Rückfälligkeit auf Arrest bis zu vierzehn Tagen zu erkennen ist. Die Verordnung steht aber nicht nur auf dem Papier, sondern wird tatsächlich angewendet. Bei einem Essegger Wirt wurden in zwei großen, bis an den Rand gefüllten Blechboxen 5265 K. verstecktes Kleingeld vorgefunden und dieser seit der Mobilisierung systematisch angesammelte „Metallschatz“ säfiert.

Ähnlich könnte man auch hierzulande vorgehen, wozu es nur des guten Willens und einiger Energie bedürfte.

Der Mangel an Nickelgeld.

Schon kurz nach Beginn des Krieges hat sich ein Mangel an Nickel- und Silbergeld eingestellt, der zu einer großen Kalamität wurde und wiederholt Maßnahmen der Behörde nötig machte. Der Grund der im Geschäftsverkehr besonders stark fühlbar gewordenen Erscheinung war in der Theaurierung der Nickel- und Silbermünzen durch die Bevölkerung zu suchen, deren ein Teil übermäßig eine einmal erworbene Münze im Schranke aufbewahrte und dem Umlauf entzog. Während der durch die Theaurierung entstandene Mangel an Silbergeld einerseits doch durch die Ausgabe der zurückbehaltenen Geldstücke von seiten der „Sparer“, andererseits durch die Einführung der Papiernoten zu zwei Kronen behoben wurde, hat die dauernde Zurückhaltung von Nickelmünzen da-

zu geführt, daß augenblicklich wieder der Mangel an Nickelgeldstücken, insbesondere an 20 Heller-Stücken, ein merklicher geworden ist. Es wird vielfach die Bemerkung gemacht, daß man beim Umwechseln von Silbergeldstücken sehr wenig 20 Heller-Stücke und auch wenige der alten 10 Heller-Stücke erhält, sondern in der Mehrzahl die gelblichen 10 Heller-Stücke der neuen Prägung. Und es ist Tatsache, daß, wenn nicht die neuen 10 Heller-Stücke zur Ausgabe gelangt wären, der Mangel an Nickelgeld derzeit wieder zu einem argen Mißstand geworden wäre. Aber auch das Fehlen der 20 Heller-Stücke macht sich da und dort unangenehm fühlbar. So sind die Automatenbüfets beinahe einer Gefahr ausgesetzt, wenn die 20 Heller-Stücke auch weiterhin so allmählich aus dem Verkehr verschwinden. Mehr denn je müssen heute die Kellner der Automatenbüfets den Gästen Geld umwechseln, für zwei 10 Heller-Stücke ein 20 Heller-Stück zumeist, sonst für Silbergeld 20 Heller-Stücke. Heute müssen die Bediensteten der Büfets sehr sparsam mit dem Umwechseln umgehen, sie geben für Silber möglichst wenig 20 Heller-Stücke, den Rest in 10 Heller-Stücken, denn sie wechseln ja immer wieder nur von dem Gelde um, das in die Automaten eingeworfen und vom Besitzer herausgenommen wird. Nur daher ist es ihnen überhaupt möglich, in Nickelmünzen umzuwechseln. Aber, wenn der Kellner mehr 20 Heller-Stücke herausgeben muß, als der Gast für den Einwurf verwendet, gehen stets einige verloren, die dann irgendeiner der „Sammler“, der sie erhascht, zu seinem übrigen Schatz trägt. Das Verschwinden der 10 Heller-Stücke der alten Prägung ist gleichfalls für das Automaten-geschäft zu einem Nachteil geworden, denn die neuen 10 Heller-Stücke sind aus einer Metall-legierung geprägt, die nicht magnetisch ist, wie es die alte Legierung war. Da nun in den Automaten ein Magnet, der das Geldstück anzieht, eine Hauptfunktion übt, so sind die neuen „Unmagnetischen“ bei den 10 Heller-Automaten nicht verwendbar. Wenn die alten Nickelmünzen ausgehen sollten, werden die Automaten-gesellschaften zu einer entsprechenden Aenderung der Apparate genötigt werden. Der Mangel an Nickelgeld ist auch diesmal noch immer auf die Theaurierung zurückzuführen, denn die Ausprägungskontingente, die in 20 Heller-Stücken für Oesterreich und Ungarn 48 Millionen, in 10 Heller-Stücken 32 Millionen betragen, wozu noch die neue 10 Heller-Stücke-Prägung mit 20 Millionen kommt, gewährleisten ein Auskommen unbedingt. Die „Nickelgeldsammler“ bereiten dem Verkehr arge Unannehmlichkeiten, ohne aus ihrer Tätigkeit Vorteil zu ziehen.

Die neuen Zweikronenbanknoten.

Das heute ausgegebene Reichsgesetzblatt enthält einen Erlaß des Finanzministers vom 18. d. betreffend die Ausgabe von Banknoten zu zwei Kronen mit dem Datum vom 5. August 1914. In diesem Erlasse heißt es, daß im Sinne einer auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 4. d. einverständlich mit der ungarischen Regierung in teilweiser Abänderung des Artikels 82 der Statuten der Oesterreichisch-ungarischen Bank getroffenen provisorischen Verfügung dieses Instituts mit der Hinausgabe von Banknoten zu zwei Kronen mit dem Datum vom 5. August 1914 demnächst beginnen wird.

Die darauf bezügliche Kundmachung lautet: „Die Oesterreichisch-ungarische Bank wird bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sowie bei sämtlichen Filialen mit der Hinausgabe der Banknoten zu zwei Kronen mit dem Datum vom 5. August 1914 demnächst beginnen. Die Beschreibung dieser neuen Banknoten wird im Anhange zu dieser Kundmachung veröffentlicht. Wien, 12. August 1914. Oesterreichisch-ungarische Bank. Popovics, Gouverneur; Wolfrum, Generalrat; Schmid, Generalsekretär.“

Beschreibung der Zweikronenbanknote.

Die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu 2 Kronen vom 5. August 1914 haben ein Format von 113 Millimeter Breite und 68 Millimeter Höhe und sind auf weißem Velinpapier gedruckt. Die Textseite zeigt auf einem bräunlichen, guillochierten Untergrund das blaue Notenbild, dessen Mitte ein oval umrahmter Idealkopf einnimmt. Die Umrahmung des Idealkopfes enthält links die deutsche, rechts die ungarische Strafbestimmung, lautend: „Die Nachmachung der Banknoten wird gesetzlich bestraft.“ Links oben ist der kaiserlich österreichische Adler und von einer Guillocherosette umrahmt der Nennwert der Note, nämlich zwei Kronen, in acht verschiedenen Landesprachen, rechts oben das Wappen der Länder der heiligen ungarischen Krone und eine die weiße Ziffer „2“ tragende guillochierte Rosette angebracht.

Unter den beiden Rosetten befindet sich links der deutsche Notentext: „Zwei Kronen zahlt gegen diese Banknote bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sofort auf Verlangen in gesetzlichem Metallgelde die Oesterreichisch-ungarische Bank, Wien, 5. August 1914.“ Rechts befindet sich der ungarische Notentext. Die Noten tragen die Unterschriften der drei obgenannten Bankfunktionäre.

Auf der Rückseite ist ein umrahmter grünlicher, guillochierter Fond, auf welchem in brauner Farbe die deutsche und ungarische Wertbezeichnung Kronen 2 sowie die Serien- und Nummernbezeichnung hervortreten.

19./8. 1914.

45

Die neuen Zweikronennoten.

Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministeriums vom 18. August 1914 betreffend die Ausgabe von Banknoten zu zwei Kronen mit dem Datum vom 5. August 1914 und die Kundmachung der Oesterreichisch-ungarischen Bank vom 12. August wegen Herausgabe der neuen Banknoten.

Gleichzeitig wird folgende Beschreibung der Zweikronen-Banknote veröffentlicht:

Die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu 2 Kronen vom 5. August 1914 haben ein Format von 113 Millimeter Breite und 68 Millimeter Höhe und sind auf weißem Velinpapier gedruckt.

Die Textseite zeigt auf einem bräunlichen, guillochierten Untergrunde das blaue Notenbild, dessen Mitte ein oval umrahmter Idealkopf einnimmt. Die Umrahmung des Idealkopfes enthält links die deutsche, rechts die ungarische Strafbestimmung, lautend:

„Die Nachmachung der Banknoten wird gesetzlich bestraft.

A bankjegyek utánzása a törvény szerint büntetettetik.“

Links oben ist der kaiserlich österreichische Adler und von einer Guillocherosette umrahmt der Nennwert der Note, nämlich zwei Kronen. In acht verschiedenen Landessprachen, rechts oben das Wappen der Länder der heiligen ungarischen Krone und eine die weiße Ziffer „2“ tragende guillochierte Rosette angebracht.

Unter den beiden Rosetten befindet sich links der deutsche, rechts der ungarische Notentext:

„ZWEI KRONEN

zahlt gegen diese Banknote bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sofort auf Verlangen in gesetzlichem Metallgelde die

KÉT KORONA

törvényes ércpénzt bárki kívánságára bécsi és budapesti főintézeteknél azonnal fizet az

OESTERREICHISCH-UNGARISCHE BANK — OSZTRAK-MAGYAR BANK

Wien, 5. August 1914.

Bécs, 1914. évi augusztus 5-én,

Popovics

Gouverneur. — kormányzó.

Schreiber

Generalrat. — főtanácsos.

Schmid

Generalsekretär. — vezértitkár.

Auf der Rückseite ist ein umrahmter, grünlicher, guillochierter Fond, auf welchem in brauner Farbe die deutsche und ungarische Wertbezeichnung

KRONEN

2

KORONA

2

sowie die Serien- und Nummernbezeichnung hervortreten.

Die neuen Zweikronennoten.

Heute hinausgegeben.

Heute von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags wurden das erstmal die neuen Zweikronennoten bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank öffentlich ausgegeben. Es herrschte gar kein Andrang; die Nachfrage war recht gering. Von wenigen Neugierigen abgesehen, die ein paar der neuen kleinen Banknoten zum Ansehen einwechseln wollten, fanden sich hauptsächlich Industrielle, Fabrikanten und Kaufleute dort ein, um das kleine Papiergeld einzutauschen und dann damit am morgigen Wochenzahlung ihre Angestellten zu entlohnen.

Mit der Ausgabe von Silbergeld hielt die Oesterreichisch-ungarische Bank heute zurück. Im Geschäftsverkehr nahm das Publikum ohne jede Aversion den neuen „Zweikronenzettel“, die wir bereits eingehend beschrieben haben, an Silbers statt entgegen.

Sammlung ausländischen Geldes. Die Sammlung ausländischen Geldes an verschiedenen höheren Lehranstalten in Görlitz hat bereits eine Höhe von 6312 Mark erreicht. Die Sammeltätigkeit hat erst vor kurzem begonnen. Es ist daher zu hoffen, daß diesem neuen vaterländischen Werke ein ähnlicher Erfolg beschieden sei wie der Goldsammlung, und daß es gelingen wird, aus dem Nichts eine Summe von mindestens 100 000 Mark zu schaffen. Von der Oberrealschule in Görlitz sind rund 140 Mark durch meist geringfügige Beträge aufgebracht worden.

Eisernes Geld in eiserner Zeit.

„Gold gab ich für Eisen.“ Mit diesen Worten opferten vor mehr als hundert Jahren hochherzige Frauen und Männer in Preußen ihre goldenen Schmucksachen auf dem Altar des Vaterlands, das man vom Joch des gewaltigen Korsen befreien wollte. Gleichsam zur Erinnerung an jene heldenhafte, opferbereite Zeit hat der Bundesrat gestern die Ausprägung von Fünfspennigstücken in Eisen beschlossen.

Zum erstenmal wird im Deutschen Reich das Eisen als Münzmetall anerkannt. Bald nach Gründung des neuen Deutschen Reiches wurde Nickel als Münzmetall eingeführt; durch das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 wurde die Ausprägung von Zehn- und Fünfspennigstücken als Nickelmünzen angeordnet. Ein Menschenalter später hält der unscheinbare Bruder dieses Metalls, das die sächsischen Bergleute einst verkannten und für „zu nichts nützlich“ (daher die Bezeichnung „Nickel“) erklärten, ebenfalls seinen Einzug in die Münze. Besitzt auch das Eisen nicht des Nickels schönen, dauernden Silberglanz, so ist es ihm doch in vieler Beziehung ähnlich; es steht ihm in Härte, spezifischem Gewicht, in Dehnbarkeit ziemlich nahe. Reines Eisen findet sich ebenso wie gediegenes Nickel äußerst selten, sie sind ein „Geschenk des Himmels“, das heißt man begegnet ihnen nur in Meteorsteinen. Um so zahlreicher trifft man sie in den verschiedensten Mineralverbindungen, aus denen sie die Kunst des Hüttenmannes und Chemikers herausholt. Bezogen wir einen großen Teil des Nickels, das wir für unsere Münzen bedurften, aus Amerika, so werden die heimischen Gruben den Bedarf für die neuen Eisenmünzen reichlich decken können, selbst wenn das Fünfspennigstück nicht die einzige Eisenmünze bleiben sollte.

Wizulange wird ja dieses spartanische Geld nicht im Umlaufe sein. Wenn sich so weiter der Sieg an die Fahnen unserer tapferen Streiter heftet und wir unseren Gegnern einen Frieden vorschreiben können, wie ihn die Sicherheit unseres Vaterlandes erfordert, dann wird das Fünfspennigstück aus Eisen wohl aus dem Verkehr verschwinden, aber einen bleibenden Erinnerungswert wird es behalten. Das unscheinbare Geldstück wird immer wieder gemahnen an diese Lage, wo Deutschland sich fast gegen eine Welt von Feinden zu wehren hat und in dem ihm aufgedrungenen Kampf nicht verzagt. Das stumme unscheinbare Geldstück, das dann längst außer Kurs gesetzt sein wird, soll Enkeln und Urenkeln eindringlich erzählen von jenen Tagen, in denen Deutschland mit eiserner Kraft die Schlingen und Läden seiner zahlreichen Gegner überwand, in denen wir wieder die schlichte Natürlichkeit schätzen und den äußeren Glanz verachten lernten. oe.

[Größerer Geldbedarf bei der Notenbank.] Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ergaben sich am Ende der vorigen Woche zum erstenmal seit längerer Zeit stärkere Einreichungen. Es wurden sowohl Wechsel zur Belehnung eingereicht als auch Effekten lombardiert. Der Geldbedarf ist eine Folge des Einzahlungstermines auf die Kriegsanleihe, für welchen die einzahlenden Institute Gelder bereitzustellen mußten; die Anforderungen hatten aber keinen übermäßig großen Umfang. Die Generalratsitzung wird erst in der nächsten Woche stattfinden.

17./IX. 1915

* **Falsche Hundertkronennoten.** Neue Fälschungen der Hundertkronennote vom Jahre 1912 sind bisher in Prag und Brünn aufgetaucht. Sie haben folgende Merkmale: Auf dem Worte Barfi des ungarischen Textes fehlt der Akzent auf dem „a“. Die Buchstaben der ungarischen Textschrift erscheinen schmaler und von breiteren weißen Rändern umgeben als auf der echten Note. Die Worte „Hundert Kronen“ und die zwei großen Ziffern „100“ der deutschen Seite fühlen sich glatt an, während diese Stellen auf der echten Note das Relief (die Prägung) des Kupferdruckes spüren lassen. Die falsche Note fühlt sich weicher an als die echte. Die beiden auseinander gelösten Blätter, aus denen die falsche Note besteht, lassen sich durch Befeuften leicht trennen.

9./X. 1915

* (Falsche Hundert Kronennoten.) In der letzten Zeit sind in verschiedenen Städten der Monarchie Falsifikate von Hundert Kronennoten aufgetaucht, welche die gleichen Merkmale wie die Fälschungen im Jahre 1912 aufweisen. Die falschen Noten tragen folgende Merkmale: Auf dem Worte „Barki“ des ungarischen Textes fehlt der Akzent auf dem „A“. Die Buchstaben des ungarischen Textes erscheinen schmaler und von breiteren weißen Rändern umgeben, als bei der echten Note. Die Worte „Hundert Kronen“ und die zwei großen Ziffern „100“ auf der deutschen Seite fühlen sich glatt an, während die Stellen auf der echten Note das Relief, die Prägung des Kupferdruckes spüren lassen. Die falsche Note fühlt sich überhaupt weicher an, als die echte. Die beiden auseinander geklebten Blätter, aus denen die falsche Note besteht, lassen sich durch Befeuchten leicht voneinander trennen.

20/X. 1915.

Die eisernen Fünfspennigstücke.

N Berlin, 19. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die ersten eisernen Fünfspennigstücke sind heute ausgegeben worden. Sie unterscheiden sich äußerlich nur wenig von den Nickelstücken, was dem Zinküberzug zu danken ist, der sie nur wenig dunkler macht. Die Inschrift auf der Vorderseite des neuen Fünfspennigstückes ist anders angeordnet als die des alten. Unter der Fünf steht das Wort Pfennig in gerader Linie und darunter die Jahreszahl 1915. Auf dem alten Geldstück gehören dagegen Pfennig und Jahreszahl zur Umschrift. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß auf dem Kriegsgelde der Rand gerippt ist. Der eiserne Fünfer ist ein halbes Gramm leichter als die Nickelmünze.

* [Die neuen eisernen Geldmünzen in Deutschland.] Dienstag ist der erste Kriegsschexser, das erste eiserne Fünfpfennigstück in Verkehr gekommen. Die Reichsbank hat, wie das Berliner Tageblatt meldet, mit der Ausgabe des neuen Geldes begonnen, und nun wird es bald allgemein in Gebrauch sein. Sehr gefällig und durchaus nicht „eisern“ sieht der Kriegsschexser aus — das schwarze Eisen ist von einem grauen Zinküberzug verdeckt. So ist wenig Unterschied gegenüber dem gewohnten Nickel, nur ein klein ritzchen stumpfer ist das Grau des Eisengeldes. Die Prägung ist so scharf und klar wie bei allen anderen Reichsmünzen, woraus zu schließen, daß das Eisen nicht so gar ungeeignet für die Herstellung von Geldstücken ist, wie man vielleicht gedacht haben mag. Der Kriegsschexser ist wesentlich leichter

als der Nickel. Der eiserne Schexser wiegt $2\frac{1}{2}$ Gramm, der Nickel aber 3 Gramm. Ob mit der Ausgabe der Kriegsschexser der Mangel an Kleingeld behoben sein wird, ist noch die Frage. Dieser Mangel ist augenblicklich ein sehr empfindlicher. Bei jedem Einkauf, den man zu machen hat, wird man in beweglichen Löhnen schwören, doch ja die Zahlung so zu machen, daß nicht herausgegeben werden muß. Es fehlt offenbar nicht bloß an Nickel, nicht bloß an Fünf- und Zehnpfennigstücken, sondern vor allem auch an Fünfzigpfennigstücken. Diese werden im täglichen Verkehr gerade häufig und gern gebraucht — sie sind ein zweckmäßiger Ersatz für die fehlenden Nickel und ein unentbehrliches Mittelglied zwischen der Mark und den Scheidemünzen.

Wahrung der Schätze

bis auf kleine Grenzstreifen vom Feinde gesäubert, kraftvolle kriegsgeübte und sieggewohnte Heere bieten dem Feinde die Stirne, unsere Truppen stehen tief im Innern des russischen Reiches.

Weg also mit diesen törichten Ängsten und Bedenken! Das Zurückhalten von Geld und Zahlungsmitteln nützt dem Einzelnen gar nichts, stört aber den Verkehr; es kostet den Besitzer Zinsen, die ihm entgehen, ruft Kleingeldnot und dadurch Schwierigkeiten im Alltagsleben hervor. Das Verstecken des Geldes ist dabei im höchsten Maße unpatriotisch und gesinnungslos. Das Wohl und Wehe des Einzelnen ist heute unlöslich mit jenem des Staates verknüpft. Nur wenn der Staat siegt, kann es der Gesamtheit und dem Einzelnen wohlgehen. Hingabe an den Staat ist das einzige Mittel, sein künftiges Wohl sicherzustellen. Also heraus mit all den zwecklos versteckten Geldmitteln und Geldzeichen!

Bringe jeder, was er an gangbaren Goldmünzen besitzt, zur Österreichisch-ungarischen Bank oder zu den staatlichen Einlösungsämtern! Nicht als Opfer, denn ein solches bringt er nicht, da er den Nennwert in Banknoten empfängt, sondern als Erfüllung einer patriotischen Pflicht. Wer sich ein Andenken an die harte Zeit des Weltkrieges bewahren will, dem kann über die freiwillige Hingabe von Goldmünzen ein Zertifikat ausgestellt werden.

In den Verkehr mit dem Silber- und Nickelgeld!

Wer Silber- oder Nickelmünzen gesammelt und verwahrt hat, der führe sie wieder dem Verkehre zu, bringe sie zum nächsten Postamt oder gebe sie in Zahlung, wenn er Zahlungen leistet. Er bringt damit kein Opfer, denn das Hartgeld nützt ihm nicht um einen Pfifferling mehr als die Banknoten. Er handelt nur als ein ordentlicher Mensch, dem sein Gewissen gebietet, alles zu unterlassen, was in dieser schweren Zeit irgendwie Störungen des öffentlichen Lebens verursachen kann, und unter diesen Störungen ist die Kleingeldnot nicht die geringste.

Versteckt keine Banknoten!

Wer über größere Beträge in Papiergeld verfügt, für die er keine augenblickliche oder nahe Verwendung hat, der kaufe Kriegsanleihe oder zahle Schulden zurück oder gebe sein Geld in die Postsparkassa, in Raiffeisenkassen, Sparkassen, Banken! Sein Geld wird dadurch nicht nur ihm selbst Zinsen tragen, sondern auch der Volkswirtschaft, der Gesamtheit nutzbar werden.

Dabei wird er die Sorge um die sichere Verwahrung seines Besitzes los sein! Die Postsparkassa, Sparkassen und viele andere Kredit-Institute nehmen die Kriegsanleihe unentgeltlich in Verwahrung. Bei Einlagebüchern kann man sich durch die Wahl eines Lösungswortes, das nur dem Eigentümer und dem Geld-Institute bekannt ist, gegen Entwendung schützen. Der Dieb, der das Lösungswort nicht angeben kann, erhält nichts ausgezahlt und der rechtmäßige Eigentümer kommt wieder zu seinem Gelde.

All diese Vorteile läßt man sich entgehen, wenn man bares Geld anhäuft und sich nicht davon trennen will.

Tausende ziehen jede Woche neu hinaus, verlassen Weib und Kind, Beruf, Familie und Besitz, um ihr Blut für das Vaterland zu vergießen. Sollte es da noch Leute geben, die sich von ihren Goldsüchsen, Silberstücken und Geldscheinen nicht

trennen können, selbst wenn diese Trennung nicht Verlust, sondern Zinsgewinn und erhöhte Sicherheit bringt?

Die Bevölkerung, die bei so vielen Gelegenheiten ihren gesunden Sinn, ihre vaterländische Gesinnung und ihren Gemeingeist bewiesen hat, kann auf diese Frage nur eine Antwort wissen!

* (Der eiserne Pfennig.) Man schreibt uns aus Berlin: Der Krieg hat jetzt dem Deutschen Reiche auch ein eisernes Fünfpfennigstück beschert, was natürlich für alle ein Novum ist. Der Rand der neuen Münzen ist nicht wie bei den alten glatt, sondern gerippt und die Inschrift auf der Vorderseite ist nicht mehr kreisförmig, sondern in gerader Linie und unter 5 Pfennig steht die Kriegsjahreszahl 1915. Die Rückseite zeigt den Reichsadler. Das Geldstück ist etwas leichter als das alte und mit Zink überzogen. Ueber kurz oder lang wird übrigens auch das neue Kriegsgeld keine Rarität mehr sein. Die eisernen Fünfpfennigstücke werden bald

millionenfach im Geldverkehr auftauchen und bald den Reiz der Neuheit eingebüßt haben. Bekanntlich hat die neue Münze den Zweck, dem Mangel an Nickelgeld zu steuern, der hauptsächlich dadurch entstanden ist, daß die Truppen im Felde draußen sehr viele Nickelmünzen brauchen. Aus dem gleichen Grunde sollen nächstens in dem von uns besetzten Belgien auch Scheidemünzen aus Zink eingeführt werden. Für Deutschland dürfte übrigens die neue „Finanzreform“ mit dem eisernen Geld voraussichtlich gar kein so schlechtes Geschäft werden. Denn nach dem Kriege, wenn es wieder eingezogen wird, werden wahrscheinlich die meisten eisernen Fünfpfennigstücke nicht mehr in die Reichskasse zurückfließen, denn man wird sie zum Andenken an die eiserne Zeit aufheben wollen, so daß der Staat die Differenz zwischen dem Nennwert und den Herstellungskosten profitiert. Uebrigens ist das eiserne Geld durchaus keine Erfindung der Neuzeit. Schon die alten Römer und Griechen hatten Eisengeld. Und in Kriegszeiten, vor allem in belagerten Festungen, gab es schon im Altertum und Mittelalter Notgeld. Manchmal, wenn alles Metall ausgegangen war, bestand das Kriegsgeld sogar aus Leder oder Pappdeckel.

Gegen die Thesaurierung von Hartgeld und Banknoten in Ungarn.

Die ungarische Regierung hat bereits am 17. Juni l. J. an die Behörden eine Zirkularverordnung gerichtet, und in dieser Maßregeln gegen die Thesaurierung von Hartgeld getroffen. Dieselbe Angelegenheit betrifft eine jetzt unter Zahl 53777/1915 des Ministers des Innern erlassene Zirkularverordnung an die ersten Beamten sämtlicher Municipien. Hinsichtlich der Silber-, Nickel- und Bronzecheidemünzen wird bemerkt, daß die Zurückhaltung derselben am wenigsten berechtigt und für die Öffentlichkeit am schädlichsten sei. Es entsteht durch diese sinnlose Anhäufung ein Mangel an Scheidemünzen, der im Kreise der Bevölkerung Beunruhigung, im Geldverkehr aber große Kalamitäten verursacht. Die Neuprägung von Münzen ist nutzlos, da neue klingende Geldstücke noch mehr Anreiz für die Thesaurierung bieten. Die Zurückhaltung von Banknoten bedeutet totes Kapital, das weder Zinsen trägt, noch der Volkswirtschaft nützt. In den Händen der Geldinstitute oder bei ihrer Anwendung zu Kriegsanleihezeichnungen wird die Banknote ein Kreditobjekt, ein Darlehen, Wechsel usw. und sie befruchtet die Volkswirtschaft. Hinsichtlich der Goldmünzen verweist die Zirkularverordnung auf das Beispiel Deutschlands, wo durch die freiwillige Einlieferung von Goldstücken dem Goldschatz der Reichsbank mehr als 100 Millionen Mark zugeslossen sind. Es wird daher den ersten Beamten der Municipien und Städte empfohlen, auch bei uns durch die Gemeindevorstellungen, Lehrer und Seelsorger eine ähnliche Propaganda einleiten zu lassen, damit je mehr Goldmünzen an die Oesterreichisch-ungarische Bank gelangen.

4. XI. 1915

An die Bewohnerschaft Bozsony!

Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß ein Teil der Landesbewohner Gold- und Silbermünzen, Banknoten, Nickel- und Bronze-Kleingeld teils verbirgt, teils bei sich aufhäuft, trotzdem der Feind durch unsere tapferen Armeen weit über die Grenzen unseres Vaterlandes getrieben worden ist, wir gegen feindliche Ueberfälle vollkommen gesichert sind und im Lande der Handelsverkehr bereits ruhig und friedlich abgewickelt wird.

Ich brauche nicht zu betonen, daß das Aufhäufen und Verbergen des Geldes, speziell in den gegenwärtigen kriegerischen Zeitläuften sowohl dem Einzelnen als der Gesamtheit empfindlichen Schaden bringt und nebstbei noch eine entschieden unpatriotische Handlung ist. Das aufgehäufte Geld verzinst sich nicht, sondern ist der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt.

Das Sammeln des Wechselgeldes (Kleingeldes) ist vollkommen zwecklos und nur dazu geeignet, durch Entziehung desselben aus dem Verkehr dort Störungen hervorzurufen. Es entsteht dadurch Mangel an Kleingeld. Es entstehen Schwierigkeiten bei Lohn- und anderen Zahlungen, dies alles erweckt Unruhe und Verdriehlichkeiten und macht den Arbeitgebern und Arbeitern die größten Unannehmlichkeiten.

Das Anhäufen der Banknoten ist in nationalökonomischer Beziehung geradezu schädlich, denn entbehrliche Banknoten gehören in die Sparkasse, in die Bank der Genossenschaft, wo sie Zinsen tragen.

Das dem Verkehr entzogene Geld bringt aber keine Zinsen und nützt auch der Volkswirtschaft nichts, woegen es in Händen der Kreditinstitute oder im Falle der Zeichnung für Kriegsanlehen zum Pfande, zum Kredit, zum Darlehen, zum Wechsel u. s. w. wird und zur Befruchtung der Volkswirtschaft beiträgt.

Schließlich mache ich die Bürgerschaft der Stadt neuerlich darauf aufmerksam, daß eine der unentbehrlichsten und wichtigsten Mittel der Kriegsführung das Gold ist, und daß jeder kriegsführende Staat besonders Schwergewicht darauf legt, den Goldvorrat seiner Notenbank zu vermehren.

In dieser Beziehung hat wiederum Deutschland große Erfolge zu verzeichnen. Dort ist eine Bewegung in allen Kreisen der Bevölkerung entstanden, daß alles Gold an die Reichsbank abgeliefert und in Banknoten umgetauscht werde.

Mehrere 100 Millionen Mark in Gold flossen auf diese Art in die Kellerräume der deutschen Reichsbank. Pfarrer, Lehrer, Beamte der Städte und Gemeinden wetteiferten im Sammeln des Goldgeldes; Schulkinder gingen von Haus zu Haus Gold zu sammeln und gegen Banknoten einzuwechseln.

Mitbürger! Auch unsere Pflicht, unsere patriotische Pflicht ist es, das Beispiel Deutschlands nachzuahmen. Es hat keinen Sinn unser Geld zurückzuhalten, es entstehen daraus nur die größtmöglichen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, die wir in unserem eigentlichen Interesse vermeiden müssen.

Darum wenden wir unser Geld an, wie wir es im Frieden taten, wenden wir es an zu Gunsten unserer Volkswirtschaft, zu unserem eigenen Wohle.

Der Bürgermeister.

5./II. 1915

59

* Briefmarken als Zahlungsmittel in Berlin. Wir lesen in Berliner Blättern: Der Mangel an kleiner Münze fängt an, sich für einzelne Geschäfte in einer Weise fühlbar zu machen, die unbestreitbare geschäftliche Schädigungen nach sich zieht. So wird von der Leitung eines Warenhauses mitgeteilt, daß in den letzten Tagen täglich für 20.000 bis 30.000 Mark Waren, die bereits gekauft waren, von den Kunden nicht abgeholt wurden, weil die Kassen nicht in der Lage waren, das nötige Kleingeld herauszugeben. Das sind natürlich Zustände, die dringend der Abänderung bedürfen, und der Ruf nach den Kriegsechtern erhebt sich gerade jetzt lauter denn je. Die kleine Zahl der neuen Münzen, die vor kurzem ausgegeben wurde, ist übrigens bereits wieder verschwunden, wie verlautet: in die Schatullen der Sammler. Um sich aus der Verlegenheit zu helfen, haben einige Geschäfte zu einem sehr einfachen, wenn auch nicht ganz kundschaftlichen Mittel gegriffen: sie haben sich in genügender Zahl Fünf- bis Zehn-Pfennigmarken verschafft und geben diese an Stelle des fehlenden Kleingeldes an das Publikum ab. Es gibt zwar dann und wann kleine Proteste, aber schließlich kommt jede Hausfrau zu der Ueberzeugung, daß eine Handvoll Briefmarken einem stundenlangen Warten an den Kassen und erregte Auseinandersetzungen vorzuziehen ist. Auch die

Kellner sind auf das gleiche Mittel verfallen, auch sie haben einen Vorrat von Briefmarken bei sich, mit denen sie im Notfall ihre Gäste bedienen müssen. — Ganz so wie es bei uns war!

Eine Deputation beim Finanzminister.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel sprach gestern unter der Führung des Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer, kaiserlichen Rat Rudolf Ritschel, bei dem Finanzminister Baron Eugel vor, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf die hohen Preise der ausländischen Zahlungen.

mittel zu lenken, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr ungünstig zu beeinflussen.

Die Deputation wies auf die großen Nachteile hin, die sich für die Industrie und Kaufmannschaft durch die ständige Steigerung der Devisenpreise ergeben, wodurch die Versorgung der Monarchie mit notwendigen ausländischen Rohstoffen und Lebensmitteln sehr erschwert wird. Die Deputation ersuchte den Finanzminister unter Hinweis auf das große volkswirtschaftliche Interesse, das der Frage der Devisenpreise zukommt, dahin wirken zu wollen, daß durch Ausnahme von Anleihen in den in Betracht kommenden ausländischen Staaten, insbesondere aber in Deutschland, Guthaben geschaffen werden, aus denen der Geschäftswelt behufs Abwicklung der Warengeschäfte die nötigen Devisen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Die Deputation ersuchte ferner den Finanzminister dafür Sorge zu tragen, daß die auf diese Weise zur Verfügung gestellten Devisen nur zu Zahlungen für Auswendungen abgegeben werden sollen, die sich volkswirtschaftlich rechtfertigen lassen.

Endlich regte die Deputation Maßnahmen zur Organisation des Devisenmarktes an.

Der Finanzminister besprach die Ursachen, welche die momentane Beengtheit auf dem Devisenmärkte herbeigeführt haben, und unterzog auch die vorgeschlagenen Maßnahmen einer eingehenden Erörterung. Er wies darauf hin, daß die Ermöglichung einer Abhilfe, soweit es die gegebene Sachlage zuläßt, schon den Gegenstand der Erwägung und Fürsorge von Seiten der Finanzverwaltung gebildet habe. Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, schon in nächster Zeit durch eine neuerliche Aktion der Finanzverwaltung helfend und erleichternd eingreifen zu können. Hinsichtlich der von der Deputation angeregten Organisation des Devisenhandels und deren zweckdienlichen Verteilung sehe er den nunmehr in Aussicht gestellten konkreten Vorschlägen mit Interesse entgegen.

An der Deputation nahmen außer dem Vizepräsidenten der Kammer noch folgende Herren teil: die Kammermitglieder Duschnis, Königer, Tilgner, ferner für den Industriellen Klub und den Zentralverband der Industriellen Oesterreichs Vizepräsident Artur Ruffler, für den Bund österreichischer Industrieller Präsident Vetter, für das Gremium der Wiener Kaufmannschaft Präsident Spitzer und für den Niederösterreichischen Gewerbeverein Präsident Schiel, endlich Kommissar Dr. Wilhelm Becker.

10./X. 1915

Der Mangel an Kleingeld.

Der Beschluß des Bundesrates über die anderweitige Verteilung der Prägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen bezweckt eine schnellere und ausgiebigere Prägung dieser Münzen. Bis jetzt bestand die Verteilung infolge eines Bundesratsbeschlusses aus den 70er Jahren auf dem Grundsatz, daß die einzelnen Münzanstalten eine gewisse Anzahl Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen zu prägen hatten. Jetzt werden die Münzanstalten (Berlin, Dresden, Hamburg, München, Stuttgart und Karlsruhe) ermächtigt, in vermehrtem Maße Kleingeld aus Eisen zu prägen, zumal die Prägungen aus anderen Metallen aufgehört haben oder eingeschränkt wurden. Soweit es an den nötigen Prägungsmaschinen fehlt, sollen diese angeschafft oder zweckentsprechend geändert wer-

den, um dem Mangel an Kleingeld möglichst bald abzuhelpfen. Der Kostenpunkt soll dabei keine Rolle spielen.

19./XI. 1915

Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen.

§ 1. Die Ausfuhr und Durchfuhr von inländischem und ausländischem gemünztem Golde, Feingold und Goldlegierungen von jeglichem Gehalt, wie insbesondere Barren, Körner, Drähte, Bleche, Bänder, Blattgold, Schaumgold sofern sie nicht weiterverarbeitet sind, sowie von Bruchgold ist verboten.

Das Verbot findet auf die Reichsbank keine Anwendung.

§ 2. Wer es unternimmt, dem Verbote des § 1 zuwider Gold aus dem Reichsgebiet auszuführen oder durch das Reichsgebiet durchzuführen, wird, sofern nicht durch anderen Strafgesetz eine höhere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Wertes der Gegenstände, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, jedoch mindestens in Höhe von vierzig Mark, bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geldstrafe erkannt werden.

In dem Urteil sind die Gegenstände, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, einzuziehen, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. § 49 des Strafgesetzbuchs und § 155 des Vereinszollgesetzes finden Anwendung.

§ 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt, von dem Verbote des § 1 Ausnahmen zuzulassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Vorschrift des § 2 tritt jedoch erst mit dem 15. November 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann diese Verordnung außer Kraft tritt.

Berlin, den 13. November 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Delbrück.

X Dresden, 16. Nov. Es soll kein Aufgeld für Goldstücke gezahlt werden. Die städtischen Behörden von Pirna beschlossen kürzlich, jedem Einlieferer von Gold auf ein Zwanzigmarkstück 40, auf ein Zehnmarkstück 20 Pfennig Aufgeld zu zahlen. Die Leitung der Deutschen Reichsbank hat jetzt die Aufhebung dieses Beschlusses veranlaßt, da sie befürchtet, das feindliche Ausland könne falsche und ungünstige Schlüsse aus der Zahlung eines derartigen Aufgeldes ziehen.

29. XI. 1915

Das Gold heraus!

Es ist schon häufig darauf hingewiesen worden, daß, obwohl schon große Goldmengen vom Publikum an die Reichsbank abgeliefert worden sind, sich noch weitere erhebliche Mengen von Goldmünzen im Besitz der Bevölkerung befinden müssen. Unterrichtete Kreise schätzen den noch vorhandenen und zurückgehaltenen Bestand an Goldmünzen auf fast eine Milliarde Mark. Wieviel Goldmünzen sich tatsächlich noch in Privathänden befinden, beleuchten verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit. Auffällig ist auch, daß bei den meisten bekannt gewordenen Diebstählen den Dieben Goldmünzen in die Hand fallen und als gestohlen gemeldet werden. Jedemfalls alles Zeichen und Beweise dafür, daß große Mengen Goldmünzen noch versteckt gehalten und nicht, wie durchaus notwendig, dem Reich zur Verfügung gestellt werden. — Goldmünzen sind für Deutschland in seinem Bestreben, die Volksernährung sicherzustellen, eine außerordentlich scharfe und erfolgreiche Waffe, denn Goldmünzen sind für den Stand unserer Valuta maßgebend. Da man nun aber mit den höchsten Kursen der Valuta am billigsten im neutralen Ausland einkauft, und um so teurer einkauft, je schlechter die Valuta steht, so begehen diejenigen, die in völliger Verkennung der Sachlage noch Goldmünzen zurückhalten, eine schwere, den Staat und die Allgemeinheit der Bevölkerung schädigende Handlung. Darum heraus mit den Goldmünzen, deren Besitz für den einzelnen völlig zwecklos ist, die aber in der Hand des Staates ein Machtmittel stärken, mit deren Hilfe es der Regierung möglich ist, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Doppelte Sünde begeht daher, wer noch an seinem Goldmünzenbesitz festhält. Sünde gegen die Regierung, der er die Unterstützung versagt, und Sünde gegen die Allgemeinheit der Bevölkerung, für die er eine weitere Verbilligung der Lebensmittel verhindert.

Opfertage und Kleingeldmangel. Die drei Opfertage werden den Mangel an Nickelgeld erheblich steigern, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß das gesammelte Geld unverzüglich wieder dem Verkehr zugeführt wird. Leider wird man sich nach den bisherigen Erfahrungen vom Roten Kreuz in dieser Hinsicht nicht allzuviel versprechen können. Es ist keine Frage, daß die Sammelbüchsen des Roten Kreuzes zu dem herrschenden Mißstand viel beitragen. Es wird uns über einen Fall berichtet, wo ein Ladenbesitzer die betreffende Geschäftsstelle ersuchte, eine Büchse abholen zu lassen, die bis zum Rande gefüllt sei. Darauf wurde ihm eine neue Büchse geschickt, der Ueberbringer erklärte sich aber nicht für befugt, die volle Büchse an sich zu nehmen. Jetzt stehen die beiden Büchsen auf dem Ladentisch. Neben den Sammelbüchsen sind es die Automaten, die viel Nickel verschlingen und wegen Personalmangels nicht rechtzeitig geräumt werden können.

Handelspolitik und Valuta.

Von Alois Schweiger.

(Siehe Nr. 18.420 der „Neuen Freien Presse“ vom 3. Dezember.)

Wien, im Dezember.

Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob uns der Friede auch normale Valutaverhältnisse bringen wird. Es sei die Voraussetzung gestellt, daß wir den Sieg erringen und eine Kriegsschädigung in Gold erlangen; diese Kriegsschädigung müßte groß genug sein, unsere stark erhöhte Notenzirkulation vorchristmässig zu decken und noch überdies dazu ausreichen, den voraussichtlich riesigen Importbedarf des ersten Jahres an Fasertstoffen, Metallen, Chemikalien, Leder, Gerbstoffen, Nahrungsmitteln etc. zu decken, ferner mit ihrer Hilfe die aufgeschobenen Auslandszahlungen privater und staatlicher Natur zu leisten. Dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß unsere Bank wieder die Führung auf dem Valutenmarkt zurückerobert wird, und es wird ihr gelingen, die gesetzlich festgestellte Relation von 4 R. 95 S. = 1 Dollar und 1 K. 20 S. = 1 Schilling wiederherzustellen.

Wie aber, wenn eine Kriegsschädigung nicht in jenem Ausmaße erlangbar wäre, um alle oben angeführten Bedürfnisse zu decken? In einem solchen Falle würde das Disagio erst in dem Verhältnisse schwinden, als es uns gelingt, auf normale Weise, sei es durch Auslandsanleihen oder durch aktive Handelsbilanzen, das Gleichgewicht unserer Zahlungsbilanz zurückzugewinnen.

Wenn über den Abschluß von Handelsverträgen gesprochen wird, muß dieser Frage deshalb größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil Disagiofälle noch wichtigere Kalkulationsziffern sind als die Sätze des Zolltarifes selbst. Es ist unsere Pflicht, bei Abschluß langfristiger Verträge alle hiemit zusammenhängenden Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Können wir das Disagio bei Friedensschluß bannen, so daß der Wert unserer Krone zur früheren Relation ansteigt, so haben wir nur jene sachlichen Momente ins Auge zu fassen, die wir bisher bei Handelsvertragsverhandlungen zu berücksichtigen pflegten. Wir werden dann gut tun, keinen Wert darauf zu legen, Rohware zu exportieren und günstige Zölle für Rohstoffe mit Konzessionen zu erkaufen. Wir sollten dann auch davon abgehen, für den Export von Rohwaren Frachten unter unseren Selbstkosten zu erstellen. Im Gegenteil sollten wir alles aufbieten, um alle verfügbaren Rohstoffe selbst zu verarbeiten, damit die Arbeitslöhne im Lande bleiben und nicht jährlich zehntausende Menschen nach Amerika und die noch größere Anzahl von kontinentalen Saisonarbeitern auszuwandern bemüßigt seien.

Wenn aber Vorzugszölle eingeführt werden sollten, die ausschließlich Oesterreich-Ungarn und Deutschland wechselseitig zugute kommen? Diese würden die bestehenden Uebelstände noch verschärfen, falls die geltenden Zollsätze einfach ermäßigt und nicht auch der Aufbau des Zolltarifes grundsätzlich verändert würde. Manche Industriezweige hätten einen Vorteil zu erwarten: So wäre Ermäßigung der Eisenzölle ein Segen für die roheisenverarbeitenden Industrien; aber im allgemeinen würden doch jene Verhältnisse bestehen bleiben, die in der vergangenen Vertragsperiode die Entwicklung des Außenhandels zu unseren Ungunsten beeinflussten. Uebrigens würde das Agio die Zollermäßigungen mehr oder weniger ausgleichen.

Es wäre aber auch möglich, daß uns der Friede neben Ruhm noch Landbesitz bringt, aber die Erschöpfung unserer Gegner so groß ist, daß an sofortige finanzielle Leistungen für Kriegsschädigung nicht zu denken wäre. Wir wären dann in einer ähnlichen Lage, wie wir sie in vergangenen Jahrzehnten bei ungeordneten Valutaverhältnissen bereits durchlebten. Das Agio ist wohl eine ungesunde Erscheinung, ist aber zugleich ein Exportförderer größten Stils. Das Agio verteuert den Import, schränkt ihn daher ein und erhöht die Leistungsfähigkeit im Export, da es wie eine Exportprämie wirkt. Unsere Handelsbilanz würde wieder Aktivsaldo zeitigen; wir würden wieder Quinquennien mit Milliardenüberschüssen aus dem Warenverkehr ausweisen. Das Gold, das in den Kellern der Zentralbank aufgespeichert liegt, kann nicht allein als Maßstab des Reichthums eines Landes gelten; es ist vielmehr die Kraft, die einem Volke innewohnt, Waren oder Arbeitskräfte abzugeben und dafür Gold einzutauschen.

Bleibt das Disagio auf einer gewissen Höhe stehen, so könnte die Nachfrage Deutschlands nach unseren Nahrungsmitteln und Rohstoffen derart wachsen, daß wir selbst an notwendigen Dingen Mangel leiden würden. Es sind zwei Umstände, welche diese Annahme begründen: Erstens würden unsere Nahrungsmittel und Rohstoffe in Deutschland Zollfreiheit oder Vorzugszölle genießen; zweitens würden die Deutschen bei uns um die Höhe des Disagios billiger kaufen. Wir würden in einem solchen Falle wohl genug Gold besitzen, aber wir würden uns weder gut ernähren können, noch würden wir genug Rohwaren behalten für den Bedarf jener Industrien, die auf unsere eigenen Rohstoffe angewiesen sind, wie zum Beispiel Papier, Möbel, Lederwaren.

Wenn es uns jedoch gelingen sollte, große Länder des nahen Orients in unser Wirtschaftsgebiet einzubeziehen, um diesen Abfluß von Rohmaterial von dorthier wiederum zu decken, dann würde der erwähnte Abfluß nicht nur keine Sorge erwecken, sondern er könnte ein Behelf zur Hebung und Bereicherung unseres Landes sein. Wenn es uns gelingt, die Balkanstaaten sowie das große türkische Reich in den vielbesprochenen Wirtschaftsband beider Zentralmächte mit hineinzubekommen, dann würde unser Land infolge seiner geographischen Lage, seines Eisenbahnetz, seiner Wasserwege endlich das werden, wozu es von Natur aus bestimmt ist: Es würde das Kernland

für den Verkehr von Nord nach Süd werden. Wir könnten unsere Rohstoffe und Nahrungsmittel an Deutschland abgeben, insoweit die geographische Lage dies mit besonderem Vorteil ermöglicht; wir würden diese Güter durch Bezüge von unseren wirtschaftlichen und politischen balkanländischen und türkischen Verbündeten her ersetzt bekommen; diesen würden wir dafür jene Waren geben, sei es aus unserer eigenen Fabrikation oder aus unserem Zwischenhandel, die sie selbst brauchen. Wir könnten dann die Balkangebiete und Kleinasien durch die festen Bande ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen an uns fetten, müßten aber die ungesunde Rivalität der dem Weltkrieg vorausgegangenen drei Jahrzehnte, das Werk unserer unnatürlichen, agarischen Absperrung, für immer bannen. Ein wirtschaftlicher Bund von solcher Ausdehnung, wobei Konsumenten und Erzeuger so ersprießlich verteilt sind, gäbe die Gewähr der Dauer und Nützlichkeit für alle Beteiligten.

Die Absperrung, die angeblich unserem und Deutschlands Handel nach dem Kriege von seiten des Bierverbandes drohen soll, ist lediglich ein Schreckgespenst, insoweit es sich um England und seine Kolonien handelt. Es war immer undurchführbar, das britische Weltreich in einem Zollverband zu vereinigen. Englands Existenzberechtigung liegt in seiner Vermittlerrolle, gepaart mit dem Freihandel.

Die Bewohner der englischen und französischen Kolonien sind niemals unsere Feinde gewesen, auch nicht die Bewohner beider Amerika. Sie sind begierig, den Verkehr mit uns wieder aufzunehmen. Die letztgenannten können die stürmische Nachfrage Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nach ihren Produkten auf Befehl Englands nicht befriedigen, während ihre Waren in den Magazinen an Ort und Stelle unverkäuflich sind oder verderben. Aber auch unsere eigenen Waren wurden in Nord- und Südamerika nur darum gekauft, weil sie von keinem anderen Land her zu günstigeren Bedingungen erhältlich waren. Die geschäftliche Absperrung nach dem Frieden wäre eine Waffe, die sich gegen unsere sie handhabenden Feinde selbst kehren würde.

Es ist überhaupt unverständlich, warum sich Völker, die vereint wirken und Kultur verbreiteten, sich ergänzten, allmählich dazu gedrängt fühlten, alles aufwenden, um einander zu vernichten. Wir durchlebten eine Periode solcher Verirrungen, und der Weltkrieg scheint deren Liquidation darzustellen. Einerseits sollte die Menschheit den Technikern Dank für die Entdeckung der Verkehrsmittel, die alle Völker der Erde näher bringen sollen: gleichzeitig waren aber Mächte am Werke, die es den Nationen beibrachten, sich voneinander feindselig abzuschließen. Es sah so aus, als ob ein böshafes Schicksal, in Wiederholung der Mythe vom Turmbau zu Babel, die Sprache der Menschenkinder verwirren wollte, so daß keiner mehr die Rede des andern verstünde, damit sie nicht glücklich und gottähnlich würden. Hoffentlich werden die jurchbaren Erfahrungen des Weltkrieges diesen Widersprüchen und Sinnlosigkeiten ein Ende bereiten.

10. / XII. 1915

Zum Kleingeldmangel. Die Handelskammer zu Berlin hatte, wie seinerzeit berichtet, an den Staatssekretär des Reichsschatzamts eine Eingabe gerichtet, worin sie im Hinblick auf den wachsenden Mangel an 1- und 2-Pfennigstücken bat, für eine baldige vermehrte Prägung und Ausgabe von 1- und 2-Pfennigstücken Sorge zu tragen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat darauf folgenden Bescheid erteilt:

„Den Mangel an Kupfermünzen beklage ich sehr und erkenne nicht, daß er die Interessen des Zahlungsverkehrs empfindlich schädigt. Leider besteht aber ein noch größerer Mangel an Nickelmünzen zu 10 und 5 Pf., der zunächst zu beseitigen ist. Es sind deshalb umfangreiche Prägungen von 5-Pfennigstücken aus Eisen in die Wege geleitet worden. Durch diese Prägungen werden die Münzstätten fürs erste vollauf in Anspruch genommen, so daß eine Ausmünzung neuer 1- und 2-Pfennigstücke für die nächste Zeit nicht in Angriff genommen werden könnte. Die Prägung dieser Münzen in einer von den anderen Münzen abweichenden Form und aus einem anderen Stoff als Kupfer begegnet auch prägetechnischen Schwierigkeiten, die zunächst noch zu beheben wären. Ich werde jedoch die Angelegenheit wegen ihrer großen wirtschaftlichen Tragweite im Auge behalten.“

11/11 1875

**Keine vermehrte Prägung von
Kupfermünzen.**

N Berlin, 10. Dezbr. (Privat-Telegramm.) Die Handelskammer zu Berlin hatte an den Staatssekretär des Reichsschatzamts eine Eingabe gerichtet, worin sie im Hinblick auf den wachsenden Mangel an Ein- und Zweipfennigstücken bat, für eine baldige vermehrte Prägung und Ausgabe von Ein- und Zweipfennigstücken Sorge zu tragen. Die Handelskammer schlug auch vor, Ein- und Zweipfennigstücke aus anderem Metall, wie Eisen oder Zink oder auch aus Wappstücken herzustellen, wie sie in Wille zum Wert von 5 Centimes ausgegeben worden sind.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat darauf folgenden Bescheid erteilt: „Den Mangel an Kupfermünzen beklage ich sehr und erkenne nicht, daß er die Interessen des Zahlungsverkehrs empfindlich schädigt. Leider besteht aber ein noch größerer Mangel an Nickelmünzen zu 10 und 5 Pfennig, der zunächst zu beseitigen ist. Es sind deshalb umfangreiche Prägungen von Fünfpfennigstücken aus Eisen in die Wege geleitet worden. Durch diese Prägungen werden die Münzstätten fürs erste vollauf in Anspruch genommen, so daß eine Ausmünzung neuer Zwei- und Einpfennigstücke für die nächste Zeit nicht in Angriff genommen werden könnte. Die Prägung dieser Münzen in einer von den anderen Münzen abweichenden Form und aus einem andern Stoff als Kupfer begegnet auch prägetechnischen Schwierigkeiten, die zunächst noch zu beheben wären. Ich werde jedoch die Angelegenheit wegen ihrer großen wirtschaftlichen Tragweite im Auge behalten.“

Das Gold zur Reichsbank!

Der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Geheimrat Professor Dr. Rießler, schreibt im „Bank-Archiv“ vom 15. d. in Anknüpfung an seinen zu Beginn dieses Jahres erlassenen Aufruf „Das Gold zur Reichsbank“: „Wer ohne Not Gold in den Kassen, Schränken, Schrankfächern, Strümpfen usw. zurückhält, läßt das Vaterland in schwerer Zeit ebenso in Stich wie einer, der seine militärischen und sonstigen nationalen Pflichten nicht erfüllt.“ Mahnungen dieser Art können nicht häufig und eindrucklich genug wiederholt werden, wobei jedoch mit Nachdruck betont werden muß, daß sie nicht in erster Linie oder hauptsächlich an Banken und Bankfirmen, sondern an alle Schichten und Kreise des deutschen Volkes gleichermaßen zu richten sind. Ueber die Höhe des in Privatbesitz an Gold zurückgehaltenen Betrages sind nur Schätzungen möglich, und niemand kann mit Sicherheit sagen, daß derselbe sich nach allen bisherigen energischen und erfolgreichen Anstrengungen noch jetzt auf nahezu eine Milliarde Mark beläuft, wie dies unlängst von einer wirtschaftlichen Korrespondenz und gleichlautend von mehreren hiesigen Tageszeitungen behauptet wurde. Gleichwohl bin auch ich der Ansicht, daß nicht unerhebliche Beträge gemünzten Goldes noch im deutschen Privatbesitz vorhanden sind, ich halte es aber für zum mindesten nicht unwahrscheinlich, daß dies in besonderem Maße in solchen Kreisen der Fall ist, welche ihre Wertgegenstände und verfügbaren Gelder nicht Banken und Bankiers zur Verwahrung zu übergeben pflegen. Auch wird man Goldmünzen, welche ohne Zweifel ins Feld gezogenen Heerespflichtigen von ihren Angehörigen mitgegeben wurden und seitdem nicht an die Reichsbank zurückgelangt sind, bei Schätzungen nicht außer Anschlag lassen dürfen.

Was die Banken betrifft, so haben dieselben während der ganzen Dauer des Krieges alle Anstrengungen gemacht, um das Gold aus dem Zahlungsverkehr an die Reichsbank zu leiten. Es geschah dies namentlich durch Belehrung der Kundschaft, durch Beschlüsse von Bankiervereinigungen betr. Ablehnung der Annahme geschlossener Depots ohne vorherige Prüfung des Inhalts und betr. Verhinderung der Aufbewahrung von Gold und Silber in gemieteten Schließfächern (so insbesondere Beschluß der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers [Stempelvereinigung] vom 10. August 1914) sowie durch Anweisungen an die Leiter von Depositenkassen und anderen Zweigstellen. In den letzten Tagen ist sodann nochmals eine sehr eindringliche Mahnung seitens des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes an seine Mitglieder und seitens der Banken und Bankiers an ihre Kundschaft ergangen, die bestimmt ist, der mißbräuchlichen Verwendung ihrer Tresoreinrichtungen seitens einzelner Kunden zur Aufbewahrung von Goldmünzen, sei es in gemieteten Schließfächern, sei es in verschlossenen Depots, wo eine solche ohne Wissen der Bankleiter noch bestehen sollte, ein Ende zu machen. Angesichts aller dieser Maßnahmen kann gesagt werden, daß alle Beteiligten im Bankwesen ihre Pflicht nach dieser Richtung voll erfüllt haben und daß es zum mindesten irreführend ist, wenn behauptet wird, daß die Vermehrung des Goldschatzes der Reichsbank auf $3\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, also um eine weitere Milliarde, eine „Pflicht der Großbanken“ sei, die sie „von heute auf morgen erfüllen könnten, wenn sie nur wollten“. Ein solcher Appell, der sich auf Grund unzutreffender Voraussetzungen einseitig an die Großbanken richtet, ist wahrlich nichts weniger als geeignet, diejenigen privaten Kreise, die gegenwärtig allein noch als heimliche Besitzer von Goldmünzen in Frage kommen können, an ihre vaterländische Pflicht zur Abführung derselben an die Reichsbank zu mahnen, er muß vielmehr auf sie gerade im gegenteiligen Sinne wirken und kann somit die vaterländische Sache, der er dienen will, nicht fördern.

187 XII 1915

* [Verschwinden der eisernen Fünfspennigstücke in Deutschland.] Aus Berlin wird uns geschrieben: Zur Bekämpfung der Kleingeldnot, das heißt der Knappheit an kleinen Zahlungsmitteln, insbesondere an Nickelmünzen, ist bekanntlich neben anderen Maßregeln auch die Ausprägung von eisernen Fünfspennigstücken veranlaßt worden. Trotzdem nun täglich Hunderttausende dieser Münzen die Prägestätte verlassen und in Verkehr gebracht werden, erscheinen sie ganz auffallend selten im Verkehr. Dieser Umstand legt, wie die Nordd. Allg. Ztg. schreibt, die Vermutung nahe, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Neigung besteht, die eisernen Fünfspennigstücke als Kriegsanzeichen zurückzuhalten. Damit wird der mit der Ausprägung dieser Stücke erstrebte Zweck vereitelt.

20/XII. 1915.

Die ostafrikanische Währung im Weltkriege.

Wie bei uns in Deutschland trat auch in Deutsch-Ostafrika zu Anfang des Krieges das Bestreben in Erscheinung, größere Mengen gemünzten Goldes im Hause zu halten. Es wurden daher, besonders von Europauern, Noten der Deutsch-Ostafrikanischen Bank gegen Silber umgewechselt, dieses aber nicht in den Verkehr gebracht. Der Hinweis des Gouvernements, daß die im Gegensatz zum Silber sehr leicht transportablen Noten eine erhohnte Sicherheit böten, blieb nicht unbeachtet. Im Laufe der Zeit trat die entgegengesetzte Erscheinung ein — Silber war reichlich im Umlauf, während im Gegensatz dazu ein Mangel an Noten eintrat, offenbar weil diese in größeren Mengen von den Europauern im Privatbesitz zurückgehalten wurden. Es trat schließlich eine derartige Notensnappheit ein, daß der Gouverneur sich genötigt sah, der Deutsch-Ostafrikanischen Bank auf Grund des ihr in § 7 der Konzession des Reichsstatlers vom 15. Januar 1905 verliehenen Rechtes die Genehmigung zu erteilen, vorübergehend im Schutzgebiet hergestellte Interimnoten auszugeben, die auf den Betrag von 20 Rupien lauten. Diese Scheine sollen nach dem Kriege wieder eingezogen werden. Die öffentlichen Kassen des Schutzgebietes sind ermächtigt, diese Scheine bis auf weiteres im selben Umfange wie die sonstigen Noten der Bank in Zahlung zu nehmen. Neben der in der Konzession vorgeschriebenen allgemeinen Deckung hat die Bank zur Erhöhung der Sicherheit den vollen Wert der auszugebenden neuen Noten beim Gouvernement hinterlegt, woraus zu ersehen ist, daß die Ausgabe der erwähnten Noten keineswegs auf allgemeine Geldknappheit zurückzuführen ist.

Ueberhaupt hat sich die ostafrikanische Währung während des Krieges ausgezeichnet gehalten. Ende Juni 1914, also kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, waren Noten im Werte von 3 526 305 Rupien im Verkehr, wogegen nach amtlichen Unterlagen als gesetzmäßig zugelassene Deckung Nominalwerte in deutschen Staatspapieren, fremden Münzen und deutsch-ostafrikanischem Silbergeld 5 119 123 Rupien vorhanden waren. — Trotdem in den ersten sechs Monaten des Krieges der Umlauf in Noten um rund 450 000 Rupien stieg (gegen Ende des Jahres 1914 betrug er 3 973 185 Rupien) stellte sich dagegen nach amtlichen Mitteilungen die gesetzliche vorgeschriebene Deckung auf 5 811 133 Rupien — mithin noch bedeutend günstiger als vor dem Kriege.

* [Das Vorurteil gegen unsauberes Papiergeld.] Es ist sicher ein Nachteil des Papiergeldes, daß es nach verhältnismäßig kurzem Umlauf vollkommen verschmutzt, klebrig und unappetitlich aussieht. Es kostet uns eine gewisse Ueberwindung, solches Geld anzunehmen und sorgsam in unseren Taschen zu bewahren. Unsere an Ausdrücke, wie Bazillen und Bakterien, gewöhnte Zeit kann sich noch dazu einer leisen Angst, es könnte sich irgendein fürchtbares Uebel in dieser Gestalt nähern, nicht erwehren. Ein Professor der Yale-Universität hat nun, wie die Zeitschrift *Neueste Erfindungen und Erfahrungen* mitteilt, an einer ganzen Anzahl schuldigster Exemplare sorgfältige mikroskopische und chemische Untersuchungen vorgenommen, die die Berechtigung einer solchen Furcht dartun sollten. Die gefundenen Bakterien waren fast ausschließlich Staphylokokken, auf die fürunkelähnliche Krankheiten zurückzuführen sind, die aber auch sonst in der Atemluft anzutreffen sind. Während die Durchschnittszahl der vorhandenen Keime für jede Note mit 142.000 zu veranschlagen war, konnten auf dem besterhaltenen Schein 405.000, auf dem verschmutztesten nur 38.000 Keime gezählt werden, so daß also der Reichtum an Bakterien von der schmutzigen Beschaffenheit unabhängig erschien. Nur die wachsende Saftfähigkeit des Papiers, die natürlich durch den Gebrauch gesteigert wird, erhöht die Malsigkeit der Keimanfiedlung, doch ist auch in unangünstigen Fällen die dadurch entstehende Ansteckungsgefahr nicht bedeutend.

Die offizielle Mitteilung.

Ueber die Verfügung des Finanzministeriums wird nachstehende Mitteilung verlautbart:

Um die Befriedigung des Bedarfes nach ausländischen Zahlungsmitteln zu erleichtern, hat das Finanzministerium nach gepflogenen Einvernehmen mit den beteiligten Zentralstellen und im Einverständnis mit dem königlich ungarischen Finanzministerium, einer Anregung der Handels- und Gewerbekammer in Brünn entsprechend, die Verfügung getroffen, daß die Exporteure in Zukunft aus Anlaß von Ausfuhrbewilligungen zur Abgabe der ausländischen Valuta an die Oesterreichisch-ungarische Bank zu verpflichten sind. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahme mit 1. Januar 1916 in Kraft zu setzen und somit weiterhin die Ausfuhrbewilligung davon abhängig zu machen, daß die Abgabe der aus dem Export zu gewärtigenden fremden Valuta an die Oesterreichisch-ungarische Bank gesichert ist. Formell wird dies in der Art durchgeführt werden, daß von den Parteien, welche eine Ausfuhrbewilligung anstreben, die Beibringung einer schriftlichen Bestätigung der Oesterreichisch-ungarischen Bank verlangt wird, aus welcher hervorgeht, daß die Partei für den Fall der Erlangung der Exportbewilligung bereits eine Vereinbarung mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank über die Abgabe der aus dem Export zu gewärtigenden ausländischen Valuta getroffen hat.

Diese Bestätigung, die auch bei den Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank eingeholt werden kann, wird auf dem Ansuchen um Ausfuhrbewilligung vor dessen Ueberreichung beim Finanzministerium anzubringen sein. In Ausnahmefällen, in welchen die Partei glaubt, sich zur Abgabe der ausländischen Valuta aus zwingenden Gründen nicht verstehen zu können, wird sie dies in ihrem Einschreiten um die Ausfuhrbewilligung ausführlich zu begründen haben. Das Finanzministerium behält sich vor, in solchen Fällen nach Einvernahme der zur Beurteilung berufenen Faktoren darüber zu entscheiden, ob von der Forderung der Ablieferung der fremden Valuta ausnahmsweise abgegangen werden kann. Wenn es sich um Beträge handelt, welche zirka 200 Mark oder das entsprechende Äquivalent in anderen fremden Währungen nicht übersteigen sowie im Ausfuhrverkehr nach den unter I. u. I. Militärverwaltung stehenden Okkupationsgebieten, wird von der erwähnten Anforderung Abstand genommen. Bis zur Höhe der gesicherten Eingänge von Exportvaluta werden auch Abgaben von ausländischen Guthabungen und Noten vorgenommen werden, soweit solche zur Deckung von nachgewiesenermaßen aus effektiven Waren-geschäften stammenden Verbindlichkeiten benötigt werden."

30./XII. 1915

Die eisernen Groschen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung über die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen:

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze Zehnpfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von 10 Mill. Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Zehnpfennigstücke aus Nickel geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

- a. Die Zehnpfennigstücke aus Eisen werden zu 280 Stück aus einem Kilogramm ausgebracht;
- b. sie tragen auf der Schriftseite über der Zahl „10“ die Umschrift „Deutsches Reich“ und unter dieser Zahl das Wort „Pfennig“ in wagrechter Stellung, darunter die Jahreszahl, auf der anderen Seite statt der Schnureinfassung einen Perlenkreis.

§ 2. Die Zehnpfennigstücke aus Eisen sind spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen. Die hierzu erforderlichen Bestimmungen erläßt der Bundesrat. Der Reichskanzler. v. Bethmann Hollweg.

13. / I. 1916

* (Das Hauptmünzamt im Kriegsjahre.)

Das Wiener k. k. Hauptmünzamt hat im Kriegsjahre eine erhöhte Tätigkeit auszuweisen, was um so bemerkenswerter ist, als die Zahl des Personals beschränkt war und das zu verarbeitende Metall nicht in gereinigtem Zustand in Barren an die Münze kam wie sonst in Friedenszeiten, sondern die Reinigung erst in der Werkstatt vorgenommen werden mußte, was eine große Arbeitsvermehrung bedeutet. Es ist in diesem Jahre die außerordentlich große Zahl von 100,614,502 Prägungen ausgeführt worden, wozu 400,543,5035 Kilogramm Metall erforderlich waren. Daraus wurden 2647 Stück 100-Kronen-Münzen hergestellt, 82,104 20-Kronen und 33,068,000 Kronen, ferner 2,342,000 20-Seller, 18,386,000 10-Seller, 39,658,000 2-Seller und 5,673,000 Heller. Oesterreichische Handelsmünzen: 10,519 vierfache Dufaten, 247,374 einfache Dufaten, 761,800 Levantinertaler. Für das Fürstentum Siebenbürgen wurden insgesamt 122,518 Münzen zu 5, 2 und 1 Krone gefertigt. Die Medaillenprägung hat gleichfalls einen großen Umfang zu verzeichnen. Es wurden 260,540 Stück hergestellt, wofür eine Einnahme von 381,229 K. 37 S. erzielt wurde, nämlich Goldmedaillen 968 Stück, Silbermedaillen 127,737, Bronzemedailles 59,835 Stück. Eine besondere Prägung stellten die Tapferkeitsmedaillen dar, da sie aus Kanonenmetall erzeugt wurden, das das Kriegsministerium kostenlos beigestellt hat, und zwar Tapferkeitsmedaillen

40,000 Stück. Platten und Kiesel hierzu für das Münzamt in Kremnitz 72,500. Verarbeitet hierfür wurden 1,146,285 Kilogramm Kanonenmetall.

Stadtverwaltung und Zahlungsverkehr.

Aus dem Düsseldorf'schen Rathaus wird uns geschrieben:

Mit besonderem Interesse habe ich den Artikel im Abendblatt vom 14. Januar „Bringt die Banknoten zur Reichsbank“ gelesen. Wenngleich die hiesigen städtischen Kassen schon dauernd im Sinne Ihrer Anregung gewirkt haben, habe ich doch Anlaß genommen, die abschriftlich mitgeteilte Verfügung zu erlassen. Ich gestatte mir aber hierbei zu bemerken, daß der noch immer allzustarke Bargeldverkehr weniger auf die Maßnahmen der öffentlichen Kassen als darauf zurückzuführen ist, daß das große Publikum nicht in genügender Weise aufgeklärt ist. Wir machen andauernd die Beobachtung, daß zahlreichen Personen vollständig unbekannt ist, was ein Postscheckkonto ist und wie man es benutzt. Hier dürfte es in erster Linie die Aufgabe der Post sein, ihre Werbetätigkeit populärer zu gestalten. Zum Beispiel könnten in gleicher Weise, wie die Telegrammformulare aushängen, die Formulare für den Postscheckverkehr aufgelegt werden; dadurch würde es einerseits dem Publikum erspart bleiben, erst am Schalter das Formular anzufordern, dann zu schreiben und dann wieder an den Schalter zu gehen und andererseits würde durch die leicht zugänglichen Formulare das Publikum auf den Postscheckverkehr aufmerksam werden. Auch scheint es, als ob in zahlreichen kleinen Gemeinden ein Postscheckkonto überhaupt nicht eingerichtet ist, denn wir sind in vielen Fällen genötigt, Ueberweisungen an kleinere Armenverbände durch Postanweisungen laufen zu lassen. Hier würde eine amtliche Einwirkung und Aufklärung zweckdienlich sein.

Endlich gestatte ich mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß sich ein starker und zum Teil wohl überflüssiger Bargeldumsatz bei den Notaren gelegentlich von Kaufverträgen und Hypothekenverträgen abspielt. Die Parteien gehen zur Bank, holen die in dem Vertrage vereinbarten Summen, geben sie der andern Partei, diese bringt sie womöglich wieder an dieselbe Stelle zurück. Ich glaube, daß auch hier sich manches zweckmäßiger gestalten läßt; doch kann der Weg dazu nur von den Notaren selbst gezeigt werden, da eine andere Regelung unter Umständen die Beachtung oder Aenderung von gesetzlichen Formvorschriften voraussetzt.

Der erwähnte Erlaß an die verschiedenen städtischen Stellen lautet wie folgt:

Für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Reiches ist es von hervorragender Bedeutung, daß der Umlauf von Banknoten auf das notwendigste Maß beschränkt wird. Die städtischen Kassen sind schon dauernd bemüht gewesen, durch Benutzung des Reichsbankgiros der Bank- und Sparkassenverbindungen und des Postscheckkontos den Bargeldverkehr einzuschränken. Doch ist es wünschenswert, noch in weiterem Maße durch Aufklärung des Publikums und der mit den Kassen in Verbindung stehenden Personen und Geschäftsstellen den Ueberweisungsverkehr zu fördern. Ich erlaube, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Publikum auf die Vorteile der Geldüberweisung hinzuweisen, auf die Benutzung und Errichtung von Bank- und Sparkassenverbindungen und namentlich von Postscheckkonten hinzuwirken und hierbei hervorzuheben, daß jede unnötige Ansammlung von Geld und Banknoten den vaterländischen Interessen widerspricht. Ich darf hierbei voraussetzen, daß die städtischen Kassen mit gutem Beispiel vorangehen und insbesondere die täglichen Bestände nicht über das notwendigste Maß hinaus aufkaufen lassen. Vorschlägen zur weiteren Aufklärung des Publikums sehe ich gern entgegen.

Wir freuen uns über diesen Erlaß und hoffen, daß er auch in den übrigen Verwaltungen möglichst umgehend Nachahmung findet.

Spart Bargeld!

Der von der „Frankfurter Zeitung“ seit Wochen laut erhobene Mahnruf gegen den übermäßigen und überflüssigen Banknotenumlauf hat, wie das Berner Telegramm im Zweiten Morgenblatt zeigt, jetzt auch in Frankreich Aufmerksamkeit gefunden, wo das „Echo de Paris“ die gleichen Anstrengungen empfiehlt. Das ist sehr begreiflich. Denn der Banknotenumlauf in Frankreich ist durch den Krieg unvergleichlich stärker gesteigert worden als bei uns, weil dort in großem Umfange auch Banknoten ebenso wie gemünztes Geld in Erträgen und Risten von ängstlichen Deuten eingespart worden sind, denen die Anleihen ihres Staates nicht sicher genug erschienen! Darum hat man in Frankreich unsere Goldsammlungen erst verspottet und dann nachgemacht. Und darum will man jetzt auch unsere Propaganda für den bargeldlosen Verkehr (den England vorbildlich ausgebaut hat und in dem es eine wichtige finanzielle Stütze findet) in Frankreich nachahmen, sogar ohne sich erst das törichte und nutzlose Vergnügen des Spottes zu leisten.

Für uns kann das nur eine neue Mahnung sein, unsere Anstrengungen zu vermehren. Und da steht es nun leider bei uns durchaus nicht so günstig, wie das französische Blatt vermutet, das ohne weiteres annimmt, der Kampf der „Frankfurter Zeitung“ sei im Einvernehmen mit den Behörden unternommen, und das Deutsche Reich werde nun bald methodisch Schritte in der vorgeschlagenen Richtung tun. Das Einvernehmen der Behörden sehen wir leider einseitig in solchem Maße, daß wir Tag für Tag Beschwerden über die Rückständigkeit von Behörden im Zahlungsverkehr ihrer eigenen Betriebe zu veröffentlichen genötigt sind. Und von methodischen Schritten des Reiches zur Einschränkung des Bargeldumlaufs ist uns nun schon garnichts bekannt, nicht einmal von der Beseitigung solcher Bestimmungen, die, wie die unverständliche Gebühren-erhebung im Verkehr zwischen Reichsbank und Postscheckamt, die Ausbreitung des bargeldlosen Verkehrs direkt schwer behindern. Die Notwendigkeit, für den Postscheckverkehr viel besser als bisher öffentlich zu werden, scheint bei den verantwortlichen Stellen allerdings erkannt worden zu sein. Aber ob die Erwägungen über die dafür einzuschlagenden Wege noch vor Kriegsende abgeschlossen sein werden, wagen wir nicht vorauszusagen; der Gedanke, einen tüchtigen Reklameschef für das Reichspostamt zu engagieren, der binnen wenigen Tagen jugkräftige, die großen Vorteile eindringlich schildernde Plakate in allen Eisenbahn- und Straßenbahnwagen anbringen und auch sonst die mannigfaltigen Propaganda-Möglichkeiten ausbauen könnte — dieser Gedanke wäre wohl zu modern. (Oder nicht? Wir ließen uns sehr gerne dementieren!)

Aber wir wollen uns dadurch auch nicht von der Hauptsache abbringen lassen. Die Behörden können außerordentlich viel tun, was sie bisher noch nicht tun, sie können es insbesondere jetzt, wo sie ja die größten Einkäufer und die größten Zahler im ganzen Reiche sind und deshalb nicht nur in ihrem eigenen Zahlungsverkehr, sondern auch in demjenigen ihrer Lieferanten überaus veredelnd zu wirken vermöchten. In-besonderes: das wichtigste muß hier die Selbsthilfe tun, das Verständnis und das Verantwortlichkeitsgefühl der Einzelnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir das vergäßen, wenn wir uns gerade unter der behördlichen Wirtschaftsregulierung des Krieges daran gewöhnten, allzu vieles, was wir selbst zu leisten haben, von den Behörden zu erwarten. Das war ja das Große bei dem Erfolge der Goldsammlungen ebenso wie bei den Siegen der Kriegsanleihe: daß sie dem freiwilligen Pflichtbewußtsein des ganzen Volkes zu danken waren. Genau so muß es mit der Beschränkung des Bargeldumlaufs werden. Es handelt sich ja auch dabei um genau das Gleiche. Das Gold gehört in die Reichsbank, damit das Zentralnoteninstitut reichliche Deckung für den vermehrten Notenumlauf habe, den der Krieg nun einmal unvermeidlich erfordert, schon für den riesigen Zahlungsverkehr des Heeres und für den Zahlungsverkehr in den ungeheuren okkupierten Gebieten, in denen allmählich mehrere Milliarden an deutschem Gelde in Umlauf gekommen sind. Jede Note der deutschen Reichsbank muß zu einem Drittel in barem Gelde gedeckt sein, und je stärker diese Deckung noch über das pflichtmäßige Drittel hinaus ist, desto stärker ist die Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit der Bank, desto fester steht unsere Währung. Das hat man im ganzen Volke begriffen. Nun gilt es auch das andere zu begreifen: daß

jede Banknote, die überflüssig in den Taschen herumgetragen oder im täglichen Verkehr von Hand zu Hand gegeben wird, diese Bemühungen vergeblich macht, indem die Reichsbank dadurch wieder geschwächt wird. Was nützt es, wenn jemand, der voll Stolz 100 Mark Gold gesammelt hat, nun seinerseits durchschnittlich auch nur 300 Mark Banknoten überflüssig in seiner Kasse hält? Es nützt gar nichts; denn das von ihm gesammelte Gold reicht gerade für die gesetzliche Deckung der von ihm überflüssig verwendeten Banknoten aus! Und das spielt sich in größtem Maßstabe dauernd ab. In der letzten Dezembertwoche hat die Reichsbank 647 Millionen Mark Banknoten mehr in den Verkehr setzen müssen, das ist für ihren Status das Gleiche, als ob man ihr 216 Millionen Mark nützlich gesammeltes Gold wieder entzogen hätte. Ist das nicht ein Junger? Der weitaus größte Teil dieser 647 Millionen Banknoten ist überflüssig verwandt worden, denn er diente für die regelmäßigen Zahlungen am Vierteljahrs-schluß, für Mieten, Gehälter, Hypothekenzinsen und vieles andere, was ganz überwiegend auch bargeldlos beglichen werden konnte. Das muß man einsehen. Denn noch ist unsere Reichsbank stark, stärker als die Bank von Frankreich. Aber sie soll es auch bleiben, für den Krieg, von dem man nicht weiß, welche Anforderungen er noch an sie stellen mag und nicht minder für den schwierigen Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, der unter allen Umständen gerade auch für die Reichsbank eine gewaltige Belastungsprobe bedeuten wird.

Und dazu muß jeder Einzelne nun seine Pflicht tun. Die Agitation für die Einsparung überflüssiger Banknotenbestände an die Reichsbank und für den bargeldlosen Verkehr, für Banküberweisung, Scheck und Postscheck, muß ebenso eifrig werden wie die für die Goldsammlung. Die Handelskammern, die Banken, die Genossenschaften von Kaufleuten, Handwerkern, Aerzten, Anwälten und Lehrern müssen dafür mobil gemacht werden. Und namentlich die Presse muß ganz allgemein erkennen, daß ihr hier eine wichtige Aufgabe der Aufklärung obliegt, insbesondere auch gerade die kleineren Blätter, die in einem noch vielfach gänzlich ununterrichteten Leserkreis dringen. Buchhalter und Kassierer mögen sich klar machen, daß sie hier eine Aufgabe für das Ganze zu leisten haben, wenn sie die Bequemlichkeit des Dahintrottens im gewohnten, ohne Denkartveränderung zu befahrenden Gleise, dieses größte Hindernis des Fortschritts, preisgeben und in ihren Betrieben für die Abführung übermäßiger Kassenbestände an die Bank und für die Einführung zeitgemäßer Zahlungsmittel den Anstoß geben; mancher Chef eines großen Hauses, der auch diese Dinge einmal nachprüft, wird erstaunt sein, wie viel Rückständigkeit (und zwar sehr kostspielige Rückständigkeit) er da noch in seinem sonst vielleicht so modern eingerichteten Betriebe antrifft. Auch die Hausfrauen sollen helfen, sie haben ja in dem Kriege schon so viel praktische Volkswirtschaft gelernt. Es ist — für alle und jeden einzelnen — wieder einmal eine Gelegenheit zum Nachdenken und zum selbsttätigen, freiwilligen Handeln.

27. 1. 1916

Zur Einschränkung des Bargeldverkehrs.

At Bern, 26. Jan. (Priv.-Tel., zens. Frkt.) Das „Echo de Paris“ bespricht eingehend die Vorschläge der „Frankfurter Zeitung“ zur Einschränkung des Bargeldverkehrs und meint, daß dieser Kampf gegen den übermäßigen und überflüssigen Banknotenumlauf im Einvernehmen mit den Behörden unternommen sei, und daß nun das Deutsche Reich bald methodisch in der vorgeschlagenen Richtung Schritte unternehmen werde. „Dieses Vorgehen“, so schreibt das Blatt, „das die in reichlichem Maß unterrichtete Öffentlichkeit nach ihren besten Kräften unterstützen wird, wird den Kurssturz des deutschen Geldes aufhalten. Deutschland wird also leichter im Stande sein den Kampf fortzusetzen. Müssen wir nicht in Frankreich uns einen ähnlichen Vorteil zu verschaffen suchen und darum eine gleiche Anstrengung machen?“ Das Blatt verlangt ganz dieselben Maßnahmen, wie sie die „Frankfurter Zeitung“ angeregt hat, für Frankreich.

Auslandshandel und Geldverkehr.

□ Berlin, 7. Februar. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Preussischen Abgeordnetenhauses beriet in seiner letzten Sitzung über Handel und Geldverkehr.

Der Berichterstatter schilderte bei der Besprechung des Geldverkehrs die derzeitige Lage der Reichsbank. Es müsse zugegeben werden, daß die Golddeckung der Reichsbank trotz des anerkanntswerten Sammeleifers aller Volkstreuße im Zurückgehen begriffen sei. Allerdings sei die Golddeckung der Reichsbank noch immer so gut wie die der Bank von England und weit besser als die der Bank von Frankreich und der russischen Staatsbank. Trotzdem sei aber dafür Sorge zu tragen, daß die Golddeckung nicht weiter verschlechtert würde. Das kann in zwei Richtungen geschehen: einmal dadurch, daß der Import möglichst auf das Notwendigste beschränkt werde und die Einfuhr von Luxusartikeln unterbleibe; zweitens dadurch, daß unsere Ausfuhr in das neutrale Ausland möglichst gefördert und bestärkt würde, damit wir möglichst viele Forderungen gegen das neutrale Ausland erwerben können. Ein solches Vorgehen würde auch den Kurs unserer Valuta im Auslande stärken. Der Hebung des Kurses unserer Valuta diene auch unzweifelhaft die Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916. Durch diese sei es ermöglicht, den Import künftig von der Beschlagnahme zugunsten der Monopolgesellschaften zu befreien. Dann werden die Intelligenz des deutschen Kaufmannes und seine guten Verbindungen im Auslande schon dafür sorgen, daß die Menge der uns zur Verfügung stehenden notwendigen Waren im Auslande vergrößert werde. Bei der Ausfuhr müsse man den deutschen Kaufmann ebenfalls fördern, insbesondere durch Beschleunigung der Ausfuhrbewilligung. Es müsse in jeder Beziehung jetzt und später dafür gesorgt werden, daß der deutsche Handel erhalten bleibe und allen kriegerischen und wirtschaftlichen Anfeindungen zum Trotz nach dem Kriege wieder zur alten Blüte gelangt.

In der Debatte herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Schädigungen des Handels, soweit wie möglich schon während des Krieges beseitigt, jedenfalls aber nach dem Kriege für die völlige Wiedereinsetzung des Handels gesorgt werden müsse, und daß insbesondere auch die „Surrogate des Handels“, die Kriegsgesellschaften, nur als vorübergehend zu betrachten seien.

Allseitig wurde auch die Bedeutung des Handels für unser wirtschaftliches Leben sowie seine wertbildende Kraft anerkannt, und seine großen Verluste durch den Krieg, insbesondere auch die Verluste der Schifffahrt bedauert. Der Handelsminister sagte erneute Prüfungen der Ausfuhrmöglichkeiten im Interesse unserer Valuta zu.

Aus der Kommission wurde u. a. noch angeregt, daß Erleichterungen im Handelsverkehr, insbesondere auch im Postverkehr nach Oesterreich-Ungarn wünschenswert seien.

Drei Petitionen der Badeorte der Ostseeküste um Gewährung von Hilfe an ihre Gemeindeverwaltungen und Einwohner die mit dem fast völligen Fortfall des Badeverkehrs in diesen Orten begründet waren, wurden nach entgegenkommen den Erklärungen des Finanzministers und des Ministers des Innern der Regierung zur Erwägung überwiesen.

12. II. 1916

Neue Münzen für den Kleinverkehr. Angesichts der vorhandenen Mengen an Rohsilber wird die Ausprägung von Silbermünzen auch in diesem Jahre fortgesetzt, und zwar wurden im Januar für 2,29 Millionen Mark Einmark- und Fünfzigpfennigstücke hergestellt, das sind nahezu 300 000 M. mehr als im Vormonat. Die Zuführung von allein rund 1 943 000 M. neuer Fünfzigpfennigstücke bedeutet für den kleineren Zahlungsverkehr eine ganz bedeutende Erleichterung. Seit Kriegsbeginn sind bisher im ganzen rund 84 Mill. M. Silbermünzen ausgeprägt worden. Recht beträchtlich ist fortgesetzt auch die Beschaffung von Nickelmünzen; sie belief sich im Januar auf rund 220 000 M., wovon auf die neuen eisernen Stücke 107 000 M. entfallen. Auch die Kupfermünzen haben entsprechend den aus dem Handel geäußerten Wünschen eine ganz bedeutende Vermehrung erfahren; es sind nicht weniger als 2,2 Millionen Einpfennig- und 30 000 Zweipfennigstücke im Januar geprägt worden. Auch der Zufluß an eisernen Fünfpfennigstücken nimmt weiter erheblich zu, und zwar im Januar allein um rund 27 Millionen Stück im Betrage von insgesamt 1 352 444 M. Die deutschen Münzstätten haben große Leistungen mit diesen Ausprägungen durchgeführt.

Verwendung des neuen kleinen Wappens bei den Münzen der Kronenwährung.

Wien, 14. Februar.

Eine Kundmachung des Finanzministeriums vom 10. d. M., R. G. Bl. Nr. 40, ordnet an, daß bei der Ausprägung jener Münzen der Kronenwährung österreichischen Gepräges, die den kaiserlichen Adler tragen, fortan das neue kleine Wappen Oesterreichs, das mit kaiserlichem Handschreiben vom 10. Oktober 1915 festgesetzt ist, zur Anwendung zu kommen hat. In gleicher Weise werden die Münzen ungarischen Gepräges, die das Wappen der Länder der heiligen ungarischen Krone mit Engeln als Schildträgern hatten, von jetzt ab mit dem neuen Wappen der ungarischen Länder ausgeprägt werden.

Mit kaiserlichen Handschreiben vom 10. und 11. Oktober vorigen Jahres wurde ein neues gemeinsames Wappen und ein bis dahin nicht existierendes Wappen der österreichischen Länder festgesetzt. In einer Kundmachung des österreichischen Ministerpräsidenten vom 3. November v. J. wurde das österreichische Wappen kundgemacht und hinzugefügt, daß dieses in allen Fällen des ordnungsmäßigen Gebrauches des österreichischen Staatswappens angewendet werden soll. Das neue österreichische Wappen wurde in zwei Formen, einem mittleren und einem kleinen, festgesetzt. Das kleine Wappen Oesterreichs hat danach zu bestehen aus einem freischwebenden, auf beiden Hauptern königlich gekrönten, golden gewaffneten schwarzen Doppeladler, der in seinen Fängen rechts Schwert und Zepter und links den Reichsapfel trägt, während auf seiner Brust ein roter Schild liegt, den ein silberner Balken durchzieht. Ueber den Köpfen des Adlers erscheint die österreichische Kaiserkrone mit abliegenden Bändern. (Bendenzen.) Dieses kleine Wappen wird nun nach der Kundmachung des Finanzministeriums bei jenen Münzen österreichischen Gepräges, die den kaiserlichen Adler tragen, zur Anwendung kommen. Das neue kleine Wappen Oesterreichs unterscheidet sich von dem alten, mit Hofkanzleidekret vom 22. August 1836 festgesetzten kleinen „kaiserlich österreichischen“ Wappen, das bisher auf den Münzen ersichtlich war, im Wesen darin, daß auf der Brust des Doppeladlers jetzt ein von silbernen Balken durchzogener roter Schild liegt, während das alte Wappen auf der Brust des Doppeladlers das genealogische Wappen des Kaiserhauses zeigt.

Gerade die Gesetze über die Kronenwährung waren es, in denen zum erstenmal seit dem Bestehen der Verfassung und des Dualismus die alten kaiserlichen Embleme als offizielle Embleme für Oesterreich (die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder) angewendet wurden. In dem Gesetze vom 2. August 1892, R. G. Bl. 126, betreffend Feststellung der Kronenwährung, wurde die Ausstattung der Münzen der neuen Währung bestimmt. Es wurden damals ausgeprägt: Zwanzig- und Zehnkronenstücke in Gold, Einkronenstücke in Silber, Zwanzig- und Zehnhellerstücke in Nickel, Zwei- und Einhellerstücke in Bronze. Von diesen Münzen tragen alle, mit Ausnahme der Einkronenstücke, auf der Reversseite den kaiserlichen Adler (die Einkronenstücke zeigen anstatt des Adlers die kaiserliche Krone). Später kamen zu diesen Münzen noch hinzu: gemäß der kaiserlichen Verordnung vom 21. September 1899, R. G. Bl. Nr. 176, und den Gesetzen vom 11. August 1907, Nr. 201 und 202, Fünfkronenstücke und Hundertkronenstücke. Auch diese beiden Münzen haben auf der Reversseite den kaiserlichen Adler. Endlich werden zufolge des Gesetzes vom 7. März 1912 Zweikronenstücke ausgeprägt, welche gleichfalls die kaiserlichen Adler tragen. Der kaiserliche Adler hatte bisher die alte, 1836 festgesetzte Gestalt. Von jetzt ab wird der kaiserliche Adler in der Form des neuen kleinen Wappens angeordnet werden.

Anzumerken wäre, daß die Bestimmung, wonach die Münzen der Kronenwährung den „kaiserlichen Adler“ tragen, in Gesetzen niedergelegt ist. Diese Gesetze hatten den alten kaiserlichen Adler im Auge, die künftigen Münzen werden allerdings auch einen Doppeladler tragen, dessen Form jedoch nicht dieselbe ist, wie sie bestand, als die Gesetze über die Kronenwährung geschaffen wurden. Es ist daher die Frage, ob die Anwendung des neuen kleinen Wappens auf den Münzen nicht durch ein Gesetz, statt durch eine ministerielle Verfügung einzuführen wäre.

8. VII. 1916

Die neuen 50-Markscheine.

Ueber das Aussehen der auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 ausgefertigten Darlehenskassenscheine zu 50 M. wird amtlich folgende Beschreibung gegeben:

Die Darlehenskassenscheine zu 50 M. sind 15 Ztm. breit und 10 Ztm. hoch. Sie bestehen aus Hanspapier, das als fortlaufendes natürliches Wasserzeichen eine von Lorbeerzweigen umgebene Kaiserkrone trägt. Auf der Rückseite befindet sich links ein aus gemischten (roten, blauen, grünen und gelben) Pflanzenfasern bestehender Streifen.

Die Vorderseite enthält einen Untergrund in gelblicher, rotbrauner und graublauer Farbe. Der äußere graublau Rand zeigt zwischen geraden Einfassungslinien feine verschlungene Quilochen mit Rosetten in den vier Ecken. Auf der Innenseite befinden sich stilisierte Reichsabzeichen. Die linke Gruppe von Abzeichen ist von einer aus einzelnen Bogen bestehenden Umrahmung umgeben und zeigt ein senkrecht stehendes, graublau gehaltenes Schwert vor einer den Hintergrund mit ihren Strahlen erfüllenden Sonne, darüber zwei kreuzweise angeordnete Zepter und über deren Mitte, die Sonne zum großen Teil verdeckend, die Kaiserkrone. Sonne, Zepter und Krone sind in rotbrauner Farbe gedruckt. Rechts befindet sich an entsprechender Stelle, ebenfalls in einer gleichartigen Umrahmung, ein Reichsadler in rotbrauner Farbe. Zwischen den beiden Gruppen von Reichsabzeichen steht oben und unten je eine schraffierte 50 in rotbrauner Farbe. Im übrigen ist der Untergrund der Vorderseite durch zweifarbig (gelbe und graublau) Sterne und Rosetten ausgefüllt, die zum Teil die Zahl 50 enthalten. Der freie Papierrand der Vorderseite läßt einen gelblichen, aus Punkten bestehenden Untergrund erkennen.

Ferner enthält die Vorderseite folgenden Ausdruck in deutscher Schrift:

**Darlehenskassenschein.
Fünfzig Mark.**

Berlin, den 5. August 1914.

Reichsschuldenverwaltung.

o. Brachhoffhausen Warncke Vierogo
Müller Noelle Dickhuth Springer

In den beiden unteren Ecken ist der Kontrollstempel in tiefblauer Farbe und darunter auf beiden Seiten der Strassatz angebracht. Textausdruck und Strassatz sind in grünlichschwarzer Farbe hergestellt.

Die Rückseite ist in grüner Farbe gedruckt und zeigt einen in der Mitte geteilten rechteckigen Rahmen, auf dem schraffierte Verzierungen, durch lichte Eck- und Mittelstücke unterbrochen, aus dunklem Grunde hervortreten. In jedem der beiden eingeschlossenen Felder befindet sich in medaillonartigem, verziertem Rahmen, links von stilisierten Eichen, rechts von stilisierten Fichtenzweigen mit Früchten umgeben, ein Brustbild der Germania. Beide Bilder haben das Antlitz einander zugewendet; das aufgelöste Haar ist mit der Kaiserkrone und einem Lorbeerkranz geschmückt; die erhobene Hand hält ein Zepter, dessen Spitze den preussischen Adler trägt. Der übrige Teil innerhalb des Rahmens wird von einem aus verschlungenen Linien gebildeten Untergrundmuster ausgefüllt. Nach außen ist der Rahmen von einem doppelten Rand in zartem Linienmuster umgeben. Der Ausdruck, welcher die Brustbilder der Germania und die sie umgebenden Verzierungen teilweise verdeckt, lautet in deutscher Schrift:

Darlehenskassenschein
Fünfzig Mark.

Darunter befindet sich in kräftiger, leicht verzierter Ausführung die Zahl 50, die mit ihrer unteren Hälfte in die untere Leiste des Rahmens, sie unterbrechend, hineinreicht. Umzogen sind die Ziffern von einem schmalen weißen Rande. Außerhalb des Rahmens, auf der zarten Linienumrandung, sind links unten und rechts oben Buchstabe und Nummer des Scheins in roter Farbe aufgedruckt.

Der freie Papierrand läßt einen in gelber Farbe hergestellten Schutzdruck erkennen. Dieser besteht aus einzelnen schräg gestellten Zeilen, die aus den sich wiederholenden Worten Darlehenskassenschein Mark Fünfzig Mark zusammengesetzt sind.

12./III. 1916

Eiserne Zwanzighellerstücke.

Zur Münzamt ist man derzeit, wie wir erfahren, bereits damit beschäftigt, eine Reihe neuer Münzen zu prägen, die demnächst zur Ausgabe gelangen werden. Es sind dies in erster Linie Zwanzighellerstücke aus Eisen, die auf der Rückseite das neue kleine Reichswappen tragen werden. Die Vorderseite dieser Geldstücke wird das Bild des bereits eingeführten neuen Reihnellerstücks aufweisen, nur mit dem Unterschied, daß an Stelle der Ziffer 11 die Ziffer 20 in den neuen großen Typen tritt. Das eiserne Zwanzighellerstück wird etwas größer sein als die bisherigen Nickelmünzen zu 20 Heller. Der Durchmesser wird $20\frac{1}{2}$ Millimeter betragen. Die Reihnellerstücke werden mit der gleichen Prägung der Vorderseite weiter hergestellt, jedoch mit dem kleinen Wappen auf der Rückseite versehen. In nächster Zeit werden auch Kupfermünzen zu 1 und 2 Heller mit der neuen Wappenprägung hergestellt werden; diese Arbeit wurde bis jetzt noch nicht in Angriff genommen. Goldmünzen zu 20 Kronen werden, gleichfalls mit dem Wappen versehen, neu geprägt. Die Silberkronen werden weiterhin mit dem alten Prägestempel in einer täglichen Erzeugungsmenge von hunderttausend Stück hergestellt. Die Ausgabe der neuen eisernen Zwanzighellerstücke und der übrigen neuen Münzen wird erst nach Erscheinen einer diesbezüglichen kaiserlichen Verordnung in einigen Wochen erfolgen.

26. III. 1916

Gegen den Bargeldverkehr.

Als erstes Heft einer von dem Leipziger Verlag von Veit u. Co. herausgegebenen neuen Broschüren-Sammlung „Dringliche Wirtschaftsfragen“ veröffentlicht Ernst Rahn, Handelsredakteur der „Frankfurter Zeitung“, eine Schrift „Gegen den Bargeldverkehr“. Es ist eine Aufklärungs- und eine Kampf-Schrift: der Aufklärung über die schweren Schäden der schlechten deutschen Zahlungssitten und dem Kampf gegen diese, die jetzt im Kriege doppelt gefährlich sind, will sie dienen und damit die Arbeit weiterführen, die in den Spalten unseres Blattes ja seit langem und, wie es scheint, doch allmählich mit einigem Erfolge geleistet wird. Dem Verfasser hat ein reiches Material aus dem praktischen Leben zur Verfügung gestanden. Veröffentlichungen und Briefe aus allen Schichten des Geschäftslebens und des sonstigen zahlenden Publikums. Und so brauchte er sich nicht darauf zu beschränken, nur theoretisch darzulegen, warum der übermäßige Bargeldverkehr schädlich ist, an dem man in Deutschland auch jetzt festhält, ohne zu merken, daß man dadurch den Erfolg der mit so vieler Begeisterung und so gutem Ertrage bewerkstelligten Goldsammlungen tatsächlich zu einem guten Teile wieder aufhebt. Er konnte weitergehen und an der Hand von Beispielen praktisch zeigen, was verfehlt ist und wie es gebessert werden kann. Aus dem Zahlungsverkehr der Steuerbehörden, der Staatsbahn, der Militärverwaltung, der städtischen Anstalten, der Krankenkassen werden ergötzliche, aber im Grunde eben doch sehr ernste Uebelstände erzählt, die wahrscheinlich einem großen Teile dieser Verwaltungen selbst kaum bekannt und jedenfalls nicht zum Bewußtsein gekommen sind; das Verhalten der Reichsbank der Privatbanken und Bankiers wie das der Post wird dargestellt, wobei eben doch sehr vieles zum Vorschein kommt, was von allen diesen Instanzen für den bargeldlosen Verkehr für Banküberweisung, Bankcheck und Postcheck, an Tatsächlichem wie an Propaganda getan werden könnte und noch nicht getan wird. Vor allem aber wendet sich die Schrift natürlich an das breite Publikum. Denn an den Schäden des Zahlungsverkehrs ist jeder einzelne mit schuld. Und eine Besserung der üblen deutschen Zahlungssitten, die jetzt wirklich eine dringliche und ernste Kriegsfrage ist, kann nur eintreten, wenn jeder einzelne zu seinem Teile die Notwendigkeit erkennt und daran mitwirkt.

Der Kleingeldmangel.

Aus Budapest, 5. d., wird uns telegraphiert: Ein Mitarbeiter des *N. Z.* hatte eine Unterredung mit Ministerialrat Dr. Grün des ungarischen Finanzministeriums über die Gründe des in Budapest herrschenden Kleingeldmangels und über die Maßnahmen, die zur Behebung dieses Mangels getroffen werden müßten. Ministerialrat Dr. Grün gab dem Berichterstatter hierauf unter anderen folgende Aufklärungen: Wir haben rechtzeitig dafür gesorgt, daß Kupfergeld in ausreichenden Mengen zur Verfügung des Publikums stehe. Dieses ist selbst hauptsächlich schuld daran, wenn sich im Verkehr trotzdem ein Mangel zeigt. Ebenso wie zu Beginn des Krieges das Gold verschwand, dann langsam das Silber und später das Nickel, ebenso läßt man jetzt das Bronze- und Bronzegeld verschwinden. Unsere Bevölkerung thesauriert das Bronzegeld. Wir haben bereits anläßlich der Ausgabe der Einhellerstücke bemerkt, daß die Bettler die Einhellerstücke beiseite schaffen, zu Hause in Säcken aufspeichern, um sie auf diese Weise aus dem Verkehr zu ziehen, damit das Publikum ihnen keine Einhellerstücke mehr gebe. Wir haben hier im Finanzministerium Kenntnis von vielen solchen Fällen, wo in dem Nachlaß von Bettlerinnen Ein- und Zweihellerstücke sackweise vorgefunden wurden. Heute versteckt jedoch leider der ungebildete Teil des Publikums das Geld und entzieht es dem Verkehr zum Schaden unseres wirtschaftlichen Lebens. Dagegen können wir nichts machen und neues Kupfergeld kann man unter den heutigen Verhältnissen in großen Quantitäten nicht ausgeben. Wir prägen jetzt Zehnhellerstücke aus neuem Nickel und verhandeln über die eventuelle Prägung von Zehn- und Zwanzighellerstücken aus Eisen. Die Frage des eisernen Geldes befindet sich jedoch zunächst noch im Stadium der Erwägungen.

Die Verbesserung des Kronenkurses im internationalen Verkehr.

In der letztstattgefundenen Plenarsitzung unserer Handels- und Gewerbekammer erstattete Kammersekretär Dr. Gregor Wolff Bericht über die zur Sanierung unserer infolge des Krieges verschlechterten internationalen Finanzlage, resp. zur Verbesserung und Konsolidierung des Kronenwertes getroffenen Verfügungen. Aus den kaufmännischen und industriellen Kreisen des Kammerbezirkes kamen schon längst Klagen über die Schwierigkeit der Lage und dies bewog die Kammer, daß sie Ende des vorigen Jahres die Aufmerksamkeit der kompetenten Kreise auf die gegenüber dem internationalen Kurssturz der Krone vorzunehmenden Schritte wachrufe. Welche Preisverteuerung und Verluste durch die unmotivierte Kursdifferenz zu Lasten der an dem ausländischen Importe interessierten Geschäftskreise verursacht wird, wird durch nachstehendes Beispiel genügend erhellt: vor dem Kriege standen die folgenden Geldsorten zumeist unter der Parität und zwar die Mark = 1.18 Kronen, der rumänische Lei = 0.96 K., der Schweizer Frank = 0.9 K. und der holländische Gulden = 1.98 Kronen; im Monate Feber war der Kurs der Mark (Ware) bereits K. 146.50, des rumänischen Lei 124.50, des Schweizer Frank 153 K., des holländischen Gulden 335 Kronen. Es handelt sich demnach um eine 30.00 und 80prozentige Steigerung. Dieser außerordentlich ungünstige Kurs ist zweifellos größtenteils eine Folge des Krieges und es leidet darunter jeder kriegsführende Staat. Was jedoch Deutschland und uns betrifft haben auch die übelwollenden Machinationen der Fein-

de einen Anteil an dieser ungünstigen internationalen Lage unseres Geldes. Wenn wir die Ursachen weiter untersuchen, müssen wir vor allem anderen darauf hinweisen, daß die Handelsbilanz Ungarns und Oesterreichs seit der jehigen Handelsvertrags-Ära immer passiv ist und zwar in den letzten Jahren auffallend, im Durchschnitt um 700 Millionen Kronen. Dabei stieg unsere Schuld an das Ausland bedeutend, so daß auch die Passivität unserer Zahlungsbilanz zur Erschwerung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage im Auslande beigetragen hat.

Die ausgezeichnete und erfolgreiche Devisenpolitik unserer Regierung und der österreichisch-ungarischen Bank hat schon vor dem Kriege alles mögliche getan, daß der Kronenkurs durch künstliche Mittel auf dem erwähnten und nahe an der Parität stehenden Kurse — wenn auch mit mehreren Schwankungen — gehalten werde.

Zweifellos haben unsere Gegner auch jenen Umstand zur Verbreitung des Mißtrauens benützt, daß die Notenbank bei Kriegsausbruch die Kommunikation der Bankausweise eingestellt hat.

Im Allgemeinen muß jedoch bemerkt werden, daß aus volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte die Wirkung eines solchen im internationalen Verkehr sich zeigenden Kursunterschiedes sehr vorteilhaft zum Schutze der inländischen Produktion ausgenützt werden kann, indem derselbe beim Import den Charakter eines Schutzzolles trägt.

Zur Verbesserung des intervalutaren Kurses der Krone bietet sich als nächstliegendes Mittel die Beschränkung des Importes entbehrlicher Waren. Die Regierung hat auch den Import der sog. Luxusartikel und der aus dem feindlichen Auslande stammenden Waren verboten.

Die Aufgabe der jetzt freierten Devisenzentrale ist die Regulierung dessen, ob die Ausfolgung der ausländischen Zahlungsmittel überhaupt, und wenn ja, in welchem Maße geschehe.

Dem gesteckten Ziele würde auch noch die Placierung von Darlehen in Deutschland und im neutralen Auslande dienlich sein, sowie dies auch unsere Feinde zur Verbesserung ihrer Valuta getan haben.

Die Kammer muß mit besonderem Gewicht betonen, daß unser Exporthandel gefördert werden muß, wodurch das Ausland unser Schuldner wird. Wir erzeugen mehrere solche Artikel, deren Export die Regierung erleichtern kann, z. B. Holzwaren, Mineralöle, Glaswaren, Emailgeschirr usw.

Die gute Wirkung der bisher getroffenen Verfügungen kann schon in der Verbesserung des Kronenkurses beobachtet werden und es ist zu hoffen, daß dies noch besser gelingen wird. Nach dem Kriege muß aber auf alle Fälle unsere erst-rangige Aufgabe sein, unsere innere Volkswirtschaft in jeder Richtung zu kräftigen und damit im Zusammenhange die Steigerung unseres Exporthandels.

Durch die Förderung der ungarischen Industrie, durch die intensive Betreibung unserer Landwirtschaft, durch die Freimachung des Handels, durch die Verbesserung der Steuerverhältnisse, durch die Erleichterung der Approvisionierung können wir unsere Volkswirtschaft einem Emporblühen entgegenführen.

Kein Mangel an Kleingeld.

Der starke Mangel an kleinen Zahlungsmitteln, der sich Ende vorigen Jahres im Zahlungsverkehr empfindlich bemerkbar machte, darf jetzt als vollständig behoben angesehen werden. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Briefmarken als Ersatz für Nickelmünzen ganz verschwunden sind.

Von Einfluß auf diese Besserung im Zahlungsverkehr war einmal der Rückgang im Bedarf an kleinen Zahlungsmitteln, der alljährlich in den ersten Monaten des Jahres eintritt, ferner der Umstand, daß in Belgien Zinkmünzen ausgeprägt werden, wodurch ein Teil der deutschen Nickelmünzen in die Heimat zurückgeführt werden konnte. Schließlich haben die Zehnpfennigstücke und Fünfpfennigstücke aus Eisen, von denen gegenwärtig für etwa 5 Millionen Mark von jeder Art im Umlauf sind, den Zahlungsverkehr erleichtert. Es ist auch möglich gewesen, mit den Silberprägungen fortzufahren, trotz des durch den Krieg verursachten Mangels an Rohsilber. Zur Ausprägung sind in den ersten Monaten dieses Jahres etwa 5 Millionen Mark Silbermünzen, und zwar ganz überwiegend Einmarkstücke und Fünzigpfennigstücke gekommen. Auf diese Weise haben unsere Silberprägungen während des Krieges die Höhe von 88 Millionen Mark erreicht. Von der außerordentlichen Silberreserve, die vor Kriegsausbruch in einer Höhe von 120 Millionen Mark angesammelt werden sollte, waren beim Ausbruch des Krieges erst 6 Millionen ausgeprägt. Heute haben die Prägungen auf Rechnung der Silberreserve bereits eine Höhe von 92 Millionen Mark erreicht. Es ist mithin keineswegs ausgeschlossen, daß der volle Betrag von 120 Millionen noch während des Krieges erzielt wird. Trotz der wesentlichen Steigerung des Silberpreises stehen unserer Finanzverwaltung noch immer Vorräte an Rohsilber zur Verfügung, die es sogar ermöglichen, auch den Ansprüchen der Industrie wenigstens teilweise gerecht zu werden.

Nickel- und Kupfergeld.

Mangel in Budapest. — Anhäufung im Privatbesitz. — Kleingeld aus Eisen.

Aus Budapest wird uns berichtet: In allen Kreisen macht sich hier wieder der Mangel an Nickel- und Kupfergeld immer stärker geltend. Die Oesterreichisch-ungarische Bank, der man von gewisser Seite vorwarf, daß sie das in ihrem Besitze befindliche Kupfergeld zurückhalte, stellt fest, daß aus Kremlitz schon seit Monaten kein Wechselgeld, namentlich Papiergeld, eintreffe. Die Oesterreichisch-ungarische Bank habe sich schon an jedermann um Kupfergeld gewendet, sogar der jüdische Heilige Verein wurde erjucht, das durch ihn gesammelte Kupfergeld der Bank zur Verfügung zu stellen, doch ohne Erfolg.

Von der Finanzverwaltung wurde einem Berichterstatter des „Nz Est“ über den Mangel an Wechselgeld folgendes gesagt: Das Finanzministerium hat in dem entsprechenden Zeitpunkt für genügend Kupfergeld vorgesorgt. Das Publikum selbst ist die Hauptursache, daß trotzdem ein Mangel besteht. Gleichwie zu Kriegsbeginn Gold, später Silber und noch später Nickel aus dem Verkehr verschwunden sind, so wird jetzt das Bronze- und Kupfergeld thesauriert. Schon bei der Ausgabe von Einhellerstücken hat die Finanzverwaltung die Wahrnehmung gemacht, daß die Bettler die Einhellerstücke in Massen sammeln und beiseite legen, in der Absicht, sie aus dem Verkehr zu ziehen, damit das Publikum ihnen Zweihellerstücke zu geben gezwungen sei. In sehr vielen Fällen wurden in der Verlassenheit von Bettlerinnen sackweise Ein- und Zweihellerstücke vorgefunden. Neuestens wird aber auch im Publikum das Geld versteckt und dem Verkehr entzogen.

Neues Kupfergeld kann unter den heutigen Verhältnissen in größeren Quantitäten nicht ausgegeben werden. Derzeit werden neue Zehnhellerstücke aus neuem Nickel geprägt und überdies werden Verhandlungen gepflogen, damit eventuell Zehn- und Zwanzighellerstücke aus Eisen hergestellt werden.

Das Ende der Kleingeldknappheit Der starke Mangel an kleinen Zahlungsmitteln, der sich Ende vorigen Jahres im Zahlungsverkehr empfindlich bemerkbar machte, darf jetzt als vollständig behoben angesehen werden. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß im Kleinhandel die Briefmarken, die vielfach als Ersatz für Nickelmünzen Verwendung fanden, ganz verschwunden sind. Von Einfluß auf diese Besserung im Zahlungsverkehr war einmal der Rückgang im Bedarf an kleinen Zahlungsmitteln, der alljährlich in den ersten Monaten des Jahres eintritt und in starkem Zurückströmen von kleinen Münzen in die Kassen der Reichsbank zum Ausdruck kommt. Außerdem wirkte auch der Umstand mit, daß in Belgien in ziemlich erheblichem Umfang Zinkmünzen ausgeprägt werden, wodurch ein Teil der deutschen Nickelmünzen in die Heimat zurückgeführt werden konnte. Weiter haben die Zehnpfennigstücke und Fünfpfennigstücke aus Eisen, von denen gegenwärtig für etwa 5 Mill. M. von jeder Art im Umlauf sind, den Zahlungsverkehr wesentlich erleichtert. Und schließlich ist es auch möglich gewesen, mit den Silberprägungen fortzufahren trotz des durch den Krieg verursachten Mangels an Rohsilber. Zur Ausprägung sind in den ersten Monaten dieses Jahres etwa für 5 Mill. M. Silbermünzen, und zwar ganz überwiegend Einmarkstücke und Fünzigpfennigstücke gekommen. Auf diese Weise haben unsere Silberprägungen während des Krieges die Höhe von 86 Mill. M. erreicht. Von der außerordentlichen Silberreserve, die vor Kriegsausbruch in einer Höhe von 120 Mill. M. angesammelt werden sollte, waren beim Ausbruch des Krieges erst 6 Millionen ausgeprägt. Heute haben die Prägungen auf Rechnung der Silberreserve bereits eine Höhe von 92 Mill. M. erreicht. Es ist mithin keineswegs ausgeschlossen, daß der volle Betrag von 120 Millionen noch während des Krieges erzielt wird. Trotz der wesentlichen Steigerung des Silberpreises stehen unserer Finanzverwaltung noch immer Borräte an Rohsilber zur Verfügung, die es sogar ermöglichen, auch den Ansprüchen der Industrie wenigstens teilweise gerecht zu werden.

Einführung der Goldwährung in der Türkei.

Drahtmeldung.

Konstantinopel, 17. April.

Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament erlassene Gesetzesverordnung über die Münzreform, wodurch das Geldwesen vereinheitlicht und an Stelle der bisherigen Doppelwährung die Einheitswährung auf der Grundlage der Goldwährung mit dem Nickelpiaster als Münzeinheit eingeführt wird.

Das Gesetz regelt das Mischungsverhältnis der osmanischen Münzen und setzt Strafen für jene Personen und Institute fest, die durch was immer für Handlungen Kursdifferenzen der Geldmünzen hervorzurufen suchen; derartige Institute sollen auch mit Schließung für eine Woche bis zu drei Monaten bestraft werden können. Die vor Inkraftsetzung dieses Gesetzes eingegangenen Schulden, bei denen weder die Münzgattung noch der Münzwert der zu leistenden Zahlung besonders bezeichnet wurde, werden nach dem Münzkurs zur Zeit der Eingehung der Schuld zu bezahlen sein; nur der Staatsschatz macht eine Ausnahme davon, indem seine Forderungen und Schulden zu dem durch das neue Gesetz festgesetzten Münzkurs zu zahlen sein werden. Der Kurs der ausländischen Goldmünzen, die keinen Zwangskurs haben, wird durch Verhandlungen zwischen den Parteien festgestellt werden.

Ein ausführlicher Motivenbericht begründet die Notwendigkeit der Reform und enthält auch verschiedene ergänzende Einzelheiten. Da der Nennwert des Piasters genau den hundertsten Teil eines türkischen Pfundes betragen wird, erhöht sich der Wert des Piasters um $\frac{1}{10}$ Piaster oder 4 Para. Die Kaufleute werden daher die Preise ihrer Waren verhältnismäßig herabzusetzen haben. Alle Zahlungen werden in Gold oder gleichwertigem Papiergeld geleistet werden können. Der Motivbericht rät dem Publikum an, auf die üble Gewohnheit der unnützen Aufbewahrung von Metallgeld zu verzichten und volles Vertrauen zum Papiergeld zu haben, denn in keinem Lande sei Papiergeld unter solchen Garantien ausgegeben worden, wie jetzt in der Türkei, indem sein Gegenwert vollständig in Gold oder deutschen Schatzscheinen hinterlegt, also durch zwei Großmächte garantiert werde. Für den Gebrauch des Publikums macht die Regierung eine Stelle namhaft, wo man sich ohne Verlust Kleingeld wird verschaffen können.

Mit dieser Münzreform wird dem regellosen Zustand und der Geldspekulation ein Ende bereitet, die eine Folge der Differenzen des Kurses des Gold- und Silbergeldes in den verschiedenen Teilen des Reiches waren. Die Reform hat seit langer Zeit den Gegenstand eingehender Studien gebildet. Eine unlängst im Staatsrat und in einer Kommission sachkundiger Persönlichkeiten stattgehabte Durchberatung hat die Angelegenheit zur Reife gebracht. Die Goldwährung wird nunmehr auf der Grundlage des Dezimalsystems eingeführt, mit der einzigen Unterteilung in Piaster, wobei ein Pfund immer und überall einen Kurswert von 100 Piastern besitzen soll. Der Kursunterschied zwischen Gold- und Silbermünzen wird aufgehoben. Die Silber- und Nickel-Münzen werden lediglich als Scheidemünze beibehalten, indem Silbermünzen bis zum Betrage von 300 und Nickelmünzen bis zum Betrage von 50 Piastern angenommen werden müssen. Den Geldwechslern werden Geschäfte, die Münzen zum Gegenstände haben, streng untersagt.

Bisher galt das türkische Goldpfund 108 Silberpiaster in Konstantinopel, bis zu 135 Silberpiaster in der Provinz und wurde von den staatlichen Zahlungsstellen zum Werte von 102,60 Silberpiastern angenommen. Der Silbermedschidie galt 20 Silberpiaster, bei staatlichen Zahlungsstellen 19 Silberpiaster.

Um die Schwierigkeiten zu beheben, die sich daraus ergeben, daß nicht genügend Scheidemünze im Umlauf ist, und die sich besonders im Kursunterschied des Papiergeldes bemerkbar machen, sollen 100 000 alte Pfund geringhaltiger Mischung, die gegen Nickel umgetauscht werden sollten, wieder in Umlauf gesetzt; ferner sollen 500 000 Pfund neue Münzen, zu drei Viertel Kupfer, zu einem Viertel Nickel, geprägt werden. Für diese beiden Summen werden für Rechnung der Münzverwaltung bei der Banque Ottoman Kassenscheine hinterlegt werden, die später dazu verwendet werden sollen, jene Münzen wieder aus dem Umlauf zu ziehen.

— (Eine türkische Währungsreform.) Aus Konstantinopel, 15. d., wird telegraphiert: Um dem regellosen Zustand, der eine Folge der Differenzen des Kurses des Gold- und des Silbermünzgeldes ist, der in verschiedenen Teilen des Reiches beträchtliche Abweichungen aufweist, ein Ende zu machen und den Geldspekulationen vorzubeugen, hat die Regierung den Beschluß gefaßt, eine bedeutende Münzreform einzuführen, die seit langer Zeit den Gegenstand eingehender Studien bildete und jüngst im Staatsrat und in einer Kommission kompetenter Persönlichkeiten erörtert wurde. Diese Reform soll nunmehr im Verordnungswege verwirklicht werden. Das bezügliche Gesetz ist heute kundgemacht worden. Danach wird die Goldwährung auf der Grundlage des Dezimalsystems eingeführt, mit der einzigen Unterteilung in Piafter, wobei ein Pfund immer und überall einen Kurswert von 100 Piafter besitzen soll. Der Kursunterschied zwischen Gold- und Silbermünzen wird aufgehoben. Die Silber- und Nickelmünzen werden lediglich als Scheidemünze beibehalten, indem Silbermünzen bis zum Betrag von 300 und Nickelmünzen bis zum Betrag von 50 Piafter angenommen werden müssen. Den Geldwechslern werden Geschäfte, die Münzen zum Gegenstand haben, streng untersagt werden. Bisher galt das türkische Goldpfund 108 Silberpiafter in Konstantinopel, bis zu 135 Silberpiafter in der Provinz und wurde von den staatlichen Zahlungsstellen zum Wert von 102,60 Silberpiafter angenommen. Der Silbermedschidie galt 20 Silberpiafter, bei staatlichen Zahlungsstellen 19 Silberpiafter. Um in zwischen die Schwierigkeiten zu beheben, die sich daraus ergeben, daß nicht genügend Scheidemünze im Umlauf ist, und die sich besonders im Kursunterschied des Papiergeldes bemerkbar machen, veröffentlicht das Amtskblatt eine Gesetzesverordnung, womit die Ermächtigung erteilt wird, 100.000 alte Pfund geringhaltiger Mischung, die gegen Nickel umgetauscht werden sollten, wieder in Umlauf zu

legen und für einen Betrag von 500.000 Pfund neue Münzen, zu drei Vierteln Kupfer, zu einem Viertel Nickel, zu prägen. Für diese beiden Summen werden bei der Rechnung der Münzverwaltung bei der Banque Ottomane Kassenscheine hinterlegt werden, die später dazu verwendet werden sollen, jene Münzen wieder aus dem Umlauf einzuziehen. Das Gesetz regelt weiter das Mischungsverhältnis der ottomanischen Münzen und setzt Strafen für jene Personen und Institute fest, die durch was immer für Handlungen Kursdifferenzen der Geldmünzen hervorgerufen suchen; derartige Institute sollen auch mit Schließung für eine Woche bis zu drei Monaten bestraft werden können. Die vor Inkraftsetzung dieses Gesetzes eingegangenen Schulden, bei denen weder die Münzart noch der Münzwert der zu leistenden Zahlung besonders bezeichnet wurde, werden nach dem Münzkurs zur Zeit der Eingehung der Schuld zu bezahlen sein; nur der Staatschatz macht eine Ausnahme davon, indem seine Forderungen und Schulden zu dem durch das neue Gesetz festgesetzten Münzkurs zu zahlen sein werden. Der Kurs der ausländischen Goldmünzen, die keinen Zwangskurs haben, wird durch Verhandlungen zwischen den Parteien festgestellt werden. Ein ausführlicher Motivenbericht begründet die Notwendigkeit der Reform und enthält auch verschiedene ergänzende Einzelheiten. Da der Nominalwert des Piafter genau den hundertsten Teil eines türkischen Pfund betragen wird, erhöht sich der Wert des Piafter um $\frac{1}{100}$ Piafter oder 4 Para. Die Kaufleute werden daher die Preise ihrer Waren verhältnismäßig herabsetzen haben. Alle Zahlungen werden in Gold oder gleichwertigem Papiergeld geleistet werden können. Der Motivenbericht rät dem Publikum an, auf die üble Gewohnheit der unnützen Aufbewahrung von Metallgeld zu verzichten und volles Vertrauen zum Papiergeld zu haben, denn in keinem Lande sei Papiergeld unter solchen Garantien aus gegeben worden wie jetzt in der Türkei, indem sein Gegenwert vollständig in Gold oder deutschen Schatzscheinen hinterlegt, also durch zwei Großmächte garantiert werde. Für den Gebrauch des Publikums macht die Regierung eine Stelle namhaft, wo man sich ohne Verlust Kleingeld wird verschaffen können.

Die türkische Münzreform. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Um dem regellosen Zustand, der eine Folge der Differenz des Kurzes des Gold- und des Silbermünzgeldes ist, der in verschiedenen Teilen des Reiches beträchtliche Abweichungen aufweist, ein Ende zu machen und den Geldspekulationen vorzubeugen, hat die Regierung den Beschluß gefaßt, eine bedeutende Münzreform einzuführen. Darnach wird die Goldwährung auf der Grundlage des Dezimalsystems eingeführt, mit der einzigen Unterteilung in Piafter, wobei ein Pfund immer und überall einen Kurswert von 100 Piaftern besitzen soll. Der Kursunterschied zwischen Gold- und Silbermünzen wird aufgehoben. Die Silber- und Nickelmünzen werden lediglich als Scheidemünze beibehalten, indem Silbermünzen bis zum Betrage von 300 und Nickelmünzen bis zum Betrage von 50 Piaftern angenommen werden müssen. Den Geldwechslern werden Geschäfte, die Münzen zum Gegenstande haben, streng untersagt werden. Bisher galt das türkische Goldpfund 108 Silberpiafter in Konstantinopel, bis zu 135 Silberpiafter in der Provinz und wurde von den staatlichen Zahlungsstellen zum Werte von 102,66 Silberpiaftern angenommen. Der Silbermedschidie galt 20 Silberpiafter, bei staatlichen Zahlungsstellen 19 Silberpiafter.

Die Aufzählung des Goldgeldes und dem allgemeinen Verkefe.

Land mit keinem Risiko verbunden ist und kaum Transportkosten verursacht, kann ihr das Recht, als absolutes Zahlungsmittel zu gelten, nicht zuerkennen, denn die Devise unterliegt, wie jeder andere Wechsel, der Appreiation ihres Empfängers, d. i. des Verkäufers der Ware, und er allein ist berechtigt ihren Wert zu bestimmen und als Ausgleich des Warenwertes anzunehmen.

Welche Ergebnisse solche Taxationen liefern und welche schwere Lasten daraus den betreffenden Importstaaten erwachsen, konnten und können heute alle kriegsführenden Staaten ohne Ausnahme an dem eigenen Leib bitter erfahren.

Größere oder geringere Abweichungen in den Devisenkursen sind übrigens auch im tiefsten Frieden nicht ausgeschlossen, auch aus ganz fern liegenden Ursachen nicht, wie zur Zeit der letzten Geldkrise in Amerika, woraus Verschiebungen in der Kalkulation zwischen den Import- und Exportrelationen immerhin resultieren können.

Ebenso wissen wir auch von künstlichen Kursbildungen in Devisen, was in diesem Kriege England gegen Deutschland, allerdings mit geringem Erfolge, auch schon versucht hat.

Die Aufzählung all dieser Momente aus dem Leben der Devise soll uns in unserer Beweisführung unterstützen, daß die Devise im internationalen Verkehr kein unbedingt günstiges Zahlungsmittel sein kann und daß wir auf ihre Dienste ebenso verzichten, wie wir der allgemeinen Goldzirkulation entzaten können, denn wenn der Purpur fällt, muß auch der Herzog nach.

Mit dem Verschwinden der Devise hört auch die Irritation und die Unsicherheit des internationalen Geldmarktes auf, und Wechselkurse, wie sie uns der Krieg präferiert, müssen als ausgeschlossen betrachtet werden.

Die Devise kann demnach in dem Sinne, wie wir sie heute kennen und werten, in unserem System keinen Platz finden; in dem Tauschverkehr kann sie eventuell Dienste leisten wie jeder andere Wechsel oder wie der Scheck, allein in dieser Form, ohne die Bedeutung des Goldwechsels zu haben, hat sie keinen Kurswert, und wird auf dem Geldmarkt im Interesse eines Valutaschutzes keine Aufregung hervorrufen, ebensowenig aus Angst vor einer stärkeren Goldeinfuhr oder -ausfuhr das Geld im allgemeinen verteuern können.

In dieses System haben wir im Interesse der leichteren Ueberweisung der Auszahlungen auf fremde Plätze eine Vereinigung der Notenbanken in einem Giroverein hineinkombiniert, welche die gegenseitigen Auszahlungen für Rechnung ihrer Mandanten durch Uebersendung von Goldbarren, im Wege der Anlage von Guthaben *vice versa* oder im Giroverein leisten, respektive überweisen würden.

Die praktische Ausführung solcher Auszahlungen würde zudem sehr einfach werden, was wir mit einem Beispiel illustrieren wollen:

A. in Budapest verkauft und liefert Schafwolle an B. in Berlin. Erfolgt dafür keine Kompensation in Waren, dann geschieht der Ausgleich derart, daß B. den Fakturbetrag in Markscheinen oder in seinem Wechsel bei der Reichsbank einzahlt, worauf diese den gleichen Betrag in Goldbarren der Oesterreichisch-Ungarischen Bank übersendet, oder an den Giroverein überweist; A. erhält dann seinen Warenwert durch die Oesterreichisch-Ungarische Bank in unseren Noten ausgezahlt.

Die Reichsbank ist nun verpflichtet, die bei ihr durch B. eingezahlten Markscheine nicht mehr in den Verkehr zu bringen, weil sie ebensoviel Goldbarren herausgegeben hat, während die Oesterreichisch-Ungarische Bank gegen die empfangenen Goldbarren in gleicher Höhe Noten ausgeben kann. Es wäre aber auch der Fall möglich, daß B. seine Schulden an A. mit einem Wechsel begleicht, was auch dann nur in der Form, nicht aber auch in merito einen Unterschied bedeuten würde. B.'s Wechsel hätte nämlich auch dann nicht den Charakter einer Devise, und hätte auch keinen Kurswert, auch kann A. dafür kein Gold verlangen, B. keines senden und ob ihn nun A. verkauft oder behält, sein Besitzer kann ihn nur bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank verwerten, welche den Wechsel gegen Noten einlöst und sich dafür das Gold bei der Reichsbank holt, welche hinwieder den Wechsel bei B. einhebt.

Nach diesen einleitenden Ausführungen wollen wir die Hauptbedingungen nennen, welche bei der Realisierung unserer Idee als Basis dienen sollen:

1. Das Goldgeld ist aus dem Innenverkehr ganz zu eliminieren und statt dessen sind Banknoten mit Bedeckung von Staatspapieren bis zur Höhe von 70 bis 75 Prozent zu emittieren und in den Verkehr zu bringen. Silber hat nur als Scheidemünze im Verkehr zu bleiben.

2. Im internationalen Verkehr sind Banknoten gegen Bedeckung von Goldbarren auszugeben.

3. Die Goldbarren können nie in den allgemeinen Verkehr gelangen, daher auch nicht in die Hand des Staates und nicht in die von Privaten, diese können ausschließlich zwischen den Notenbanken zirkulieren und müssen immer in dem Keller jener Notenbank liegen, welche dagegen die Noten ausgibt.

4. Die Notenbanken organisieren sich in Notenemissionsabteilungen und in solche, welche das Bankgeschäft betreiben.

5. Die Notenbanken vereinigen sich in einem internationalen Giroverein, in welchem sie die Gestion der Vereinigung in jährlich abwechselndem Turnus führen.

Schließlich glauben wir nochmals darauf hinweisen zu müssen, daß dieses System so einfach, so sicher und durchsichtig ist, daß alle Staaten und Notenbanken seine Realisierung im Interesse der glatten Abwicklung des internationalen Geldverkehrs wünschen müssen und daß die Zentralmächte und ihre Verbündeten dem von Seiten der Entente gegen sie geplanten wirtschaftlichen Kampfe mit

diesen friedlichen Mitteln schon jetzt begegnen sollten. Wir wissen wohl, daß eine neue Idee einen schweren Weg hat, aber auch, daß im wirtschaftlichen Leben das Probieren übers Studieren geht und daß immer zuerst ein Anfang gemacht werden muß, wenn man zu einem Endresultat gelangen will.

Kriegsgeld und Kriegsmünzen.

Der Weltkrieg in der Numismatik.

Wie alle Gebiete der Industrie und Kunst, so hat der Krieg auch die Numismatik sehr stark befruchtet, und zwar so überreich, daß schon heute, im April 1916, der Amsterdamer Numismatiker J. Schumann einen illustrierten Verkaufskatalog „La guerre européenne 1914—1916“ mit 1566 verschiedenen Münzen, Medaillen und numismatischen Kuriositäten veröffentlichen konnte. Man kann daraus den Weltkrieg in recht interessanter Weise schon im numismatischen Bilde studieren, in seinem ganzen Verdegang, in seinen Zeichen der Liebe, des Hasses, der Bosheit und Not.

In einer nicht endenwollenden Zahl der „Monnaies de nécessité de la guerre“ spiegeln sich Kriegselend und Kriegsnot wider. Zum Teil sind es die vielen Papiergeldnotscheine, die von dem grausamen Schicksal der vom Krieg heimgesuchten Gebiete erzählen. Daneben glänzt sibirisch die Freude der Eroberer in einer Reihe numismatischer gewichtiger Siegerandenken. Der deutsche militärische Tenor findet darin seinen besonderen Ausdruck, die Wucht und Kraft kriegerischer Organisation. Eine teutonisch starke Note ist da in symbolischen Emblemen, wie: Keulen-schwinger und Löwenbezwinger, auf sein Opfer sich herabstürzender Adler und nachmachende Gulse, ins Erz gegraben. Es ist das Siegfriedhafte, das da im Kampfe mit Bären und Wölfen als numismatischer Niederschlag der russischen Kriegesfronten metallhell widerklingt.

Belgien und das französische Besetzungsgebiet sind in einer niedergedrückten und stillarollenden, dulddenden und hoffenden Medaillensprache vertreten. Als Besiegte, die bald vom Falle auferstehen möchten. Die Notlage, die Zwangsumstände haben da rein nüchternpraktische Münzbilder geschaffen: „Bons communaux“, Kriegsgeldscheine in Papier und in billigem Metall! „Dieser (Papier-)Bon an Stelle von (Metall-)Geld.“ sagt eine Aufschrift. Eine Wiedererweckung der alten französischen Affianaten. Ab und zu mit dem hoffenden Vermerk (in französischer Legende): „rückzahlbar, wenn die Bankkasse wieder geöffnet werden kann“; oder: „einlösbar vom vierten Monat an, der dem Friedensschluß folgen wird“; oder: „auslösbar ein Jahr nach dem Kriege“; oder: „nach Wiederkehr normaler Zustände“. Daneben numismatische Geldpapiercheine, in denen die schreiende Not, der nagende Hunger der unglücklichen Städte und Dörfer Nordfrankreichs und Belgiens als Lebensmittelbons zum Ausdruck kommt. So zum Beispiel ein Papierbon der Stadt Lannoy (Nordfrankreich) im Verkehrswert von 10 Centimes mit dem Ausdruck: „Mobilisation de 1914 — um bei den Händlern Lebensmittel zu erhalten.“ So spiegelt sich der Schrecken des Krieges in Hunderten von Notgeld-Spezialitäten ab.

Neben diesen daniederliegenden brandgezeichneten Kriegsgebieten steht das kämpfende Frankreich im symbolischen Bilde des aufgeschreckten, aber stolz aufrechten, Fröhenden

gallischen Sohns, der neben der fünfundsiebzigjährigen Stanone Posto gefaßt hat. Tapferkeitsmedaillen ringen da mit Wohltätigkeitsdenkmünzen um die Wette. Die Schimmer der unverwundlichen inneren Eigenschaften der „Grande nation“ leuchten einem da und dort wie neu aufgeschauertes Edelmetall im hellglänzenden Münzbilde entgegen, numismatische Zeugen des wiedererwachten Frankreich. Dann aber folgen auch hier die bedrückten und bedrückenden Belege der Not, Fetters und der Notpapierwertzeichen.

England spiegelt auch hier seine allbekannte angelsächsische Nervendürre wider. Britannien findet im Sperrfeuer und im Hölleregen der Bombenwürfe noch immer Zeit, als Ausdruck seiner vorbildlichen Tierschutzbestrebungen eine Gedenkmedaille: „For sick and wounded horses“ als Verkaufsmünze zugunsten der verwundeten Kriegesopfer, als der treuen und armen Begeleiter des Krieges, zu prägen. Daneben fällt in verschiedenen Münzbildern etwas Satire als Ausfluß des verwandtschaftlichen Stammeshasses auf Deutschland ab.

Nichts ist von dieser numismatischen Technik vergessen oder übersehen worden. Sie hat hier eine Weltkriegschronik in Eisen gegraben und in Erz gegossen. Sie gießt die technische Kraft der 42 Mörser in eine Plakette um. Künstlerische Gestaltungsarbeit prägt dem heldenmütigen im Meere untergegangenen „Vizeadmiral Graf von Spee“ ein numismatisches Gedenken. Eine andere Medaille zeigt ihn nochmals mit seinen beiden Heldensöhnen verbunden, bevor die Wellen der Seeschlacht bei den Falkland-Inseln über alle drei zusammenschlagen. Gleich darauf folgt der Gedenktafel auf Großadmiral v. Tirpitz: „Englands Vergeltung“, dessen Reversseite uns zwei Unterseeboote und einen Zeppelin auf ihrer Nachfahrt nach England zeigt. Eine gleiche racherfüllte Note schlägt die Medaille: „Seebarriere gegen England“ an, mit dem Bilde eines torpedierten Schiffes. Eine andere sinnverwandte, von Prof. Sturm entworfene Medaille bringt zwar auf der Vorderseite den gütigen Spruch: „Ein Todespfeil im Herzen Englands ist jedes deutsche Schiff.“ Aber die Reversseite versöhnt etwas, denn sie zeigt die Rettung der Mannschaft des torpedierten feindlichen Schiffes auf Grund des hier eingetragenen Oberkommandobefehls des Oberadmirals v. Tirpitz: „Parole: Schiff versenken — Menschen retten.“ Um den Kapitänleutnant Otto Weddigen im Medaillenauf zu ehren, klingen nicht weniger als zehn verschiedene Gedenkmedaillen vom Lobe dieses Tauchboothelden als metallenes Lied hier zusammen. Neben Hindenburg und den anderen Heerführergroßen ist auch Graf Zeppelin verehrt. Er steuert mit seiner Luftkreuzerflottille in einer Reihe von Medaillenkompositionen Frankreich und besonders der Küste Englands zu. Eine große gegossene Medaille hat den Schrecken Londons vom Luftangriff des 18. August 1915 in Metall festgeschrieben. Leider hat auch, wie Franz Seinemann in einem Artikel über den erwähnten Katalog in der N. Z. Zta. bemerkt, Dissausers „Sagaeiana“ in fünf verschiedenen Medaillen sein numismatisches Echo gefunden. Sympathisch berührt die große Zahl der Münzen, die das edle Wohlsein, die Feindesliebe, das Walten des Roten Kreuzes für Mensch und Tier versinnbildlichen. Und wie kein Ding ohne schrillem Gegensatz bleibt: diesen schönen, erhabenen Zwecken dienenden Münzen stehen die „Médailles satiriques“ gegenüber mit ihrem ähnelnden Sohn, ihrem aiftigen Spott, Volk gegen Volk, Rasse gegen Rasse.

Die Bargeld ersparenden Zahlungsmethoden.

Der Krieg hat uns gelehrt, sparsam zu sein und zwar in jeder Beziehung. Wir müssen sparsam sein in dem Gebrauch von Lebensmitteln, in der Verwendung aller möglichen Bedarfsgegenstände, in deren Beschaffung wir uns in den goldenen Friedenszeiten, soweit die persönlichen Verhältnisse eines jeden es gestatteten, niemals einen Zwang aufzuerlegen brauchten. Aber nicht nur hierin müssen wir Sparsamkeit üben, sondern auch bei der Bezahlung der von uns benötigten Bedarfsartikel wie überhaupt in unserer gesamten Zahlungsverkehr.

Wollen wir auch in dieser Hinsicht sparsam sein, müssen wir zwei Wege gehen: Erstens müssen wir uns daran gewöhnen, ohne Gold- und Silbergeld auszukommen und an deren Stelle mit Banknoten, Reichs- und Darlehenskassenscheinen unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen suchen. Die Gründe hierfür sind hinreichend bekannt und Gemeingut des ganzen Volkes geworden, wie aus der spiellosten Zunahme des Goldschatzes unserer Reichsbank (vor Kriegsausbruch umfaßte er 1253 Mill. M., am 30. April d. J. hingegen 2462 Mill. M.) hervorgeht. Zweitens müssen wir die Verwendung von Banknoten, Reichs- und Darlehenskassenscheinen auf das unumgänglich notwendige Maß beschränken und an deren Stelle Bargeld ersparende Zahlungsmethoden treten lassen. Als solche sind zu nennen der Reichsbank-Giroverkehr, der Reichsbank-Abrechnungsverkehr, der Postscheckverkehr, der Ueberweisungs- und Scheckverkehr der privaten Bankgeschäfte und Bankiers, der Ueberweisungsverkehr des Giroverbandes der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften, der zahlreichen Girozentralen bezw. Abrechnungsstellen der einzelnen Sparkassenverbände sowie zahlreiche andere von wirtschaftlichen Verbänden irgend welcher Art ins Leben gerufene, die Ersparung von Umlaufmitteln bezweckende Institutionen. Wie bekannt, hat bei uns in Deutschland erst im Jahre 1907, jenem Jahre mit seinem ungewöhnlich hohem Zinssatz, eine allgemeine Propaganda dieser Art eingesetzt und man kann nach den in den letzten 9 Jahren erzielten Ergebnissen wohl sagen, mit gutem Erfolg. Die völlige Umgestaltung unseres gesamten Zahlungsprozesses, auch eine der vielen Begleiterscheinungen des Krieges, hat die Frage der erhöhten Benutzung Bargeld ersparender Zahlungsmethoden wieder von neuem in Fluß gebracht. Von der schon erwähnten, fast völligen Entwöhnung des ganzen Volkes von dem Gebrauch von Goldmünzen abgesehen, sei daran erinnert, daß das Kriegsministerium am 19. vorigen Monats sämtliche Heereskassen angewiesen hat, sich, soweit dies bisher noch nicht geschehen ist, dem Reichsbank-Giroverkehr und dem Postscheckverkehr anzuschließen (Nr. 209 unserer Zeitung). Um diese Bestimmung richtig zu würdigen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß unsere Heeresverwaltung zurzeit der größte Auftraggeber und der größte Konsument ist. Es sei erinnert an den neuen Aufruf des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, den wir unseren Lesern am 15. Februar d. J. bekannt gegeben haben. Es ist dankbar zu begrüßen, daß der Zentralverband, der schon in früheren Jahren mit großem Erfolge zur Förderung des Bargeld ersparenden Zahlungsverkehrs bei-

schädlichen Wirkungen des Scheckstempels erwähnt. Einen Vorzug hat der Scheckstempel gezeitigt: er hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Postscheck, den einzigen stempelefreien Scheck, gelenkt und wahrscheinlich nicht unansehnlich zu seiner erhöhten Verwendung mitgewirkt. Die bargeldlose Zahlungsvermittlung ist beim Postscheckverkehr recht günstig, wieweil sie ja selbstverständlich nicht in dem Maße durchgeführt ist, wie im Giroverkehr der Reichsbank. Der Grund liegt auf der Hand: Der Giroverkehr der Reichsbank erliegt die Geschäfte des Großverkehrs, der Postscheckverkehr vorzugsweise die des Kleinverkehrs. In den letzten Jahren wird mit gutem Erfolge eine immer nähere Verbindung des Postscheckverkehrs mit dem Reichsbank-Giroverkehr zustande gebracht, was in erster Linie eine zunehmende Ersparung barer Umlaufmittel im Gefolge hat.

	1912	1913	1914	1915
	In Millionen Mark:			
Umsätze	30.347	35.906	38.009	47.806
Hiervon wurden bargeldlos durchgeführt	15.847	21.293	22.900	29.853
Mithin (in pCt.)	52,2	59,3	60,3	62,5

Zum Schlusse sollen diese drei vorgenannten Zahlungsmethoden zusammengefaßt werden, und es soll versucht werden, ziffernmäßig darzulegen, einen wie günstigen Einfluß der Krieg auf den weiteren Ausbau unserer Bargeld ersparenden Zahlungsmethoden gezeitigt hat. Auf die enge Verbindung des Giroverkehrs mit dem Abrechnungsverkehr und dem Postscheckverkehr haben wir schon hingewiesen. Es ist notwendig, dies nochmals zu betonen, weil sonst die nachfolgende tabellarische Uebersicht unverständlich wird. Um nämlich ein genaues Prozentverhältnis errechnen zu können, muß der Teil des Umsatzes, der sowohl im Giroverkehr als auch im Abrechnungs- und Postscheckverkehr in die Erscheinung tritt, mithin im Gesamtumsatz doppelt enthalten ist, von diesem gekürzt werden.

in Millionen Mark	1912	1913	1914	1915
Barzahlungen				
a) im Giroverkehr	43 597	43 357	50 711	63 554
b) im Postscheckverkehr	14 499	14 613	15 109	17 953
A) Summe der Barzahlungen	58 096	57 970	65 820	81 507
Umsätze				
a) im Abrechnungsverkehr	72 544	73 634	66 645	58 103
b) im Giroverkehr	371 193	379 157	464 834	831 979
c) im Postscheckverkehr	30 847	35 906	38 009	47 806
B) Summe der Umsätze	474	488 697	569 488	937 891
davon ab:				
die durch den Giroverkehr beglichenen Zahlungen				
a) aus dem Abrechnungsverkehr	16 668	16 689	17 595	20 531
b) aus dem Postscheckverkehr	2 926	5 483	5 986	8 528
C) Wirklicher Umsatz	454 490	466 575	545 907	908 832
D) Es verhält sich Summe A zu Summe C (in Prozenten)	12,3	12,4	12,1	9,0

Dieses Ergebnis ist höchst erfreulich, zeigt es doch, daß von den Riesenumsätzen unserer drei größten amtlichen Verrechnungsinstitute nur 9 pCt. mit barem Gelde bewirkt werden. Es steht zu hoffen, daß dieses Prozentverhältnis sich nach Aufhebung des Scheckstempels noch weiter bessern wird.

Mobilier Zimmer
 In allen möglichen Stücken
 Kompletter Ober- u. unterer
 in allem Komfort, mögl. Zeitl. für
 lot. von gebill. Herrn gef. Off.
 offeriert um 21. 633 Milteln-Str.
 Bülloswirthe 84.

der Fabrikräume
 etwa 450 qm
 vom Alexanderplatz-Stadtbahn,
 10 Omnibuslinien, 2 Fahr-
 ungen, zum 1. Oktober 1916 billig
Moritz & Kummer,
 10, 18, Elisabethstraße 27-27a.
 5921 Danne & Co., Berlin SW. 19.

Erststufen-Räume
 gleich großem Lagerkeller
 im Oktober
straße 133a
 Ziegelstraße
 unten von Aschinger benutzt

Erststufen-Räume
 zu mieten gesucht 6-7 Zimmer
 wohnung oder kleine Villa, Offert.
 mit Preis unter 2. 3782 B. an
 Spatenstein & Bogler, W. 8.

Wohnung
 besteh. Same m. 7. Kind f. lot. bill.
 möbl. 3im. m. Stube, Bad u. W.
 Weg. Kaiser-Walden. Schmitt.
 Ringel. Frau Comfon, Johann.
 Georg-Straße 21-22.

Wohnung
 in allen möglichen Stücken
 Kompletter Ober- u. unterer
 in allem Komfort, mögl. Zeitl. für
 lot. von gebill. Herrn gef. Off.
 offeriert um 21. 633 Milteln-Str.
 Bülloswirthe 84.

Internationale Stabilisierung der Wechsel- kurse?

Der „New Statesman“ vom 6. Mai schreibt: Eine der vielen Neuerungen nach dem Krieg, die für die ganze Welt von Bedeutung sind, könnte die Festsetzung eines bestimmten einheitlichen Wechselkurses unter den wichtigsten handeltreibenden Völkern sein. Bisher haben die Bankiers die Möglichkeit der Durchführung dieses Problems verneint. Nunmehr hat aber der Direktor der Ionischen Bank in London nachgewiesen, wie das Unmögliche tatsächlich seit 1910 durch die griechische Regierung verwirklicht worden ist, so daß der Wechselkurs zwischen London und Athen während des ganzen Krieges um nicht mehr als 2 Prozent geschwankt hat. Die österreichische Regierung hat tatsächlich seit langem im Ergebnis zur selben Aus-
hilfe gegriffen, und auch der Staatssekretär von Indien hat es fertig gebracht, das Schwanken des Wechselkurses zwischen London und Bombay in erstaunlich niedrigen Grenzen zu halten. Es wird erzählt, daß bei Errichtung der Republik Brasilien die erste Handlung der neuen Regierungsgewalt darin bestand, den Banken in Rio anzudrohen, daß, wenn der Wechselkurs auf London sich zu Ungunsten Brasiliens wende, die Direktoren hingerichtet würden. Und der Kurs schwankte nicht. Aber solch summarisches Vorgehen ist nicht empfehlenswert.

Wehr berichtet der Vorschlag, der von dem Forschungsausschuß der „Fabian Society“ in einem demnächst erscheinenden Band unter dem Titel „Wie man für den Krieg zahlen muß“ gemacht wird. Hier wird empfohlen, das gesamte Geschäft des internationalen Zahlungsverkehrs durch die 103 Postverwaltungen in der Welt unter der Kontrolle des Weltpostvereins ausführen zu lassen, indem jedes Postamt für das bei ihm in bar eingezahlte Geld Wechsel ausgibt, die von jedem anderen Postamt der Welt einzulösen sind. Bei der Hauptverwaltung in Bern würde ein täglicher Clearingverkehr, auf Grundlage der telegraphischen Nachrichten, über Aus- und Einzahlungen des Tages eingerichtet. Aus einem von jedem Land in Bern hinterlegten und vom Verein angelegten Depot würde dann sofort die internationale Netto-Ausgleichung vorgenommen.

Die eisernen Zwanzigheller-Stücke.

Wir haben seinerzeit berichtet, daß demnächst die eisernen Geldmünzen zur Einführung gelangen werden. Mit der Prägung von eisernen Zwanzigheller-Stücken wurde bereits vor längerer Zeit begonnen, und es ist auch schon ein großer Teil der Münzen fertiggestellt. Die gesamte Prägung wird bald durchgeführt sein. Die Verlautbarung des Zeitpunktes der Einführung in beiden Staaten der Monarchie wird gleichzeitig geschehen. Die Einführung der eisernen Münzen dürfte noch im Laufe der nächsten zwei Monate erfolgen.

* Die eisernen Zwanzigheller-Stücke. Wir haben seinerzeit berichtet, daß demnächst die eisernen Geldmünzen zur Einführung gelangen werden. Mit der Prägung von eisernen Zwanzigheller-Stücken wurde bereits vor längerer Zeit begonnen, und es ist auch schon ein großer Teil der Münzen fertiggestellt. Die gesamte Prägung wird bald durchgeführt sein. Die Verlautbarung des Zeitpunktes der Einführung in beiden Staaten der Monarchie wird gleichzeitig geschehen. Die Einführung der eisernen Münzen dürfte noch im Laufe der nächsten zwei Monate erfolgen.

1. VII. 1916

[Die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.] Der Gewerbeverein hat in einer Eingabe an die Regierung im Interesse einer möglichst Einschränkung des Bargeldumlaufes folgende Maßnahmen als dringend geboten bezeichnet: 1. Popularisierung des Postsparkassenverkehrs a) durch Herabsetzung der Stammeinlage auf ein Minimum; b) durch Einbeziehung aller amtlichen Stellen (des Staates, der Kronländer, Gemeinden usw.), ferner aller Sparkassen, Erwerbs- und Wirtschafts- sowie Gewerbegeoffenschaften und andere; c) durch besondere Propaganda in den Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden sowie aller kaufmännischen, industriellen und gewerblichen Körperschaften; d) durch Einführung des Clearingverkehrs bei den Gehaltszahlungen; e) durch besondere Verbreitung des Sammel- und Dauerschecks; f) durch technische Erleichterungen des Scheck- und Clearingverkehrs. 2. Erweiterung des Girokontoverkehrs der Oesterreichisch-ungarischen Bank. 3. Intensivste Ausnützung des Ueberweisungs- und Ausgleichsverkehrs der Banken untereinander. 4. Einführung des sogenannten Hamburger Abschreibeverkehrs. 5. Einführung des Scheck- und Clearingverkehrs bei den Sparkassen und im Verkehr der Sparkassen untereinander. 6. Aufhebung oder wenigstens Herabsetzung des Scheckstempels.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Von Prof. Eugen Schiut.

Wiederholt wurde von kaufmännischen Korporationen und führenden Tagesblättern auf die großen Vorteile hingewiesen, die die Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für das gesamte Zahlungsverwesen der Monarchie haben müßte, und nun soll diese Frage durch die Handelskammern eifrig studiert werden, greifbare Vorschläge sind für die nächste Zeit zu erwarten. Es handelt sich für die volle Würdigung dieser Frage, die in allen kontinentalen Staaten über kurz oder lang zu einer höchst aktuellen und sehr wichtigen werden muß, weniger um die kaufmännischen Kreise, denen unser Saldierungsverein sowie die Einrichtungen unseres Postsparkassenamtes — bei einiger zeitgemäßer Auffrischung — genügen können, sondern vor allem um die breiten Massen der Bevölkerung, die hierbei geradezu ausschlaggebend erscheinen. Schon vor Jahren — vor Schaffung des neuen Scheckgesetzes — hat die preussische Seehandlung darauf hingewiesen, daß „25 Millionen Mark täglich von den deutschen Gelbbriefträgern spazieren geführt“ werden, und darauf, daß auf die Einschränkung des übermäßigen und meist ganz unnützen Bargeldverkehrs im Publikum überhaupt das Hauptaugenmerk gerichtet werden muß. Der Weg dahin und seine Etappen sind nun dem Fachmann längst klar, es handelt sich nur um die Popularisierung entsprechender finanzpolitischer oder sozialfinanzieller Maßregeln und Zahlungsformen. Die erste Etappe ist zweifellos durch den Begriff „Scheck“ gekennzeichnet, und ihn einzubürgern, ist die nächstliegende Aufgabe.

Da wird es wohl nötig sein, sich den englischen Scheckverkehr in großen Umrissen zu vergegenwärtigen. Seine Grundlage bilden bekanntlich die zahlreichen kleinen Depositenbanken, die lediglich die Verwaltung der ihnen anvertrauten Summen zu ihrer Aufgabe machen und selben Ruf der unbedingten Verlässlichkeit nießen wie unsere größten Sparkassen. Engländer des Mittelstandes — im weitesten Sinne —, der Geschäftsmann, wie der Festbesoldete, sie alle sind gewohnt, ihre Geldeingänge, Wochenlöhne oder Monatsgehälter, die zum Teil selbst schon in Form von Schecks bei ihnen eingehen, bei ihrer Bank zu hinterlegen und darüber mittels Schecks zu verfügen. Mit einem Scheck wird die Monatsrechnung des

in der Zeitrechnung auszufolgt werden soll. Er mußte selbst erst Geld aufnehmen. Von einer bestimmten Verzinsung war damals nicht die Rede, doch unterließ man, nachdem sie die 5000 Kronen erhalten hatte, einen Scheck auf 10.000 Kronen mit einer Laufzeit von drei Monaten. 26.000 Kronen für 8000 Kronen.
 Ein zweitesmal bekam die Bank für 8000 Kronen den Scheck für 6000 Kronen. Demnach stand die Bank mit dem Scheckkonto. Demnach stand die Bank mit dem Scheckkonto. Demnach stand die Bank mit dem Scheckkonto.
 Der Scheck ist ein Zahlungsversprechen. Er wird durch die Bank ausgestellt. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen.
 Der Scheck ist ein Zahlungsversprechen. Er wird durch die Bank ausgestellt. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen.
 Der Scheck ist ein Zahlungsversprechen. Er wird durch die Bank ausgestellt. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen. Die Bank ist verpflichtet, den Scheck zu bezahlen.

beschränkende Mehrarbeit im internen Rechnungsdienst des Postsparkassenamtes selbst. Eine weitere Belästigung bildet die Beschränkung der Einzahlungsmöglichkeit auf die Verwendung der schon vorgegedruckten Erlagscheine, eine Beschränkung, die weder im Ausland noch im Verkehr mit inländischen Bankinstituten besteht. Die Begründung, daß das einzahlende Publikum die Kontonamen und Nummern nicht immer richtig schreibt, steht wohl auf schwachen Füßen. Ein Blick des manövrierenden Beamten in das aufliegende Kontenverzeichnis genügt, um jeden Zweifel zu beseitigen.

Die Verbilligung, beziehungsweise der Entfall an Gebühren wäre mit dem völligen Verzicht auf Zinsberechnung zu kompensieren, eine Maßregel, die nicht nur ein ungeheures Arbeitsquantum an Zinsberechnungen im Amt wegfällt, sondern an sich vollständig berechtigt ist. Man bedenke doch, daß der eigentümliche Zinsberechnungsmodus, der nur ein mindestens einen halben Monat unberührt liegendes Guthaben zur Verzinsung gelangen läßt, einen Zinsgewinn nur demjenigen sichert, der über sein Guthaben möglichst selten verfügt, das heißt dem, der den Scheckverkehr mit einem Sparverkehr verwechselt, während es zweifellos Ziel und Zweck des Ganzen ist, möglichst viel, also rasche Umsätze zu erzielen, so daß es ohnedies zu einer Zinsverrechnung nicht kommt. Kurz gesagt, der Sparer soll mit seinen Mitteln in eine Sparkasse gehen und den Scheckverkehr zu Auszahlungen benutzen. Der Entfall an Zinsen wird ihm durch die Verbilligung und Bequemlichkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs reichlich aufgewogen. Die Geschäftswelt aber wird selbstverständlich mit Rücksicht auf den raschen Umsatz leicht auf diese minimalen Zinsen verzichten, und dies um so mehr, als bei vielen Giroinstituten gleichfalls keine Zinsen angerechnet werden, so auch nicht im englischen Scheckverkehr.

Zur Popularisierung gehört allerdings noch viel mehr. Es sei gestattet, hier einige greifbare Vorschläge zu machen. Größere Verwendung der Postsparkasse zu Auszahlungen von Gehältern an Beamte (bei Pensionen ist es ja schon durchgeführt). Errichtung von Postsparkassenkonten für alle Angestellten kaufmännischer Betriebe (Bei zielbewusster Propaganda würde sich gewiß die Kaufmannschaft in den Dienst der guten Sache stellen). Automatische Errichtung von Postsparkassenkonten, wenn die Einlage auf einem Sparkonto $\text{R. } 100$ übersteigt. Wir halten diesen Modus für außerordentlich erzieherisch und wirksam. Im Publikum müßte eine sehr einfache und kurz gehaltene Flugschrift über die Vorteile des bargeldlosen (Scheck-) Verkehrs verbreitet werden. Ein weiterer, sehr erfolgreicher Schritt zum Ziele wäre es, wenn dem Postsparkassenamt ein großes Publikum der Charakter eines Zahlungsmittels gegeben würde. Man behält zum Beispiel zehn oder zwanzig Schecks zu 20 Kronen, die mit der Garantieklausel der Postsparkasse versehen werden (das Format würde durch Entfall der Kontrollziffern handlicher werden), und wird als Kontoinhaber hierfür mit $\text{R. } 200$, beziehungsweise $\text{R. } 400$ belastet. Diese Schecks müßten von allen öffentlichen Kassen, namentlich Postämtern, als Geld angenommen werden und würden sich in den täglichen Geldverkehr gewiß ebenso leicht einpassen wie unser Papiergeld. Fälschungen wären nicht mehr zu befürchten als bei kleinen Noten, es würde die größere Zirkulation sogar rascher zu Entdeckungen des Fälschers führen. Das Publikum würde sich vielleicht sogar daran gewöhnen, sich die Schecknummern zu notieren, etwas, das jeder Engländer auch bei Banknoten tut, und das zur Sicherheit im Papiergeldverkehr wesentlich beiträgt.

Mögen solche Anregungen beherzigt und möge nicht allzulange studiert und erwogen werden, gerade die Kriegszeit, die so viele Ausnahmiszustände geschaffen hat, bietet die beste Gelegenheit, auch auf diesem Gebiete der Geldwirtschaft einen Fortschritt zu ermöglichen. Es muß nicht gewartet werden, bis die immer mehr steigende Not an Zahlungsmitteln zu einer blössiigen Entschliessung peremptorisch zwingt, auch auf diesem Felde soll wohlbedachte Draanisation zum Ziele führen.

13./IV. 1916

Behörden und bargeldloser Zahlungsverkehr.

Der preußische Finanzminister und der preußische Minister des Innern haben, wie schon kurz gemeldet, an die nachgeordneten Behörden einen Rundbrief gerichtet, der diesen Stellen mit anerkannter Energie die Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nahelegt. Der Erlaß lautet:

Infolge des in jetziger Zeit außerordentlich gesteigerten Zahlungsmittelbedarfs gewinnt die Frage der weiteren Ausgestaltung und Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zum Zwecke der Einschränkung des Bar-mittelumslaufes eine immer größere Bedeutung. Für dieses Ziel haben sich erfreulicherweise Tagespresse und Wochenzeitschriften in zahlreichen belehrenden Artikeln mit merklichem Erfolge eingesetzt. Eine besonders wirksame Unterstützung würden die Bestrebungen in dieser überaus bedeutsamen Frage aber erfahren, wenn vor allen Dingen auch die Staats- und Selbstverwaltungsbehörden alles daran setzten, daß jede Möglichkeit, auf dem Gebiete der Verwaltung vorkommende Zahlungsvorgänge auf bargeldlosem Wege zu erledigen, unbedingt ausgenutzt wird. Um diesem Ziele möglichst nachzukommen, sind bereits die an Reichsbankplätzen befindlichen staatlichen Kassen an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossen und es ist nunmehr von mir, dem Finanzminister, die Eröffnung eines Reichsbankgirokontos auch für alle nicht an Reichsbankplätzen befindlichen königlichen Kreisstellen angeordnet worden. Ferner sind bereits sämtliche staatliche Kassen, für die ein Bedürfnis besteht, an den Postscheckverkehr angeschlossen. Diese Bedürfnisfrage eruchen wir erneut zu prüfen wegen etwaigen Anschlusses weiterer Kassen des dortigen Geschäftsbereiches das Erforderliche gefälligst zu veranlassen und von dem Geschehenen wegen Bestellung der Stammeinlage durch die Generalstaatskasse hierher Anzeige zu erstatten. Die an den Reichsbankgiroverkehr oder Postscheckverkehr angeschlossenen Kassen sind ferner darauf hinzuweisen, daß sie die von ihnen ausgehenden Schriftstücke mit dem Aufdruck „Reichsbankgirokonto“ oder „Postscheckkonto — Ort — Nr.“ versehen. Auch wollen Ew. Excellenz (Hochgeboren, Hochwohlgeboren) es sich angelegen sein lassen, in geeigneter Weise auf die als Zahlungsempfänger mit den Ihnen unterstellten Behörden in Verbindung stehenden Kreise erneut im Sinne der Verringerung des Bar-mittelumslaufes ständig und mit Nachdruck einzuwirken, um so durch Erweiterung des Kreises der Kontoinhaber die Grundlagen für eine möglichst umfangreiche Anwendung des bargeldlosen Uebertragungsverfahrens schaffen zu helfen. Dieser Erlaß gilt auch für die königlichen Regierungen, welche hierdurch von mir, dem Finanzminister, angewiesen werden, die Eröffnung eines Reichsbankgirokontos auch für alle nicht an Reichsbankplätzen befindlichen Kreisstellen sofort in die Wege zu leiten. Die Kommunalaufsichtsbehörden eruche ich, der Minister des Innern, den Selbstverwaltungsbehörden nahezu legen, den gekennzeichneten Bestrebungen in gleichem Sinne ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

15./VI. 1916

(Das Ein- und Durchführverbot von serbischem und montenegrinischem Papiergeld.)
In dem von Oesterreich-Ungarn okkupierten Teil Serbiens ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß der Umlauf von Noten der Serbischen Nationalbank (Dinarnoten) im Wachsen begriffen ist und über das diesem Teil entsprechende Maß hinausgeht. Es mag sein, daß der Zufluß auf eine verschiedene Bewertung der Noten in dem von Oesterreich-Ungarn und Bulgarien besetzten Gebiete zurückzuführen ist. Die Bulgaren haben den Wert der Dinarnote mit 50 Stotinki (= 50 Centimes) bemessen. Es war aber auch Vorsorge dagegen zu treffen, daß nicht etwa auf Umwegen neue Noten der Serbischen Nationalbank, die ihren Sitz nach Frankreich verlegt hat, in den Verkehr gebracht und in Serbien als Zahlungsmittel verwendet werden. Diesem Zwecke soll die von der österreichischen und von der ungarischen Regierung erlassene Ministerialverordnung dienen, nach welcher die Ein- und Durchfuhr der Noten der Serbischen Nationalbank verboten wird. Eine ähnliche Verfügung bezieht sich auf die von der montenegrinischen Regierung ausgegebenen Schahnoten. Es wird demnach nunmehr an den Grenzen durch die Kontrollorgane auch darüber gewacht werden, daß die Mitnahme von serbischem oder montenegrinischem Papiergeld unterbleibt.

* Abstempelung von Berpernoten bei der k. u. k. Militärkasse in Wien. Das k. u. k. Armeeeoberkommando hat für Montenegro angeordnet, daß die im Umlaufe befindlichen, von der montenegrinischen Regierung ausgegebenen Schatzbons (Berpernoten) mit dem Stempel eines der in Montenegro aufgestellten Kreiscommandos zu versehen sind und daß nach Ablauf einer vom Militärgeneralgouvernement in Cetinje festzusetzenden Frist ungestempelte Berpernoten von den militärischen Kassen und von den militärischen Verschleißstellen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in Montenegro nicht mehr angenommen werden. Um den in den österreichischen Ländern sich aufhaltenden Besitzern von Berpernoten die Erlangung eines solchen Stempels zu erleichtern, wurde die Veranlassung getroffen, daß auch bei der k. u. k. Militärkasse in Wien, 9. Bezirk, Universitätsstraße 7, namens des k. u. k. Kreiscommandos in Cetinje eine Abstempelung von Berpernoten vorgenommen wird. Die Abstempelung erfolgt unentgeltlich und findet bei der genannten Kasse in der Zeit vom 1. bis einschließlich 14. Juli l. J. an Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr.

Die große Inanspruchnahme des Zentralnoteninstituts hat zu der Erkenntnis der Rückständigkeit unseres Zahlungsverkehrs, namentlich in den Kreisen des Mittel- und Kleinverkehrs geführt. Eine der wesentlichsten Ursachen des übermäßigen Bedarfs an Zahlungsmitteln ist unstreitig die noch immer ungenügende Benützung der verschiedenen Zahlungsmethoden ohne Verwendung von Metall- oder Papiergeld.

Die Einrichtungen zur Vermittlung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, das sind der Abrechnungs-, Ueberweisungs- und der Scheckverkehr, sind sowohl in privatwirtschaftlicher sowie auch in volkswirtschaftlicher Beziehung von größter Bedeutung. In privatwirtschaftlicher Beziehung deshalb, weil Feuer- und einbruchssichere Aufbewahrungsräume erspart werden. Jeder, der ein Girokonto erwirbt, ist in der Lage, auf die schnellste und billigste, volkswirtschaftlich sparsamste Weise, ohne jegliche Inanspruchnahme von Bargeld, Zahlungen zu überweisen. Endlich besorgt die Abrechnungsstelle dem Kontoinhaber die gesamte Kassensführung, wodurch ihm die Kontrolle über seine Ein- und Ausgaben erleichtert wird.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist das Scheck- und Girowesen von besonderer Bedeutung, weil es zu einer Senkung des landesüblichen Zinsfußes führt. Da das Zentralnoteninstitut in normalen Zeiten in Oesterreich-Ungarn verpflichtet ist, mindestens zwei Fünftel der ausgegebenen Noten in Gold zu bedecken, so hat jede Erhöhung des Notenumlaufes größere Goldanforderungen der Oesterreichisch-ungarischen Bank im Gefolge. Der Abrechnungsverkehr entzieht das Papier- und Metallgeld den Händen des Publikums und das vom Verkehr nicht mehr benötigte Geld wird auf direktem oder indirektem Wege in die Kassen des Zentralnoteninstituts geleitet, wo das einfließende Metallgeld zur Deckung der Noten verwendet wird, während durch die rückfließenden Noten der Notenumlauf reduziert wird. Abgesehen von dieser Wirkung des bargeldlosen Verkehrs auf die Diskontopolitik des Zentralnoteninstituts hat das Scheckwesen weiter den wirtschaftlichen Vorteil, daß es die Kreditwirtschaft fördert, da sonst brachliegendes Kapital durch den Scheckverkehr volkswirtschaftlich produktiv verwertet wird, indem ein großer Teil der auf Scheckguthaben erlegten Gelder auf Kredit verliehen werden kann.

Im April dieses Jahres wurde in der Niederösterreichischen Handelskammer vom Kammererrat

Spitzer der Antrag gestellt, die Kammer möge sich ehestmöglich mit geeigneten Vorschlägen zur Förderung des bargeldersparenden Zahlungsverkehrs befassen und sie den zuständigen Stellen übermitteln. Ein vom Kammerkonsulenten Dr. Becker verfaßter Bericht erörtert in eingehender Weise die privat- und volkswirtschaftlichen Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und legt die in den Ausschuss- und Sektionsberatungen gemachten Vorschläge zur Popularisierung des Scheck- und Abrechnungsverkehrs zusammen. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß die Propaganda für den bargeldersparenden Zahlungsverkehr in erster Linie von der Postsparkasse und den Banken ausgehen muß. Die Agitation müßte auch von den industriellen, kommerziellen und gewerblichen Korporationen, weiter auch von den übrigen Berufsvereinigungen mit Energie in Angriff genommen werden. Sehr wirkungsvoll wäre es, wenn von allen diesen Seiten die gleiche Aufforderung zu wiederholtenmalen an das Publikum ergehen würde und wenn schon in den Unterrichtsanstalten, insbesondere in den kaufmännischen, Unterweisungen für die Handhabung des bargeldlosen Verkehrs erfolgen würden.

Bei einem zielbewußten Zusammenwirken aller beteiligten Kreise wird der Erfolg nicht ausbleiben und der hohen Stufe, die unser Wirtschaftsleben erreicht hat, wird eine zweckmäßige in gleichem Maße der Allgemeinheit und dem einzelnen zugute kommende Regelung des Zahlungsverkehrs entsprechen.

Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

In Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland hat die Fortdauer des Weltkrieges mit dessen wachsenden Ansprüchen an den Geldmarkt der Agitation für die amtliche Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs neue Kraft verliehen. In Deutschland ging die Anregung von der „Frankf. Ztg.“ aus, dann folgten die Vorträge der Berliner Kaufmannschaft mit einer Denkschrift und der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes mit einem Aufrufe zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Und im deutschen Reichstage erklärte Reichschatzsekretär Helfferich in seiner Budgetrede, die Reichsregierung habe bei der Einführung der neuen Verkehrsabgaben in Deutschland den bargeldlosen Zahlungsverkehr in größerem Maße berücksichtigt, da die Gesamtwirtschaft an seiner Förderung in größerem Maße beteiligt sei. Die neue Abgabe werde deshalb so bemessen werden, daß der Postcheckverkehr, soweit kleinere und mittlere Zahlungen in Frage kämen, die billigste Form der Zahlungsverkehrs werden würde.

Schließlich hat auch die Deutsche Reichsbank in den letzten Tagen innerhalb ihres Wirkungskreises durch entsprechende Änderungen der Gebührenordnung bei der Einziehung von Auftragspapieren und der Gebühren im Postcheckverkehr der Bankanstalten für die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gesorgt. Danach sind von jetzt ab alle Reichsbankchecks gebührenfrei einzuziehen, und zwar auch dann, wenn sie der Bankanstalt, auf die sie gezogen sind, durch die Post innerhalb des deutschen Reichsgebietes direkt vom Scheckinhaber zur Einlösung zugehen. Voraussetzung für die Gebührenfreiheit ist aber in jedem Fall, daß der eingezogene Betrag nicht zur Barauszahlung oder Barversendung kommt; anderenfalls ist wie bisher eine Gebühr von $\frac{1}{2}$ pro Mille, mindestens 30 Pfennig, zu erheben. Die gleiche Gebühr ist zu berechnen bei Einziehung der vom Ausland eingehenden Reichsbankchecks. Bezüglich der Gebührenerhebung bei Einziehung von Abrechnungsschecks und von bei der Reichsbank domizilierten Auftragswechseln blieb es bei den bisherigen Sätzen. Für die Einziehung anderer Auftragspapiere ist $\frac{1}{2}$ pro Mille (früher 1 pro Mille), mindestens 50 Pfennig, bei Beiträgen bis zu 10.000 Mark, von dem darüber hinausgehenden Betrage $\frac{1}{5}$ pro Mille zu erheben. Für Einziehung der aus anderen Geschäftsbereichen eingehenden Auftragspapiere ist die zu erhebende Gebühr auf 1 pro Mille (früher 2 pro Mille), mindestens 50 Pfennig ermäßigt worden. Die Bestimmungen über die Erhebung von Gebühren im Postcheckverkehr der Bankanstalten sind folgendermaßen abgeändert worden: Bei den durch Bahikarten eingehenden Beträgen zur Gutschrift auf das Konto eines Girokunden sind die der Bankanstalt vom Postcheckamt in Rechnung gestellten Gebühren (5 Pfennig bei Beträgen bis zu 25 Mark, darüber hinaus 10 Pfennig) dem Girokontoinhaber nicht mehr weiter zu berechnen. Bei allen durch Postcheckkonto zur Gutschrift auf Girokonto eingehenden Beträgen ist bei der Gutschrift lediglich eine Gebühr von $\frac{1}{10}$ pro Mille, und zwar 5 Pfennig für jedes angefangene Tausend, mindestens 10 Pfennig (bisher $\frac{1}{10}$ pro Mille mindestens 30 Pfennig) zu kürzen. Auf Wiederanzahlungen im Postcheckverkehr wird eine Gebühr von $\frac{1}{10}$ pro Mille, auf 5 Pfennig nach oben abgerundet, mindestens 10 Pfennig (bisher $\frac{1}{5}$ pro Mille mindestens 50 Pfennig); auf Ueberweisungen an andere Postcheckkontoinhaber — unabhängig von der Höhe des Betrages — eine solche von 10 Pfennig für jede Ueberweisung erhoben.

In Oesterreich ist die kräftigere Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Handelskammer angeregt worden, und die am 6. d. M. abgehaltene Vollversammlung hat, wie wir in unserem gestrigen Blatte schon kurz berichtet haben, die Reformanträge auf Grund des vom Kommerzkonsulenten Dr. Wilhelm Becker erstatteten Berichtes genehmigt. Der Sektionsbericht weist darauf hin, daß das Scheck- und Girowesen eine Senkung des landesüblichen Zinsfußes ermöglicht. Die Erhöhung des Notenumlaufes veranlaßt größere Goldanforderungen der Zettelbank. Der Abrechnungsverkehr entzieht, bemerkt der Berichterstatter weiter, das Papier- und Metallgeld den Händen des Publikums und das dem Verkehr nicht mehr nötige Geld wird auf direktem

oder indirektem Wege in die Kassen des Zentralnoteninstituts geleitet, wo das einfließende Metallgeld zur Deckung der Noten verwendet wird, während durch die rückfließenden Noten der Notenumlauf reduziert wird. Abgesehen von dieser Wirkung des bargeldlosen Verkehrs auf die Diskontopolitik des Zentralnoteninstituts hat das Scheckwesen weiter den wirtschaftlichen Vorteil, daß es die Kreditwirtschaft fördert, da das sonst brachliegende Kapital dank dem Scheckverkehr volkswirtschaftlich produktiv verwertet wird, indem ein großer Teil der auf Scheckguthaben erlegten Gelder auf Kredit verliehen werden kann. Von besonderer Bedeutung sei die größtmögliche Verwendung der bargeldsparenden Einrichtungen im Kriege. Eine über den notwendigen Bedarf hinausgehende Benützung von Barzahlungsmitteln könne hier zu einer Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft werden. Die Ersparnis an Umlaufmitteln sei ebenso nötig wie die Hinterlegung von Gold bei dem Zentralnoteninstitut, dessen Einlieferung an die Notenbank durch große Propaganda den breiten Massen begreiflich gemacht worden ist. Unsere finanzielle Kriegführung werde daher nicht nur durch die Verstärkung des Goldbestandes der Oesterreichisch-ungarischen Bank unterstützt, sondern auch durch eine Verminderung des Notenumlaufes.

Der bisherige Erfolg des Scheck- und Clearingverkehrs in Oesterreich ist in hervorragendem Maße der Postsparkasse zu danken. Aber sie hat auch jetzt noch lange nicht jenen Grad der Popularität erreicht, für den sie nach ihren

günstigen Voraussetzungen berufen wäre. Im Jahre 1914 betrug ihr Umsatz im Scheckverkehr 36,075 Milliarden Kr. und der Umsatz im Clearingverkehr bloß 16,629 Milliarden, also nur 46,7 Prozent. Die Anzahl der Scheckkontoinhaber betrug 126.624. Der Bericht weist da auf das Mißverhältnis zwischen der Anzahl der in Berufen selbständig Tätigen (1,202.208) und der Scheckverkehrsteilnehmer hin, wobei überdies auf jeden Clearingverkehrsteilnehmer nur 38 Gut- und Passschriften entfallen sind. Bezeichnend für die noch immer unzureichende Einbürgerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist unzweifelhaft auch der große Umfang des Postanweisungverkehrs; er betrug im Jahre 1913 2,414 Milliarden Kronen.

Die Handelskammer hat schließlich, wie wir schon berichtet haben, nachstehende Vorschläge und Anträge zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gestellt: 1. Herabsetzung des Mindestguthabens für die Teilnahme am Postcheckverkehr auf 10 Kronen. 2. Herabsetzung der Gebühren des Postcheck- und Clearingverkehrs, insbesondere aber die Beseitigung des Scheckstempels für den Ueberweisungsscheck. 3. Unentgeltliche Uebermittlung der Clearingliste. 4. Zulassung von Postersparnissen ohne Kontonummer und ohne Namen des Kontoinhabers. 5. Erlassung von Vorschriften durch das Postsparkassenamt, durch welche die Ueberziehung von Guthaben möglichst ausgeschlossen wird. 6. Stempelfreiheit für den Bankcheck. 7. Anschluß sämtlicher Staats-, Landes- und Gemeindebehörden an den Postcheckverkehr. 8. Möglichste Einflußnahme aller Staats- und Selbstverwaltungsbehörden auf eine Vereinfachung der Zahlungssitten, eventuelle Einführung eines Girozwanges für die Lieferanten der öffentlichen Korporationen. 9. Entfaltung einer großen Propaganda zur Förderung des bargeldsparenden Zahlungsverkehrs.

10./III. 1917

Die neuen Zweifronenscheine.

Vorigen Samstag wurden die ersten Stücke der neuen Zweifronenscheine in Verkehr gesetzt. Das Papier der neuen Scheine ist dem Anschein nach von besserer Qualität als das der alten Scheine. Auch die Zeichnung auf den neuen Noten ist viel gefälliger als auf den bisherigen; besonders die Seite mit dem ungarischen Text, auf dem sich zwei schöne Frauenköpfe befinden, ist bedeutend ansprechender. Nicht zu übersehen ist aber auch der Nachteil der neu ausgegebenen Scheine, der in der Größe der Noten liegt. Der Umfang der zur Ausgabe gelangten Scheine übertrifft den der alten beinahe um das Doppelte, so daß es besonders für Frauen schwer ist, das neue Geld in ihrer meist kleinen Börse unterzubringen.

12. VII. 1916

113

(Abstempelung von Dinarnoten bei der Militärkasse in Wien.) Das k. u. k. Armeeeberkommando hat für das unter k. u. k. Militärverwaltung stehende Gebiet Serbiens angeordnet, daß die im Umlauf befindlichen Noten der serbischen Nationalbank (Dinarnoten) mit dem Stempel eines der in dem genannten Gebiete aufgestellten Kreis-Kommandos oder des Bezirkskommandos in Belgrad zu versehen sind und daß nach Ablauf einer vom Militärgeneralgouvernement in Belgrad festzusetzenden Frist ungestempelte Dinarnoten von den militärischen Kassen und von den militärischen Verschleißstellen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände im okkupierten Gebiete Serbiens nicht mehr angenommen werden. Um den in der österreichischen Ländern sich aufhaltenden Besitzern von Dinarnoten die Erlangung eines solchen Stempels zu erleichtern, wurde die Veranlassung getroffen, daß auch bei der Militärkasse in Wien, 9. Bezirk, Universitätsstraße Nr. 7, namens des Kreis-Kommandos in Belgrad eine Abstempelung von Dinarnoten vorgenommen wird. Die Abstempelung erfolgt unentgeltlich und findet bei der genannten Kasse täglich bis einschließend 14. Juli an Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Die abzustempelnden Noten können auch mittels Post an die genannte Kasse eingeschendet werden. Ebenso kann auf Wunsch der Partei die Rückstellung der abgestempelten Noten durch die Post auf Kosten und Gefahr des Einsenders erfolgen.

Die neuen Zehnkronennoten.

Ausgabe: 24. Juli 1916.

Mit Erlaß vom 12. d. kündigt das Finanzministerium die Hinausgabe der neuen Banknoten zu 10 Kronen, die am 24. erfolgt, an. Der Erlaß lautet:

Die Oesterreichisch-ungarische Bank wird zufolge nachstehender Kundmachung am 24. Juli 1916 mit der Hinausgabe der neuen Banknoten zu 10 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1915 beginnen. Die Einberufung der im Umlauf befindlichen Banknoten zu 10 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1904 wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Leth m. p.

Kundmachung der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Am 24. Juli 1916 wird die Oesterreichisch-ungarische Bank bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sowie bei sämtlichen Filialen mit der Hinausgabe der Banknoten zu 10 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1915 beginnen.

Die neuen Banknoten sind im Anhange zu dieser Kundmachung beschrieben.

Die Bestimmungen über die Einberufung und Einziehung der jetzt im Umlauf befindlichen Banknoten zu 10 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1904 werden seinerzeit besonders kundgemacht werden.

Budapest, 28. Juni 1916.

Oesterreichisch-ungarische Bank.

Popovics,
Gouverneur.Gutmann,
Generalrat.Schmid,
Generalsekretär.**Beschreibung der neuen Noten.**

Die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu 10 Kronen vom 2. Jänner 1915 haben ein Format von 150 Millimeter Breite und 80 Millimeter Höhe und zeigen auf dem in seiner ganzen Ausdehnung mit einem Wasserzeichen (römische Ziffer Zehn in dunklem quadratischem Gitterwerk) versehenen Papier einen Doppeldruck, einerseits mit deutschem, andererseits mit ungarischem Texte.

Die beiden Seiten der Note sind sowohl in der Zeichnung als auch in der Farbe vollkommen verschieden.

Ungefähr dreiviertel des Formates beider Notenseiten tragen das eigentliche Notenbild, während das übrige Viertel das Wasserzeichen frei sehen läßt und nur teilweise überdruckt ist.

14. VII. 1916

Ausfuhrverbot für Goldwaren.

Berlin, 13. Juli. (B. B. Amtlich.) Im Interesse der Stärkung des Goldvorrats unserer Reichsbank ist es erwünscht, die Herstellung derjenigen Goldwaren einzuschränken, bei welchen ein verhältnismäßig kleiner Fasson- und Arbeitswert einem großen Materialwert gegenübersteht. Da diese schweren Goldwaren mit geringer Fasson in der Hauptsache für das Ausland erzeugt werden, ist das Ziel zweckmäßig durch ein Ausfuhrverbot zu erreichen. Ein solches hat der Bundesrat am 13. Juli für Waren erlassen, die ganz oder teilweise aus Gold hergestellt sind, soweit sie nicht lediglich vergoldet sind. Die Ausführung von Goldwaren mit hoher Fasson — dazu gehören auch schwere Goldwaren, die mit Edelsteinen besetzt sind — soll nicht unterbunden werden. Die Ausfuhrerlaubnis wird im Namen des Reichskanzlers von den Vorständen der Reichsbanknebenstellen Hanau und Schwäbisch-Gmünd (für ihre Bezirke) und Wforzheim (für das übrige Reichsgebiet) erteilt.

Bestimmung hinsichtlich der Abgabenerklärung für Exportvaluta.

Die Wiener Handelskammer teilt mit, daß gemäß Verfügung des Finanzministeriums die heimischen Exportfirmen nunmehr bei der Einbringung von Gesuchen um Ausfuhrbewilligungen die Erklärung über die Uebernahme der Verpflichtung zur Abgabe der Valuta an die Oesterreichisch-ungarische Bank zwar zu unterfertigen, aber die Bestätigung der Oesterreichisch-ungarischen Bank erst nach erhaltener Ausfuhrbewilligung bei der Bank einzuholen haben. Es ist dies eine nicht zu unterschätzende Vereinfachung. Gleichzeitig werden die Firmen aufmerksam gemacht, daß eine Uebertragung der Bewilligung an andere Personen verboten ist und daß eine solche Uebertragung ebenso wie jeder andere Mißbrauch, abgesehen von den gesetzlichen Straffolgen, deren Verwirkung nach sich zieht. Gesuche um Ausfuhrbewilligung für Waren, welche für Rumänien bestimmt sind und dorthin mittelst Bahn oder Schiff befördert werden, sind nicht direkt beim k. k. Finanzministerium, sondern durch Vermittlung des „Oesterreichischen Warenverkehrsbureaus“ in Wien, 1. Bezirk, Stubenring 8/10, einzubringen.

Die Goldaktion der Sparkassen.

Wie schon wiederholt berichtet, ist eine Goldaktion der Sparkassen im Gange. Der Obmann des Deutschmährischen Sparkassenverbandes Dr. Otto Janiczek glaubt dieses Ziel mittels Einführung des sogenannten Goldsparkassenbuches fördern zu können. Durch die von ihm angeregte Idee sollen die Sparkassen die Bevölkerung auffordern, gemünztes und ungemünztes Gold entgeltlich abzuliefern. Die Sparkasse besorgt in diesem Falle die Uebersendung des erlegten Goldes an die staatliche Münze, letztere verrechnet auf Grund der amtlichen Feingehaltsprüfung den Gegenwert mit der Sparkasse, welche dann die vom Staate gezahlten Preise auf ein eigenes Sparkassenbuch zu einer den üblichen Einlagenzins um 1 Prozent übersteigenden Verzinsung einlegt (sogenanntes Goldsparkassenbuch). Der Gegenwert für die abgelieferten Landesgoldmünzen kann von der Sparkasse sogleich bei der Uebernahme in ein solches Goldsparkassenbuch hinterlegt werden, da eine besondere Prüfung und Abrechnung für das Münzamt mit Rücksicht darauf nicht erforderlich ist, da Landesgoldmünzen nur zu ihrem Nennwerte eingelöst werden dürfen. Für das nicht in Landesgoldmünzen erlegte Gold wird jedoch der Staat einen den Friedenspreis des Feingoldes weit übersteigenden Betrag vergütet. Das sind die Grundzüge des Projekts, dessen Verwirklichung im Herbst laufenden Jahres versucht werden soll. Der Endzweck der Goldablieferung liegt, wie der „Spar- und Renten-Zeitung“ ausführt, zunächst darin, an Stelle ertraglos liegenden Edelmetalls ein durch Zinsen und Zinseszinsen sich vermehrendes Kapital zu gewinnen und solcherart zu einer weitaus ersprießlicheren Verbreitung des Sparsinnes beizutragen. In Deutschland hat sich eine im Wesen gleiche Agitation hauptsächlich mit der Einbringung der noch zirkulierenden Goldmünzen befaßt. Alles Gold an die Reichsbank! war die verlockende Parole. Es wurde dabei immer wieder mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß es unabwiesbare vaterländische Pflicht für jedermann ist, auch das letzte Goldstück der Reichsbank, sei es durch Vermittlung der Banken, Sparkassen, Postanstalten, Eisenbahnämter oder sonstwie zur Verfügung zu stellen. Der Aufruf hat überall großen Anklang gefunden und hat die gewichtige Aufklärung in Wort und Schrift dazu beigetragen, daß seit Juli 1914 der Goldbestand der Reichsbank von 1.253,199.000 Mark auf 2.382,215.000 Mark angewachsen konnte. Nach sachverständigen Schätzungen glaubt man, daß sich in Deutschland noch immer zirka eine Milliarde Gold im Besitze Privater befinden dürfte, das dadurch für das Gemeinwohl verzettelt wird. Weit geringer jedoch dürfte der Goldstand sein, der sich in den Händen der österreichischen Bevölkerung befindet und die Aussichten auf einen Erfolg sind dementsprechend wohl geringer.

Die Goldankauffstellen.

Hamburg, 18. Juli.

Die Goldankauffstelle Hamburg hatte zu Dienstag vormittag eine Versammlung nach dem Rathause einberufen, zu der sich eine größere Zahl Damen und Herren eingefunden hatte, darunter die Herren Senator **Soltthusen**, die Vizepräsidenten der Bürgerchaft **Rohde** und **Dr. Bagge**, denen sich Mitglieder der Bürgerchaft angeschlossen hatten, Generalleutnant **v. Aries**, Offiziere, Vertreter der Behörden usw. Der Vorsitzende, Herr Senator **Sattmann**, begrüßte die Anwesenden, dankte für ihr Erscheinen und gab der Hoffnung Raum, daß die Goldankauffstelle Hamburg den erwarteten guten Erfolg haben werde, damit man der Reichsbank das nötige Gold zuführen könne, um deren Goldschatz in der erforderlichen Weise zu stärken.

Hierauf nahm Herr Reichsbankdirektor **Gartenschläger** (Berlin) das Wort zu einem Vortrage über das Thema:

Zweck und Bedeutung der Goldankauffstellen.

Er befaßte die Notwendigkeit der Stärkung des Goldschatzes der Reichsbank und bemerkte einleitend, daß der Goldschatz der Reichsbank lange nur 600 bis 800 Millionen Mark betragen habe. Erst im Jahre 1913 habe er zum ersten Male die Höhe einer Milliarde Mark erreicht, und am 23. Juli 1914 betrug er 1350 Millionen Mark. In der letzten Woche vor dem Kriege seien der Reichsbank in einem Ansturm auf die Kassen von der Bevölkerung 100 Millionen Mark genommen worden, so daß der Goldschatz bei dem Ausbruch des Krieges 1250 Millionen Mark betragen habe. Hierzu seien die 120 Millionen Mark aus dem Julius-Turm und der zweite Goldschatz, den man als Reserve angelegt hatte, in Höhe von 85 Millionen Mark, also zusammen 205 Millionen Mark, gekommen, so daß also ein Goldschatz in Höhe von rund 1450 Millionen Mark zur Verfügung gestanden habe. Seit dem Kriegsausbruch habe der Goldschatz der Reichsbank sich aber erheblich vergrößert und hatte am 30. Juni d. J. eine Höhe von über 2 Milliarden Mark erreicht. In erster Linie müsse die Reichsbank deshalb einen großen Goldschatz haben, weil in Drittel der an der Reichsbank in Umlauf gesetzten Banknoten durch ihn gedeckt sein muß. Es liegt nun heute so, daß die Reichsbank 2465 Millionen Mark Gold habe, so daß sie für 7395 Millionen Mark Banknoten in Umlauf setzen könne. Der Umlauf an Banknoten bewege sich in steigender Tendenz und übersteigt schon 7 Milliarden Mark, und aus diesem Grunde müsse man allen Ernstes bemüht sein, den Goldbestand der Reichsbank zu stärken. Zwar habe die Reichsbank auch das gesetzliche Recht, die Darlehnskassenscheine mit zur Deckung des Banknotenumlaufes heranzuziehen, doch mache sie von diesem Recht keinen Gebrauch, um dem Feinde keinen Grund zu geben, die Rente zu verbreiten, daß der Banknotenumlauf Deutschlands nicht mehr zu einem Drittel durch den Goldschatz der Reichsbank gedeckt sei, sondern durch Noten, wie sie es tatsächlich schon beim Ausbruch des Krieges getan haben.

Sich den Diskontföhen zuwendend, hob der Redner hervor, daß die Reichsbank den Diskont beim Kriegsausbruch zwar von 5 auf 6 % heraufgesetzt habe, aber schon im Dezember 1914 habe man ihn wieder auf 5 % herabsetzen können, und diesen Satz behaupte der Diskont heute noch. Nicht uninteressant sei es, daß England den Diskont beim Kriegsausbruch auf 10 % heraufsetzte, bald aber auf 5 % wieder zurückging. Aber in den letzten Tagen habe sich die große Bank von England gezwungen gesehen, den Diskont von 5 auf 6 % zu erhöhen. In längeren Ausführungen legte der Vortragende dar, daß man auch aus dem Grunde für eine Stärkung des Goldschatzes der Reichsbank sorgen müsse, um den gewaltigen Anforderungen bezüglich der Kreditanspannung entsprechen zu können, die sich nach dem Frieden im Handel und in der Handelschiffahrt geltend machen werde. Die Stärkung des Goldschatzes der Reichsbank sei also nötig, um den Notenumlauf zu decken, um dem Handel und der Industrie Rohstoffe nach dem Frieden zuzuführen und um zur Deckung der Schulden im Auslande mitzubelfen. Um allen diesen Anforderungen genügen zu können, gebe es nur das Mittel des Goldankaufes, und man dürfe wohl hoffen, daß Hamburg nicht zurückstehen werde, wenn es gelte, diese großen Aufgaben zu lösen.

Auf eine große Reihe von Anfragen aus der Versammlung erwiderte Herr Reichsbankdirektor **Gartenschläger** u. a. Außer Goldsachen nehme die Ankauffstelle auch Juwelen, da für deren Ankauf großer Bedarf in den neutralen Ländern vorhanden sei. Die Ankauffstelle verkaufe die Juwelen so gut wie möglich, und dem Einkäufer kommt der Ertrag unverlürzt zu. Die Goldsachen, die eingeliefert würden, müsse man einschmelzen, da ein Aufbewahren und Zurückgeben nicht möglich sein würde. Trauringe seien das letzte Goldstück der Nation, so daß man sie nur im äußersten Notfalle einfordern dürfe. Sollte man zu kommen, dann würden diese Dinge aber nicht bezahlt, sondern dafür Eisenringe gegeben werden, wie es 1813 der Fall war. Wichtig sei aber ein solcher Notfall durchaus nicht vorhanden. Nach seiner Schätzung werde der Bestand an Goldsachen in Deutschland 200 Millionen Mark betragen, nach anderer Schätzung 750 Millionen Mark, so daß man von dem Goldverkauf einen guten Ertrag erwarten dürfe. Befürchte es nicht, einen guten Ertrag zu erzielen, dann habe das deutsche Volk nicht erlaßt, daß dies des deutschen Reiches wirtschaftliche Schwachheit ist.

Der Ankauf von Uhren hat keinen so großen Ertrag ergeben können, weil hier nur die Gehäuse in Betracht kommen. Es könnten aber die Uhrwerke aus den Goldgehäusen herausgenommen und in silberne Gehäuse eingesetzt werden. Jeder, der der Reichsbank für 5 Mark Gold einliefert, erhält eine Ehrenplakette, die künstlerisch ausgeführt ist, als Andenken. Auch für eiserne Ehrenuhren werde gesorgt, wenn damit auch heute noch Schwierigkeiten verbunden seien. Alle diese Ehrengaben werden dadurch besonderen Wert haben, weil durch ein Gesetz verboten

wenden soll, daß damit Handel getrieben werde. Sollte es vorkommen, daß sich beim Schmelzen der Goldsachen ein Verlust ergibt, müsse die Reichsbank den Verlust tragen, und die Ankauffstellen würden vielleicht angewiesen werden, die Schätzungen nicht zu hoch zu machen. Andererseits werden die Taxatoren aber auch angehalten, nicht zu niedrig zu schätzen, denn die Reichsbank wolle dadurch keine Vorteile erzielen. Von einer Beschlagnahme der Goldsachen haben wir abgesehen, weil diese zuviel Schwierigkeiten geboten hätte. Man wolle es jedem lieber selbst überlassen, sein Scherflein für das Vaterland zu opfern. Die Reichsbank gebe nur sehr geringe Mengen Gold zur Verarbeitung ab. Dies müsse aber geschehen, weil man sonst etwa 50 000 Arbeiter brotlos machen würde. Platin laufe man nur mit, wenn es mit Goldsachen verbunden sei. Gold für Zigarette werde von der Reichsbank ohne jede Einschränkung zur Verfügung gestellt. Auch privaten Zahnärzten stelle man Gold zur Verfügung, wo es unbedingt notwendig sei.

Herr Senator **Sattmann** verlas hierauf die Adresse an die Bevölkerung, die die Goldankauffstelle Hamburg demnächst erlassen will und schloß dann die Sitzung.

Noch ein Wort zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Am 8. d. M. erschien an dieser Stelle ein Aufsatz, der Maßnahmen erörterte, die zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Aussicht genommen sind. Für Oesterreich sind wohl hierbei am wichtigsten die Vorschläge, welche die Handelskammer zur Förderung des Clearingverkehrs der Postsparkasse erstattet hat. Die von der Handelskammer empfohlenen Maßnahmen sind zweifellos sehr geeignet, den beabsichtigten Zweck zu fördern, doch dürften sie vielleicht zu weit gehen, da der Entfall des Scheckstempels in allen Fällen der Ueberweisung auf ein anderes Konto aus fiskalischen Gründen möglicherweise zu schwer ins Gewicht fallen wird und die Herabsetzung des Stammguthabens auf 10 Kronen auch nicht unbedenklich erscheint, so gewiß es auch ist, daß eine Herabsetzung dieses Betrages wünschenswert erscheint.

In einem sehr wesentlichen Punkte scheint der Scheckverkehr der Postsparkassenamtes aber doch noch sehr verbesserungsfähig, und gerade die hier vorgeschlagene Ver-

besserung dürfte geeignet sein, den Abrechnungsverkehr (Clearingverkehr) sehr zu fördern. Bisher mußte man nämlich für jede einzelne Anzahlung einen besonderen Scheck ausfertigen, was kostspielig, mühsam und zeitraubend ist, oder man konnte bei ausgebreiteterem Verkehr auch die Gesamtüberweisungsverzeichnisse benützen, die zwar in dieser Richtung bedeutende Vorteile aufwiesen, aber dennoch keine ideale Lösung dieser Schwierigkeiten bringen. Die Benützung dieser Verzeichnisse ermöglichte, alle in einem Verzeichnisse eingetragenen Auszahlungen (20 und 50) mit einem einzigen Scheck auszuführen, doch mußte für jede Gattung der Auszahlung (Barzahlung und Ueberweisung) ein besonderes Verzeichnis mit besonderem Scheck ausfertigt werden, was bei dem Preise dieser Verzeichnisse (10 und 20 Heller) und bei der mit ihrer Ausfüllung verbundenen Mühe nur dann lohnend war, wenn eine verhältnismäßig große Anzahl von Auszahlungen gleichzeitig auszuführen ist, was sich wohl nur bei Banken und anderen größeren Unternehmungen häufiger ereignet. Ein Scheckkontoinhaber mit bloß durchschnittlich großem Verkehr ist daher gezwungen, alle seine Auszahlungen, auch an Personen, die selbst über ein Scheckkonto verfügen, durch Barzahlung ausführen zu lassen, wenn er von den Gesamtverzeichnissen überhaupt einen Gebrauch machen will. Und gerade das ist es, was in erster Linie vermieden werden soll und kann, jede Barauszahlung an Personen, die selbst über ein Scheckkonto verfügen.

Dieser Uebelstand kann aber sehr leicht vermieden werden, wenn man die Rückseite der Scheckformulare nach Schweizer Muster zur Verzeichnung der Gesamtauszahlungen benützen würde. Die Vorderseite des Schecks würde daher nur das Datum, den Gesamtbetrag der begehrten Auszahlungen und Ueberweisungen in Ziffern und Buchstaben sowie die Unterschrift enthalten, während die Rückseite hinreichend Raum für 5 bis 10 Adressen böte, an welche die Ueberweisungen und Auszahlungen vorzunehmen wären. Es würde so hauptsächlich der großen Anzahl der Kontoinhaber mit mittlerem Verkehr eine bedeutende und für die allgemeine Einbürgerung des Postsparkassenverkehrs vielleicht ausschlaggebende Erleichterung geboten werden, weil die Schreibarbeit auf das Mindestmaß herabgedrückt würde, wobei mit den kostspieligen Scheck- und Verzeichnisformularen wesentlich gespart werden könnte. Schließlich würde der Entgang am Scheckstempel geringer sein als bei der von der Handelskammer vorgeschlagenen allgemeinen Aufhebung des Scheckstempels im Ueberweisungsverkehr. Auf diese Weise würden auch so ziemlich alle Barauszahlungen an Scheckkontoinhaber vermieden werden. Die großen Erleichterungen, die durch Einführung dieses Vorganges den Kontoinhabern geboten würden, dürften wohl sehr zur allgemeinen Einbürgerung des Scheckverkehrs beitragen.

Gewiß würde die Einführung dieser gemischten Auszahlungen (Barauszahlungen und Ueberweisungen) namentlich anfangs einige manipulative Schwierigkeiten hervorrufen. Doch können diese bei gutem Willen gewiß überwunden werden, wie die Erfahrungen bei der schweizerischen Postsparkasse und bei jeder Bank lehren, wo die verschiedensten Auszahlungen in einem einzigen Briefe von den Kunden begehrt werden.

Falsche Zweifronnennoten.

Nach einer amtlichen Bekanntgabe sind falsche Zweifronnennoten im Verkehr. Auf photomechanischem und zeichnerischem Wege wurden Druckplatten erzeugt und von diesen das Halbfikat in den der echten Note ungefähr entsprechenden Farben auf weißes Papier abgedruckt. Die Ausführung des Blaubildes ist mangelhaft. Im Kopfe sind die lichten Stellen leer, die Schatten dagegen dunkel. Im Texte fallen die ungenauen Formen der Buchstaben sowie die dazwischenliegenden Striche und Punkte auf und es fehlen mehrere Bindestriche und Akzente. Die Linien des quilloartigen grünen Untergrundes der Vorderseite sind stumpf, vielfach unterbrochen und verschwommen. Der wellenförmige braune Untergrund besteht aus kleinen Wellen, ist dick und ebenfalls verschwommen. Auf der Rückseite fällt die Unreinheit der Linien des grünen Untergrundes auf.

Die neuen Zehnkronennoten.

Allmählich kommen schon die neuen Zehnkronennoten. Die Erstlinge werden natürlich interessiert betrachtet, man zeigt sie herum, kritisiert und vergleicht. Die neuen Zehnkronennoten präsentieren sich in Form, Zeichnung und Farbe sehr gefällig und sind auf etwas stärkerem Papier als die bisherigen gedruckt. Als erster Unterschied springt die Größe in die Augen. Die neuen Zehnkronennoten sind nämlich bei gleicher Höhe um etwa einen Zentimeter länger als die alten. Die größere Länge ist bedingt durch eine Neuerung, die man auf ausländischen Noten schon früher finden konnte: Die neuen Noten haben nämlich neben dem eigentlichen Bilde einen weißen, etwa drei Zentimeter breiten Coupon mit Serien- und Notenummer und den Nachahmungspassus auf der deutschen Seite und dem ornamental umrankten Wappen auf der ungarischen Seite. Dieser Coupon soll in erster Linie wegen seines kunstvollen Wasserdruckes eine Nachahmung der Noten ganz eminent erschweren. Im Farbenton gleicht die neue Zehnkronennote eher unseren Zwanzigkronennoten als ihrer Vorgängerin. Druck und Zeichnung sind viel deutlicher als auf den bisherigen Noten, namentlich die „10“, die übrigens in größeren Ziffern erscheint, springt aus dem Bilde markanter heraus. Während auf den alten Zehnkronennoten ein Mädchenkopf die

Hauptzier bildete, und zwar ein und derselbe Kopf auf beiden Seiten, schmücken die neuen Noten zwei verschiedene Knabenköpfe, auf der deutschen Textseite ziemlich in der Mitte der eine, auf der ungarischen auf der rechten Seite über der „10“ der andere. Das einzige, was so ziemlich gleich geblieben, ist die Zeichnung des Unterdruckes mit den kleinen zwischen Rhomben stehenden Bechern.

28. VII. 1916

Das 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück.

Von Felix Stöffinger.

In Deutschland macht sich zur Zeit das Fehlen einer Münze bemerkbar, die man bisher noch nicht gekannt hat. Es ist das 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück, das über kurz oder lang geprägt werden muß.

Das 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück existiert bereits, aber nur in der Berechnung, seitdem das Reich diesen Wert in der neuen Portierhöhung eingeführt hat. Die Idee, das Dezimalsystem so niedrig zu teilen, hat aber, schon vor der praktischen Durchführung, in vielen Köpfen als besonders überzeugend angesprochen, sodaß viele, die gezwungen sind, Preiserhöhungen zu berechnen, mit diesem Betrag kalkulieren möchten. Hat er doch vor allem den Vorzug, daß er bei Massenartikeln den Verbraucher minimal belastet, den Ertrag aber im ganzen wesentlich erhöht. Aber nicht alle können diesen Wert wie der Staat einführen, der von seinen Bürgern und Kunden verlangt, daß sie statt einer Marke oder einer Karte immer gleich zwei kaufen sollen, obwohl dieser Zwang zu Vorratskäufen den Armen doch ganz empfindlich belastet. Im Grunde muß er, wenn er eine Postkarte schreiben will, statt 5 Pfg. 15 Pfg. besitzen, denn der Geldwert der zweiten Karte bleibt ihm entzogen. Auch die Unternehmer, bei denen der Verkauf von 2 Stück statt eines keinen besonderen Anspruch an das Publikum vorstellt, können von der neuen Berechnungszahl Gebrauch machen. Aber alle die anderen, denen mit einer Preiserhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ Pfg. vollaufgebiedt wäre, sind in Verlegenheit. Sie müssen den neuen Preis höher festsetzen, als sie eigentlich wollen. Sie nehmen das Nationalvermögen über die Notwendigkeit hinaus in Anspruch. Warum? Weil es noch kein 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück gibt.

Das Fehlen dieser Münze bedeutet also eine ganz überflüssige Anspannung der Geld- und Kaufkraft des Landes. Im Wohlstand der Friedensjahre haben wir uns die unbequeme Berechnung und den unpraktischen Gebrauch des Kupfers abgewöhnen können. Infolgedessen sind die Verhältnisse heute so, daß ein Kaufpreis von Massenartikeln, der das Publikum zum Besitz von kleinem Kupfergeld zwingt, abschreckender ist als ein höherer, der das Kupfergeld ausschaltet. Diese Abneigung gegen das Kupfergeld gilt aber, meines Erachtens, nicht der kleinen Münze, sondern der schwierigen Berechnung von Ziffern, die aus dem Dezimalsystem herausfallen. Das 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück hat den entscheidenden Vorzug, daß es der kleinste, praktisch verwertbare Bruch des Dezimalsystems ist. Ein Widerwille gegen diese Münze ist daher nicht nur nicht zu befürchten, sondern sogar eine allgemeine Sympathie für sie zu erwarten. Viele Dinge werden zweifellos 7 $\frac{1}{2}$ und 12 $\frac{1}{2}$ Pfennig kosten, sodaß das Publikum die Münze brauchen und daher nicht ärgerlich abstoßen wird wie die kleinen Pfennigmünzen jetzt, was für das notwendige Zusammenhalten des Geldes in dieser Zeit auch nicht ohne Belang ist.

Wie sehr uns das 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück fehlt, zeigen jetzt die Debatten über Verkehrsprobleme, die zur Zeit mit Recht die

Berliner Bevölkerung beunruhigen. Ohne einer Erhöhung das Wort zu reden, wäre aber doch die Unterhaltung beträchtlich erleichtert, wenn es 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stücke gäbe. Die Omnibusgesellschaft will z. B. den 5 Pfennig-Tarif auf 7 $\frac{1}{2}$ Pfg. erhöhen und zur Erleichterung der Auszahlung eine kleine Marke ausgeben, die 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Wert haben soll. Es ist nicht einzusehen, wieso das Münzrecht des Staates einfach auf die Berliner Omnibusse übergehen soll und warum diese Gesellschaft eine Münze schaffen muß, die auch an anderen Stellen fehlt und in dieser geplanten Form außerhalb des Omnibusses wertlos sein wird. Jedenfalls rechnet nicht nur diese Gesellschaft, sondern auch mancher andere Unternehmer mit der Erhöhung um 2 $\frac{1}{2}$ Pfennige, nur daß er nicht weiß, ob der Verkauf paarweise oder die Erhöhung auf 13 vorzuziehen ist. Ohne Zweifel leiden aber die Unternehmer, die nichts paarweise verkaufen können, beträchtlich. Aber immer ist zu bedenken, daß der paarweise Verkauf eine empfindliche Verteuerung darstellt, weil man erstens mehr Geld braucht und der Besitz einer zweiten Postkarte oder eines zweiten Fahrscheins zum überflüssigen Gebrauch des betreffenden Gegenstandes verleitet.

Das Reich, das so unendlich schwere Neuerungen entschlossen durchführt, wird auch vor dieser nicht zurückschrecken, umso mehr als die neue Münze, je populärer sie wird, umso eher die Portierhöhung natürlich erscheinen lassen kann, während es noch lange niemandem Spaß machen wird, für eine Postkarte 10 bis 15 Pfennig auszugeben. Im Verkehr wird dann das 1 oder 2 Pfennig-Stück überflüssig sein, wahrscheinlich das 2 Pfennig-Stück. Die Preise werden sich von selbst auf 1, 2 $\frac{1}{2}$, 3 und 5 regulieren und die neue Norm unserer Geldverhältnisse schaffen. Das Reich hat voriges Jahr in wenigen Wochen eiserne Groschen und Sechser herausgegeben. Sollten wir, in wenigen Wochen das erste eiserne 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig-Stück in der Hand zu haben.

* Das Verstecken des Kleingeldes. Das Finanzministerium hat vor kurzem eine Verordnung erlassen, in welcher bestimmt wird, daß die Kleintrafikanter verpflichtet sind, beim Ankauf von Tabak zehn Prozent des Kaufpreises in Kleingeld zu bezahlen. Jenen Kleintrafikanter, welche diese Verordnung nicht einhalten, kann der Großtrafikanter die Auslieferung der Tabakwaaren verweigern. Diese Verordnung des Finanzministers hat den Zweck, das Verstecken des Kleingeldes zu verhindern, da alle Anzeichen darauf hinweisen, daß namentlich die ländliche Bevölkerung ohne jeden Grund das Kleingeld versteckt und dadurch den Geldverkehr hemmt. Auch die Kaufleute mögen die Bevölkerung darüber aufklären, daß das Verbergen des Kleingeldes keinen Sinn habe, und von den Käufern die Bezahlung in Kleingeld fordern.

* **Von unserem Gelde.** Der Chef der Budapester Hauptanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Herr Karl M o e ß, hat einem Mitarbeiter des „A Nap“ interessante Mitteilungen über die bevorstehende Emission des Eisengeldes, über die neuen Zehn-Kronen-Noten und über die gegenwärtig im Umlauf befindlichen Zwei-Kronen-Noten gemacht. Herr M o e ß erklärte, daß Eisengeld im Werte von mehreren Millionen Kronen bereits vor längerer Zeit geprägt wurde. Vorläufig werden nur Zwanzig-Sellerstücke in Verkehr gebracht. Die ersten Stücke werden am 3. August dem allgemeinen Verkehr übergeben. Zur selben Zeit erfolgt die Einziehung der aus Nickel hergestellten Zwanzig-Sellerstücke. Das Material der alten Zehn- und Zwanzig-Sellerstücke hat die Oesterreichisch-ungarische Bank der Armeeführung zur Verfügung gestellt. Die Zehn-Sellerstücke werden nämlich seit dem vorigen Jahre nicht mehr aus Nickel, sondern aus Alpaca geprägt. Unbegreiflich ist es, daß die Zwei-Sellerstücke vom Publikum dem Verkehre entzogen und versteckt werden. Ebenso verhält es sich mit den Zehn- und Zwanzig-Sellerstücken.

Die Bank hat den Versuch unternommen, diesem Uebel zu steuern, allein ohne den geringsten Erfolg. Eine der Ursachen des Mangels an Kleingeld ist vielleicht auch der Umstand, daß bei den im Felde stehenden Truppen große Mengen Kleingeld vorhanden sind. Ueber die Zwei-Kronen-Noten sagte Herr M o e ß: Es häufen sich die Klagen über die Unhaltbarkeit dieser Noten. Aber unsere Bank kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden, denn die Zwei-Kronen-Noten sind gar nicht von uns, sondern von einem Unternehmer hergestellt worden, der, wie sich nachträglich herausstellte, nicht einwandfreies Papier zur Fabrikation verwendet hat. Aber wir haben diesem Uebelstand abgeholfen. Die neuen Zehn-Kronen-Noten werden bereits von unserer Bank hergestellt, und da wir besseres und haltbareres Papier verwendeten, werden auch die Klagen verstummen. Die neuen Zehn-Kronen-Noten — schloß Herr M o e ß die Unterredung — sind von der Oesterreichisch-ungarischen Bank deshalb emittiert worden, um die Fälschungen zu erschweren. Gelingt uns dies, dann werden wahrscheinlich alle Papiergeldsorten nach dem Typus der neuen Zehn-Kronen-Noten umgestaltet.

1. VIII. 1916

Das eiserne Geld.

Die Verordnung der Finanzminister von Oesterreich und von Ungarn, mit der die Ausgabe von eisernen Zwanzighellerstücken im Höchstbetrage von 50 Millionen Kronen — 35 Millionen für Oesterreich und 15 Millionen Kronen für Ungarn — bekanntgegeben wird, hat den Zweck, dem Mangel an Scheidemünzen im allgemeinen Geldverkehr abzu helfen. Diese Bestimmung wird der eiserne Zwanziger gewiß erfüllen und deshalb auch überall willkommene Aufnahme finden. Das Metall, das der bisherigen Scheidemünze beigemischt war, wird heute auch in der Kriegsmetallindustrie verwendet und auch ist dies ein Grund für die heute erlassene Verordnung.

Oesterreich-Ungarn folgt bei der Ausgabe der eisernen Münze einer in Deutschland schon seit Anfang November 1915 bestehenden Einführung. Dort wurden zuerst eiserne Fünfspennigstücke geprägt und kurze Zeit später die eisernen Zehnpennigstücke, der „Groschen“. Es mag vielleicht befremdlich erscheinen, daß man Münzen aus Eisen herstellt, also aus einem Metall, das für uns der Inbegriff des Festen und Kräftigen ist und besser Verwendung als Münze als nur aus dem Altertum in Erinnerung ist. Es dürfte ferner nicht unbekannt sein, daß die Modellierkunst gerade im Eisen eine ganz besondere Fertigkeit und kunstgerechte Behandlung erfordert. Die Kunst des eisernen Feingusses geschieht durch Umschmelzen des aus den Hochofen erhaltenen Roheisens in Tiegelöfen. Diese Art der Ausführung bietet auch eine gewisse Sicherheit gegen Nachahmung der Geldstücke, da immerhin eine gewisse Technik dazu gehört, um einen guten, einwandfreien Guß herzustellen. Dann ist auch der Schmelzpunkt des Roheisens ein derart hoher, daß die nötige Temperatur mit gewöhnlichen Einrichtungen nicht erreicht werden kann.

Außer aus Roheisen ist die Herstellung von Münzen aus Stahl möglich, und dieses Verfahren ist es, das für die neuen Münzen gewählt worden ist. Dem zur Verwendung kommenden Material ist durch Ausglühen die Härte genommen. Die ausgestanzten runden Stahlscheiben nehmen die Prägung auf und werden entweder durch den dabei stattfindenden Druck oder durch ein nachfolgendes besonderes Härteverfahren wieder gehärtet.

Durch die Herstellung aus Stahl wird auch das **Rosten verhindert.**

1. VIII. 1916

Ausgabe der eisernen „Zwanziger“.

Die zweite Verordnung lautet:

Gemäß einer vom Ministerium der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder mit dem Ministerium der Länder der heiligen ungarischen Krone unter Vorbehalt der nachträglichen Erwirkung der gesetzlichen Genehmigung getroffenen Vereinbarung werden bis zum Höchstbetrage von fünfzig Millionen Kronen Teilmünzen zu zwanzig Seller aus Eisen ausgeprägt. Aus dem Kilogramm Eisen sollen 300 Zwanzighellerstücke ausgebracht werden; der Durchmesser der Zwanzighellerstücke wird 21 Millimeter betragen. Die Ausprägung dieser Münzen findet in beiden Staatsgebieten nur für Rechnung des betreffenden Staates statt. Von den in beiden Staatsgebieten zu prägenden 50 Millionen Kronen dieser Münzen werden in Oesterreich 35 Millionen Kronen und in den Ländern der heiligen ungarischen Krone 15 Millionen Kronen ausgeprägt. Der Revers der in Oesterreich ausgeprägten Eisenmünzen zu zwanzig Seller wird in einem Kranze von Eichenlaub die Wertangabe und die Jahreszahl der Ausmünzung, der Revers der in den Ländern der heiligen ungarischen Krone ausgeprägten Eisenmünzen zu zwanzig Seller die Wertangabe und darunter zwei gekreuzte Lorbeerzweige tragen. Sonst wird die Ausstattung dieser Teilmünzen von jener der Nickelmünzen zu zwanzig Seller nur darin abweichen, daß der kaiserliche Adler, beziehungsweise die heilige ungarische Krone auf dem Avers der Eisenmünzen zu zwanzig Seller kleiner ist. Im übrigen werden die für die Nickelmünzen getroffenen Bestimmungen der Gesetze, beziehungsweise des Münz- und Währungsvertrages auch auf die Eisenmünzen zu zwanzig Seller Anwendung finden. Die Zeichnung der neuen Zwanzighellerstücke wird in der Anlage zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die Ausgabe der Eisenmünzen zu zwanzig Seller hat unter Einziehung eines gleichen Betrages von Nickelmünzen zu erfolgen. Gemäß der mit dem königlich ungarischen Finanzminister getroffenen Vereinbarung wird mit der Ausgabe dieser Münzen am 3. August 1916 begonnen werden.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Wie uns aus Budapest telegraphiert wird, ist im heutigen ungarischen Amtsblatte eine gleichlautende Verordnung des Finanzministeriums erschienen.

Die neuen Zwanzighellerstücke aus Eisen.**Ausgabe am 3. August.**

In der „Wiener Zeitung“ und im Reichsgesetzblatt werden heute zwei Verordnungen des Finanzministeriums betreffend die Einziehung der Nickelmünzen zu zwanzig Heller und betreffend die Ausprägung und Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung zu zwanzig Heller aus Eisen verlautbart.

Diese vom 31. Juli datierten Verordnungen haben folgenden Wortlaut:

Einziehung der Nickelmünzen.

Gemäß einer vom Ministerium der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder mit dem Ministerium der Länder der heiligen ungarischen Krone unter Vorbehalt der nachträglichen Erwirkung der gesetzlichen Genehmigung getroffenen Vereinbarung wird die gänzliche Einziehung der Nickelmünzen zu zwanzig Heller unter den nachfolgenden Bestimmungen verfügt: 1. Die Nickelmünzen zu zwanzig Heller werden mit 1. Jänner 1917 außer gesetzlichen Umlauf gesetzt. Diese Münzen sind daher nur noch bis einschließlich 31. Dezember 1916 im Privatverkehr zum Nennwert, und zwar nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels XIX des Gesetzes vom 2. August 1892, RGBl. Nr. 126, in Zahlung zu nehmen. 2. Die Nickelmünzen zu zwanzig Heller dürfen von den k. k. Kassen und Aemtern nicht mehr ausgegeben werden; dagegen sind sie von den k. k. Kassen und Aemtern bis einschließlich 30. April 1917 bei allen Zahlungen und im Verwechslungswege zum Nennwert, und zwar nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels XIX des Gesetzes vom 2. August 1892, RGBl. Nr. 126, anzunehmen. 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Kundmachung in Wirksamkeit.

Setz m. P.

1. VIII. 1916

Die Goldverarbeitung für gewerbliche Zwecke.

An die Genossenschaft der Juweliere, Gold- und Silberschmiede in Wien ist die Mitteilung gelangt, daß das Finanzministerium die Gebühren, die von den Pünzierungsämtern für ausgeführte „Stückelproben“ einzuhellen sind, bis auf weiteres mit 1 Krone 50 Seller (statt wie bisher mit 1 Krone) für Goldproben, mit 2 Kronen 50 Seller (statt wie bisher mit 1 Krone 60 Seller) für „gölbische“ Proben und mit 1 Krone (statt wie bisher mit 60 Seller) für Silberproben festgesetzt hat. Die Genossenschaft erhielt ferner die Mitteilung, daß das Finanzministerium angeordnet hat, daß die Abgabe von Gold für industrielle Zwecke seitens des Hauptmünzamtes an das Hauptpünzierungsamt, beziehungsweise an das Pünzierungsamt in Prag gänzlich eingestellt wird.

Die neuen Banknoten.

Die Gründe der Neuausgabe.

In diesen Tagen gelangen, wie berichtet, die neuen Zehnkronen-Banknoten zur Ausgabe, die sich in Farbe, Zeichnung und Ausführung von den jetzt im Umlauf befindlichen völlig unterscheiden. Nicht nur äußerlich. Die neuen Zehnkronen-Banknoten wurden nämlich auch, wie wir erfahren, nach einem neuen technischen Verfahren und mit neuen Maschinen hergestellt, die wieder einen enormen Fortschritt auf dem Gebiete der Banknotenherstellung bedeuten.

Die Neuausgabe von Banknoten ist speziell bei uns in Oesterreich-Ungarn eine auffällig häufige. Während im Ausland die Neuemissionen von Banknoten selten, in großen Zeiträumen, erfolgen, werden bei uns, wie jetzt wieder, schon nach etwas mehr als einem Jahrzehnt neue Noten zur Ausgabe gebracht. Die leisterschienenen Zehnkronennoten kamen im Jahre 1904 zur Ausgabe. Nach kaum 12 Jahren werden nun neue Zehnkronennoten emittiert.

Das ist nun durchaus kein Mutwille oder Luxus. Es geschieht auch gewiß nicht zu dem Zweck, um in den Geldverkehr bildliche Abwechslung zu bringen. Und die Neuausgabe erfolgt auch nicht, wie an maßgebender Stelle versichert wird, vielleicht aus dem Grund, weil in letzter Zeit Banknotenfälschungen vorgekommen sind. Banknotenfälschungen sind gerade in jüngster Zeit ganz sporadisch aufgetreten, und die wenigen Fälskate, die in Verkehr gesetzt wurden, erwiesen sich als völlig mißlungen. Sie wurden bei der ersten Herausgabe als Fälschungen erkannt und eingezogen.

Und dennoch geschieht jede neue Banknotenemission im allgemeinen zu dem Zwecke, um eine in der Ausführung mehr vervollkommnete Banknote herauszugeben, deren Nachahnungsmöglichkeit wieder um einen gewissen Prozentsatz vermindert erscheint. Das ist das Bestreben aller Banknoten emittierenden Banken. Die deutsche Reichsbank arbeitet beispielsweise unausgesetzt daran, jeweils besser ausgeführte Banknoten vorzubereiten, um bei einer etwa vorkommenden größeren Banknotenfälschungsschwere einen neuen Typus Banknoten sofort zur Ausgabe bringen zu können. In Deutschland ist, wenn eine neue Banknotenemission die Presse verläßt, schon ein weiterer Banknotentypus vorbereitet.

Nun ist aber Deutschland wie auch ein Teil des übrigen Auslandes uns in der Vollkommenheit des technischen Verfahrens bei der Herstellung von Banknoten seinerzeit weit voraus gewesen, und bei uns hat man erst nach und nach diesen Vorsprung eingeholt. Die neuen Zehnkronen-Banknoten, die mit den modernsten Maschinen und nach einem neuen Verfahren hergestellt sind, werden eben wieder einen großen Fortschritt auf diesem Gebiet beweisen. Das Wasserzeichen, das in die reichsdeutschen Banknoten seit langem eingefügt ist, wird diesmal bei unseren Banknoten zum erstenmal verwendet. Auch die übrige Ausführung ist eine in der Art des Verfahrens liegende neuartige. Die Nachahnungsmöglichkeit der neuen Zehnkronen-Banknoten ist auf ein Minimum gesunken.

Die Zwanzigkronennoten wurden erst im Jahre 1913 neu emittiert, so daß jetzt an eine Ausgabe neuer Zwanzigkronennoten nicht geschritten wird. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß seinerzeit auch wieder neue Zwanzigkronennoten zur Ausgabe gelangen.

Nur der auch in der Banknotendruderei sich fühlbar machende Mangel an entsprechendem Personal hat es im Laufe des Krieges unmöglich gemacht, die Vorarbeiten für spätere Banknotenemissionen durchzuführen; sonst wäre wohl auch schon beispielsweise der Typus für eine neue Zwanzigkronennote vollkommen fertig. Denn auch die Oesterreichisch-ungarische Bank ist bestrebt, bei der Herstellung und Ausgabe neuer Banknoten dieselben Prinzipien zu beobachten wie das Ausland. Der neue Fortschritt in der Technik der Herstellung der Banknoten wird ehestens zu verwerten gesucht, während die maßgebenden Faktoren unermüßlich daran sind, weitere Fortschritte zu erzielen und das Verfahren zu vervollkommen. Die neuen Zehnkronen-Banknoten können jedenfalls wieder als Dokumente der raschen Entwicklung der Technik gelten.

Das eiserne Zwanzighellerstück.

Bereits gestern in Verkehr gesetzt.

Gestern wurden die Zwanzighellerstücke aus Eisen bereits in Verkehr gesetzt, obwohl die Verordnung erst den heutigen Tag zur ersten Ausgabe vorsehen hatte. Bald werden die Nickelstücke ganz verschwinden und die Eisenmünze wird Alleinherrscherin im „Kleingeldverkehr“ sein. Die Eisenmünze unterscheidet sich äußerlich nur wenig von einem Zwanzighellernickelstück, das nicht mehr ganz neu ist. Da die Münze mit einem Rostschutzüberzug versehen ist, so sieht man ihr den eisernen Charakter nicht an, sondern sie hat in der Färbung mehr das Aussehen von Blei.

Was geschieht mit den Automaten?

Auf Bahnhöfen und anderen Orten, wo „Zucker“-Automaten aufgestellt sind, die gegen Einwurf eines Zehnhellerstückes das verlangte Paäckchen herausgeben, sieht man vielfach, seitdem die neuen Zehnhellerstücke in Verkehr gesetzt worden sind, einen Zettel mit der Aufschrift: „Bitte ein Geldstück alter Prägung einzuwerfen“. Das ist erklärlich, da Gewichtsunterschiede vorhanden sind und der Automat eben nicht reagieren würde, wenn man ein sogenanntes neues Zehnhellerstück einwürfe.

Das Zwanzighellerstück spielt beim Automaten eine ungleich wesentlichere Rolle. Bei den Automatenbussetts geht's noch. Sie sind in geringer Anzahl vorhanden, entsprechen letzten Endes keinem unabwehrlichen Bedürfnis und müßten sich, da sie reine Privatunternehmen sind, eben der stärkeren Gewalt fügen und ihre Einrichtungen der Neuveränderung anpassen. Ein anderes ist's schon mit dem Automaten-Telephon, das sich in den letztvergangenen Jahren in Wien außerordentlich stark eingebürgert hat und tatsächlich ein öffentliches Bedürfnis geworden ist. Noch einschneidender ist die Bedeutung des Zwanzighellerstückes für die vielen — es sind dies ihrer mehr als 50.000 — Abnehmer des Gasautomaten.

Die Frage ist nun: Können diese Automaten weiter in Betrieb bleiben? Auf eine Anfrage an maßgebender Stelle wurde einem unserer Mitarbeiter die Auskunft zuteil, daß hierüber schon seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen dem Unternehmen „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ und der Behörde gepflogen worden sind. Diese hat sich, wie wir erfahren, bei der Prägung der neuen Münzart vom größten Entgegenkommen leiten lassen, und, wie man unserem Mitarbeiter sagte, werden die Gasautomaten auch in Tätigkeit zu sehen sein, wenn ein Zwanzighellerstück neuer Prägung eingeworfen wird.

Das eiserne Geldstück scheint allerdings ein wenig leichter zu sein, als das aus Nickel; es handelt sich aber nur um den Bruchteil eines Gramms, so daß dieser Gewichtsunterschied wahrscheinlich nicht in Rechnung gezogen zu werden braucht.

3./VIII. 1916

Wien, 2. August.

[Der flüssige Geldstand.] Die ungewöhnliche Geldflüssigkeit findet in einem Stande des Privatdiskonts ihren Ausdruck, der seit Jahren nicht beobachtet worden ist. Auf dem tiefsten Niveau im Juli stellte sich der Privatdiskont auf etwa $1\frac{1}{8}$ Prozent; damals war er etwas niedriger als gegenwärtig, da heute der Privatdiskont $1\frac{1}{16}$ bis $1\frac{1}{4}$ Prozent beträgt. Auch bei diesen Sätzen ist das Angebot an Wechselmaterial sehr geringfügig und die Oesterreichisch-ungarische Bank hatte beinahe ausschließlich die Hauptanstalt in Wien und in Budapest nicht ein einziger Wechsel eingereicht worden ist. Einiger Geldbedarf zeigte sich im Zusammenhang mit der Verwendung der neuen Ernte auf dem Budapester Plage, wo der Privatdiskont zirka 3 Prozent ist. Sind die angeführten Geldsätze abnorm niedrige, so werden sie in einem anderen Lande, in Holland, stark unterboten. Dort hat der Privatdiskont während der Kriegszeit überhaupt den tiefsten Stand in Europa, da zu $1\frac{1}{8}$ Prozent Geld angeboten wird, ohne daß sich Wechselmaterial in stärkerem Maße findet. Die Prolongationsätze für Darlehen sind in Holland von $2\frac{1}{4}$ auf $1\frac{1}{2}$ Prozent zurückgegangen. Die enorme Geldflüssigkeit in Holland ist durch mehrere Ursachen, nicht zuletzt auch durch die Gewaltpolitik beeinflusst, die England gegen dieses tapfere, freiheitsliebende Volk unternimmt. Der Handel Hollands ist durch die Abschneidung, die England in die Wege leitet, verringert, die Auffüllung der Magazine erschwert, die Einfuhr von Rohprodukten behindert und so liegt der große Erlös für verkaufte Waren vielfach brach. Wird doch selbst der Import der Produkte Hollands aus den eigenen Kolonien durch England unterbunden. Der große amerikanische Tabakhandel, der in Rotterdam blühte, ist gleichfalls schwer geschädigt. Im Gegensatz zu dieser Lage des Geldmarktes in Holland steht jener in England und in Frankreich. Der Satz für Dreimonatswechsel in England stellt sich heute auf $5\frac{1}{8}$ Prozent und in Berlin hält sich der Privatdiskont nahe der Bankrate. In England und Frankreich hatte niemand eine Vorstellung, wie tiefgreifend die finanziellen Wirkungen des Krieges sein werden. Der ungewöhnliche flüssige Geldstand äußert seine Wirkungen naturgemäß vor allem auf dem Anlagemarkte, auf dem in den letzten Tagen namentlich erstklassige Eisenbahnprioritäten den Gegenstand umfassender Nachfrage bildeten. Wie vom Berliner Plage gemeldet wird, werden auch dort gegenwärtig vom anlagejüngenden Publikum hauptsächlich die 4prozentigen verlosbaren Effekten bevorzugt.

Ausprägung von Zweihellerstücken aus Eisen.

Wien, 2. August.

Zu der heute erschienenen Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 31. Juli 1916, betreffend die Ausprägung und Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung zu 20 Heller aus Eisen, wird seitens der Wiener Handels- und Gewerbekammer mitgeteilt, daß auch die Prägung von Zweihellerstücken aus Eisen in Aussicht stehe.

Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung sollen bereits aufgenommen worden sein.

* (Der eiserne Nickel.) Wiewohl die Ausgabe der neuen Zwanzighellerstücke aus Eisen, erst für den heutigen Tag angekündigt war, ist schon gestern eine ganze Menge der neuen Scheidemünzen in Verkehr gesetzt worden. Immerhin war es am ersten Tag doch noch eine Seltenheit, so ein neues Geldstück in die Hand zu bekommen, so daß die glücklichen Besitzer nicht wenig darum beneidet wurden und mit Argusaugen beim Herumzeigen aufpaßten, daß es nicht verschwinde. Das wird freilich nicht lange dauern, auch diese Neuheit wird ja bald zu den Alltäglichkeiten gehören und man wird sich daran ebenso rasch gewöhnen, wie man die alten Nickelstücke vergessen wird. In ihrem Außern unterscheidet sich die neue Münze fast gar nicht von den alten, nur der Glanz fehlt ihr, und man fühlt unwillkürlich das Bedürfnis, dieses schmutzig graue Geldstück ein wenig zu reinigen. Nach der Farbe und dem Klang beim Auffallen könnte man glauben, ein Stückchen Blei in der Hand zu haben, doch es ist zu leicht, leichter noch als das alte Nickelstück und auch ein wenig dünner als dieses. Ob sich die Prägung, die ganz die gleiche wie bei den Nickelmünzen ist, rascher im Verkehr abschleifen wird, kann erst die Erfahrung lehren, aber diese wird man wohl nicht zumachen brauchen, denn schließlich ist's ja doch nur ein Kriegsgeld und wird — hoffentlich — viel früher wieder eingezogen werden, als daß man seine Haltbarkeit erproben könnte.

(Neue Umlaufsmittel in der Türkei.) Man schreibt der „Pol. Korr.“ aus Konstantinopel: Zur Erleichterung des Verkehrs im Kleinhandel hat die Regierung die Prägung von Piasterstücken aus einer Nickellegierung ($\frac{1}{2}$ Kupfer und $\frac{1}{2}$ Nickel) im Betrage von 500,000 Pfund verfügt. Diese Scheidemünze wird nach Maßgabe der Herstellung schon in Umlauf gesetzt. Die vor kurzem angeordnete Prägung von Silbermünzen zu einem halben Medschidije, einem Viertelmedschidije und zu zwei Piastern im Gesamtbetrage von 500,000 Pfund wurde bereits in Angriff genommen. In einigen Wochen werden Papiernoten im Werte von einem und von $2\frac{1}{2}$ Piastern in Umlauf gesetzt werden. Durch die bereits früher in Verkehr gesetzten Papiernoten zu 25, 20 und 5 Piastern sowie die neuen Nickelpiaster wurde der Verkehr im Kleinhandel schon bisher bedeutend erleichtert.

Wien, 5. August

(Ausgabe deutscher Rubelscheine im besetzten russischen Gebiet.) Aus Berlin, 4. d., telegraphiert man uns: Die Darlehenskasse Ost der Ostbank für Handel und Gewerbe in Kowno emittiert als gesetzliches Zahlungsmittel für die besetzten Gouvernements Suwalki, Grodno, Wilna, Kowno und Purland, soweit sie nicht zum Generalgouvernement Warschau gehören, Darlehensklassenscheine, die auf Rubel lauten und in Stücke von 50 Kopelen bis 100 Rubel eingeteilt sind, sowie Eisenmünzen von 1, 2 und 3 Kopelen. Der Gesamtbetrag ist zunächst auf hundert Millionen Rubel fixiert. Stets bleibt der deutsche Rubel dem russischen Rubel, dessen Kurs vom Oberbefehlshaber festgesetzt wird, gleichwertig. Die deutschen Rubelscheine sind durch Darlehen voll gedeckt. Falls der Umlauf der Darlehensscheine die Summe der ausstehenden Darlehen übersteigt, was durch Rückzahlungen in russischen Rubeln leicht vorkommen kann, so werden russische Staatsbanknoten für die Differenz hinterlegt. Das neue Rubelgeld kann für alle Zahlungen an Private und Behörden

benützt werden und dient an erster Stelle für freiwillige Zahlungen des Militäriskus im besetzten Gebiet.

Der Goldbestand der Deutschen Reichsbank.

Der Rückblick, den die Leitung der Deutschen Reichsbank auf die Entwicklung des Instituts im Verlaufe des Weltkrieges wirft, darf sie namentlich auch unter dem Gesichtspunkte ihrer Goldpolitik mit berechtigter Genugtuung erfüllen. Einer in den letzten Tagen erschienenen Darstellung ist, wie schon berichtet, zu entnehmen, daß der Goldvorrat der Reichsbank, der sich am 31. Juli 1914 auf 1253 Millionen Mark belief, zwei Jahre später auf 2486 Millionen Mark gestiegen war. Er hat sich also nahezu verdoppelt, obwohl sehr erhebliche Beträge an Gold aus naheliegenden Gründen an das Ausland abzugeben waren. Die erfreuliche Zunahme des Goldbestandes ist in der Tat der patriotischen Betätigung weitester Bevölkerungskreise zu verdanken. Von ganz erheblicher Bedeutung ist der Goldzuwachs naturgemäß für die Vermehrung des Notenumlaufes. Letzterer betrug Ende Juli 1914 2909, Ende Juli d. J. 7025 Millionen Mark. Bei dieser Zunahme von 4116 Millionen ist zu berücksichtigen, daß für die aus dem Verkehr genommenen Goldmünzen Ersatz geschaffen werden mußte; ferner war der sehr erhebliche Bedarf der besetzten feindlichen Gebiete an Zahlungsmitteln in der Höhe von mindestens eineinhalb Milliarden zu decken. Es darf ferner nicht außer acht bleiben, daß die starke Steigerung aller Warenpreise ein sehr großes Quantum von Zahlungsmitteln erfordert. Wenn man dies alles berücksichtigt, kann die Zunahme des Notenumlaufes um 4116 Millionen, die weit hinter der Vermehrung des Notenumlaufes der Bank von Frankreich zurückbleibt, nicht als übermäßig angesehen werden.

Im Hinblick auf die Bemühungen der Deutschen Reichsbank, ihren Goldbestand fortwährend zu steigern, sind die nachfolgenden Darlegungen von sachkundiger Seite über den Bestand an Goldgeld im Deutschen Reiche von besonderem Interesse. Danach hat sich mit dem wachsenden Bedarf des Verkehrs und der starken Bevölkerungszunahme die Ausprägung von Goldmünze, die irgendwelchen Beschränkungen nicht unterworfen ist, von Jahr zu Jahr ständig vermehrt. Noch zu Anfang des Jahres 1901 betrug die Summe der seit Beginn der Münzreform ausgeprägten Goldmünzen nach Abzug der wieder eingezogenen Beträge 3.774,327.400 Mark. Zu Ende Juli des Jahres 1913 war sie auf 5.018,417.640 Mark angewachsen, und zu Anfang Oktober v. J. hatte sie sich auf 5.130,212.620 Mark erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Goldverkehr mit dem Ausland im letzten Jahrzehnt die deutsche Goldeinfuhr die Goltausfuhr eigentlich ständig und teilweise um recht erhebliche Beträge überwogen hat. Andererseits kommt in Betracht, daß auch die Verwendung von Gold für gewerbliche Zwecke ziemlich beträchtlich gestiegen ist, und daß namentlich in früheren Jahren vielfach Goldmünzen in größeren Beträgen eingeschmolzen wurden, um für derartige Zwecke Verwendung zu finden. Erst seitdem die Reichsbank dazu übergegangen ist, für diese Zwecke besonders hergestellte Goldstücke — ohne Prägebilder und nur mit dem deutschen Adler gestempelt — zur Verfügung zu stellen, hat jene Übung, wenn nicht aufgehört, so doch bedeutend nachgelassen. Immerhin läßt sich annehmen, daß die 5130,2 Millionen Mark an Goldmünzen, die bisher ausgeprägt wurden, dem Verkehr nicht mehr vollständig zur Verfügung stehen. Man wird die Summe der hieraus für den Geldverkehr verfügbaren Beträge vielleicht auf etwa 4,5 Milliarden Mark veranschlagen dürfen, wovon sich nun ein sehr erheblicher Teil in den Kassen der Reichsbank befindet.

Auch der letzte Ausweis der Deutschen Reichsbank zeigt eine Zunahme des Goldbestandes, und zwar um 183.000 Mark. Im Gegensatz dazu ist bei der Bank von England ein fortwährender Goldabfluß zu konstatieren. In welchem Ausmaße sich dieser in der letzten Zeit vollzieht, zeigt die nachstehende Tabelle:

	Zufluß zur Bank von England	Minus laut Wochenausweis	sonst Gesamtverlust
	Pfd. St.	Pfd. St.	Pfd. St.
20.—27. Juli ..	903.000	574.000	1.477.000
14.—20. " ..	797.000	2.446.000	3.243.000
7.—14. " ..	850.000	925.000	1.775.000
1.—7. " ..	988.000	1.058.000	2.046.000
	3.538.000	5.003.000	8.541.000

Starke Goldabflüsse sind schon seit Anfang dieses Jahres für England an der Tagesordnung, wie die Goldbilanz für das erste Halbjahr mit einem Ausfuhrüberschuß von 16 Millionen Pfund Sterling zeigt. Die Entwicklung seit Anfang Juli zeigt indessen etwas Neues; während nämlich bis Juni d. J. die Goltausfuhr reichlich ausgemessen wurde durch den starken Zufluß von Gold zur Bank, ist das seit 22. Juni nicht mehr der Fall gewesen; der Goldbestand ist seit damals ununterbrochen von 61,71 auf 56,38 Pfund Sterling zurückgegangen, nach einer fast ununterbrochenen Steigerung von 51,10 auf 61,71 Millionen Pfund Sterling im ersten Halbjahre 1916.

Auch der gestern bekanntgewordene Ausweis der Bank von England über den Stand vom 3. d. zeigt neuerlich eine Abnahme des Goldvorrates, und zwar um 1.492.000 Pfund Sterling auf 54.884.000 Pfund Sterling. Was die Bank von Frankreich anbelangt, so hat diese mit ihrer nach dem Muster der Deutschen Reichsbank durchgeführten Goldaktion Erfolg gehabt.

Die Weltproduktion an Gold in der Zeit vom Juli 1914 bis Juli 1916 wird mit 3800 Millionen Mark geschätzt. Davon konnten, wie wir einer Darstellung ent-

nehmen, die europäischen Länder ihre sichtbaren Goldvorräte um 3277 Millionen Mark erhöhen. Gleichzeitig aber ist in den außereuropäischen Ländern ein verhältnismäßig noch viel stärkerer Goldzuwachs zu verzeichnen. An der Spitze marschieren die Vereinigten Staaten. Schon für die ersten 17 Kriegsmomente wurde der Zuwachs des amerikanischen Goldvorrates auf 1900 Millionen Mark geschätzt, in der Zwischenzeit dürfte er sich durch die Eigenproduktion (450 Millionen in sieben Monaten) und den Einfuhrüberschuß von vermutlich 350 Millionen um 2700 Millionen erhöht haben. Faßt man die bisher vorliegenden Feststellungen zusammen, so ergibt sich für Europa eine Zunahme der sichtbaren Goldvorräte um 3300 Millionen Mark für Amerika, einschließlich der in der Goldindustrie verwendeten um 3000 Millionen, zusammen also 6300 Millionen Mark gegenüber einer Neuförderung von bloß 3800 Millionen Mark.

Kilo- und Pfennigrechnung.

Folgende Bitte an unsere Staats- und Gemeindebehörden geht uns zu und verdient vielleicht „wohlwollende Erwägung“:

Der Krieg 1870 hat uns nicht nur eine neue Münzwährung beschert, sondern auch das Meter und Kilo. Während nun Maß und Münze schon uns in Fleisch und Blut übergegangen sind, hapert es doch mit der Kilogrammrechnung noch ganz gewaltig bei uns.

Als ein großer Fehler des Reichstages muß es betrachtet werden, daß er sich auf Drängen unserer Geschäftswelt noch nachträglich dazu entschloß, das Viertelpfundgewicht zuzulassen, gewissermaßen also die alte Pfundrechnung dadurch sanktionierte.

Beobachtet man, wie sich die Geschäftsleute mit den Berechnungen der Gewichtsmengen von 180 Gramm schieren Fleisches abquälen, so könnte man beinahe Mitleid mit ihnen empfinden, wenn nicht diese qualvollen Berechnungen schließlich ganz empfindlich unseren Geldbeutel trafen. Wie einfach ist die Kilogrammrechnung: Soviel Mark das Kilo, soviel Pfennige das Deka. Wie schnell würden sich Publikum und Geschäftswelt an diese Rechnung gewöhnen, wenn nur unsere Behörden sich ernstlich entschließen könnten, mit der Pfundwirtschaft aufzuräumen.

Geseglich haben wir das Kilo. Weshalb setzen unsere Behörden in den amtlichen Bekanntmachungen die Preise immer noch nach Pfunden fest, warum nicht nach Kilo? In dem Augenblick der amtlichen Preisfestsetzungen nach Kilo hätten wir auch die langersehnte Pfennigrechnung. Das Kilo Schinken kostete 5 Mark 60 Pfennig, bei einem Einkauf von 100 Gramm müßte der Geschäftsmann 56 Pfennig rechnen, denn 55 Pfennig zu fordern wäre gegen sein Interesse, 60 Pfennig zu zahlen würde sich das Publikum energisch sträuben. Durch die Kilogrammrechnung hat das Publikum eine leichte und sichere Kontrolle, bei der unglücklichen Berechnung nach Viertel- und halben Viertelpfunden ist das Publikum fast stets betrogen.

Wie beschämend für uns Reichsdeutsche ist es doch, wenn man sieht, wie in Oesterreich kleine Kinder für ihre Eltern Einkäufe in Dekagramm machen, beispielsweise 5 oder 10 Deka Kasse fordern. Darum Regierung und Kommunalbehörden, ausgeräumt mit dem alten Schlandrian, setzt die Preise für das geseglich eingeführte Kilogramm fest!

Eiserne Gedenkstücke der Deutschen Reichsbank.

(Für die Goldeinlieferung.)

Um den eisernen Gedenkstücken, die die Reichsbank künftig neben dem Geldersatz des Wertes den Ablieferern goldener Schmuck- und Gebrauchsgegenstände gewähren wird, ihren idealen Wert zu erhalten und sie als bleibendes Erinnerungszeichen vor Entwertung durch Nachahmung und Handel zu schützen, hat der Bundesrat, wie wir schon kurz berichtet haben, am 3. d. M. eine besondere Verordnung erlassen. Die Verordnung verbietet grundsätzlich jedeervielfältigung und Nachbildung, auch dann, wenn die Nachbildung Abweichungen von dem Vorbild aufweist, sofern ungeschieht dieser Abweichungen die Gefahr einer Verwechslung vorliegt. Weiter wird auch die Nachbildung zum eigenen Gebrauch, oder auch nur in einem Stück, oder auch unter Benutzung eines anderen Stoffes als Eisen oder eines anderen Verfahrens, anderer Abmessungen und anderer Farben verboten. Gestattet bleibt die Wiedergabe der eisernen Gedenkstücke im Wege der Abbildung; diese Abbildung darf jedoch nicht zur Warenausstattung benutzt werden. Dieses Verbot gilt auch für die Sinnspiele, mit denen die Gedenkstücke versehen werden. Der Handel mit solchen Gedenkstücken wird, um sie als persönliche Erinnerungen dem Einlieferer von Goldsachen und seiner Familie zu erhalten, völlig ausgeschlossen, ebenso jede rechtsgeschäftliche Verfügung, außer zugunsten von Familienangehörigen oder für den Todesfall. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und mit Geld- oder mit einer dieser Strafen geahndet.

Einstellung der Berichte über die Londoner Goldbewegung.

Aus London wird gemeldet: Die Bank von England hat die bis her täglich veröffentlichten Angaben über die Goldbewegung eingestellt.

Man hat sie stets und mit Recht als symptomatisch für die Lage des „einzigen freien Goldmarktes“ betrachtet, wenn sie auch natürlich in Kriegszeiten von ihrer symptomatischen Bedeutung schon erheblich eingebüßt haben. Denn, wenn auch vielleicht in England kein direktes Goldausfuhrverbot besteht, so ist doch die Goldpolitik seit Beginn des Krieges schon vom Schatzamt und der Bank von England in den Dienst der Kriegsfinanzierungspolitik gestellt worden und dadurch die freie Bewegung des Goldes so ziemlich illusorisch gemacht worden. Wie wenig zuverlässig selbst die bisherigen Ziffern gewesen sind, zeigte ja auch die Meldung, daß es den Goldarbeitern kaum mehr möglich sei, Sovereigns zum Umarbeiten in Trauringe aufzutreiben, eine Tatsache, die sich eben nur mit einer viel weitergehenden Entgoldung des inneren britischen Verkehrs erklären läßt, als man sie bisher für möglich gehalten hatte. Die Dinge müssen sich nun aber, so schreibt der „Berl. B.-G.“, ausgesprochen kritisch zugespielt haben, denn sonst würde die Bank von England kaum zu dem Mittel der Einstellung der Veröffentlichung über die Goldbewegungen geschritten sein, umsomehr, als sich ihre Leiter zweifellos in vollem Maße bewußt sind, zu welchen Kommentaren die Maßregel den Anlaß geben muß.

Fragt man sich, welche äußere Veranlassung zu diesem Bruche mit ihrer Tradition geführt haben kann, so liegt der Gedanke ziemlich nahe, daß der Anstoß von dem bevorstehenden Eintreffen der Goldtribute aus Rußland, Frankreich, möglicherweise sogar aus Italien, ausgegangen ist.

Die Bank von England hat ihre Goldbestände im Auslande, die allerdings ihrer direkten Verwaltung unterstanden, während des Krieges einfach ihrem eigenen Bestände zugerechnet. Sollte sie etwa, nach dem Vorgange der Bank von Frankreich und der Russischen Staatsbank, dazu übergehen wollen, sich als Sicherheiten für an England gewährte Kredite ausländische — vielleicht in der Union — Depots zu schaffen, die ihrem direkten Zugriff entzogen sind, aber trotzdem weiter als Bestände figurieren? Als Vorbereitung zu derartigen Maßnahmen würde der auffallende Schritt des Institutes allerdings recht gut passen.

* (Der streikende „Eisennickel“.) Von den städtischen Gaswerken wird mitgeteilt, daß die neu zur Ausgabe gelangten eisernen 20 Hellerstücke genau so wie die Nickelstücke zum Einwurf in die Gasautomaten geeignet sind. Es scheint also, daß maßgebenden Ortes bereits Beschwerden oder Anfragen, ob die neue Kriegsmünze die Funktion der 20 Heller-Automaten nicht führe, eingelaufen sind. Es wird versichert, daß zwischen der Gemeinde und dem Münzamt die Notwendigkeit erörtert wurde, das neue Geld für die Gasautomaten geeignet zu gestalten. Nun sind es gerade diese Automaten, deren Gebrauch durch die Verwendung der neuen 20 Hellerstücke schon in mehreren uns gemeldeten Fällen unmöglich wurde. Die Automaten funktionieren nicht und geben oder behielten das Geld zurück. Damit ist eine sehr peinliche Kalamität geschaffen. Was werden bei der bald immer größer werdenden Seltenheit der Nickelmünzen zu 20 Hellern die Besitzer der Gasautomaten machen? Das Gas ist in vielen Haushaltungen und speziellen Betrieben nötig, wie das tägliche Brot. Schon im Frieden war die Zahl der im Umlauf befindlichen Nickel zu 20 Heller sehr gering, und wenn man sich nach dem Grunde erkundigte, wurde die Auskunft zuteil: „Ja, die Leute sammeln die Nickel für die Gasautomaten“. Demzufolge wird nun eine Hetzjagd auf den so nötigen großen Nickel stattfinden, und ihre Ein-

ziehung wird auf große Schwierigkeiten stoßen. Die Mitteilung der städtischen Gaswerke zeigt, daß gewiß der gute Wille vorhanden war, den zu erwartenden Uebelständen vorzubeugen. Aber was hilft das alles, wenn die Tatsachen den Erfolg versagen und die Nickel einen Generalstreik beginnen? Daß wir nicht allein stehen mit dieser Erfahrung, beweist eine Nachricht der „Berliner Morgenpost“. Dort heißt es, daß Postautomaten beim Einwurf eiserner 10 Pfennigstücke versagt haben und die Reichspostverwaltung in öffentlichen Plakatierungen ersucht, nur Nickelstücke in die Automaten zu werfen. Es wird also angezeigt sein, in dieser Angelegenheit möglichst rasch Abhilfe zu schaffen, ehe noch die Kalamität einen schwer fühlbaren Umfang angenommen hat. Man kann leicht auf den Inhalt von Schokoladenautomaten verzichten, schwer oder gar nicht aber auf die Funktion der Automaten, die in vielen Fällen dafür sorgen, daß wir Licht in der Wohnung und ein warmes Essen auf dem Tische haben.

(Die Goldknappheit in England,) welche kürzlich die Bank von England veranlaßte, die täglichen Goldbewegungen nicht mehr bekanntzugeben, hat jetzt, wie man uns aus Berlin telegraphiert, zu einer neuen gesetzlichen Bestimmung geführt, wonach es jedermann bei Strafe verboten ist, Goldmünzen einzuschmelzen, zu verarbeiten oder zu ändern als zu Münzzwecken zu verwenden. Die Maßnahme beleuchtet scharf die Verhältnisse des angeblich völlig freien Goldmarktes in England.

[Ein Vorschlag für die Ausführung unserer Scheidemünzen.] Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Fast zugleich mit der Ausgabe der eisernen Zwanzighellerstücke verlautete es, daß man nun auch daran gehe, die Einziehung der im Umlaufe befindlichen Zweihellerstücke aus Bronze und deren Ersatz ebenfalls durch Eisen vorzubereiten. War schon jetzt eine gewisse Verwechslungsmöglichkeit der verschiedenen Münzen, namentlich der Zwanzigheller- und der Kronenstücke untereinander nicht abzuleugnen, so wird jetzt, wo dann das Zweihellerstück sich weder in der Farbe noch in der Größe merkbar von dem Zwanzighellerstück unterscheiden wird, die Möglichkeit von Irrtümern noch größer werden als bisher. Jeder hat es wohl schon oft genug gesehen und auch schon selbst mitgemacht, wie schwierig es ist, bei Rassen, im Gedränge usw. sofort die richtige Münze zu finden; in schlecht beleuchteten Lokalen, im Gedränge auf den Straßen, Bahnen usw. muß man sich oft mehr auf den Tastsinn als auf

das Gesicht verlassen. Es würde doch nicht die geringste Schwierigkeit machen, zum Beispiel die Zweihellerstücke statt rund, achteckig auszuprägen. Damit könnte der Vorteil verbunden sein, daß jeder einen kleinen Maßstab bei sich trägt, wenn zum Beispiel diese achteckigen Münzblättchen in genauer Breite von 20 Millimeter ausgeführt werden, oder auch sogar zur Nuthilfe Gewichte dargestellt werden können, wenn diese Münzblättchen ein gewisses Normalgewicht, zum Beispiel von 3 Gramm, bekämen. Der Umstand, daß diese Zweihellerstücke nicht rund, sondern achteckig wären, würde deren Verwendbarkeit und Umlaufsfähigkeit gewiß kein Hindernis bieten und dem Publikum wäre ein Dienst erwiesen, wenn die Geldzeichen unserer Währung so eingerichtet sind, daß sie vor schadenbringenden Verwechslungen Sicherheit bieten.

(Die Abstempelung der serbischen Dinarnoten.) Aus Belgrad wird dem *Pester Lloyd* berichtet: Der Umstand, daß die serbische Regierung bei ihrer Flucht die Notendruckerei mitgenommen hat und in der Lage ist, Dinarnoten, für die es keine Metalldeckung gibt, nach Belieben zu erzeugen, hat seinerzeit bekanntlich das Militär-Generalgouvernement veranlaßt, ein Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Dinarnoten zu erlassen, mit dem dem Schmuggel von Dinarnoten nach Serbien, der nicht ohne Einfluß auf die Preisgestaltung einzelner Waren im Lande bleiben konnte, gesteuert werden sollte. Eine weitere Maßnahme zur Regelung der serbischen Valutafrage war eine Verordnung des Armeekorpskommandos vom 22. Juni d. J., mittelst deren der Zahlungsverkehr in dem Sinne geregelt wurde, daß die Zahlungsmittel der Kronenwährung angenommen werden müssen bei allen Zahlungen für Gegenstände oder Leistungen, deren Preis amtlich festgesetzt ist und die von Kreiskommandos oder Organen der Militärverwaltung zwangsweise gefordert werden, wobei zugleich als Wertverhältnis festgesetzt wurde, daß eine Krone gleich zwei Dinar sei. Es werden daher bei den öffentlichen Kassen Zahlungen in der Kronenwährung und in der serbischen Währung gleichmäßig zu dem oben angegebenen Verhältnis angenommen, und es findet diese Bestimmung insbesondere auch auf die in der serbischen Währung festgesetzten Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben Anwendung. Durch eine weitere Verordnung wurde schließlich festgesetzt, daß nach Ablauf eines gewissen Termins seitens der Militärbehörden nur jene Dinarnoten der serbischen Nationalbank als Zahlungsmittel angenommen werden, die auf beiden Seiten mit dem Stempel eines Kreiskommandos oder des Bezirkskommandos Belgrad-Stadt versehen sein werden, und es wurde die Bevölkerung aufgefordert, diese Abstempelung im eigenen Interesse vornehmen zu lassen. Nun ist der Termin hierzu in Belgrad am 25. Juli und auf dem Lande am 4. d. abgelaufen, und das Resultat, das gewiß nicht ohne politische Bedeutung ist, ist ein sehr zufriedenstellendes. Aus dem ganzen Lande sind zwar die Resultate der Abstempelung noch nicht bekannt, aber auch die bisher bekannt gewordenen beweisen, daß die Bevölkerung die Ueberzeugung über die Stabilität der neuen Verhältnisse gewonnen hat und sich in diese hineinzufinden trachtet. Um die volle Bedeutung des Abstempelungsergebnisses zu bemessen, wäre es freilich notwendig, zu wissen, wie hoch der Banknotenumlauf überhaupt zur Zeit der serbischen Katastrophe war und wie viel eigentlich Banknoten im Lande abfliehen sind. Hier gehen jedoch die Schätzungen stark auseinander. Während in Friedenszeiten während der Ausfuhrsaison gewöhnlich 120 bis 150 Millionen Dinarbanknoten im Umlauf waren, schwanken die Schätzungen des gegenwärtigen Standes zwischen 300 und 500 Millionen Dinar, von denen freilich der allergrößte Teil von den Flüchtlingen mitgenommen sein dürfte.

*** Kleingeldspekulanten.** Der Krieg hat nicht nur die Spezies der Lebensmittelspekulanten geschaffen. Je länger dieser Krieg dauert, desto merkwürdigere und eigenartigere Erscheinungen treten auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens zutage; Erscheinungen, die man in Friedenszeiten für ein Ding der Unmöglichkeit gehalten, begegnen wir jetzt Schritt auf Schritt, ohne uns ihrer erwehren zu können. Zu den sonderbarsten Dingen, die wir jetzt erleben, gehört der Mangel an Klein-, beziehungsweise an Kupfergeld, der sich bereits seit Monaten im täglichen Geldverkehr in der unangenehmsten Weise fühlbar macht. Man kann heute nicht den kleinsten Einkauf besorgen, ohne an den Mangel an Kupfergeld erinnert zu werden, gleichviel, ob man in der Trafik seinen Bedarf an Cigarren oder Cigarretten zu decken versucht, oder ob man im Restaurant seine Zecher begleichen will. Ueberall vernimmt man die gleiche Bitte: „Haben Sie nicht Kupfergeld?“ Sogar die mit dem Einheben des Brückengeldes betrauten staatlichen Organe verfügen nicht über die erforderlichen Mengen Kleingeld, ein Uebelstand, der im Publikum höchst unangenehm empfunden wird und auf den wir vor einigen Wochen bereits hingewiesen haben. Fragt man an maßgebender Stelle über die Ursachen des Mangels an Kupfergeld, so erhält man die verbüffende Antwort, daß die Kleingeldspekulanten daran die Schuld tragen, jene Kleingeldspekulanten, die aus unerfindlichen Gründen darauf rechnen, daß unser Papiergeld eines schönen Tages seinen Werth verlieren könnte und daß dann eine goldene Zeit für sie gekommen sein wird. Diese gewissenlosen Elemente sind im Stillen an der Arbeit und werden nicht müde, die unsinnigsten Gerüchte zu verbreiten. Sie gehen systematisch vor und treiben alle erhältlichen Mengen Kleingeld auf, in der Hoffnung, eines Tages glänzende Geschäfte machen zu können. Spät, aber doch hat sich nun die Regierung entschlossen, diesen unsinnigen Spekulationen und Untrieben ge-

wissenloser Elemente ein Ende zu bereiten. Eine Lokalkorrespondenz weiß heute zu melden, daß in den allernächsten Tagen eine Regierungsverordnung erscheinen wird, in welcher die Kleingeldspekulanten mit Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu tausend Kronen bestraft werden. Es heißt, daß diese Verordnung auch rückwirkende Kraft besitzen wird und daß von ihr auch Jene betroffen werden, die das Kleingeld nicht zu Spekulationszwecken, sondern aus der völlig unbegründeten Furcht einer Entwerthung unseres Papiergeldes dem allgemeinen Verkehr entziehen. Hoffentlich wird die Regierungsverordnung dazu beitragen, den Kleingeldspekulanten das gewissenlose Handwerk zu legen und die Furchtsamen veranlassen, ihr thörichtes Beginnen aufzugeben.

Das Eisengeld der Vorzeit.

Bei Gelegenheit der Einführung untrer neuen Scheidemünzen aus Eisen mag ein Rückblick auf die frühere Verwendung des Eisens zu Münzzwecken gestattet sein.

Raum waren die Völker des Altertums auf die erste Kulturstufe gekommen, wo sie die Bearbeitung der Metalle kennen gelernt, genügte ihnen der Tauschhandel nicht mehr, an die Stelle des Naturalgeldes trat allmählich das Metallgeld. Die zuerst erworbene Kenntnis des Eisenschmelzens brachte die Verwendung des Eisengeldes mit sich. Schon zweitausend Jahre vor unsrer Zeitrechnung bedienten sich die Chinesen desselben und gaben ihm ver-

schiedene Formen: einer Fischgabel, eines Messers, einer Glocke, bis man den Vorteil einer kreisrunden Scheibe erkannte, und damit man die Stücke nicht bloß aufeinanderlegen, sondern an Schnüre zur Erleichterung der Zahlung reihen konnte, verfab man diese aus Eisenguß hergestellten Scheidemünzen mit einem viereckigen Loch in der Mitte.

Die Japaner ahmten dies Verfahren nach, gaben aber ihren „Kobans“ eine flache, ovale Scheibenform. Sie waren das einzige Volk, das die kleinste Münze „Doosa-Seni“ bis zum 19. Jahrhundert in Eisenguß herausgab. In Aegypten war Eisengeld nur bis zur Römerzeit im Gebrauch, dann kamen die römischen Gold- und Silbermünzen in Umlauf.

Im alten Griechenland soll der argivische König Pheidon ungefahr tausend Jahre vor Christus geprägte Münzen eingeführt haben, welche die sonderbare Form von Eisenspießen hatten. Da solche unter den Trümmern eines Tempels der Here in Argos gefunden wurden, müssen sie Eigentum von Soldaten gewesen sein, welche Ersparnisse in den Tempeln der „reinen“ Göttinnen: Here, Pallas Athene und Diana niederzuliegen pflegten, nicht nur der Sicherheit wegen, da diese Heiligtümer streng bewacht wurden, sondern auch aus Scheu, das einmal dort Hinterlegte leichtsinnig zu vergeuden. Auch im Peloponnes fand man verschieden geformte Eisemünzen. Im strengen Sparta waren anfänglich Gold- und Silbermünzen verboten, man führte dort eisernes Geld in in großen Stücken und schwer an Gewicht, um dem Luxus und Geiz zu steuern. Solches Geld war schwer aufzustapeln und zu verbergen, denn es nahm einen großen Raum ein und zum Transport von ungefahr zehn „Minä“ brauchte man ein Zweigeispann von Ochsen. Lange blieb von Eisen die kleine Münze „Obolos“ in länglicher Form (Obolos = Braßpieß). Es war dies die Münze, die den Toten in den Mund gesteckt wurde, damit sie dem Fährmann Charon die Ueberfahr über den Styz bezahlen und in die Elysäischen Felder gelangen konnten.

Bei den nordischen Völkern waren Eiserringe gebräuchlich, die massenhaft als Grabbeilagen gefunden wurden, von kleinster Form bis einige Millimeter schwer, teils geschlossen, teils offen, mit Tierköpfen geziert, bestimmt, an Händen und Füßen, vielleicht auch um den Hals getragen zu werden. Sie galten nicht bloß als Schmuck, sondern für ihre ehemaligen Besitzer auch als Geld. Die Ringsform, wie sie auch bei den alten Aegyptern angetroffen wird, bietet für unentwickelte Geldverhältnisse manche Vorteile: die starken, über Arme und Hände aneinandergeschobenen Ringe dienten als Schutzwanne und Schlagringe, und deren Träger waren der Sorge ihres Aufbewahrens enthoben. Größere Zahlungen leistete man durch Abstreifen eines oder mehrerer Ringe, kleinere durch Ringbruchstücke, und war hiezu die Drahtform schädlich. Solche Ringe hießen „Bauge“, und so läßt sich der Ehrenname „Baugebrecher“ erklären, welchen die Dichter nordischen Königen gaben, die in ihrer Freigebigkeit die Dienste der Skalden oder Getreuen durch Geschenke von Bruchstücken ihrer eigenen Armringe belohnten, die, von den Empfängern mit Stolz zur Schau getragen, gleichsam Vorläufer der späteren Ordensauszeichnungen bildeten.

Der wahrheitsliebende Julius Cäsar erwähnt in seinem Werke „De bello gallico“, daß die alten Britanni nur eiserne Münzsorten kannten, hauptsächlich Ringe von unterschiedlichem Gewichte, und erst durch die Römer Silber- und Kupfermünzen als Tauschmittel anzuwenden lernten. In Atrußland dienten Kopfen aus Eisen in länglicher Form als kleinste Münze, Eisengeld in verschiedenen Gestalten, bald in rohen Stücken, bald geschmiedet als Stab, Spaten, Messer oder Lanzenspitze, vermitteln stellenweise noch heute den Verkehr im Innern von Afrika.

Später diente das zu Münzzwecken wenig geeignete Eisen zur Herstellung von Gußmedaillen zum Andenken an Persönlichkeiten oder besondere Ereignisse.

Daß man in Greifswalde zur Zeit Napoleon I. aus Not eiserne Münzen prägte, ist nicht festzustellen. Eine Erzeugung von Marken aus gewalztem Eisen in größerer Menge ist erwähnenswert, geprägt in der Fabrik des Stifles Admont zu Trieben, die im Jahre 1880 bei Gelegenheit der Grazer Landesausstellung zur Verteilung kamen.

*(Kleingeldmangel.) Wir erhalten die folgende Zuschrift: Der Erlaß der Oesterreichisch-ungarischen Bank, eiserne Geldstücke nur gegen Nickelgeld gleichen Werthes an ihren Schaltern zu verabsolgen, hat den offensichtlichen Mißstand des Kleingeldmangels zur Folge, obgleich er freilich den einzigen, an sich anerkennenswerthen Zweck verfolgte, der Bank Nickel zuzufließen zu lassen. Im Interesse eines genügenden Umlaufs von Kleingeld wäre es aber gelegen, wenn die Bank auch gegen Noten Eisengeld verabsolgen würde, denn der Besitzer, der es vorschriftsmäßig gegen Nickel einauscht, hat nicht viel erreicht, da er das Eisengeld rasch genug auszugeben gezwungen und alsdann wiederum ohne die so nothwendige kleine Münze ist. Da überdies die Gültigkeit der Nickelstücke nur bis Ende Dezember dieses Jahres festgesetzt wurde, so wird es natürlich eines Jeden Bestreben sein, seinen Vorrath daran rechtzeitig unterzubringen. Der Mangel an Kleingeld ist aber heute, wo die Stadt noch verkehrreicher als gewöhnlich ist, schon ein merklich fühlbarer und die draconische Maßregel, die die Beschaffung der gangbarsten Münzen so erschwert, wirkt durch die vielen, den Umsatz steigernden Fremden nur umso drückender und unverständlicher. Es wird wohl keinen Bürger dieser Stadt geben, der das Erscheinen des eisernen Geldstückes nicht gewissermaßen als ein Symbol harter, aber großer und unversehlicher Zeiten, die über das Vaterland dahinziehen, begrüßt hätte. Mit umso größerem Eifer wird er eilen, seinen Nickelbesitz abzuliefern. Er fügt sich dem eisernen Zwange der Nothwendigkeit in des Wortes verwegenster Bedeutung und trägt somit sein Scherflein zu der allgemeinen Opferbereitschaft bei, in deren Zeichen der Sieg unser sein wird. Seinen Lebensgewohnheiten die kleine Erleichterung zu versagen, die eine offenbar unnöthige Verfügung ohne sichtbaren Nutzen hemmt, kann aber wohl in Niemandens Interesse liegen. (H. G.)

* (Umtausch der $4\frac{1}{2}$ perzentigen Staatskassenscheine.) Der für den Umtausch der am 1. Oktober l. J. fälligen $4\frac{1}{2}$ perzentigen Staatskassenscheine auf $5\frac{1}{2}$ perzentige Staatskassenscheine festgesetzte Termin läuft am 14. d. ab. Aus dem Umstande, daß die Besitzer der alten Staatskassenscheine von der für sie vortheilhaftesten Gelegenheit reichlich Gebrauch machen und ihre alten Staatskassenscheine zum Zwecke des Umtausches gegen die neuen, $6\frac{1}{2}$ Perzent Verzinsung bietenden, nach drei Jahren fälligen Kassenscheine bei den Umtauschstellen bereits in bedeutenden Beträgen angemeldet haben, kann mit Recht die Folgerung gezogen werden, daß diese Umtauschoperation einen vollen Erfolg zeitigen wird. Zu dieser Annahme berechtigt auch die wesentliche Besserung, welche in der Lage auf dem Kriegsschauplatz in den jüngsten Tagen eingetreten ist, die stete Festigkeit des Anlagemarktes und die Thatsache, daß der Kurs der im vorigen Jahre emittirten, am 1. Juni 1919 fällig werdenden $5\frac{1}{2}$ perzentigen Staatskassenscheine über Bari notirt.

12. / IX. 1916

152

Der Umtausch der ungarischen Staatskassenscheine.] Aus Budapest wird telegraphiert: Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Der für den Umtausch am 1. Oktober fälligen $4\frac{1}{2}$ prozentigen Staatskassenscheine auf $5\frac{1}{2}$ prozentige Staatskassenscheine festgesetzte Termin läuft am 14. September ab. Aus dem Umstande, daß die Besitzer der alten Staatskassenscheine von der für sie vorteilhaften Gelegenheit reichlich Gebrauch machen und ihre alten Staatskassenscheine zwecks Umtausches gegen die neuen $6\frac{1}{2}$ Prozent bietenden und nach drei Jahren fälligen Kassenscheine bei den Umtauschstellen bereits mit bedeutenden Beträgen angemeldet haben, kann mit Recht die Folgerung gezogen werden, daß diese Umtauschoperation vollen Erfolg zeitigen werde.

Zerschnittene Zweikronennoten.

Als Ersatz für Kleingeld. — 10 Heller Abzug bei der Einlösung.

Aus Budapest, 12. d., wird uns telegraphiert: Wegen des Mangels an Kleingeld hatte es sich in den letzten Tagen in Budapest wiederholt ereignet, daß insbesondere die Zahlkellner sich über den Mangel in der Weise hinwegsetzten, daß sie die Zweikronennoten in der

Mitte entzweischnitten. Einige Kellner haben sogar die Zweikronennoten in vier Teile zerschnitten.

Wie nun die Oesterreichisch-ungarische Bank, an die sich viele Personen mit Anfragen wandten, verlautbaren läßt, wird sie diese Papierschnitzel nicht ohne Abzug einlösen, sondern nach jeder Zweikronennote 10 Heller in Abzug bringen.

13./IX. 1916

154

(Einkronennoten.) Aus Budapest meldet das Tel.-Korr.-Bureau: Die Budapester Handelskammer hat sich an die Regierung mit einer Eingabe gewendet, in der zunächst ausgeführt wird, daß das Verschwinden der Einkronenmünze aus dem Verkehr im geschäftlichen Leben schon sehr empfindliche Nachteile verursacht hat. Die Eingabe behandelt eingehend diese Nachteile vom valutarischen wie vom verkehrstechnischen Gesichtspunkt aus, betont die Möglichkeit von Mißbräuchen und schließt mit der Erklärung, daß zur Beseitigung der Uebelstände die Ausgabe von Einkronennoten eine dringende Notwendigkeit wäre.

Der Kleingeldmangel.

Wie aus Budapest telegraphiert wird, hat sich die Budapester Handelskammer gestern an den ungarischen Handelsminister, den Finanzminister sowie an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza mit einer Eingabe gewendet, in der zunächst ausgeführt wird, daß das Verschwinden der Ein-Kronen-Münze aus dem Verkehr im geschäftlichen Leben schon bisher sehr empfindliche Nachteile verursacht hat. Die Eingabe behandelt sodann eingehend die Nachteile dieser Situation vom valutarischen wie vom verkehrstechnischen Gesichtspunkte aus, betont die Möglichkeit von Mißbräuchen und schließt mit der Erklärung, daß zur Beseitigung der Uebelstände die Ausgabe von Ein-Kronen-Noten eine dringende Notwendigkeit wäre.

Der „Pester Lloyd“ bemerkt hierzu: Während bisher nur über Kleingeldmangel geklagt wurde, weil die Zwanzig- und Zehnhellerstücke, sowie die Zwei- und Einhellermünzen immer seltener wurden, kommen jetzt auch viel weniger Kronen in den Verkehr, so daß die Käufer ebenso in die ärgste Verlegenheit kommen, wenn sie Beträge unter einer Krone auszahlen, wie die Verkäufer, wenn sie den Kunden von zwei Kronen herausgeben sollen. Meistens hilft man sich in der Weise, daß man die Zwei-Kronen-Note zerreißt und die Hälfte als Krone bewertet, oder den vierten Teil mit 50 Heller berechnet, für kleinere Beträge aber Briefmarken gibt und nimmt. Die Zerstückelung der Zwei-Kronen-Noten begegnet wohl bei vielen einem gewissen Mißtrauen, doch werden die Betreffenden allemal damit beruhigt, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank auch die Banknotenteile ihrem entsprechenden Werte nach einlöst. Dies ist auch tatsächlich der Fall. Es gilt nicht nur von den Zwei-Kronen-Noten, sondern von allen Banknoten ohne Unterschied.

Beschlagnahme des Entente-Goldes durch England.

L. London, 12. September. Die „Times“ veröffentlichen ein Interview ihres Pariser Korrespondenten mit dem französischen Finanzminister Ribot. Dieser erklärte, die französische Regierung sei entschlossen, die Einkommensteuer einzuführen, denn dadurch würde ein großer Teil der Verbindlichkeiten Frankreichs gedeckt werden; aber eine übertrieben schnelle Einführung der Steuer würde das Land heurubigen.

Der Minister sagte ferner, die Bank von Frankreich besäße eine Goldreserve von über 160 Millionen Pfund Sterling. Frankreich sei daher in der Lage, England einen beträchtlichen Goldbetrag zu versprechen. Dasselbe taten Rußland und Italien entsprechend ihrer Fähigkeit. Die französische Regierung stellte dieses Gold dem englischen Schatzamt als Anleihe zur Verfügung. Das Schatzamt werde Frankreich in London einen Kredit in englischem Golde eröffnen.

L. London, 12. September. „Daily Telegraph“ schreibt, daß Frankreich auf der Konferenz in Calais am 24. August versprochen habe, einen weiteren Goldbetrag zu liefern. Das Blatt sagt, Frankreich und Rußland hätten zwar bisher gewisse Goldbeträge hergegeben, um den Wechselkurs zu verbessern und einen kleinen Teil der Schulden für Kriegsmaterial zu bezahlen, leider dächten aber Frankreich, Rußland und Italien nicht daran, zugunsten Englands ihr Gold in eine gemeinsame Kasse zu tun.

„Morning Post“ warnt den englischen Geldmarkt davor, die Äußerungen Ribots so aufzufassen, als ob die Goldreserve Frankreichs England zur Verfügung gestellt würde. Man dürfe keine wesentliche Milderung für den englischen Geldmarkt erwarten. Die Goldzufuhren aus dem Auslande würden nur einen sehr kleinen Teil der Verbindlichkeiten, die England bei der Finanzierung der Verbündeten eingegangen sei, decken. Das Blatt spricht sich gegen die Unterbringung eines Teiles der französischen Kriegsanleihe in London aus, da die frühere Anleihe auf den Kurs der englischen Wertpapiere gedrückt hätte.

Den oben mitgeteilten Äußerungen Ribots ist in den letzten Tagen die Meldung vorausgegangen, daß Frankreich, Rußland und Italien einen Teil ihrer Goldreserven nach England abgeben werden, wogegen England die Kriegsankäufe für die Alliierten durchführen oder erleichtern soll. Das englische Schatzamt eröffnet einen Kredit in Höhe der deponierten Goldreserven. Der „Berl. Volksw. Anzeiger“ bemerkt hierzu: Wie erinnertlich, erklärte erst vor kurzem eine offiziöse Petersburger Quelle, daß die Russische Staatsbank nicht mehr in der Lage sei, weitere Goldreserven nach dem Auslande (d. h. London) zu machen, da das Gold der Bank zur Deckung des heimischen wirtschaftlichen und geschäftlichen Bedarfes unentbehrlich sei. Trifft die obige Nachricht zu, woran kaum zu zweifeln ist, so mußten die bisher schon von England auch finanziell abhängigen Ententegenossen einem neuen starken Druck ihres selbstlosen Freundes nachgeben, der sie nachgerade in Fesseln schlägt. Englands Handlungsweise ist ja erklärlich genug. Nachdem es in immer wachsendem Maße für die Kriegswirtschaft seiner mehr oder minder in Not gehenden Genossen zu sorgen hat, sucht es sich in noch ausgiebiger Weise gegen weitere Risiken zu sichern. Daß dies nur durch Beschlagnahme des reellsten Besitzes — des Goldes nämlich — geschehen kann, ist klar. Daß sich hierdurch aber die eigene Finanzlage der einen neuen Goldaderlaß unterworfenen Länder weiter empfindlich verschlechtert, ist nicht minder klar. In sämtlichen dieser feindlichen Staaten hat im Laufe des Krieges durch die unheimlich gewachsene Papiergeldzunahme, der keine entsprechende Zunahme (in einzelnen Fällen eine starke Abnahme) des Goldbesitzes gegenüberstand, die Sicherung der Landeswährung eine Erschütterung erfahren. In engem Zusammenhang damit steht die fortschreitende Verschlechterung des Kredits im Auslande.

Wenn nun durch die Darstellung von einer „Zusammenwerfung der Goldreserven“ der vier Länder der Schein erweckt werden sollte, daß hierdurch eine Art gemeinsamer Garantie einträte, so kann von einer solchen Auffassung nicht entfernt die Rede sein, nachdem klargestellt ist, daß England durch die allem Anscheine nach erzwungenen weiteren Goldauslieferungen lediglich für sich selbst auf Kosten seiner „Freunde“ gesorgt hat.

Die Frauen und die bargeldlose Zahlung.

Der Bund deutscher Frauenvereine hat es sich angeeignet sein lassen, die Frauen über die Bedeutung des Scheckverkehrs durch Flugblätter aufzuklären und zu ermitteln, wie die Frauen sich bisher zu dem Scheckverkehr verhielten. Nach den Ermittlungen dieser Vereine ist die Sachlage folgende:

Die Banken haben in der letzten Zeit eine Zunahme ihrer weiblichen Kundschaft zu verzeichnen, doch sind dies meist ledige Frauen, besonders

kaufmännisch Angestellte oder gewerblich Tätige. Diese zeichneten Kriegsanleihe und legten sich bei dieser Gelegenheit ein Bankkonto an, dessen Vorteile sie aus ihrer kaufmännischen Tätigkeit kennen gelernt hatten. Viele Ehemänner übertrugen auch bei ihrer Einziehung zum Heere ihr Bankguthaben auf ihre Frau, damit diese darüber frei verfügen könne.

Beim Berliner Postscheckamt hat sich die Zahl der Kontoinhaber seit Kriegsausbruch bedeutend erhöht. Sie betrug vorher 18,000 und ist jetzt auf 25,000 gestiegen. Von den 25,000 Kunden des Postscheckamtes sind aber noch nicht ein Prozent Frauen. Auch hier sind es meist ledige Frauen, besonders Geschäftsinhaberinnen, die sich ein Konto einrichten. Wo aus besonderen geschäftlichen Gründen eine Firma das Postscheckkonto auf den Namen der Frau des Geschäftsinhabers ausstellen läßt, da sieht das Postscheckamt darauf, daß zur Vermeidung von Irrtümern der weibliche Vorname in der Kontobezeichnung voll ausgeschrieben wird. Die unverheiratete mündige Frau kann ohne weiteres ein Postscheckkonto einrichten. Für die verheiratete Frau besteht insofern eine Schwierigkeit, als sie ihrem Antrag die Genehmigung ihres Ehemannes beifügen muß.

In den Kreisen der Frauenbewegung wird diese Bestimmung als nicht mehr zeitgemäß empfunden. In dieser Kriegszeit, wo so viele Frauen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit gelangt sind, wo sie das Wirtschaftsleben an vielen Punkten aufrecht erhalten helfen, erscheine es wenig angebracht, ihre Verfügungsfreiheit über Selbsterworbenes derartig zu beschränken. Zumal Hunderttausende von Ehemännern im Feld und gar nicht in der Lage sind, ihre Einwilligung sogleich zu geben. Die Kassensführerin des Bundes deutscher Frauenvereine, die auf ihren Namen ein Konto für den Bund einrichten wollte, verweigerte aus Prinzip, die „ehemännliche Zustimmung“ einzuholen. Das Postscheckamt lehnte darauf die Einrichtung des Kontos auf den Namen der Dame ab, da „gemäß den Ausführungsbestimmungen zu § 1 der Postscheckordnung, die sich auf die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gründen“, die Zustimmung des Ehemannes erforderlich sei. Man half sich dann damit, daß das Postscheckkonto für den Bundesvorstand errichtet wurde.

Das Postscheckamt entschied völlig korrekt, denn es handelte sich hier um eine gesetzliche Bestimmung des ehelichen Güterrechtes, die nicht einfach durch Verordnung beseitigt werden kann.

Im übrigen aber zeigt sich das Postscheckamt den Frauen sehr entgegenkommend, indem es in den Fällen, wo der Ehemann im Felde ist, von der Beibringung seiner Erlaubnis bei Einrichtung eines Frauenkontos absieht. Ein geschiedene Frau braucht eine solche Erlaubnis nicht, eventuell sieht man auch bei der getrennt Lebenden davon ab.

Etwas schwieriger sind die Banken, die sich genau an die gesetzliche Bestimmung halten. Sie richten zwar der Kriegerfrau auf Wunsch ein Konto ein, verlangen aber die Beibringung der nachträglich eingeholten ehemännlichen Zustimmung in einem bestimmten Zeitraum oder die Vorlegung des auf Gütertrennung lautenden Ehevertrages. Ledige Frauen und Witwen können sich durch Einzahlung von 100 Mark zu jeder Zeit ein Bankkonto einrichten.

In Oesterreich entfallen diese formalen Schwierigkeiten für Frauen im Scheckverkehr.

Der Kleingeldmangel.

In den letzten Wochen macht sich in zahlreichen Gebieten der Monarchie, unter anderem auch auf dem Wiener Platz, Kleingeldmangel bemerkbar. Vor allem sind es die Silbermünzen, und unter diesen wieder die Einkronenstücke, die von den Geschäftsleuten vermehrt werden. Wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, wiederholt sich damit eine Erscheinung, die stets zu beobachten war, wenn auf den Kriegsschauplätzen Veränderungen einschneidender Natur vor sich gehen. Zu solchen Zeiten wurde Hartgeld von gewissen Kreisen immer gehamstert, so auch jetzt seit der Kriegserklärung Rumäniens. So unverantwortlich das Vorgehen dieser Elemente ist, so ergibt sich dennoch nicht die Notwendigkeit, besondere Gegenmaßnahmen zu ergreifen, da das zurückgehaltene Kleingeld allmählich wieder in Verkehr gesetzt wird, wenn die Leute eingesehen haben, daß unsere Armeen sich den Anstürmen unserer Feinde gewachsen zeigen. Immerhin ist, wie uns auf eine Anfrage an die Oesterreichisch-ungarische Bank mitgeteilt wird, von dieser Seite beim Finanzministerium angeregt worden, die Münzämter zu einer Vermehrung, beziehungsweise beschleunigten Prägung von Hartgeld zu veranlassen. Auch wurden von der Oesterreichisch-ungarischen Bank dem Finanzministerium Eröffnungen über die Schwierigkeiten gemacht, auf die die Einführung von Einkronenscheinen stoßen müßte, wie sie in den jüngsten Tagen von der Budapester Handels- und Gewerbekammer gefordert wurde. Es mangelt hier an Arbeitern und Maschinen, außerdem erfordert die Herstellung eines den Fälschern möglichst großen Widerstand bereitenden Entwurfes für ein neues Papiergeld eine geraume Zeit, so daß die gesamten Arbeiten für die Ausgabe der Einkronenscheine vier bis fünf Monate dauern würden.

* (Geteilte Zweikronennoten.) Seit kurzem nimmt die Oesterreichisch-ungarische Bank, um dem Hartgeldmangel abzu- helfen, bei ihren sämtlichen Kassenstellen und Filialen Hälften und Viertel von Zweikronennoten ohne Ab- zug in Zahlung. Die Hälften gelten für 1 Krone und die Viertel für 50 Heller. Die Teile müssen jedoch genau geschnitten sein und werden nachgemessen. Dieser neue Modus der geteilten Banknoten gelangt selbstverständlich auch in allen Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank in den übrigen Kronländern zur Durchführung.

Die Frage der Zweikronenteilung.

In unausweichlichen Fällen toleriert.

In der öffentlichen Meinung sind in letzter Zeit die verschiedensten Auffassungen und Ansichten darüber verbreitet, ob es gestattet sei, die im Umlaufe befindlichen Zwei-Kronen-Noten bei dem herrschenden Kleingeldmangel in zwei, beziehungsweise vier Teile zu teilen und die Teilstücke an Zahlungsstatt für 50, beziehungsweise 25 Heller zu geben und zu nehmen.

Wir haben uns an maßgebender Stelle bei der Leitung der Oesterreichisch-ungarischen Bank über diese Frage erkundigt und haben folgende Antwort erhalten:

Die Verteilung von Zwei-Kronen-Noten ist ein anomaler Vorgang, wurde aber in letzter Zeit infolge eines gewissen Kleingeldmangels häufig praktiziert. In Anbetracht der besonderen gegenwärtigen Lage toleriert die Oesterreichisch-ungarische Bank diesen Vorgang und löst bei ihren Filialen die präsentierten Teile (Hälften oder Viertel) von Zwei-Kronen-Noten ein. Es ist dies aber, wie gesagt, ein besonderes Entgegenkommen in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse und darf keineswegs so aufgefaßt werden, als ob der Vorgang der Notenteilung gleichgültig wäre; im Gegenteil durch die Verteilung der Noten erwächst der Bank ein Schaden, weshalb es auch unbedingt geboten erscheint von der Ausnahme nur in den allerunvermeidlichsten Fällen Gebrauch zu machen.

* **Theilung der Zweikronen-Noten.** Wir lesen in den Wiener Blättern: „Der drückende Mangel an Kleingeld, der eine Folge des Krieges ist, hat das Publikum zur Selbsthilfe veranlaßt. Im Verkehre werden vielfach die Zweikronen-Noten in mehrere Theile zerschnitten und mit diesen Noten kleine Zahlungen geleistet. Das hatte bisher eine Entwerthung zur Folge, weil die Oesterreichisch-ungarische Bank solche in mehrere Theile zerfallene Noten, auch wenn die Note vollständig war und nichts fehlte, nur gegen eine Aufzahlung von 10 Heller zum Umtausche annahm. Durch eine kürzlich erlassene Verfügung werden aber sämtliche Hauptanstalten und Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank angewiesen, die ihr zur Umwechslung eingereichten, in mehrere Theile zerschnittenen Zweikronen-Noten, wenn von der Gesamtheit der Note nichts fehlt, ohne Abzug im Umtausche und in Zahlung anzunehmen. Die Zertheilung der kleinen Noten zur Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse ist also von der Oesterreichisch-ungarischen Bank ausdrücklich gestattet. Selbstverständlich wird dort, wo Stücke von der Note fehlen, der nicht vorhandene Theil in Abzug gebracht. Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird seit längerer Zeit der Plan der Ausgabe von Einkronen-Noten in Erwägung gezogen. Die Vorbereitungen sind aber noch nicht abgeschlossen, und ein Beschluß in dieser Richtung nicht gefaßt.“

— Wir haben uns bei der hiesigen Hauptanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank erkundigt und hier die Auskunft erhalten, daß thatsächlich eine derartige Verfügung erlassen worden ist. Wir erlauben uns nun die Frage, wie es kommt, daß die Budapester Hauptanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank es unterlassen hat, von einer so wichtigen, unter den heutigen Verhältnissen geradezu einschneidenden Maßnahme das Budapester Publikum in geeigneter Weise zu verständigen? Diese Publikation wäre umso nothwendiger gewesen, als ja erst vor kurzem die Theilung der Zweikronen-Noten von der Oesterreichisch-ungarischen Bank auf das entschiedenste als verboten erklärt wurde. Die Essegger Zeitung *Die Essegger Zeitung* hat — wie wir aus der „Drau“ ersehen — sich gleichfalls beeilt, der Presse eine Verlautbarung über die Zulassung der Theilung der Zweikronen-Noten zugehen zu lassen, die Budapester Hauptanstalt hüllt sich in Schweigen und überläßt es der Budapester Presse, die volkswirtschaftlich so bedeutsame Kundmachung den Wiener und Provinzblättern zu entziehen! Diese ganz unverständliche Rücksichtslosigkeit dem Budapester Publikum, aber auch der Budapester Presse gegenüber kann nicht scharf genug gerügt werden, und wir erwarten mit Zuversicht, daß die Leitung der Anstalt Jenen, welchen dieser Verstoß zur Last fällt, den Standpunkt klar machen und sie für die Folge zur entsprechenden Wahrung der Interessen des großen Publikums verhalten wird. — Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank von heute an die eisernen Zwanzig-Hellerstücke nicht nur gegen Nickelstücke, sondern auch gegen Banknoten und andere Münzsorten eintauscht. Auch hiebei ist das Publikum nicht in geeigneter Weise verständigt worden.

*(Die Annahme der Reichsmark als Zahlungsmittel.) Wie mitgeteilt wird, entspricht die kürzlich von einigen Blättern gebrachte Nachricht, wonach der Finanzminister die obligatorische Annahme der Reichsmark in ganz Ungarn angeordnet hätte, nicht ganz den Thatsachen. Der Finanzminister hat nur bezüglich der in das Kriegsgebiet fallenden 18 Municipien, in welchen sich deutsche Truppen aufhalten, an die betreffenden Steuerämter die Verständigung gerichtet, daß die Reichsmark als Zahlungsmittel und zur Umwechslung angenommen werde. Auch bei den Postämtern tritt die Verfügung in Kraft, daß die Mark mit 144 Heller einzuwechseln ist. Von einer Verfügung, daß die Reichsmark im ganzen Lande als obligatorisches Zahlungsmittel gilt, ist demnach keine Rede.

25./IX. 1916

Alteingeld auf der Straßenbahn.

Die Schaffner und Schaffnerinnen der Straßenbahn dürfen infolge Weisung der Direktion seit einigen Tagen Geldnoten von zehn Kronen aufwärts von den Fahrgästen nicht mehr entgegennehmen und wechseln.

Die geteilten Zweikronennoten.

Die geteilten Zweikronennoten, die bekanntlich von der Oesterreichisch-ungarischen Bank ohne Abzug in Zahlung genommen werden, sind in Wien bereits im Umlauf. In Geschäften, in Kaffeehäusern und auf den Märkten werden solche geteilte Banknoten als Hälften oder Viertel an Stelle von Kronen oder 50 Heller-Meingeldmünzen gewechselt. Die Teilung ist aber nicht immer eine sehr sorgfältige. Es gibt solche Hälften von Zweikronennoten, die ungerade Schnitte, die nicht genau in der Mitte der Banknote verlaufen, aufweisen. Allerdings kommt es, wie uns von einem Bankfachmann mitgeteilt wird, nicht auf einen Millimeter an. Nichtsdestoweniger sollte doch auf die Teilung der Banknoten mehr Sorgfalt verwendet werden.

Die Stadtgemeinde als Erzieherin. Zu einer tatkräftigen Werbung für den bargeldlosen Zahlungsverkehr hat sich der Magistrat von Neustadt im Herzogtum Sachsen-Roburg-Gotha entschlossen. Er gibt bekannt, daß er künftig bei Lieferungs- und

Arbeitsaufträgen nach Möglichkeit diejenigen Geschäftsleute usw. in erster Linie berücksichtigen werde, die bei der städtischen Sparkasse ein Scheck- oder Girokonto besitzen. Der Stadtrat begründet diese Maßnahme wie folgt: „In gegenwärtiger Zeit muß jeder Stand und jeder einzelne alles einsehen, um dem Deutschen Reich auch auf finanziellem Gebiete den Sieg über seine Feinde und Widersacher erringen zu helfen. Dazu tut not eine schnelle und gründliche Abkehr von gänzlich veralteten und namentlich in heutiger Zeit unverständlichen und vaterlandsschädlichen Zahlungsgewohnheiten.“

27. IX. 1916

* Aluminiummünzen in Frankreich. Der Mangel an Wechselgeld hat in Frankreich bereits dazu geführt, den Handelskammern der großen Städte die Ermächtigung zur Prägung von kleinen Münzen zu erteilen, die allerdings nur für den örtlich beschränkten Umlauf bestimmt sind. So hat jetzt wieder die Handelskammer von Marseille Aluminiummünzen im Werte von 5 und 10 Centimes in den Verkehr gebracht, um den Mangel an Scheidemünzen zu beheben. Die Stücke tragen auf der einen Seite das von einer behelmten Gallia gekrönte Wappen von Marseille mit der Jahreszahl 1916 und der Umschrift am Rande „Handelskammer von Marseille“. Die Rückseite trägt die Ziffer 5 oder 10 mit der Jahreszahl. Bisher wurden 75 000 Münzen zu 10 Centimes und 25 000 zu 5 Centimes ausgegeben; doch wird man bald genötigt sein, größere Mengen von Münzen neu zu prägen.

* Die Binderung des Kleingeld-Mangels bildet den Gegenstand einer ständigen Aktion der Budapester Handels- und Gewerbekammer. Die Kammer hat an die elektrische Stadtbahn und an die Straßenbahn-Aktiengesellschaft das Ersuchen gerichtet, den Ankauf der verschiedenen elektrischen Fahrkarten auf einmal in größeren Mengen zu ermöglichen. Die Straßenbahn-Gesellschaft gibt bekanntlich Umsteigekarten und Zwanzigheller-Fahrscheine, die Stadtbahn Karten in größeren Mengen aus, die den Sechzehnheller-Fahrscheinen entsprechen. Es wäre jedoch motivirt und vom Gesichtspunkte der möglichsten Einschränkung des Kleingeldverkehrs zweckmäßig, daß auch die Streckentheil- und anderen Karten auf diese Weise erhältlich und daß diese Karten nicht nur bei den Kontrolloren, sondern auch in den Trafiken und anderen Verschleißstellen zu kaufen wären. Die Kammer hat ferner an die Gewerbegeossenschaft der Gastwirthe und der Kaffeehausbesitzer und an die Budapester Milchhallen-Unternehmungen das Ansuchen gerichtet, im Kreise ihres eigenen Verkehrs entsprechende Bolettenhefte einzuführen, welche es dem Publikum ermöglichen, sich mit Karten zu versehen, um mehrfache Einkäufe ohne Kleingeld besorgen zu können. Einzelne Gastwirthe haben derartige Hefte bereits seit Längem eingeführt und sind dieselben mit gewissen Begünstigungen verbunden. Wenn diese

Karten verallgemeinert werden und jedes Restaurant und Kaffeehaus dieselben an Zahlungsstatt annehmen würde, so wäre nur ein gemeinschaftliches Abrechnungsbureau nothwendig und der Kleingeldbedarf der Gast- und Kaffeehäuser würde sich bedeutend vermindern. Auch die Milchhallen könnten derartige Kartenhefte herausgeben, da eben sie am meisten auf Kleingeld angewiesen sind. An die Strom abgebenden Elektrizitäts- und Gaswerke hat die Kammer das Ansuchen gerichtet, die Hellerbeträge ihrer Monatsrechnungen, um den jetzt häufigen Zahlungsschwierigkeiten auszuweichen, auf die Rechnung des künftigen Monats zu übertragen.

Schaffung von Einkronennoten.**Gegen die Teilung der Zweikronenscheine.**

Der Kleingeldmangel, der sich übrigens seit einigen Tagen nicht mehr so fühlbar macht, ließ das im wirtschaftlichen Verkehr beeugte Publikum zu dem Auskunftsmittel greifen, durch Halbieren oder Vierteln der Zweikronennote der Kleingeldknappheit abzuwehren. Diese der Selbsthilfe entsprechende Einführung hat sich jedoch bisher nicht einzubürgern vermocht. Obwohl die Oesterreichisch-

ungarische Bank sich bereit erklärt hat, diese geteilten Banknoten ohne Abzug einzulösen, haben sich dennoch nicht nur ein Teil des Publikums, sondern auch öffentliche Stellen gegen die geteilten Zweikronennoten bisher ablehnend verhalten.

In Wien dürfen beispielsweise Schaffner und Schaffnerinnen der Straßenbahn die geteilten Zweikronennoten nicht an Zahlungsstatt nehmen, da diese bei der Verrechnung zurückgewiesen werden müßten. Die Straßenbahndirektion erklärt, daß sie in den geteilten Zweikronennoten so lange kein gesetzliches Zahlungsmittel erblicken kann, als nicht durch eine Kundmachung des Finanzministeriums diese Einführung geregelt wird. Auch die Postdirektionen haben an die einzelnen Ämter bisher keine Weisung erlassen, die geteilten Zweikronennoten anzunehmen, wenn auch in manchen Ämtern diesem Verlangen entsprochen wird.

Der Kleingeldmangel, der sich von Zeit zu Zeit geltend macht, aber meist bald wieder behoben wird, ist übrigens, wie von der Oesterreichisch-ungarischen Bank mitgeteilt wird, durchaus nicht darin begründet, daß etwa zu wenig Münzen in Umlauf gebracht worden wären. Der zeitweilig auftretende Mißstand ist vielmehr nur auf eine unvernünftige Thesaurierungswut von Hartgeld, wie sie insbesondere in der Landbevölkerung zu herrschen scheint, zurückzuführen. So soll kürzlich ein Landmann in Kärnten ein kleines Gut gekauft und den Kaufschilling von 21.000 Kronen nur in Silbergeld geleistet haben. Zur selben Abhilfe des Kleingeldmangels hat auch die Türkei gegriffen. Nur haben dort die halbierten Pfundnoten den amtlichen Ausdruck erhalten: ein halbes Pfund.

Daß der Ausweg der Banknotenteilung zur Abhilfe des Kleingeldmangels kein dauerndes Mittel zur Behebung dieses Mißstandes sein kann, ist selbstverständlich. Sie soll nur als vorübergehendes Auskunftsmittel dienen. Die Oesterreichisch-ungarische Bank beschäftigt sich jedoch zum Zwecke der gänzlichen Behebung der Kleingeldmisere mit der Schaffung von Einkronennoten. Zur Durchführung dieses Projekts, das in drei bis vier Monaten verwirklicht werden dürfte, sind bereits die Vorarbeiten im Gange.

28. IX. 1916

169

Die geteilten Zweifronennoten.**Annahme durch die Oesterreichisch-ungarische Bank.**

Die Oesterreichisch-ungarische Bank erläßt folgende Verlautbarung: Halbe- und Viertel-Zweifronennoten. Eine Verpflichtung, dieselben im allgemeinen Zahlungsverkehr anzunehmen, besteht nicht, sie finden jedoch auf vielen Plätzen der Monarchie anstandslos Verwendung und können der Oesterreichisch-ungarischen Bank, welche diese Hälften und Viertel zu 1 K., beziehungsweise 50 S., also ohne jeden Abzug annimmt, jederzeit eingeliefert werden.

* (Der Kleingeldmangel.) Wir erhalten folgende Zuschrift:
Zur Entschuldigung der großen Beschwerden, welche der Mangel an Ein Kronenstücken mit sich bringt, sagt man dem Publikum, es sei selbst daran schuld, weil die Ein Kronenstücke zurückgehalten werden. Aber werden auch die Zwanzigheller-, die Zehnhellerstücke „gehamstert“? Und warum gibt es so wenige Zweihellermünzen? Ist es schon unglaublich, daß jemand die neuen Zwanzigheller sammeln sollte — Zweihellerstücke aber wird gewiß niemand in Vorrat anlegen. Schickt man noch so oft in die Bank um Zweihellerstücke — es ist immer vergebens. Warum erschwert man den ohnehin schwierigen Geschäftsverkehr noch durch solche Dinge. Dr. K. G. — In einer anderen Beschwerde heißt es: Ist es unbedingt notwendig, die Zweikronennoten zu zerreißen, wäre es nicht besser, wenn der Ort kleinere Noten, wie z. B. in Deutschland Einmarknoten ausgibt. Ich konnte beobachten, daß sich Leute mit dem Zerreißen (nicht geschnitten) einen Sport erlauben und nur Ärger und Verdruß erzeugen.

Wien und die Wiener.*)

Das neueste „Papier-Kleingeld“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Löbliche Redaktion!

Man kann jetzt in Wien jeden Augenblick Zeuge von Auseinandersetzungen sein, die die Gültigkeit der in die Hälfte geteilten Papiernoten zu 2 Kronen betreffen. In bestimmten Geschäften wird es, entsprechend der Mitteilung der Bank, daß solche halbe Zweikronennoten als Einkronennoten zu betrachten sind, angenommen, anderwärts, so auf der Straßenbahn, lehnen die Schaffnerinnen solches Geld ab. Es erscheint wohl notwendig, in unzweideutiger Weise zu verlautbaren, daß solche halbe Zweikronennoten als gültig für eine Krone anzusehen sind und nicht zurückgewiesen werden sollen.

Da diese „Selbsthilfe“, die nicht übersehen darf, daß die Teilung ganz genau in der Mittellinie zu geschehen hat, nur für die Uebergangszeit bis zur Fertigstellung neuen Papierkleingeldes wird geübt werden müssen, wäre zu erwägen, ob man nicht neue Zweikronennoten herstellen könnte, die den Mittellinien der Breite und Länge gemäß perforiert

*) Zuschriften für diese jeden Dienstag und Donnerstag im Abendblatte erscheinende Rubrik werden nach Maßgabe des Interesses und der Raumverhältnisse veröffentlicht. Einsendungen wollen: an die Redaktion des „Fremden-Blatt“ (für die Abteilung „Wien und die Wiener“) gerichtet werden.

sind, so daß man jede Zweikronennote leicht in 2 zu einer Krone oder 4 zu einer Viertelkrone (also 50 Heller) zerlegen könnte. Der notorischen Kleingeldnot könnte dadurch wirksam begegnet werden, auch wäre es von vornherein vermieden, daß die Teilung anders als in den vorgezeichneten Linien geschieht, so daß die vollkommen gleichen Teile bei der Bank jederzeit in vollem Werte zur Einlösung kämen.

Indem ich bitte, der obigen Anregung im Interesse des Publikums in Ihrem geschätzten Blatte Raum zu geben, zeichne ich hochachtungsvoll

A. R.

Der bargeldlose Verkehr der Städte.

Eine Berliner Denkschrift.

Der Berliner Stadtkämmerer Böh veröffentlicht eine Denkschrift über die Förderung des bargeldlosen Verkehrs in der Stadtverwaltung Berlin, die in mehrfacher Beziehung die Aufmerksamkeit aller kommunaler und staatlichen Behörden verdient. Böh hat sich die Aufgabe gestellt, den Zahlungsverkehr der größten deutschen Kommune zu modernisieren; das ist ebenso zu begrüßen wie das Vorgehen anderer Städte, von denen die Anordnung des Düsseldorfer Magistrats oder der kölnischen städtischen Sparkasse schon früher besprochen wurde. Bei der Schilderung der bereits bestehenden Einrichtungen findet sich eine Stelle, die die Reichsbank und die Postverwaltung endlich über einen alten Fehler aufklären sollte, auf den wir immer und immer wieder hingewiesen haben. Einige Betriebe der Stadt Berlin haben nämlich bisher ihre Postschecknummern geheim gehalten. Böh begründet das wie folgt:

„Der Grund für die Nichtveröffentlichung der Konten liegt bei dem Konto der Stadthauptkasse teils in den, auch nach den neuen Bestimmungen der Reichsbank über die Uebertragungen von Postscheckkonten auf Reichsbankgirokonten immer noch recht hohen Abhebungsgebühren, welche die Zuführung großer Beträge auf das Postscheckkonto nicht ratsam erscheinen lassen.“
Es wäre wirklich einmal Zeit, daß Ueberweisungen von Post- und Reichsbankkonto nicht als Barzahlungen behandelt und bestraft würden!

Ziel der Böh'schen Bestrebungen ist, daß die Kassen nur mehr in seltenen Ausnahmefällen noch Zahlungen in bar ausführen und die Postscheckkonten auch für die Annahme und Leistung von Barzahlungen benutzen. Zu diesem Zweck werden die Lieferanten angehalten, sich Post- oder Bankkonto anzuschaffen und auf ihren Rechnungen kenntlich zu machen; den städtischen Kassen wird Zahlung mittels Postanweisung oder Geldbrief im allgemeinen verboten. (Wenn unsere Banken und Großbetriebe dasselbe tun würden, so könnten mit einem Schlag Millionen Noten aus dem Verkehr verschwinden.) Die Höchstbestände der einzelnen Kassen werden stark eingeschränkt. Neu vorgeesehen ist:

Verzicht auf die Einforderung von Postscheckgebühren bei Einzahlungen und Ueberweisungen Zahlungspflichtiger auf städtische Konten.

Einrichtung eines Postscheck- oder Bankkontos bei einer in ihrer Nähe befindlichen Depositenkasse einer Berliner Großbank für Anstalts-, Vorschuß- usw. Kassen.

Änderung der Bedingungen für die Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität dahin, daß Verbraucher von einer bestimmten Verbrauchsmenge ab ihre Rechnungen durch Vermittlung der Bank des Berliner Kassenvereins oder der Sparkasse oder durch Ueberweisungen oder Checks begleichen müssen.

Eröffnung eines Postscheckkontos für jede Steuerkasse für den Verkehr mit den Steuerpflichtigen (neben dem bereits bestehenden Postscheckkonto, das dem inneren Dienstbetrieb vorbehalten bleibt), Abschreibung der Steuern auf allgemeinen Antrag der Steuerpflichtigen von dem Postscheckkonto, Rückzahlung von Steuern seitens der Steuerkassen durch Ueberweisungen und Postschecks (mittels Zahlungsanweisungen des Postschekamts)

Abschreibung der Rechnungsbeträge für Gas, Wasser und Elektrizität sowie der Kanalisationengebühren auf allgemeinen Antrag der Zahlungspflichtigen von deren Postscheckkonten.

Eröffnung eines Postscheckkontos für jede städtische höhere Lehranstalt zur Sammlung des Schulgelds.

Besondere Maßnahmen zur Entwicklung des bargeldlosen Verkehrs der Sparkasse werden geplant und vorbereitet. (In dieser Beziehung könnte Berlin noch sehr viel von anderen Städten (Köln!) lernen.)

Böh verspricht sich mit Recht von den Neuerungen eine bedeutende Herabminderung der Barbestände der städtischen Kassen und eine erhebliche Zinnersparnis. Ihr gegenüber stehen die Mehrkosten, welche der Betrieb neu einzurichtender Postscheck- und Bankkonten, der Verzicht auf die Mitteilensendung der Postscheckgebühren durch die Zahlungspflichtigen und besonders die vermehrte Schreibarbeit veranlassen, welche der bargeldlose Verkehr gegen die Barzahlung mit sich bringt. Eine Verminderung der Schreibarbeit tritt durch den Verzicht auf die Postscheckgebühren ein. Die Mehrkosten werden vermutlich durch die Zinnersparnis mehr als aufgewogen werden.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Herr Dozent Dr. Wilh. Doew, Sekretär der Oesterr. Immobilien-Bank-A.-G. schreibt uns:

Durch eine einfache Ausgestaltung der Postsparkasse-Erlagscheine könnte einerseits der in der letzten Zeit immer mehr angestrebte bargeldlose Zahlungsverkehr wesentlich gefördert, andererseits die Ausfertigung von Empfangsbestätigungen vielfach ohne Bedenken erspart werden. Schon jetzt tragen die Postsparkassen-Erlagscheine häufig die Klausel: „Der postämlich bestätigte Erlagschein gilt zugleich als unsere Empfangsbestätigung“. Allein für die Partei hat der postämlich bestätigte Erlagschein nur einen indirekten Wert als Empfangsbestätigung, weil auf dem Abschnitte des Erlagscheines, welcher der einzahlenden Partei übergeben wird, der Name des Erlegers nicht angeführt wird. Es würde nur geringe Mehrarbeit verursachen, wenn auch auf diesem Abschnitt ein Vordruck für die Ansetzung des Namens enthalten wäre. Erst dadurch würde der mit „Empfangschein“ überschriebene Teil des Postsparkassen-Erlagscheines im täglichen Verkehr Beweiskraft erlangen. Der bisherige Mangel wird vielleicht gerade jetzt schwer empfunden werden. Bekanntlich werden für die Kriegsgewinnsteuer Spenden, wenn sie eine gewisse Höhe erreichen, als Abzugspost anerkannt, allein sie müssen nachgewiesen werden; dieser Nachweis wird oft nur durch die bezüglichen Abschnitte der Postsparkassen-Erlagscheine geführt werden können, kann aber nicht gelingen, weil ja auf dem der Partei zur Verfügung stehenden Teile des Postsparkassen-Erlagscheines der Name des Erlegers nicht vorkommt. Anerkennt die Finanzverwaltung den Beweis durch Vorlage des „Empfangscheines“ als erbracht, so kann sie leicht zu Schäden kommen, weil derselbe Empfangschein von mehreren Personen als Beleg benützt werden kann. Noch unangenehmer macht sich der Mangel fühlbar, wenn jemand nebst eigenem Gelde fremdes Geld verwaltet und den „Empfangschein“ als Beleg verwenden soll.

(Bargeldloser Zahlungsverkehr.) Es geht uns folgender beachtenswerter Vorschlag zu: Bei bestem Willen ist es oft nicht möglich, Ueberweisungen mittelst Postschecks vorzunehmen, vor allem in jenen Fällen, wo es sich um größere Summen handelt oder um kleinere Noten (zur Lohnauszahlung usw.), über die das Auszahlungspostamt häufig nicht verfügt. Nun kann man allerdings in solchen Fällen die Postsparkassenschecks benützen und dem Postsparkassenamt die Zahlung mittelst Geldbriefes vorschreiben. Es wird dies aber unmöglich, wenn es sich um rasche Expeditionen durch Expressgeldbrief handelt, und in jedem Fall, geht infolge der Anweisung des Betrages ein Tag verloren. Dem wäre aber leicht abzuhelfen, wenn die Aufgabe postämter verhalten wären, solche Beträge aus eigener Kasse zu senden und als Deckung einen Postsparkassenscheck in der gleichen Höhe anzunehmen. Ein effektiver Verlust kann die Postverwaltung nie treffen, da sie sich über den Stand des Guthabens sofort informieren und die Auszahlung telegraphisch sperren kann. Ueberdies wird die im Scheckgesetz vorgesehene empfindliche Geldstrafe gewiß vor Ueberschreitungen des Guthabens schützen. Auch könnte, um eine überflüssige Belastung der Postämter zu vermeiden, diese Zahlungsform auf größere Beträge, etwa über 10.000 Kronen, beschränkt werden. Es ist leicht einzusehen, daß die dadurch erzielten Vorteile für den Kaufmann, auch für die interne Gebarung im Postsparkassenamt eine Zeit- und Arbeitserparnis bedeuten. Prof. C. Sch.

Die geteilten Zweifronennoten.

In der gestern abgehaltenen Plenarsitzung der Brünnner Handelskammer besprach Kammermitglied Hochstetter die zur Abhilfe der Kleingeldnot von der Oesterreichisch-ungarischen Bank gestattete Stückelung der Zweifronennoten. Diese Maßnahme erinnere an ähnliche Vorkehrungen aus den Zeiten vor hundert Jahren und sei dem Jahrhundert der Technik sich nicht angemessen. Die Kleinhändler, aber auch die Straßenbahn verweigern vielfach die Annahme der Teilstücke. Die Kammer wiederholt ihre zu Beginn des Krieges gestellten Anträge auf Ausgabe von Einfronenoten und Schaffung eines Fünzig Hellerstückes und gibt der Erwartung Ausdruck, daß diesen Anträgen nunmehr in kürzester Frist Rechnung getragen wird.

* Die geteilten Zweikronenscheine werden nicht angenommen. Zu den vielen Halbheiten hat sich eine neue Gesellschaft, die ganz unnötige Aufregung hervorruft. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hatte in den Zeitungen erklären lassen, daß sie, um der Not an Kleingeld Rechnung zu tragen, bereit sei, Zweikronenscheine, die in die Hälfte oder in Vierteln geschnitten sind, zum vollen Werte einzulösen und die Teile in Zahlung für den entsprechenden Wert zu nehmen. Zu dieser Mitteilung sollte jeder Vertrauen haben. Die k. k. Post hatte es nicht. Sie verweigert die Annahme solcher durch Teilung erzeugten Kronen- oder Fünfsigellerscheine. Ebenso die städtischen Straßenbahnen. Da solche Beispiele auch anderswo das Vertrauen wankend machen, lehnen es auch viele Geschäftsleute ab, solche geteilte Scheine in Zahlung zu nehmen. Die Wirkung ist, daß die Bank wohl solche Scheine ausgibt und annimmt, daß davon aber niemand was hat. Man kann bei der Bank nicht Briefmarken, Straßenbahnkarten, Brot, Fett, Zigarren oder sonst etwas kaufen. Eine Verordnung könnte diese Halbheit in eine brauchbare Verfügung wandeln.

25./X. 1916

VI
25

178

(Das Notgeld des Kriegsfürsorgeamtes.)
Das Kriegsfürsorgeamt hat die glückliche Idee gehabt, zur Behebung des stets drückender werdenden Kleingeldmangels die Ausgabe sogenannten Notkleingeldes in den Kreis seiner Tätigkeit aufzunehmen. Diese Aktion hat indes nicht den Charakter einer amtlichen Geldemission, wiewohl sich das Kriegsfürsorgeamt verpflichtet, die ausgegebenen Zwei-, Vier-, Sechs-, Acht-, Zehn- und Zwölf-Hellerscheine einzulösen, wenn sie in Mindesthöhe von einer Krone präsentiert werden. Doch hofft es, daß vermögendere oder auch nur gutsituierte Leute von dem Rechte des Einlösens keinen Gebrauch machen werden, wodurch dem Fonds für Witwen und Waisen gefallener Krieger namhafte Summen zugute kämen. Die Notgeldscheine werden im Kriegsfürsorgeamt (Akademiagasse 17) in Hunderterpackung zum Nennwerte abgegeben, unter Abzug von fünf Prozent zur Deckung der Selbstkosten. Auch die Einlösung erfolgt daselbst. Für Kaufleute, Wirte, Kellner usw. ist dieses Notgeld eine Wohlthat; die Scheidemünzemisere wird derart wohl glatt beseitigt werden können. Die Notgeldscheine sind etwa zwei Zentimeter schmale und vier Zentimeter lange Streifen aus Halbsteispapier, mit dem Hellerabdruck in Bronzefarbe und grün-schwarz geädert.

(Eine Organisation zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.) In der gestrigen Plenarsitzung der Wiener Handelskammer wurde ein Bericht des Kammerkonsulenten Dr. Becker genehmigt, welcher sich mit Maßnahmen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs befaßt. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß eine größere Anwendung der bargeldersparenden Einrichtungen nur durch eine systematische und intensive Propaganda und durch Aufklärung des Publikums erreicht werden kann. Zu diesem Zweck ist eine Organisation zu schaffen, die sich ausschließlich mit der Beratung der Vorschläge zur möglichsten Etablierung des bargeldersparenden Zahlungsverkehrs und ferner mit der Verwirklichung der als zweckmäßig erkannten Vorschläge befaßt. Aufgabe dieser Stelle soll es sein, über sämtliche auf diesen Zweck gerichteten Bestrebungen einen

Überblick zu erlangen und diese zusammenzufassen, wodurch nicht nur eine intensivere Vertretung dieser Bestrebungen gewährleistet, sondern auch unnütze Doppelarbeit vermieden wird. Hierauf wären sämtliche Fragen, die sich auf die Förderung des bargeldersparenden Zahlungsverkehrs beziehen, zu studieren, die Vorschläge einer fachgemäßen Sichtung zu unterziehen und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Endlich wäre eine Auskunftsstelle für sämtliche einschlägigen Fragen zu errichten, die Rat schläge über die Eröffnung von Postsparkontos und Bankkontos und ihre Behandlung erteilt sowie mündliche und schriftliche Anregungen entgegennimmt. Die Stelle soll derart gebildet werden, daß die großen industriellen, kommerziellen und gewerblichen Korporationen aufgefordert werden, Delegierte für diese Stelle zu nominieren, ferner wären auch solche Personen zu berufen, die sich mit der Frage des bargeldersparenden Zahlungsverkehrs bereits praktisch oder theoretisch mit Erfolg befaßt haben.

28.7.X. 1916

(Verbot von Geld- und Wertpapierzahlungen an Italien, Portugal und Rumänien.) Das Ministerium hat die Verfügungen über das Verbot von Geld- und Effektenzahlungen an das britische Reich und Frankreich, die später auch auf Rußland ausgedehnt wurden, durch eine in der heutigen Nummer des Amtsblattes veröffentlichte Verordnung vom 29. d. an auch auf Italien und Portugal, vom 27. August 1916 an aber auf Rumänien ausgedehnt. Die auf dem Gebiete dieser Länder für die Erwerbung, Erhaltung oder Verlängerung der Patentschutzmarken- und Musterrechte zu leistenden Zahlungen unterliegen diesem Verbote nicht. Die von unseren, beziehungsweise deutschen Truppen besetzten Gebiete Rußlands sind in Bezug auf die Anwendung dieser Verordnung wie das Inland zu behandeln. Diese sich auch auf Kroatien-Slavonien erstreckende Verordnung tritt am 29. d. in Kraft.

Der Morgen

183

30. / X. 1916

Man schreibt uns:

Die Straßenbahn als Kleingeldhamster.

Von den Gemeinde Wien-Städtische Straßenbahnen erhalten wir folgende Zuschrift: An die Redaktion der Wochenschrift „Der Morgen“, Wien. Bezugnehmend auf die Notiz vom 23. Oktober „Die Straßenbahn als Kleingeldhamster“ teilen wir Ihnen mit, daß die darin gegebene Darstellung vollständig unrichtig ist.

Die Straßenbahn erhält zu Friedenszeiten täglich für rund K 4000—5000 Kupfer- (Bronze-) Geld, während der Eingang dieser kleinen Münzen derzeit auf K 90—100 täglich gesunken ist. Daraus ergibt sich wohl, daß niemand mehr unter dem Kleingeldmangel leidet als gerade die Straßenbahn, welche nicht einmal

für ihre eigenen Zahlungen, geschweige denn für andere genügend kleine Münzen erhält. Hochachtungsvoll Direktion der städtischen Straßenbahn. Der Direktor: Spä n g l e r.

31./X. 1916

184

(Der Kleingeldmangel.) Mit Rücksicht auf die Unannehmlichkeiten, die infolge des Mangels an Kleingeld den Passagieren der Elektrischen und nicht minder den Kondukteuren erwachsen, hat Stadtrepräsentant Dr. August Komlós der hauptstädtischen Verkehrssektion vorgeschlagen, bei den Straßenbahnunternehmungen dahin zu intervenieren, daß der Verkauf von Zonenkartenheften zu je fünf Stück Karten eingeführt werde, und zwar sollen die Kartenhefte nicht nur in allen Trafiken, sondern auch in den Wagen der Elektrischen verkauft werden. Der Antrag Dr. Komlós wurde in der Sektion beifällig aufgenommen, und heute teilte der Leiter der Sektion Magistratsrat Desider Kényi dem Antragsteller mit, daß bei der Stadtbahn der Antrag bereits verwirklicht wurde, indem der Verkauf solcher Kartenhefte schon am heutigen Tage ins Leben getreten ist, und daß in kurzer Zeit auch die Straßenbahngesellschaft die Neuerung einführen dürfte.

Ausgabe von amtlichen Wechselblanketten.

Im Hinblick auf die mit der kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916 eingeführten, laut der Verordnung des Finanzministeriums vom 21. Oktober 1916 am 1. Dezember 1916 in Wirksamkeit tretenden neuen Stufen werden am 1. Dezember 1916 an amtliche Wechselblanketten mit den Stempelwertbeträgen von 2 Kronen 40 Heller und 3 Kronen 20 Heller in der in der Verordnung des Finanzministeriums vom 24. August 1898 beschriebenen Form und Ausstattung in deutscher, böhmischer, italienischer, polnischer, slowenischer und serbokroatischer Sprache in Verkehr gesetzt.

Im übrigen gelangen bis zum Ausbrauche der Vorräte die bisher in Geltung gestandenen amtlichen Wechsel-

blanketten, soweit sie auf Stempelbeträge lauten, die einer Stufe der neuen Stufen I entsprechen, das sind die Blankette mit den Stempelbeträgen zu 10, 20, 40 und 80 Heller, dann zu 1 Krone 20 Heller, 1 Krone 60 Heller, 2, 4, 6, 8, 12, 16, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44 und 48 Kronen, nach Abtrennung des die Bezeichnung über die Verwendbarkeit des Blanketts enthaltenden linken Randstreifens zur Ausgabe.

Die in den Händen der Parteien befindlichen, unbenutzt gebliebenen bisherigen amtlichen Wechselblanketten sämtlicher Wertkategorien können auch nach dem 30. November 1916 unter der Voraussetzung verwendet werden, daß der Stempelbetrag des Blanketts gemäß den Bestimmungen des § 1 der kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916 der Wechselsumme, auf die der Wechsel ausgestellt werden soll, entspricht oder, wenn dies nicht der Fall ist, daß die der Wechselsumme entsprechende Ergänzungsgebühr auf die im § 14 lit. B oder E des Gesetzes vom 8. März 1876 vorgesehene Art entrichtet wird. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung würde der Nichterfüllung der gesetzlichen Stempelpflicht gleichgehalten werden und die hiemit nach dem Gebührengesetz verbundenen nachteiligen Folgen nach sich ziehen.

Die keiner Stufe der neuen Stufen I entsprechenden amtlichen Wechselblanketten der Kategorien zu 60 Heller, 1 Krone, 1 Krone 40 Heller, 1 Krone 80 Heller, 10, 14, 18, 22, 26, 30, 34, 38, 42, 46 und 50 Kronen werden vom 1. Dezember 1916 an nicht mehr in Verkehr gesetzt. Die nicht im Sinne des vorhergehenden Absatzes verwendeten Wechselblanketten dieser Art werden unter Beobachtung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen vom 1. Dezember 1916 an bis einschließlich 30. Juni 1917 bei den mit dem Stempelverschleiß betrauten Beamten gegen neue amtliche Wechselblanketten im gleichen Gesamtstempelwerte unentgeltlich umgetauscht. Die bezüglichen Eingaben der Parteien sind stempelfrei.

Der Wert des Geldes.

Seit Ausbruch des Krieges ist in allen kriegsführenden Staaten, am stärksten in Frankreich und Rußland, der Notenumlauf angewachsen ist, und es ist nach der Lage der Dinge selbstverständlich, daß die Kriegskosten auch bei uns zu einer sehr großen Vermehrung der Notenzirkulation geführt haben.

Hinter der riesigen Güterverzehrung, die eine Folge des ungeheuren Bedarfs der kämpfenden Heere und der Wertzerstörungen in den Kriegsgebieten ist, bleibt die Gütererzeugung und in noch wesentlich höherem Maße die Ansammlung von Gütern naturgemäß weit zurück. So kommt es, daß in allen kriegsführenden Staaten ein Mißverhältnis zwischen dem Geldumlauf einerseits, der Gütererzeugung und dem Verkehrsbedürfnis andererseits entstanden ist und zu einer verminderten Kaufkraft des Geldes, zu einer — allerdings auch von anderen Ursachen mitbestimmten — außerordentlich großen Steigerung der Warenpreise geführt hat. Anders als in Zeiten einer Friedenskonjunktur bringt es die Kriegskonjunktur mit sich, daß die vorhandenen Geldmittel zum großen Teil Anweisungen auf Güter sind, die noch nicht vorhanden sind, die vielleicht erst in Jahrzehnten geschaffen sein werden. Es ist aber bemerkenswert, daß das Mißverhältnis zwischen Geldumlauf und Verkehrsbedürfnis mit den gleichen preissteigernden Wirkungen nicht nur in den kriegsführenden Staaten, deren Notenzirkulation im Krieg eine außerordentliche Vermehrung erfuhr, sondern auch in den neutralen Staaten, welche mit ihren riesigen Lieferungen und Leistungen die Nutznießer des Krieges geworden sind, zutage tritt. So weit die neutralen Staaten nicht unmittelbar oder mittelbar durch Übernahme von Anleihen ihre Kaufpreis- oder Schiffsfrachtforderungen stunden oder eigene Wertpapiere an Zahlungsstatt nehmen, verlangen sie Zahlung in Gold. Ungeheure Goldbeträge haben auf diese Weise während des Krieges den Weg aus den kriegsführenden Staaten nach Amerika, Holland und den skandinavischen Ländern genommen. Und auch der Ueberfluß von Goldgeld, der zum Beispiel in Norwegen bereits die volle Golddeckung der Banknoten zur Folge hatte, hat in den neutralen Staaten in erheblichem, wenn auch in geringerem Maße als in den im Kriege stehenden Staaten, zu einer Ueberfüllung des Verkehrs mit Geld geführt, die auch dort neben anderen preisbestimmenden Ursachen eine überaus große Steigerung der Warenpreise nach sich zog.

Von einer noch nie dagewesenen Geldsflüssigkeit hat in der letzten Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank der Generalsekretär gesprochen. In Wien ist der Privatdiskont auf eineinhalb Prozent gesunken, aber die Nachfrage nach Geld ist auf dem offenen Markt so gering, daß kein Geschäft zu verzeichnen ist. Ein Abstand von dreieinhalb Prozent zwischen Bank- und Privatdiskont ist eine ganz ungewöhnliche Erscheinung; ebenso ungewöhnlich ist es, daß der Leihpreis des Geldes in Oesterreich wesentlich niedriger ist als in Deutschland und England. In Berlin ist der Privatdiskont um zweieinachtel Prozent, in London um nahezu vier Prozent höher als in Wien. Die Einlagen bei den österreichischen und ungarischen Banken und Sparkassen sind trotz der Einzahlungen auf die Kriegsanleihen seit etwa zwei Jahren fast ununterbrochen gestiegen; in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres betrug die Steigerung bei den Wiener Geldinstituten 730 Millionen, ihr Einlagenstand hat die dritte Milliarde bereits überschritten.

Die übergroße Geldsflüssigkeit und das Sinken des Geldwertes begünstigt wie immer und überall auch bei uns die Ueberspekulation. Wie die Warenpreise, steigen auch die Effektkurse, und jede Kurssteigerung ruft die Erwartung

weiterer Kurssteigerungen und eine weitere Ausbreitung der Spekulation hervor. An Warnungen vor Kursübertreibungen fehlt es nicht. Wenn sie auch keinen Erfolg haben, man darf nicht müde werden, sie zu wiederholen. Die Bäume können nicht in den Himmel wachsen. Welche Gründe immer für die Kursbewegung ins Treffen geführt werden, die Bewertungsgrundlage muß letzten Endes die Verzinsung bleiben. Und da muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß, wenn selbst die Ertrags-erwartungen, die die Spekulation an die bevorzugten Papiere knüpft, in Erfüllung gehen sollten, die heutigen Hochkurse noch immer nicht die Rentabilität unserer Kriegsanleihen ergeben werden.

Der außerordentliche Hochstand aller Warenpreise, unter dem alle Verbraucher, die nicht zugleich Produzenten sind, schwer leiden, ist allerdings nur zum Teil auf die ungewöhnlichen Geldverhältnisse zurückzuführen. Manchen anderen Ursachen der enormen Preissteigerung wäre wohl durch entsprechende und entsprechend streng gehandhabte Regierungsmaßnahmen wirksam zu begegnen. Daß hier gründlich Wandel geschaffen werde, ist die wesentlichste Erwartung, die die Bevölkerung an die Tätigkeit des neuen Ministeriums knüpft.

6./XII. 1916

**Eiserne Zweihellerstücke und
Einkronennoten.**

Wie wir vom Generalsekretariat der Oesterreichisch-ungarischen Bank erfahren, haben die Münzämter an die Oesterreichisch-ungarische Bank ein großes Quantum sowohl österreichischer als auch ungarischer Zweihellerstücke aus Eisen gelangen lassen, um dem Kleingeldmangel, der sich in letzter Zeit im täglichen Verkehr in besonders empfindlichem Maße geltend machte, tunlichst abzuwehren. Die Leitung der Bank hat die eisernen Zweihellerstücke, die von gefälligem Aussehen sind, an ihre Filialen in den Reichshälften bereits zur Verteilung gebracht. Wann die Zweihellerstücke in den Verkehr kommen sollen, steht noch nicht mit Bestimmtheit fest, jedoch dürfte die Ausgabe wahrscheinlich bald, vielleicht sogar schon in den nächsten Tagen erfolgen. Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, hat der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Ausgabe von Einkronennoten beschlossen. Die Vorarbeiten hierfür werden mit besonderer Beschleunigung durchgeführt und dürften dem Vernehmen nach bis Ende Dezember zum Abschluß gelangen. Es ist demnach zu erwarten, daß die Einkronennoten schon gegen Weihnachten in den Verkehr kommen. Die Einkronennoten werden in den Farben rot und schwarz gehalten sein und ein sehr gefälliges Aussehen aufweisen. Sie werden technisch bedeutend besser ausgeführt sein als die Zweikronennoten.

Z. XI. 1916

Die eisernen Zweihellerstücke.**Ausprägung im Höchstbetrage von 8 Millionen.**

Wie wir bereits gestern berichtet haben, gelangen in den nächsten Tagen eiserne Zweihellerstücke zur Ausgabe. Ueber die Ausprägung dieser neuen, zur Beseitigung des Kleingeldmangels geschaffenen Münzen finden sich in der heutigen amtlichen Wiener Zeitung noch folgende Mitteilungen:

Gemäß einer mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone unter Vorbehalt der nachträglichen Erwirkung der gesetzlichen Genehmigung getroffenen Vereinbarung werden bis zum Höchstbetrage von 8 Millionen Kronen Teilmünzen zu zwei Heller aus Eisen ausgeprägt. Aus dem Kilogramm Eisen sollen 360 Zweihellerstücke ausgebracht werden; der Durchmesser der Zweihellerstücke wird 17 Millimeter betragen. Die Ausprägung dieser Münzen findet in beiden Staatsgebieten nur für Rechnung des betreffenden Staates statt. Von den in den beiden Staatsgebieten zu prägenden 8 Millionen Kronen dieser Münzen werden in Oesterreich K. 5.600.000 und in den Ländern der ungarischen Krone K. 2.400.000 ausgeprägt. Der Avers der in Oesterreich ausgeprägten Eisenmünzen zu zwei Heller wird das kleine Wappen der österreichischen Länder, der Revers in einer Umrahmung von Lorbeerzweigen die Wertangabe 2 und darunter die Jahreszahl der Ausmünzung tragen; der Avers der in den Ländern der ungarischen Krone ausgeprägten Eisenmünzen zu zwei Heller wird die ungarische Krone mit der Umschrift „Magyar királyi váltópénz“ und die Jahreszahl der Ausmünzung, der Revers in einer Umrahmung von Eichenästen die Wertangabe „2 fillér“ sowie das Münzzeichen „K. B.“ des Münzamtes in Bördöcsbánya tragen. Der Rand der Eisenmünzen zu zwei Heller wird glatt sein. Im Übrigen werden die für die Bronzemünzen geltenden Bestimmungen der Gesetze, beziehungsweise des Münz- und Währungsvertrages auch auf die Eisenmünzen zu zwei Heller Anwendung finden.

Mit der Ausgabe dieser Münzen wird gemäß der mit dem ungarischen Finanzminister getroffenen Vereinbarung am 10. November begonnen werden.

Die Arbeit im Wiener Münzamt.

Zu der bevorstehenden Ausgabe der eisernen Zweihellerstücke erfahren wir von informierter Seite noch folgende interessante Einzelheiten:

Soweit es sich um die österreichischen Zweihellerstücke handelt, erfolgt deren Ausprägung im Wiener Münzamt. Es waren wochenlange Vorstudien und Proben notwendig, um die neue Münzart in der wünschenswerten Beschaffenheit herauszubringen. Die Aufstellung neuer Maschinen war nicht erforderlich, da unsere Münzpräganstalt in maschineller Hinsicht überaus vollkommen ausgestattet ist. Es dürfte vielleicht nicht allgemein bekannt sein, daß unser Wiener Münzamt bis vor dem Kriege die südamerikanischen Staaten Brasilien und Uruguay mit Münzsorten zu versehen hatte. Auch die Münzwährung des Fürstentums Liechtenstein wurde bei uns in Wien hergestellt. Die meiste Arbeit hatte unser Münzamt vor dem Kriege jedoch für die Balkanstaaten zu leisten. Rumänien, Serbien, Montenegro und Bulgarien bezogen ihr Hartgeld aus unserer Münze, und diese war seit jeher darauf eingerichtet, nicht nur Gold, Silber und Nickel, sondern auch Bronze auszuprägen. Konnte angesichts der vollkommenen technischen Anlagen auch von der Anschaffung neuer Maschinen abgesehen werden, so war doch eine ausgiebige Vermehrung des technischen Personals notwendig. Mit Einführung der eisernen Zwanzighellerstücke wurde das Personal um 60 Prozent vermehrt. Seit einigen Tagen mußte das Personal auf 100 Prozent über den normalen Stand erhöht werden, um alle maschinellen Einrichtungen reiflos ausnutzen zu können. Aber auch das würde noch nicht genügen, um den augenblicklichen enormen Bedarf zu befriedigen. Es wird derzeit nicht nur mit Überstunden, sondern auch unter Schichtwechsel ohne jede Unterbrechung Tag und Nacht in unserem Münzamt geprägt, um möglichst große Massen an eiserner Kleinmünze so schnell als möglich dem Verkehr übergeben zu können. Mit Hilfe dieser Arbeitsforcierung kann unser Münzamt jetzt innerhalb vierundzwanzig Stunden das respektable Quantum von je anderthalb Millionen Stück Eisenmünzen liefern. Diese forcierte Arbeit wird so lange fortgesetzt werden, bis dem Kleingeldmangel abgeholfen ist. Bemerkenswert zu werden verdient endlich noch, daß auch Bulgarien an die Ausprägung von eisernen Münzen zu schreiten beabsichtigt, und daß auch die neuen bulgarischen Eisenmünzen von unserem Münzamt hergestellt werden sollen.

Wie uns weiter noch mitgeteilt wird, nehmen die Vorarbeiten für die Herausgabe der Kronenscheine einen flotten Fortgang. Es ist damit zu rechnen, daß mit der Ausgabe dieser Kronenscheine noch im Laufe des Dezember begonnen wird.

Zur Behebung des Kleingeldmangels.

Die Münzämter haben an die Oesterreichisch-ungarische Bank ein großes Quantum sowohl österreichischer als auch ungarischer Zweihellerstücke aus Eisen gelangen lassen, um dem Kleingeldmangel, der sich in letzter Zeit im täglichen Verkehr in besonders empfindlichem Maße geltend machte, tunlichst abzuwehren. Die Leitung der Bank hat die eisernen Zweihellerstücke, die von gefälligem Aussehen sind, an ihre Filialen in den Reichshälften bereits zur Verteilung gebracht. Wann die Zweihellerstücke in den Verkehr kommen sollen, steht noch nicht mit Bestimmtheit fest, jedoch dürfte die Ausgabe wahrscheinlich bald, vielleicht sogar schon in den nächsten Tagen erfolgen. Der Generalrat hat auch die Ausgabe von Ein Kronennoten beschlossen. Die Vorarbeiten hierfür werden mit besonderer Beschleunigung durchgeführt. Die Ein Kronennoten werden in den Farben rot und schwarz gehalten sein und ein sehr gefälliges Aussehen aufweisen. Wie wir hören, soll nach Inverkehrsetzung der Ein Kronennoten eine Neuausgabe auch von Zweikronennoten in neuer Ausstattung erfolgen.

Der Kleingeldmangel.

Unter den vielen Gemmissen, denen die Kriegswirren unser Wirtschaftsleben unterworfen haben, ist der Mangel an Kleingeld eine der empfindlichsten Erscheinungen. Die Ursachen des Kleingeldmangels sind sehr mannigfacher Natur. Vor allem darf man bei der Beurteilung dieser Frage nicht übersehen, daß infolge der in allen Wirtschaftszweigen eingetretenen Teuerung auch der Bedarf an Kleingeld sich bedeutend vergrößert hat. Was aber speziell den Mangel an Kupfergeld anlangt, so ist dieser sowie die Knappheit an Nickelgeld vor allem daraus erklärlich, daß diese Münzarten vom Staate nach und nach dem Verkehr entzogen werden, weil Kupfer und Nickel eben für militärische Zwecke verwendet werden. Was den Mangel an Silbergeld betrifft, so sind hierfür zwei Ursachen maßgebend: Einerseits wurde durch den Krieg das Währungsgebiet unseres Geldes überhaupt bedeutend erweitert. In Polen, in Albanien, in Serbien, in Montenegro kursiert österreichisches Geld. Andererseits, und das ist eine Hauptursache des Mangels an Silbergeld, herrscht insbesondere unter der Landbevölkerung eine ganz unaltnbliche Thesaurierungswut. Es ist, so erfahren wir an zuständiger Stelle, eine wiederholt zutage getretene Tatsache, daß das Silbergeld beim Auftauchen von beunruhigenden Gerüchten über die Kriegslage plötzlich aus dem Verkehr verschwindet. Dem Mangel an Nickelgeld hat man bekanntlich schon damit zu steuern gesucht, daß Zwanzighellerstücke aus Eisen ausgegeben wurden. Doch ist man dabei allem Anschein nach etwas zu engherzig vorgegangen, indem nur soviel Zwanzighellerstücke aus Eisen zur Ausgabe gelangten, als solche aus Nickel eingingen. In den letzten Tagen erst wurden ganz bedeutende Mengen von Eisengeld ausgegeben, um der von Tag zu Tag peiniglicher werdenden Kleingeldnot nach Dunkelheit zu steuern. Heute kommen nun auch die längst geschaffenen Zweihellerstücke aus Eisen in den Verkehr, so daß die Kleingeldnot eine weitere Erleichterung erfahren wird. In sechs Wochen gelangen, wie wir bereits berichteten, auch die Einkronennoten zur Ausgabe, und so wird dann hoffentlich der Kleingeldmangel nicht mehr in so empfindlicher Weise unser Wirtschaftsleben beeinflussen. Uebrigens ist der Kleingeldmangel keine Sondererscheinung Wiens, er macht sich nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland geltend, und ist dort, wie wir von informierter Seite erfahren, ganz besonders in Sachsen in weit höherem Maße als bei uns fühlbar. Uebrigens leiden auch die Ententestaaten sehr unter Kleingeldmangel. Rußland und Italien haben sich zur Ausgabe kleinster Münzstücke bis zu zehn und sogar fünf Einheiten aus Papier genötigt gesehen. Auch in Frankreich haben einzelne Städte Notgeld aus Papier bis zu 10 Centimes ausgegeben

müssen. Und wie bei uns, so werden auch vom Ausland her Klagen über die Thesaurierung von Markgeld durch die Landbevölkerung laut. Der Kleingeldmangel ist demnach eine internationale Kriegsercheinung.

Die neuen Zweihellerstücke aus Eisen. Der erste Ausgabetag.

Die aus Eisen hergestellten Zweihellerstücke sind heute in Verkehr gebracht worden. Die neuen Münzen, die gemeinsam mit den gleich- und höherwertigen Teilmünzen in erster Linie dazu berufen sind, dem fühlbaren Kleingeldmangel abzuhelpfen, fallen zunächst durch ihre Kleinheit auf. Ihr Durchmesser beträgt 17 Millimeter, ist also geringer als die kupfernen Zweihellerstücke und die Zehnhellerstücke sowie wesentlich kleiner als die eisernen Zwanzighellermünzen. Dieses Merkmal bezweckt, die neue Geldsorte im Verkehr von den andern aus Eisen erzeugten Münzen zu scheiden, somit Verwechslungen und Irrungen zu vermeiden, die bei gleicher Größe um so leichter wären, als in der Farbe gar kein Unterscheidungszeichen besteht.

Die Prägung der eisernen Zweihellerstücke ist sehr gefällig. Die Vorderseite zeigt das kleine Wappen der österreichischen Länder, die Rückseite in einer Umrahmung von Lorbeerzweigen die Wertangabe 2 und darunter die Jahreszahl der Ausprägung. Die Zeichnungen sind sehr deutlich und sauber ausgeführt, und die Ziffer „2“ als Wertangabe ist gewiß absichtlich so groß dargestellt, daß sie zwei Drittel der Fläche einnimmt. In ihrer Farbe sind die Zweihellerstücke eisengrau, doch werden sie ohne Zweifel sehr bald jene schwärzliche Verfärbung erhalten, die den Zwanzighellerstücken anhaftet, sobald sie einige Zeit im Verkehr sind. Ein merkbarer und leicht fühlbarer Unterschied der neuen Münze gegenüber den andern Teilmünzen besteht auch darin, daß die eisernen Zweihellerstücke einen glatten Rand haben, während die Zehn- und Zwanzighellerstücke gerippt sind.

Heute vormittag wurde bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank in der Herrngasse mit der Ausgabe der eisernen Zweihellerstücke begonnen. Der Andrang an den Umwechslungskassen war sehr groß.

* (Das eiserne Geld.) Die aus Eisen hergestellten Zweihellerstücke sind gestern in Verkehr gebracht worden. Die neuen Münzen, die in erster Linie dazu berufen sind, dem fühlbaren Kleingeldmangel abzuwehren, fallen zunächst durch ihre Kleinheit auf. Ihr Durchmesser beträgt 17 Millimeter, ist also geringer als die kupfernen Zweihellerstücke und die Zehnhellerstücke sowie wesentlich kleiner als die eisernen Zwanzighellermünzen. Dieses Merkmal bezweckt, die neue Geldsorte im Verkehr von den andern aus Eisen erzeugten Münzen zu scheiden, somit Verwechslungen und Irrungen zu vermeiden, die bei gleicher Größe umso leichter wären, als in der Farbe gar kein Unterscheidungszeichen besteht. Die Vorderseite zeigt das kleine Wappen der österreichischen Länder, die Rückseite in einer Umrahmung von Lorbeerzweigen die Wertangabe 2 und darunter die Jahreszahl der Ausprägung. Die Zeichnungen sind sehr deutlich und sauber ausgeführt, und die Ziffer „2“ als Wertangabe ist gewiß absichtlich so groß dargestellt, daß sie zwei Drittel der Fläche einnimmt. In ihrer Farbe sind die Zweihellerstücke eisengrau, doch werden sie ohne Zweifel sehr bald jene schwärzliche Verfärbung erhalten, die den Zwanzighellerstücken anhaftet, sobald sie einige Zeit im Verkehr sind. Ein merkbarer und leicht fühlbarer Unterschied der neuen Münze gegenüber den anderen Teilmünzen besteht auch darin, daß die eisernen Zweihellerstücke einen glatten Rand haben, während die Zehn- und Zwanzighellerstücke gerippt sind. — Das Publikum wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß die *R i e l m ü n z e n* zum 20 Heller nur noch bis 31. Dezember l. J. im Privatverkehr in Zahlung zu nehmen sind. Es empfiehlt sich daher dringendst, diese Münzen zu Zahlungen an die staatlichen Kassen und Ämter zu verwenden oder bei diesen, bezw. bei den Bankanstalten der Oesterreichisch-ungarischen Bank gegen Eisenmünzen umzutauschen.

14./XI. 1916

Bargeldloser Verkehr.

Vom „Kommunalen brandenburgischen Giroverband“ erhalten wir folgende Zuschrift: Unter den öffentlichen Organen, die den bargeldlosen Verkehr und Geldausgleich zwischen den kommunalen Verbänden im weitesten Umfange fördern, stehen die deutschen Giroverbände an der Spitze. Für den Bezirk der Provinz Brandenburg erfüllt diese in heutiger Zeit so überaus wichtige vaterländische Aufgabe der Giroverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg. Zur Ausführung des Verbandszweckes ist bei Kriegsbeginn eine Geschäftsstelle mit der Bezeichnung „Girozentrale der Provinz Brandenburg“ errichtet worden. Diese Girozentrale war zunächst nebenamtlich der städtischen Sparkasse in Forst (Lausitz) angegliedert. Ihre Geschäfte nahmen indes während des Krieges einen solchen Umfang an, daß der von vornherein gefaßte Plan, sie in Berlin unterzubringen, früher als ursprünglich gewollt, durchgeführt werden mußte. Die Girozentrale wurde deshalb schon am 1. September 1916 als selbständige öffentliche Einrichtung nach Berlin, Kronenstraße 61/63, verlegt. Die Leitung der Geschäfte ist einer aus zwei Mitgliedern bestehenden Direktion übertragen worden. Die Verlegung nach Berlin hat auf die Zunahme der Geschäfte sehr günstig eingewirkt und noch mehr als bisher das Bedürfnis für den Zusammenschluß der Gemeinden und Kreise auf dem Gebiete des bargeldlosen Ausgleichs bewiesen. Aus diesem Verkehr hat sich naturgemäß auch die Notwendigkeit der zinsbaren Anlegung der der Girozentrale zustießenden Gelder ergeben. Selbstverständlich werden diese Gelder wieder kreditsuchenden Gemeinden und Kreisen unter günstigen Bedingungen zugewendet. Die Umsätze der Girozentrale haben in diesem Jahre bereits den Betrag von 800 Mill. M. überschritten; wahrscheinlich wird der volle Jahresumsatz eine Milliarde Mark übersteigen; ein Ergebnis, das bei dem kurzen Bestehen der Einrichtung als ein recht erfreuliches bezeichnet werden muß. Bei dem größeren Teil derjenigen brandenburgischen Städte, Kreise und Gemeinden, die aus Personalmangel oder aus sonstigen Gründen während des Krieges noch von der Ausbehnung des bargeldlosen Verkehrs oder der Einrichtung einer besonderen Giroabteilung bei ihrer Sparkasse abgesehen haben, schweben jetzt Beitrittsverhandlungen. Hoffentlich führen diese Verhandlungen bald zu dem Ergebnis, daß sämtliche öffentlichen Sparkassen und Kommunalverbände Brandenburgs dem Verbande angehören und damit ein volles Netz für den bargeldlosen Verkehr unter den brandenburgischen Kommunalverbänden gesichert ist. Zum ehrenamtlichen Leiter des Verbandes ist vor kurzem Stadtrat und Rämmerer Machowicz in Berlin-Schöneberg und zu seinem Stellvertreter Erster Bürgermeister Fischer in Forst (Lausitz) gewählt worden. Die Leitung der Geschäftsstelle (Girozentrale) liegt hauptamtlich in den Händen der Direktoren Plate und Wasmansdorf.

No. XI. 1916**Die eisernen Münzen.**

Aus Leserkreisen schreibt man uns: In den letzten Tagen haben wir endlich auch Zweihellerstücke aus Eisen bekommen. Endlich, denn die Not an Kleingeld ist schon so hoch gestiegen, daß man für jede Vermehrung des Münzumlaufes wirklich dankbar ist. Aber — auch da gibt es ein „Aber!“ — zu bedauern ist, daß diese neue Münze sich, vollends im Dunklen, so leicht mit dem Zehnhellerstück verwechseln läßt. Ihr Größenunterschied ist viel zu gering, als daß die Gefahr der Verwechslung ausgeschlossen wäre, und so bleibt man nur darauf angewiesen, im Zweifelsfalle zu prüfen, ob der Seitenrand gerippt ist oder nicht. Daß man die Zweihellerstücke nicht durch Loch hat, wird damit begründet, daß dies wegen der bei solchen Münzen erleichterten Ansammlung von Staub und dergleichen unhygienisch gewesen wäre. Aber es hätte doch noch einen anderen Ausweg gegeben, die Wahl einer anderen Form! Nichts wäre im Wege gestanden, die neue Münze vieredig, und zwar rechteckig, oder aber oval auszuprägen. Da wäre dann jede Möglichkeit eines Irrtums vorweg ausgeschlossen gewesen. Da jetzt gewiß noch Zehn-

*) Zuschriften für diese jeden Dienstag und Donnerstag im Abendblatte erscheinende Rubrik werden nach Maßgabe des Interesses und der Raumverhältnisse veröffentlicht. Einsendungen wollen: an die Redaktion des „Fremden-Blatt“ (für die Abteilung „Wien und die Wiener“) gerichtet werden.

heller- und Zehnhellerstücke aus Eisen in den Verkehr kommen werden, wäre doch wohl zu erwägen, ob man nicht bei diesen Münzen von der Form der runden Münze abgehen sollte. Bei den Zehnhellerstücken wäre dies um so dringlicher anzuraten, als ja schon die Zweihellerstücke sehr klein (17 Millimeter Durchmesser) sind. Wollte man da dereinst auch noch Zehnhellerstücke in derselben Form, also wieder rund, ausgeben, so müßte man für sie zur Vermeidung der Verwechslung noch viel kleinere Maße wählen als sie für die neuen Zweiheller-Münzen, die in ihrem Durchmesser übrigens fast genau mit dem derzeitigen Bronze-Zehnheller übereinstimmen, gewählt worden sind. So kleine Maße, daß die Münze sich dann für den Geldverkehr erst recht nicht eignen würde. Da gibt es also nur den Entschluß, einen ganz anderen Weg zu betreten, die Wahl einer anderen Form, die Ausprägung ovaler, elliptischer oder vierediger Münzen. —r.

Die Währungspolitik nach dem Kriege und die Interessen der Industrie.

Am 16. d. fand in der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft ein Diskussionsabend statt, der die Valutafrage behandelte. Das einleitende Referat führte Professor Josef Schumpeter, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Graz.

Der Vortragende Prof. Dr. Schumpeter führt aus, daß die zwei Erscheinungen, um die es sich handelt, die ungünstigen Wechselkurse und das hohe Preisniveau, in der Weise im Zusammenhang stehen, daß die Wechselkurse die Folge des Preisniveaus sind. Das hohe Preisniveau selbst beruht zum Teile auf der Knappheit der Waren, zum Teile auf der großen Banknotenemission. Sodann bespricht der Vortragende die Schäden, die dem industriellen Leben daraus erwachsen, namentlich die Unmöglichkeit, verlässliche Kalkulationen anzustellen, und die sozialen Reaktionen, die dieses Preisniveau zur Folge hat. Denn die hohen Preise würden auf die Dauer eine erdrückende Steuerlast notwendig machen, zu Lohnkämpfen und sonstigen sozialen Schwierigkeiten führen, deren Folgen für die Industrie die ernstesten wären. Demgegenüber kommen die temporären Vorteile, die eine unterwertige Valuta für die Industrie, besonders für den Export, hat, gar nicht in Betracht.

Dann wandte sich der Vortragende den verschiedenen Möglichkeiten zu, die es für eine Wiederherstellung der Valuta gibt. Vor allem kommt die heilende Kraft der industriellen Entwicklung selbst in Betracht; denn wenn die Warenvorräte wieder ersetzt werden, wird die größere Geldmenge zum Teil reabsorbiert. Aber auf diese Weise können die ungünstigen Wechselkurse nie verschwinden. Normale Verhältnisse können nur durch Reduktion der umlaufenden Geldmenge wieder hergestellt werden. Das ist der entscheidende Punkt. Hingegen ist die Frage, ob diese Umlaufmenge durch Gold gedeckt ist oder nicht, von sekundärer Bedeutung. Die Reduktion der Geldmenge ist hauptsächlich auf zwei Wegen möglich. Erstens können die Banknoten abgeschöpft werden durch Anleihen, vorausgesetzt, daß diese Anleihen aus umlaufendem Gelde bezahlt und nicht nur durch Kredit finanziert werden. Wäre der Krieg nach einigen Monaten zu Ende gewesen, so hätte diese Methode vollständig ausgereicht. Sie wird auch jetzt angewendet werden müssen, und die Belastung des Staatsschatzes durch die Zinsen dieser Anleihe wird durch die Vorteile einer Besserung der Valuta reichlich aufgewogen. Aber ausreichend kann diese Methode jetzt kaum mehr sein. Die andere Methode ist die Erhebung einer Vermögenssteuer, deren Eingänge in Banknoten einfach zu vernichten wären. Diese Methode begegnet einer Reihe von Bedenken. Insbesondere ist eine Vermögenssteuer neben unserer Einkommensteuer und dem Ertragsteuersystem technisch und

wirtschaftlich nicht unbedenklich. Aber zu fürchten braucht man sich vor ihr nicht allzu sehr, weil der Steuerpflichtige in der Steigerung des Geldwertes ja einen Ersatz für die Steuerleistung wenigstens teilweise finden würde. Endlich muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß nach dem Kriege der Zinsfuß hoch sein wird. Das ist schon infolge der Kapitalzerstörung, die der Krieg zur Folge gehabt hat, unvermeidlich. Wenn man nun den Geldzinsfuß noch ein wenig höher setzt, so wird auch das zur Gesundung der Valuta beitragen, und in einem Menschenalter kann alles in Ordnung sein. Man könnte ja auch daran denken, den gegenwärtigen Wechselkurs zu stabilisieren und für die Krone eine neue Parität festsetzen. Aber diese Maßregel würde nicht nur Unruhe in die ganze ökonomische Struktur der Gesellschaft bringen und eine Revision der Einkommen aller Festbeldeten notwendig machen, sondern sie müßte auch nach außen sehr schlecht wirken. So ist denn der einzige Weg, der beschritten werden kann, der, die vollwertige Krone wieder herzustellen. Kein Opfer ist dafür zu groß, und gerade vom Standpunkt der Besitzinteressen ist dieser Weg der richtige.

Universitätsdozent Dr. Ludwig Edler v. Mises beteiligte sich hierauf an der Diskussion und spricht insbesondere über den Wirkungskreis der Devisenzentrale. — Schriftsteller Walter Federn bezeichnet gegenüber den Ausführungen des Vortragenden die Importüberschüsse als das entscheidende Moment für den ungünstigen Stand der Wechselkurse und erwähnt hierbei auch die in letzter Zeit zahlenmäßig oft genannten Importe von Juwelen. — Herr Emil Gruber, Sekretär des Verbandes der Edelmetall- und Uhrenbranche, stellt demgegenüber fest, daß die gesamten Importe lange nicht zur Hälfte der genannten Zahlen hinreichen.

Präsident v. Landesberger erörtert hierauf insbesondere, wie die heutige Situation entstand und ob es zweckmäßig sei, Maßregeln zur Verbesserung der Valuta zu ergreifen, und welche dies sein müßten. Präsident Landesberger steht vollkommen auf dem Standpunkte der Unterbindung des Imports, insbesondere von Luxusartikeln, bemerkt jedoch, daß diesem Import allgemein eine viel größere Bedeutung beigelegt wird, als sie tatsächlich vorhanden ist. Wenn wir uns die Lage vor dem Kriege vor Augen halten, so wissen wir, daß wir eine passive Handelsbilanz hatten, die teilweise durch Effektenexport und teilweise durch Sendung von Geldern unserer Auswanderer ausgeglichen wurde. Beide Momente sind durch den Krieg weggefallen. Weiters sind die enormen Schwierigkeiten des Exports zu berücksichtigen, sowie die notwendige Forcierung eines Imports zu höheren Preisen. Ein stärkerer Einfluß macht sich auch durch die vermehrte Menge der Zirkulationsmittel geltend. Der Verschiebung der Einkommenverhältnisse wird vielfach eine zu große Bedeutung beigegeben, da sie nur bei einer verhältnismäßig sehr geringen Bevölkerungsschichte eingetreten ist. Dagegen fällt ins Gewicht die für unsere Bevölkerung charakteristische Widerstandsfähigkeit gegen Preiserhöhungen.

Hierauf kommt Prof. Landesberger auf die Devisenzentrale zu sprechen und hebt hervor, daß diese Institution nicht in der Lage sein konnte, die natürliche Entwicklung aufzuhalten. Zum Ausbau ihrer Funktionen wäre es wohl notwendig, die Importe durch Sachverständige prüfen zu lassen. Schwer ins Gewicht für unsere Valutakurse fällt der Mangel an ausländischen Effekten. Wir haben in Oesterreich von diesen größtenteils deutsche Effekten, die uns zur Hebung der Valuta wesentlich weniger nützen können, als solche von neutralen Staaten. Amerikanische Papiere wären selbstverständlich zur Hebung der Valuta außerordentlich wertvoll, wenn wir sie nicht fast ausschließlich in London gekauft hätten. Deutschland konnte den Verkauf seiner ausländischen Effekten während des Krieges mit Gewinn durchführen. Es sind dies Ressourcen, die uns nicht zu Gebote stehen.

Wenn wir unsere Hauptexportartikel betrachten, Holz, Zucker, Rohöl, so begreifen wir, daß die Lahmlegung unseres Exports eine notwendige Folge des Krieges war. Es ist jedermann einleuchtend, daß Holz und Zucker derzeit nicht für die Valuta in ausschlaggebender Menge exportiert werden können, und daß wir Rohöl größtenteils nach Deutschland abgeben müssen, was wieder nicht in gleichem Maße valutaregulierend wirkt. Eine Aufgabe konnte die Devisenzentrale voll und ganz erfüllen, und diese bestand darin, daß sie die vor Errichtung der Zentralstelle häufigen springhaften Devisenkursänderungen zu eliminieren vermochte.

Hierauf wandte sich Prof. Landesberger der künftigen Entwicklung zu und bemerkte vor allem, daß es unmöglich sei, heute bereits bestimmte Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet wären, die Valuta wieder in normale Bahnen zu lenken. Viel weniger sei es möglich, darüber ein abschließendes Urteil abzugeben. Es wird zu den schwierigsten Aufgaben des Finanzministers gehören, dieses Problem zu lösen. Eines jedoch läßt sich heute bereits mit Sicherheit feststellen, daß welche Maßregeln auch immer die Regierung treffen wird, es nie zu einer Unterschriftenverleugnung seitens des Staates kommen kann. Heute gibt es aktuelle Fragen, denen man sich zuwenden muß: es ist Aufgabe der Regierung, sowie sämtlicher beteiligter Kreise, auf eine Steigerung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, hinzuwirken, sowie durch Ausbau der Verkehrswege die Zirkulationsmöglichkeit zu erleichtern und günstigere Bedingungen für den Export zu schaffen.

* (Die Automaten und der Kleingeldmangel) Der häufig fühlbare Mangel an Scheidemünzen, also an „Kleingeld“ legt den Wunsch nahe, daß der Münzenumlauf möglichst beschleunigt, somit alles vermieden werde, was diesen Umlauf irgendwie beeinträchtigen, verlangsamern könnte. Wenn das verhindert werden soll, muß wirksam dafür gesorgt werden, daß die Scheidemünzen von dort, wo sie in größeren Beträgen eingeht, auch möglichst schnell in den Verkehr gelangen. In dieser Richtung sind nun tatsächlich bei den Verkehrsunternehmungen, so auch bei den gerade da so sehr in Betracht kommenden Straßenbahnen der Gemeinde Wien längst alle Vorkehrungen getroffen. Nicht unbedeutende Kleingeldbeträge sammeln sich aber auch in den Automaten an, die für den Warenverkauf und als Personenwagen eingerichtet sind. Aus einer von uns bei den hiesigen Automatenunternehmungen veranstalteten Umfrage ersehen wir nun, daß die in den Bahnstationen aufgestellten Warenverkaufsautomaten und die dort befindlichen Personenwagen täglich entleert werden. Der Geldumlauf dieser Gruppe der Automaten gelangt also sofort wieder in den Verkehr zurück. Anders verhält es sich mit den außerhalb der Bahnstationen aufgestellten Personenwagen! Diese Automaten werden meist erst in Zwischenräumen von etwa drei bis vier Wochen entleert, ein Vorgang, der uns damit erklärt wird, daß diese Personenwagenautomaten über die ganze Stadt verteilt sind, was einen größeren Zeit- und Arbeitsaufwand für ihre Bedienung mit sich bringt. Die in dieser Wagen-Automaten einkaufenden Geldbeträge sollen übrigens nicht besonders groß sein. Immerhin wäre unter den jetzigen Umständen eine Beschleunigung der Geldentleerung auch bei diesen Automaten vom Standpunkte der Besserung des Kleingeldumlaufes gewiß nur dringend erwünscht. Uebereinstimmend hat es jetzt auch die Berliner San-

delstammer als Pflicht, namentlich der großen Unternehmen, bei denen sich Münzbestände anzusammeln pflegen, wie Straßenbahnen, Automatenverkaufsbetriebe usw., die nicht wirklich gebrauchten Münzbeträge in kurzen Zwischenräumen regelmäßig der nächsten Reichsbankanstalt zuzuleiten, damit die Reichsbank in die Lage versetzt wird, eine ausgleichende Münzverteilung in den einzelnen Bezirken vorzunehmen.

Die Währungspolitik nach dem Kriege.

In der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft fand kürzlich ein Diskussionsabend über die Valutafrage statt.

Das einleitende Referat führte Prof. Josef Schumpeter (Graz). Der Vortragende führte aus, daß die zwei Erscheinungen, um die es sich handelt, die ungünstigen Wechselkurse und das hohe Preisniveau, in der Weise im Zusammenhang stehen, daß die Wechselkurse die Folge des Preisniveaus sind. Das hohe Preisniveau selbst beruht zum Teile auf der Knappheit der Waren, zum Teil auf der großen Banknotenemission.

Sodann besprach der Vortragende die Schäden, die dem industriellen Leben daraus erwachsen, namentlich die Unmöglichkeit, verlässliche Kalkulationen anzustellen, und die sozialen Reaktionen, die dieses Preisniveau zur Folge hat; die hohen Preise würden auf die Dauer eine erdrückende Steuerlast notwendig machen, zu Lohnkämpfen und sonstigen sozialen Schwierigkeiten führen, deren Folgen für die Industrie die ernstesten wären. Demgegenüber kommen die temporären Vorteile, die eine unterwertige Valuta für die Industrie — besonders für den Export — haben, gar nicht in Betracht.

Dann wendete sich der Vortragende den verschiedenen Möglichkeiten zu, die es für eine Wiederherstellung der Valuta gibt. Vor allem kommt die heilende Kraft der industriellen Entwicklung selbst in Betracht; denn, wenn die Warenvorräte wieder ersetzt werden, wird die größere Geldmenge zum Teil resorbiert. Aber auf diese Weise können die ungünstigen Wechselkurse nie verschwinden. Normale Verhältnisse können nur durch Reduktion der umlaufenden Geldmenge wiederhergestellt werden. Das ist der entscheidende Punkt. Die Reduktion der Geldmenge ist hauptsächlich auf zwei Wegen möglich. Erstens können die Banknoten abgeschöpft werden durch Anleihen, vorausgesetzt, daß diese Anleihen aus umlaufendem Gelde bezahlt und nicht nur durch Kredite finanziert werden. Die andere Methode ist die Erhebung einer Vermögenssteuer, deren Einnahme in Banknoten einfach zu verrichten wären. Endlich muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß nach dem Kriege der Zinsfuß hoch sein wird.

An der Debatte beteiligte sich der Präsident der Anglo-Oesterreichischen Bank Prof. v. Landesberger und erörterte insbesondere, wie die heutige Situation entstand, und ob es zweckmäßig sei, Maßregeln zur Verbesserung der Valuta zu ergreifen, und welche dies sein müßten. Präsident Landesberger steht vollkommen auf dem Standpunkt der Unterbindung des Imports, insbesondere von Luxusartikeln, bemerkt jedoch, daß diesem Import allgemein eine viel größerer Bedeutung beigelegt wird, als sie tatsächlich vorhanden ist. Wenn wir uns die Situation vor dem Kriege vor Augen halten, so wissen wir, daß wir eine passive Handelsbilanz hatten, die teilweise durch Effektexport und teilweise durch Sendung von Geldern unserer Auswanderer ausgeglichen wurde. Beide Momente sind durch den Krieg weggefallen. Weiter sind die enormen Schwierigkeiten des Exports zu berücksichtigen, sowie die notwendige Forcierung eines Imports zu höheren Preisen. Ein stärkerer Einfluß machte

nach auch durch die vermehrte Menge der Zirkulationsmittel geltend. Der Verschiebung der Einkommensverhältnisse wird vielfach eine zu große Bedeutung beigegeben, da sie nur bei einer verhältnismäßig sehr geringen Bevölkerungsdichte eingetreten ist. Dagegen fällt ins Gewicht die für unsere Bevölkerung charakteristische Widerstandslosigkeit gegen Preiserhöhungen. Hierauf kommt Prof. Landesberger auf die Devisenzentrale zu sprechen und hebt hervor, daß diese Institution nicht in der Lage sein konnte, die natürliche Entwicklung aufzuhalten. Zum Ausbau ihrer Funktionen wäre es wohl notwendig, die Imports durch Sachverständige prüfen zu lassen. Schwere ins Gewicht für unsere Valutakurse fällt der Mangel an ausländischen Effekten. Wir haben in Oesterreich von diesen größtenteils deutschen Effekten, die uns zur Hebung der Valuta wesentlich weniger nützen können, als solche von neutralen Staaten. Amerikanische Papiere wären selbstverständlich zur Hebung der Valuta außerordentlich wertvoll, wenn wir sie nicht fast ausschließlich in London gekauft hätten. Deutschland konnte den Verkauf seiner ausländischen Effekten während des Krieges mit Gewinn durchführen. Es sind dies Ressourcen, die uns nicht zu Gebote stehen. Wenn wir unsere Hauptexportartikel betrachten, Holz, Zucker, Rohöl, so begreifen wir, daß die Rahmlegung unseres Exports eine notwendige Folge des Krieges war. Es ist jedermann einleuchtend, daß Holz und Zucker derzeit nicht für die Valuta in ausschlaggebender Menge exportiert werden können und daß wir Rohöl größtenteils nach Deutschland abgeben müssen, was wieder nicht in gleichem Maße valutaregulierend wirkt. Eine Aufgabe kommt die Devisenzentrale voll und ganz erfüllen, und diese bestand darin, daß sie die vor Errichtung der Zentralstelle häufigen sprunghaften Devisenänderungen zu eliminieren vermochte.

Hierauf wendete sich Prof. Landesberger der künftigen Entwicklung zu und bemerkte vor allem, daß es unmöglich sei, heute bereits bestimmte Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet wären, die Valuta wieder in normale Bahnen zu lenken. Viel weniger sei es möglich, darüber ein abschließendes Urteil abzugeben. Es wird zu den schwierigsten Aufgaben des Finanzministers gehören, dieses Problem zu lösen. Eines jedoch läßt sich heute bereits mit Sicherheit feststellen, daß, welche Maßregeln auch immer die Regierung treffen wird, es nie zu einer Unterschriftenverleugnung seitens des Staates kommen kann. Heute gibt es aktuelle Fragen, denen man sich zuwenden muß: es ist Aufgabe der Regierung sowie sämtlicher beteiligten Kreise, auf eine Steigerung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, hinzuwirken sowie durch Ausbau der Verkehrswege die Zirkulationsmöglichkeit zu erleichtern und günstigere Bedingungen für den Export zu schaffen.

Generalsekretär Schmid über die neuen Banknoten.

Wien, 21. November.

Der Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Friedrich Edler v. Schmid, äußerte sich gegenüber dem Wiener Mitarbeiter des „N. Z. G.“ über die demnächst zur Ausgabe gelangenden neuen Banknoten, über welche die am 23. November in Budapest stattfindende Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank beschließen wird. Zunächst ist die Ausgabe von neuen Fünfundzigkronennoten geplant, die wahrscheinlich noch vor Weihnachten dem Verkehr übergeben werden. Die neuen Fünfundzigkronennoten sind den jetzigen Hundertkronennoten ähnlich; nur ist die Zeichnung auf den beiden Seiten nicht wie bisher gleich, sondern nur ähnlich, um eventuelle Fälschungen zu erschweren. Diese neuen Noten sind sehr hübsch ausgestattet.

Die neuen Einkronennoten sollen ebenfalls noch im Dezember zur Ausgabe gelangen. Sie sind aus bedeutend besserem und haltbarerem Material hergestellt als die jetzigen Zweikronennoten, sind hauptsächlich in Schwarz und Rot gehalten und sehr hübsch ausgestattet. Die eine Seite zeigt den vom Bankstatut vorgeschriebenen Text in deutscher und ungarischer Sprache; die Rückseite der neuen Einkronennoten wird zur Gänze von der Schutzzeichnung bedeckt. Das Format dieser neuen Noten ist etwas kleiner als das der Zweikronennoten.

Die jetzt im Verkehr befindlichen Zweikronennoten dürften im Januar 1917 eingezogen und durch neue, aus besserem Material hergestellte Noten ersetzt werden. Die neuen Zweikronennoten werden auch einem bedeutend höheren Schutz gegen Fälschungen bieten. Bei den bisherigen Zweikronennoten sind nur sehr wenige Fälschungen vorgekommen.

22./II. 1916

Bargeldloser Zahlungsverkehr der Postsparkasse.] Das Postsparkassenamt versendet folgende Mitteilung: Kann die Einzahlung auf einen Postsparkassenerlagschein auch mit Scheck erfolgen? Sowohl Wer selbst ein Scheckkonto besitzt, füllt den Erlagschein vorschriftsmäßig aus, schreibt dazu einen Scheck mit der Verfügung zum Vollzuge des beiliegenden Erlagscheines und sendet beides in gewöhnlicher Weise an das Postsparkassenamt. Er bekommt dann mit dem Kontoauszuge den bestätigten Empfangsschein, und der Zahlungsempfänger erhält den Erlagschein, genau so, als wenn die Einzahlung beim Postamt erfolgt wäre. Nur entfällt die Mühe, zum Postamt zu gehen, dort zu warten usw. Man kann auch mehrere Erlagscheine mit einem Scheck expedieren, muß aber der Sicherheit halber einen Zettel beilegen, auf dem die Kontonummern der einzelnen Erlagscheine in arithmetischer Ordnung, dann die auf jeden Schein einzuzahlenden Beträge verzeichnet sind und die Summe derselben gezogen ist. Zur Bequemlichkeit des Publikums gibt das Postsparkassenamt Formulare solcher Verzeichnisse aus, die aber nicht obligatorisch sind. Der Scheck wird natürlich auf die im Verzeichnis gezogene Summe ausgestellt, und heißt es dann: zum Vollzuge der beiliegenden Erlagscheine in der Mehrzahl. Viele Kontoinhaber wissen das nicht und glauben, man müsse einen Erlagschein immer bar einzahlen, was im Interesse der Förderung des bargeldlosen Zahlungsausgleiches besser zu vermeiden ist. Für jemand, der seine Rechnungen meist mit Erlagscheinen bezahlt, lohnt es sich, schon deshalb ein Scheckkonto bei der Postsparkasse zu nehmen.

(Währungspolitik und Goldwarenindustrie.)

In der in der Oesterreichischen politischen Gesellschaft geführten Diskussion über die Währungspolitik nach dem Kriege wurden auch die Luxusimporte von Juwelen und Goldwaren kritisiert, während von fachmännischer Seite der angebliche Umfang dieser Importe bestritten wurde. Auch in Deutschland äußerten an die währungspolitische Seite der Erwerbung von Goldwaren Erörterungen an, aber dort handelt es sich dabei um die Ausfuhr und ferner um den Inlandsverbrauch, insofern zu der industriellen Verarbeitung Gold aus den Beständen der Deutschen Reichsbank abfließt. Wie bekannt, ist in Deutschland die Ablieferung von Gold und Goldschmuck an die Reichsbank organisiert worden, und zwar durch freiwillige Vergabe. Man hat nun demgegenüber einen Widerspruch darin erblicken wollen, daß die Reichsbank der deutschen Goldwarenindustrie Gold zur Verfügung stellt. Eine offiziöse Darstellung, die durch das Wollfische Bureau verbreitet wird, konstatiert jedoch, daß vor dem Krieg wohl etwa 80 Millionen Mark Feingold jährlich verarbeitet wurden; heute dagegen gibt die Reichsbank an Gold für die Ausfuhr, für das Inland, für Zahngold, für photographische Artikel, für Buchgold, für die keramische Industrie usw. insgesamt monatlich nur noch etwa 1 Million Mark oder etwas darüber, auf das Jahr berechnet also etwa 14 bis 15 Millionen Mark, Feingold aus. Von dieser Summe kommen auf den Export und für Exportwaren schätzungsweise vier Fünftel — und der Export von Goldwaren sei besonders vorteilhaft und unbedingt notwendig für die Gesamtheit, weil er Devisen und Auslandsguthaben im Mehrfachen des Goldwertes zur Bezahlung der Einfuhr schafft —, ein Teil kommt auf Zahngold, und nur etwa ein Siebentel wird überhaupt für die Goldwarenindustrie, die für das Inland Goldwaren herstellt, verausgibt. Man zieht die Industrie und die Juweliere neben dem Hauptquantum, das sie von der Reichsbank bekommen, auch noch einiges Gold an sich durch Einkauf bei den Scheideanstalten und durch Einkauf von Allgold und Bruchgold. Wenn man es hoch schätzt, könne das etwa die Hälfte dessen sein, was die Reichsbank gibt.

Also insgesamt werden nach den der Reichsbank zugegangenen Schätzungen von der Goldwarenindustrie, die für das Inland bestimmt ist, überhaupt nur noch 2½ bis 3 Millionen Mark jährlich an Feingold verarbeitet, eine minimale Summe, und von diesem Gold dürfen nach den von der Reichsbank getroffenen Maßnahmen nur noch leichte Gegenstände mit hoher Fassung, also niedrigem Gold- und hohem Arbeitswert, angefertigt werden. Die deutsche Goldwarenindustrie verlangt Gold jedenfalls zur Verarbeitung für Exportzwecke. Das Interesse in Oesterreich ist ein entgegengesetztes. Aus gleichen valutariischen Gründen, welche den deutschen Goldwarenausfuhr seitens des Deutschen Reiches als förderungswürdig erscheinen lassen, ist bei uns die entbehrliche Luxusausfuhr von Goldwaren und Juwelen tunlichst einzuschränken und zu verhindern.

[Die Notenbank über die Lage des Geldmarktes.] In Budapest hat heute eine Sitzung des Generalrates der Oesterreichisch-ungarischen Bank stattgefunden. In dieser Sitzung wurde mitgeteilt, daß die neuen Fünzigkronenbanknoten am 18. Dezember und die neuen Ein Kronennoten am 21. Dezember in den Verkehr gesetzt werden sollen. Generalsekretär v. Schmidt erstattete den üblichen Bericht über die Lage des Geldmarktes. Eine Aenderung des Zinsfußes wurde nicht vorgenommen. Wir erhalten über den Vortrag des Generalsekretärs folgendes Telegramm:

B u d a p e s t, 23. November. In der heutigen Generalrats-sitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank hob der Generalsekretär Friedrich Adler v. Schmidt hervor, daß der Kurs der heimischen Anlagewerte, vornehmlich der Pfandbriefe, günstig sich entwickle; dagegen sind die 2 $\frac{1}{2}$ prozentigen englischen Konjols seit dem 24. d. neuerlich um $\frac{2}{8}$ Prozent zurückgegangen und auf 56.12 gefallen. Sie verzinsen sich zu diesem Kurse bereits zu 4 $\frac{4}{8}$ Prozent, also nicht weniger als die deutsche 3prozentige Reichsanleihe. Die zweite im Juli vorigen Jahres zum Parikurse ausgegebene 4 $\frac{1}{2}$ prozentige englische Kriegsanleihe hat sich seit dem 24. d. um $\frac{1}{8}$ Prozent gebessert, steht aber mit ihrem gegenwärtigen Kurse von 96 Prozent immer noch 4 Prozent unter ihrem Emissionskurse. Die französische 3prozentige Rente hat ihren am 24. des Vormonats notierten Kurs von 61.10 behauptet, dagegen ist die 5prozentige französische Kriegsanleihe seit dem genannten Tage um 23 Prozent auf 87.70 gefallen. Sie verzinst sich bei diesem Kurse beinahe ebenso hoch wie die erste österreichische Kriegsanleihe. Diese trägt nämlich nach dem Begebungskurse rund 5 $\frac{3}{4}$ Prozent, während die französische Kriegsanleihe sich zu ihrem gegenwärtigen Kurse von 87.70 mit 5 $\frac{70}{100}$ Prozent verzinst. Der Zinssatz auf offenem Markte ist in Wien auffallend niedrig und notiert derzeit 1 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{3}{8}$ Prozent, für Umliegeld jedoch 4 $\frac{3}{4}$ bis 5 Prozent. Auch in Budapest ist Geld flüssig. Der Satz stellt sich unverändert auf 2 $\frac{3}{4}$ Prozent. Lombard für Kriegsanleihezeichnungen ist zu 4 Prozent zu haben. Auch in Berlin bleibt der Privatsatz unverändert 4 $\frac{3}{8}$ Prozent; Umliegeld bedingt dort 5 Prozent. In London bleibt Geld nach wie vor knapp zu 5 $\frac{19}{32}$ Prozent. Seit der letzten Sitzung des Generalrates haben die Banken von Norwegen und Schweden ihren Zinssatz um je $\frac{1}{2}$ Prozent auf 5 $\frac{1}{2}$ Prozent hinaufgesetzt, und zwar erfolgte die Erhöhung Norwegens am 9., jene Schwedens am 10. d. Bei uns lag ein Anlaß zu einem ähnlichen Antrag nicht vor.

26. XI. 1916

(Geldinstituts-Zentrale.) Die Direktion der Geldinstituts-Zentrale hielt heute mittag eine Sitzung, in der die Leitung über die bisherige Tätigkeit des Instituts Bericht erstattete und unter anderem über die Aktion referierte, die sie im Interesse der geflüchteten siebenbürgischen Geldinstitute sowie in den die Mitglieder interessierenden Steuer- und Moratoriumsfragen entwickelt hat. Da die Organisation des Instituts nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden kann, beschloß die Direktion die Aufnahme der statuten-gemäßen Geschäftstätigkeit der Zentrale mit ihren Mitgliedern. Das Institut erteilt seinen Mitgliedern innerhalb der in den Statuten festgestellten Schranken Kassekontofreidite, es dient als Domizilort der Wechsel seiner Mitglieder, führt ihre sonstigen Aufträge durch und beschäftigt sich auf Grund der Ermächtigung des Finanzministers mit der Einlösung der Kriegsanleihekupons im Wege seiner Mitglieder. Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß außer jenen Instituten, die sich um Unterstützung an die Zentrale gewendet haben und deren Angelegenheiten Gegenstand eingehenden Studiums bilden, auch einige vornehme und alte Provinz-Geldinstitute freiwillig um die Revision durch die Zentrale angesucht haben, so die auf eine zweiund-siebzigjährige Vergangenheit zurückblickende Eßtergomer Sparkasse. Es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel je mehr Nachahmer finden wird. Nachmittags hielten die Gründer der Geldinstituts-Zentrale eine Versammlung, in der 14 neue Mitglieder aufgenommen wurden; dadurch erhöhte sich die Zahl der Mitglieder der Zentrale auf 1296.

26. / X. 1916

* Die Kleingeldnot. In der Zuschrift über die Umstände beim Butterverkauf bei der Firma Oerngroß schreibt uns die Firma: Die Klage, daß an unseren Verkaufsständen, besonders beim Butterverkauf, Zweikronennoten nicht gewechselt werden, während in den Schüsseln die Silberkronen liegen, ist insofern nicht berechtigt, als die Abweisung tatsächlich nur infolge des bestehenden Kleingeldmangels geschieht und die Behauptung von dem Vorhandensein des Silbergeldes keinesfalls auf Wahrheit beruht. Unsere Kassierinnen sind nicht nur bei den Butterverschleißstellen, sondern auch in allen anderen Warenabteilungen genötigt, entweder die Zahlung in Banknoten oder in Zweikronennoten überhaupt zurückzuweisen oder aber zu Auskunftsmitteln zu greifen und die kleinen Restbeträge in Briefmarken zurückzugeben. Wir machen übrigens jedem Kunden den Vorschlag der Verteilung der Zweikronennoten oder wir weisen den Betreffenden an eine unserer anderen Kassen, deren eine vielleicht zufällig über Kleingeld verfügt. Diese Vorschläge werden leider vielfach von den Kunden abgewiesen. — Wozu wir bemerken wollen, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank doch endlich die Kleingeldnot abstellen sollte. Mit dem Zerreißen der Zweikronennoten ist niemandem gebietet, da neuestens auch die Bank Anstand nimmt, die halben Noten einzulösen, sonst sie aber niemand an Zahlungsstatt nimmt.

26. XI. 1916

Die kleinen Zahlungsmittel.

N. Berlin, 24. Novbr. In neuerer Zeit ist ein empfindlicher Mangel an kleinen Zahlungsmitteln hervorgetreten. Die Reichsfinanzverwaltung war bisher schon bemüht, dem unter der Einwirkung des Krieges gewachsenen Bedürfnis nach diesen Zahlungsmitteln gerecht zu werden. So sind seit Beginn des Krieges rund 55 Millionen Einmarkstücke, 31,7 Millionen in Einhalbmarkstücken geprägt worden; unter Abrechnung der wieder eingezogenen Stücke bezifferten sich insgesamt die Einmarkstücke auf 369,3 Millionen (gegen 313,3 Millionen Mark Ende Juni 1914), die Einhalbmarkstücke auf 126,8 Millionen Mark (gegen 95,0 Millionen Mark Ende Juni 1914). Ferner sind aus Eisen in Zehnpfennigstücken 10,167 Millionen Mark und an Fünfpfennigstücken 6,307 Millionen Mark hergestellt worden. Weitere stärkere Prägung von Eisenmünzen sind eingeleitet und sollen mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. In der vergangenen Woche erst hat der Bundesrat der weiteren Ausprägung von 10 Millionen Mark in Zehnpfennigstücken und 5 Millionen Mark in Fünfpfennigstücken zugestimmt. Im ganzen sind bisher geprägt:

an Zehnpfennigstücken rund 80,2 Millionen (gegen 66,1 Millionen Ende Juni 1914,

an Fünfpfennigstücken rund 43,1 Millionen (35,2 Millionen),

an Zweipfennigstücken rund 9,1 Millionen (8,9 Millionen),

an Einpfennigstücken rund 15,9 Millionen (15,4 Millionen).

Außer diesen Prägungen ist eine beträchtliche Ausgabe an Darlehnskassenscheinen zu 1 Mark erfolgt.

Der im volkswirtschaftlichen Interesse zu beklagende Mangel an Zahlungsmitteln beruht nach den gemachten Wahrnehmungen zu einem wesentlichen Teil auf Hemmungen im Münzumsatz. Es ist von größter Wichtigkeit, daß man darauf bedacht ist, Münzen nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus zurückzubehalten, sondern sie wieder in den Verkehr zu bringen, damit der Münzumsatz eine Beschleunigung erfährt, die eine bessere Ausnutzung für den Zahlungsverkehr ermöglicht. Dieses gilt namentlich auch für die Silbermünze, die nach starker Ausprägung (90,50 für den Kopf der Bevölkerung) weit zahlreicher in Umlauf aufstehen müßte. Bis Ende Juni 1914 waren an Silbermünzen geprägt abzüglich wieder eingezogener Stücke 1 170 463 780,50 Mark. Das sind bei 64,9 Millionen Einwohner auf den Kopf 18,00 Mark. Es sind jetzt geprägt, nach Abzug der wiedereingezogenen Stücke:

an Fünfmarkstücken 281,2 Millionen (279,8 Millionen gegen Ende Juni 1914),

an 3-Markstücken 172,5 Millionen (164,6 Millionen),

an 2-Markstücken 319,0 Millionen (317,9 Millionen).

Gerade die Silbermünze wird dem Zahlungsverkehr im weiten Umfange vorenthalten. Auch hier treten als Umlaufmittel noch die Darlehnskassenscheine von 2 und 5 Mark hinzu.

29./II. 1916

Die Einziehung der Nickel-Zwanzighellermünzen.

Die Bevölkerung wird neuerdings aufmerksam gemacht, daß die Nickelmünzen zu 20 Heller mit 1. Januar 1917 außer Verkehr gesetzt werden und daß sie daher nur noch bis einschließlich 31. Dezember in Privatverkehr in Zahlung genommen werden dürfen. Dagegen sind die staatlichen Kassen und Ämter verpflichtet, diese Münzen bis einschließlich 30. April 1917 anzunehmen. Daher müssen spätestens bis zu diesem Zeitpunkt diese Zwanzighellerstücke an die Staats- und Bankkassen im Wege der Zahlung oder der Einwechslung gegen andere Zahlungsmittel der Kronenwährung, insbesondere gegen eiserne Zwanzighellerstücke, abgeliefert werden.

Straßenbahnmünzen.

Wie der Kleingeldumlauf eingeschränkt werden könnte.

Zwischen den täglich nach Millionen zählenden Fahrgästen und den Schaffnern der Straßenbahn findet ein fortwährender Bargeldumlauf statt, der zu seiner Befriedigung einer gewaltigen Menge von Münzen, namentlich auch von Nickelstücken, bedarf. Es ist dies eine starke Bindung der Umlaufmittel des wirtschaftlichen Lebens, deren Einschränkung zur Entlastung des Geldverkehrs schon in normalen Zeiten erwünscht ist. Um so dringender ist die Einschränkung jetzt zu fordern, wo es sich in der Absperrung unseres wirtschaftlichen Lebens während des Krieges und gegenüber dem gewaltigen Verbrauch unserer Bestände darum handelt, das vorhandene Material aufs nützlichste auszuwerten und zugleich die bestehende Knappheit an Umlaufmitteln zu beheben.

Das Ziel ist auf dem Wege zu erreichen, der in der Einführung der Omnibus-Münze angedeutet ist: durch Befreiung des Straßenbahnverkehrs von der Bargeldzahlung. Sie kann durch Einführung von Fahrtscheinheften zu 10 oder 20 Scheinen oder durch Einführung von Straßenbahn-Münzen im Werte von 10 Pfennig erreicht werden. Beide Systeme ermöglichen fast völlig die Ausschaltung der Kleingeldzahlerei, da die Zahlung fast nur noch in Ein- und Zwei-Mark-Scheinen zu erfolgen braucht. Die Einführung von Straßenbahn-Münzen aus geringwertigem Material, die im Gegensatz zu Geldstücken und den Omnibus-Münzen etwa achteckig sein könnten, ist unbedenklich schon in vielen Orten erfolgt.

Wenn bei einer wirtschaftlich guten Sache das vorteilhafte Ziel erreicht wird, so wirkt dies gewöhnlich befruchtend weiter. Nicht das wenigste bedeutet die Entlastung der Schaffner. Wenn man tagtäglich zusehen muß, wie die Straßenbahn trotz mangelndem Personal und ungeeignetem Ersatz geradezu eine Kleingeldwechselbank geworden ist, wie die Schaffner und noch mehr die ungelerten Schaffnerinnen in der drangvollen Enge nicht nur Münze und Fahrtschein zu tauschen haben, sondern während der Fahrt, bei schlechter Beleuchtung und vielleicht obendrein noch durch den Schalter der Bordertür hindurch auf alle möglichen Geldstücke und Scheine mühselig Wechselgeld herauszugeben haben, — dann begreift man es nicht, daß ein derartiger verkehrswidriger Zustand nicht schon längst beseitigt ist. Je mehr der Kauf der Beutel mit Straßenbahn-Münzen in Geschäfte, Zigarettenläden, Restaurants, Zeitungsabgaben und ähnliche Betriebe verlegt wird, desto mehr werden die Schaffner der Straßenbahn entlastet, während den Ladeninhabern durch den Verkauf der Beutel gerade zurzeit dringend erwünschtes Käuferpublikum zugeführt wird. Den Vorteil haben nicht nur die Allgemeinheit, die Fahrgäste, Schaffner und Ladeninhaber, sondern auch die Gesellschaften, da eine weit glattere und schnellere Abwicklung des Verkehrs durch die Erleichterung der Fahrgelderstattung zu erwarten ist.

Dr. E. L.

Die andauernde Kleingeldknappheit.

Noch immer hält die Kleingeldknappheit an und beengt unser alltägliches Wirtschaftsleben. Auch die kürzlich erfolgte Ausgabe der eisernen Zweihellerstücke hat dem empfindlichen Mangel an Kleingeld nicht abzuhelfen vermocht. Nach wie vor müssen wir es täglich von neuem, sei es auf der Straßenbahn, beim Kaufmann oder beim Amtsschalter, erfahren, welche unangenehme Hindernisse die Kleingeldmisere in der Abwicklung des Alltagsverkehrs geschaffen hat. All dies soll, wie uns von informierter Seite versichert wird, hauptsächlich darin seinen Grund haben, daß noch immer sehr viel Nickel- und Bronzegegeld thesauriert wird. Nach den uns von der Direktion des Münzamtes zugekommenen Informationen werden derzeit Tag für Tag 600.000 eiserne Zwanzighellerstücke, 300.000 eiserne Zweihellerstücke, 100.000 Einkronen- und 200.000 Reihnellerstücke geprägt. Doch soll in ungefähr zwei Wochen der Zufluß von Hartgeld in den täglichen Verkehr noch vergrößert werden. Die Thesaurierungskrankheit der Bevölkerung insbesondere auf dem Lande hält noch immer an, obwohl bekanntlich bis zum 31. d. sämtliche Nickelmünzen abgeliefert werden müssen. Der bisherige Eingang an Nickelmünzen bei den Abgabestellen läßt, wie wir erfahren, noch immer viel zu wünschen übrig. Doch ist nach der Ansicht kompetenter Faktoren mit den am 27. d. zur Ausgabe gelangenden Einkronennoten eine weitgehende Behebung der Kleingeldmisere zu gewärtigen, da die erste Ausgabe an und für sich ziemlich groß sein wird und außerdem die täglichen Nachschaffungen in solchen Quantitäten erfolgen werden, daß die Kleingeldfrage dadurch zum großen Teile gelöst erscheint wird.

Der „weiße Scheck“ als Zahlungsmittel im Kleinverkehr.

Eine wichtige Förderung kann der bargeldlose Zahlungsverkehr durch die Anerkennung „weißer Schecks“ als Zahlungsmittel erfahren. Weiß sind nach den Bestimmungen für den Reichsbankgiroverkehr die für bare Abhebungen oder zur Verrechnung (mit der Reichsbank oder einem Kontoinhaber) bestimmten Schecks im Gegensatz zu den roten, die zur Übertragung auf Konten an demselben oder an einem anderen Bankplatze bestimmt sind. Durch Bundesratsverordnung vom 31. August 1916 hat nun die Reichsbank die Ermächtigung erhalten, auf sie gezogene weiße Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen, durch den sie sich zur Einlösung des Schecks innerhalb der gesetzlichen zehntägigen Vorlegungsfrist verpflichtet. Jetzt ist die Reichshauptkasse angewiesen, solche Schecks, die den Verpflichtungsvermerk tragen, und deshalb jedem Erwerber die Gewißheit ihrer Einlösung durch die Reichsbank bei fristgemäßer Vorlegung geben, innerhalb dieser Frist genau so gut als Zahlungsmittel anzunehmen wie die gesetzlichen Zahlungsmittel. Schon bei ihrer Hingabe ist die zu tilgende Schuld als bezahlt anzusehen, so daß Empfangsbescheinigung erteilt werden kann. Für die rechtzeitige Vorlage solcher Schecks bei der Reichsbank ist die Reichshauptkasse verantwortlich. Ist die fristmäßige Vorlage voraussichtlich nicht mehr möglich, so werden die Schecks nicht mehr angenommen. Anders werden die nicht von der Reichsbank bestätigten weißen Schecks behandelt. Bei ihnen hat die Reichshauptkasse zunächst genau auf Erfüllung der Formvorschriften, besonders auf die Einhaltung der Vorlegungsfrist, zu achten. Die Annahme dieser Schecks tilgt noch nicht die Schuld, so daß im Falle ihrer Nichteinlösung die Zahlungen noch gefordert werden könnten. Da sonst das Zahlungsgeschäft lediglich erschwert würde, sollen nur Verrechnungsschecks verwendet werden. Empfangsbescheinigungen kann die Reichshauptkasse zwar bei Übergabe des Schecks erteilen. Sie muß aber zum Ausdruck bringen, daß die Zahlung durch Scheck erfolgt und deshalb die Erfüllung der Schuldverbindlichkeit erst von der wirklichen Übergabe abhängig ist.

Es ist zu hoffen, daß die neue Einrichtung sich bald einbürgern und zur wachsenden Einschränkung des Bargeldverkehrs im vaterländischen Interesse beitragen wird.

Z. / Nr. 1916

Geteilte Zweikronennoten.**Annahmeverpflichtung in Tabaktrafiken.**

Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat schon vor längerer Zeit und wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie die geteilten Zweikronennoten einwechsle. Sie kam damit der Behebung des zeitweilig mehr oder weniger stark vorhandenen Mangels an Kleingeld entgegen. Für die Bevölkerung war dies aber, als halbe Maßregel, nahezu ohne Belang; auf den Straßenbahnen, in den Trafiken, in Gast- und Kaffeehäusern und an anderen Orten, wo kleines Hartgeld eine Rolle spielt, wurden die geteilten Banknoten gar nicht, beziehungsweise nur sehr selten und ungern an Zahlungsstatt angenommen. Nun hat das Finanzministerium einen Erlaß über die Annahme von halben und Viertel-Zweikronennoten durch die Trafikverschleißer an alle Finanzlandesbehörden und an die Generaldirektion der Tabakregie hinausgegeben. In dem Erlaß heißt es:

Die unterstehenden Tabakverschleißer sind anzutweisen, bis auf weiteres die dormalen im Verkehr vorkommenden Halften und Viertel von Zweikronen, insoferne sie sich als Teile echter Noten erkennen lassen und in ihrem Aeußeren nicht etwa willkürlich verändert worden sind, zu 1 Krone, beziehungsweise 50 Heller in Zahlung zu nehmen. Diese Verpflichtung zur Annahme der Teilnoten hat sowohl im Zahlungsverkehr der Tabakverschleißer untereinander wie auch gegenüber den Verbrauchern zu gelten. Bei diesem Anlaß ist den Tabakverschleißern zu bedeuten, daß sie jederzeit in der Lage sind, anlässlich der von ihnen für Tabakbestellungen im Wege der Postsparkasse zu leistenden Barzahlungen auch solche Teilnoten zu verwenden, da die Postämter bis auf weiteres zu deren Annahme verpflichtet sind. Ebenso steht es allen Tabakverschleißern frei, diese Teilnoten auch bei Zahlungen an die Kassenämter der Finanzverwaltung zu verwenden oder sie bei diesen Aemtern zur Auswechslung zu überreichen.

Aus dem vorstehenden Erlaß ist der Passus „im Zahlungsverkehr der Tabakverschleißer untereinander wie auch gegenüber den Konsumenten“ insoferne von Belang, als die Frage entsteht, ob die Verpflichtung der Annahme von halben und Viertel-Zweikronennoten für den Kunden der Tabaktrafik gleichfalls damit ausgesprochen ist. Die Wendung „im Zahlungsverkehr“ würde nach Ansicht hierüber befragter Gewährsmänner eigentlich dafür sprechen, daß unter „Zahlungsverkehr“ eher eine beiderseitige Unterwerfung unter bestimmte Usancen zu verstehen wäre. Die Praxis dürfte hierüber Klarheit zu schaffen imstande sein. Für jene Personen, die eine ausgesprochene Abneigung gegen die Annahme geteilter Notenstücke hegen, dürfte übrigens die Tatsache, daß schon am 21. d. die neuen Einkronennoten in den Verkehr gelangen sollen, tröstlich sein.

29/X. 1915

Vergrabene Schätze.

Hin und wieder kann man davon lesen, daß beim Niederreißen eines alten Bauwerkes oder beim Abtragen eines Grundstückes die Hacke des Arbeiters oder die Pflugchar des Bauern ein altes Gefäß bloßgelegt hat, aus dem dann Gold- und Silbermünzen längst vergangener Prägung herausgefallen sind. Vor vielen Jahren haben geängstigte Menschen diesen ihren Schatz einmal vermauert und vergraben, um ihn in Kriegsläufen den plündernden Scharen der feindlichen Soldner zu entziehen. Sie selbst sind vielleicht durch Schwert oder Krankheit zugrunde gegangen, aber ihr Topf blieb heil und hat seinen Inhalt jetzt vor fremden Fingern entleert, da von den ehemaligen rechtmäßigen Besitzern auch kein Stäubchen Moder mehr übrig ist.

1*

Die Zeiten haben sich geändert, aber die Menschen nicht. Ein großes vielverwundenes und erprobtes System des Geld- und Kreditwesens ist entstanden, sicherer als das Loch im Mauerwerk oder die Wurbe im Erbreich und rentabler dazu. Dem, der sein bares Geld dem jüngsten Zinserer entziehen will, stehen heute Kaffeebänke und Sparkassen, Postsparkassen und Bantdepots offen. Dort wird nicht nur Sicherheit geboten, das Geld trägt auch brav Zinsen, mehr sich und steht in den Händen dieser Situation durch Kredit- und Darlehensgewährung in neue wirtschaftliche Kreise um. Es befördert die Volkswirtschaft, der es durch tausend Hände wieder zugeführt wird, während es sonst nutzlos liegt. Das der Postsparkasse oder einer Bank anvertraute Geld bleibt in der Verfügung des Besitzers. Er kann es durch Auszahlung eines Scheines oder eines Guthabensausweises lenken und abziehen, wozu er will. Die Bank oder Sparkasse ist ihm für sein Gut verantwortlich und hatbar und er bleibt immer und doch gibt es auch jetzt noch Leute, die ihr Geld im Kopfe vergraben, wie es ihre Väter im Dreißigjährigen Kriege getan haben mögen. Sie sehen nicht, wie das Zerstörerleben auch im Kriege seinen Fortgang nimmt. Der Zerstörer hat auch seine Zerstörer, aber eben solche aufgebaut, manches Gewerbe stillgelegt, aber sehr viele ungemein belebt und gefördert. Viele große und kleine Vermögen sind neuerhanden, noch mehr, die schon vor dem Kriege da waren, sind intact geblieben. Zwischen diesen haben die Gelder genommen? Sie sind Sparfüßler oder Sparfüßler.

Der Ökonomist.

Handelspolitik und Valuta.

Von Alois Schweiger.

Wien, 2. Dezember.

Wenn Oesterreich-Ungarn den Freihandel der sechziger und siebziger Jahre nicht hätte fallen lassen, wären weniger industrielle Betriebe entstanden und unsere Landwirtschaft wäre der Konkurrenz der überseeischen Landesprodukte ausgeliefert gewesen. Insofern die Zollsätze die Abwehr der Konkurrenz bezwecken, ohne prohibitiv zu werden, erfüllen sie ihr Ziel glänzend. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden die Zollsätze in ununterbrochener Folge, gewissermaßen um die Wette, von allen Völkern erhöht, und so ist es gelungen, wirtschaftlich mehr oder weniger scharf abgegrenzte Gebiete zu schaffen. Diese Ueberziehung hat nicht nur Hemmungen der Einfuhr bewirkt, sondern auch naturgemäß die Ausfuhr sehr erschwert. Aber gerade jene Länder, die entweder dem Freihandel treu blieben oder an den niedrigeren Zollätzen früherer Jahrzehnte festhielten, haben den Weltmarkt immer mehr an sich gezogen. England ist typisch für die freihändlerische Richtung, die Vereinigten Staaten, Deutschland und wir, als Nachahmer Deutschlands, für die entgegengesetzten Bestrebungen. Die Vereinigten Staaten arbeiten daran, sich von der Fessel der übertriebenen Zollsätze zu befreien; die Worte des Präsidenten Wilson passen für unsere eigenen Verhältnisse: Bewußt oder unbewußt haben wir ein System von Privilegien und der Befreiung vom Wettbewerb aufgebaut, der jeder, auch der totesten Form von Kombination die Schaffung von Monopolen leicht macht. Wir müssen alles abschaffen, was nach Privilegien oder künstlichen Bedingungen aussieht, damit unseren Geschäftsleuten und Produzenten als Ansporn die ständige Notwendigkeit auferlegt werde, leistungsfähig, wirtschaftlich und unternehmend zu werden.

Betriebe, die sich in unserer Monarchie dem Außenhandel widmen, arbeiten schon lange unter widrigen Verhältnissen und prosperieren gewöhnlich nicht. Hingegen wachsen die Vermögen jener Betriebe maßlos, die an der Scholle leben und unter den Fittichen des Hochschutzes sich betätigen. Der Hochschutz hat bei uns eine größere Verheerung angerichtet als in Deutschland, weil unsere Verhältnisse von den deutschen derart abweichen, daß uns eine Nachahmung der deutschen Handels- und Wirtschaftspolitik auf Abwege führen muß; sind doch die Hilfsquellen Deutschlands so ganz anders geartet als die unseren! Hierzu kommt noch, daß die Monarchie aus zwei getrennten Wirtschaftsgebieten mit entgegengesetzten Interessen besteht. Wir sind aber auf dem Wege des Hochschutzes viel weiter gegangen als Deutschland. Wir haben höhere Zölle; wir haben die Zölle, welche die deutsche Gesetzgebung beließ, völlig ausgeschaltet. Wir haben den Verkehrsverkehr in einem so engherzigen Sinne ausgefaktet, daß er fast nur zum Scheine besteht. Uns fehlt die weitgestreckte Küste, die Nähe des Meeres und damit die billige überseeische Zufuhr; wir haben auch nicht die großen Ströme Norddeutschlands mit ihren niedrigen Frachten; überdies fehlt uns die billige Nahrung. Die Landwirtschaft steigerte die Verkaufspreise, indem auch sie die Zollsätze voll ausnützte, ohne die Produktion zu erhöhen; wir müssen das Nahrungsmitteldefizit im Ausland kaufen. Die Arbeitslöhne mußten im Verhältnis zu den gesteigerten Preisen erhöht werden; wir gaben damit unsere letzte Waffe für den Export, den verhältnismäßig niedrigen Arbeitslohn, aus der Hand. Die unmittelbare Folge war, daß der Rückgang des Exports nicht weiter aufzuhalten war. Die nachfolgenden Biffen sollen das Gesagte illustrieren:

1886 bis 1890	Ueberschuß	1594	Millionen
1891	1895	1046	"
1896	1900	381	"
1901	1905	1064	"
1906	1910	Passivsaldo	148
1911	1912	1612	"
Im Jahre 1913	"	521	"

Der auswärtige Handel hat somit unter der Herrschaft der neuen Handelsverträge unser Nationalvermögen beständig gemindert; die Schutzzölle arteten immer mehr in Bereicherungszölle aus und verdrängten den Niederschlag eines Kompromisses zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz zu Lasten der Konsumenten^{*)}. Die Kartelle sicherten die Ausnützung der Zölle, was eine Erhöhung der Verkaufspreise nach sich zog; sie erhöhten die Gewinne der Unternehmer auf Kosten der Konsumenten. Der Export wurde als minderwertigbringend infolge der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt vernachlässigt. So weiß die Eisenindustrie noch im Jahre 1900 einen bedeutenden Ausfuhrüberschuß aus, dagegen ist sie seit 1906 beträchtlich passiv geworden.

Wenn man unser Verhältnis zu Deutschland allein betrachtet, so ergibt sich, daß Oesterreich-Ungarn für ein gebildetes Volk schwere Opfer gebracht hat. Oesterreich-Ungarn erlangte im Handelsvertrag mit Deutschland von 1905 niedrige Zölle für Rohstoffe, Vieh, animalische Produkte und Getreide; gewährte aber hierfür der mächtigen deutschen Industrie wichtige Zugeständnisse und wurde mit deren Fabrikaten überschwemmt. Wir hatten aber kaum die Möglichkeit, die uns im Vertrag von 1905 gewährten Konzessionen auszunützen, weil wir diese Artikel

*) Unsere Gewichtszölle auf Wertzölle umgerechnet, bewegen sich nach der Berechnung des Professors Grunzel auf folgendem Niveau: Spiritus 130 Prozent, gemeines Brot 50, Zucker 20, Petroleum (roh) 100 bis 120, Petroleum (raffiniert) 50 bis 75, Schlachtwasser 15, schwere Schweine 40 bis 50, frisches Fleisch 40 bis 50, Kaffeebohnen 30 bis 40, Weizen 20 bis 30, Weizenmehl 40 bis 50, Hafer 40 bis 50, Futtermehl 80 bis 100, Eisen (roh) 20, Ingots 30, Stahlisen (nicht raffiniert) 44, Stahlisen (raffiniert) 54, schwarzes Blech über 60, Riegel, Drahtseile über 60, Drahtseile, Schrauben zitta 70, Schienen und Eisenbahnmaterial zitta 50, gebrauchte Rohren 125 Prozent.

selbst nicht entbehren konnten. Die Differenzierung der deutschen Zollsätze zwischen Rohware und Halbfabrikat, wie zum Beispiel bei Rundholz und Sägewaren oder Gerste und Malz, ist derart groß, daß wir eigentlich nur die Rohwaren exportieren konnten. Welcherle sagte ganz richtig, daß die errungenen Vorteile nicht uns, sondern zufolge der Meistbegünstigungsklausel unseren Konkurrenten, den Vereinigten Staaten und Rußland, zum Vorteile gereichten.

Während unser Handel mit Deutschland in der Periode von 1901 bis 1907 im Durchschnitt mit 255 Millionen aktiv war, zeigt die Periode 1907 bis 1914 ein jährliches Defizit von 241 Millionen. Der neue Handelsvertrag mit Deutschland kostete unsere Volkswirtschaft somit etwa 500 Millionen jährlich.

Wie kam es aber, daß unsere Regierung einen so argen Mangel an Voraussicht zeigte, zumal es doch bei uns an tüchtigen Fachmännern für handelspolitische Unterhandlungen nicht fehlte? Unsere wirtschaftlich geschulten Unterhändler wurden von einfichtslosen Berufspolitikern in Positionen gedrängt, wo sie wahrscheinlich ihre Ueberzeugung unüberwindlichen Zwangslagen opfern mußten.

Das derart entstandene bedeutende Manö der Volkswirtschaft wurde folgendermaßen gedeckt: Die günstige Entwicklung unserer Handelsbilanz vergangener Perioden hatte unseren Kredit erhöht. Daher wurde es uns leicht, Schuldverschreibungen an ausländischen Märkten zu günstigen Bedingungen unterzubringen. Der Gegenwert in Gold zuzüglich der Remittierungen der österreichisch-ungarischen Auswanderer in Nord- und Südamerika und Deutschland — eine Bewegung, die mit den mislicheren Verhältnissen der Konsumenten anwuchs — ferner die bedeutenden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr machten uns zu einem goldreichen Lande mit niedrigem Zinsfuß. Unsere Zentralbank hatte leichtes Spiel, ihrer gesetzlichen Pflicht, der Aufrechterhaltung der Relation, nachzukommen. Gab es doch sogar eine Zeit, da wir den westlichen Zentralbanken mit Gold bespringen konnten. Bald nach Beginn des Weltkrieges änderten sich diese Verhältnisse und es wurde der Bank unmöglich, die Relation zu verteidigen. Diese Aufgabe ist den rein privaten Aktienbanken zugefallen. Da dieselben in erster Linie ihre eigenen Interessen wahren und ihre Guthabungen im Ausland möglichst teuer zu verkaufen trachteten, mußte sich ein Agio entwickeln. Aber auch in allen anderen in den Krieg verwickelten Staaten zeigt sich diese Erscheinung. Die Ursache liegt in der erschweren Post- und Telegraphenverbindung, in dem unterbrochenen Arbitrageverkehr mit den feindlichen Ländern, in dem einseitigen großen Importbedarf. Wenn von einer „Valuta des Siegers“ während des Krieges gesprochen werden kann, so ist der nordamerikanische Dollar dieser Sieger geworden; er hat das Pfund Sterling besiegt. Wenn man den Dollar als Goldinheit nimmt, so haben alle kriegführenden Staaten ein Disagio zu verzeichnen, das von 5 Prozent (für England) bis 50 Prozent (für Rußland) in die Höhe geht. Wenn man jedoch das Agio als Vertrauens- oder Mißtrauensdatum auffaßt, so findet man, daß die Staaten des Bierverbandes kein besonderes Vertrauen in ihre wechselseitige finanzielle Zukunft zu besitzen scheinen. Das Disagio von London nach Paris beträgt 10 Prozent, nach Mailand 20 Prozent; zwischen Paris und Petersburg gibt es ein Disagio von 30 Prozent mit steigender Tendenz. Die neutralen Staaten, Spanien, Holland, Schweiz und Rumänien, erfreuen sich als Lieferanten und Finanziers der kriegführenden Mächte einer erhöhten Bewertung ihrer Valuta. Deutschland mit seinem enormen Importbedarf, dem während des Krieges kein nennenswerter Export gegenübersteht, hat mit einem Disagio von innerlich nur 15 Prozent zu rechnen. Da wir unsere ausländischen Transaktionen über Berlin machen, hat sich ein Disagio der Krone zugunsten der Mark in der Höhe von zirka 20 Prozent herausgebildet. Die starke Nachfrage nach Mark ist wohl die Hauptursache dieses Disagios; eine ausgiebige Anleihe in Mark wäre voraussichtlich das beste Mittel, den Wert der Krone zu heben.

(Ein Schlussartikel folgt.)

Gold, Noten und Giroverkehr im Kriege.

In dem Verleumdungsfeldzuge, den unsere Feinde, besonders England, mangels militärischer Erfolge gegen uns führen, versucht es unter anderem auch, die noch neutralen Staaten mißtrauisch gegen Deutschlands Finanz- und Währungsverhältnisse zu machen. Behauptet es doch, wie ein ausländisches Blatt vor kurzem berichtete, Deutschland könne und würde durch einen Mangel an Gold niedergedrückt werden. Nichts ist mehr geeignet, die Haltlosigkeit dieser böswilligen Verleumdung besser zu widerlegen, als die Ausweise unserer Reichsbank, deren Goldbestand von Woche zu Woche zunimmt und den Betrag von $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark nahezu erreicht hat. So sind wir heute dank der politisch-finanziellen Einsicht unseres Volkes dem schon im Jahre 1908 von den Mitgliedern der Bankenquete-Kommission unter anderem bei der Besprechung der Mittel zur Verstärkung des Barvorrats der Reichsbank angestrebten Ziele, durch vermehrte Ausgabe von Noten auf 25 Mt. und 20 Mt. Gold heranzuziehen, in ganz besonderem Maße nähergekommen.

Weniger erfolgreich sind die Bestrebungen der Bankenquete-Kommission geblieben, die, dem gleichen Zwecke dienend, darauf hinausgingen, durch weitere Ausbreitung des Giroverkehrs dem Bedarfs an Zahlungsmitteln einzuschränken. Diese neuerlich wieder einsetzenden Bestrebungen hängen eng zusammen mit dem durch die Umwechslung des Goldes in Noten geschaffenen Umstände, daß sich der Notenumlauf um die Summe des eingewechselten Goldes vermehrt hat und daß diese Umwechslung bei ihrer anhaltenden Fortdauer vor Augen führt, welche Summen von Zahlungsmitteln, die früher im Frieden ihrer privaten Zehrfaurierung wegen nicht bemerkbar waren, jetzt aber — in Noten umgewechselt und als solche im Reichsbankstatus sichtbar geworden — dem legitimen Zahlungsmittelverkehr entzogen worden sind, welcher entzogen werden und, ohne diesem Zwecke zu dienen, ein zum Teil unnützes Anwachsen des Notenumlaufes der Reichsbank zur Folge haben.

Zwar ist auch in den uns feindlichen Ländern, z. B. Rußland, der Betrag der umlaufenden Noten seit Kriegsbeginn ungeheuer gestiegen. Betrug derselbe vor dem Kriege etwa $\frac{1}{2}$ Milliarden Rubel, so beläuft sich der Betrag der von der russischen Staatsbank und Reichsbank ausgegebenen Noten gegenwärtig auf etwa $\frac{3}{4}$ Milliarden Rubel; hier hat er aber einen seiner Gründe nicht wie vorwiegend bei uns in der Umwechslung von Gold gegen Noten, denn der Goldbestand der russischen Staatsbank hat sich vom Kriegsbeginn bis Ende 1915 nur um etwa 70 Millionen Rubel vermehrt, sondern der größte Teil dieser Noten mußte ausgegeben werden, weil die russischen Banken auf dem Hauptteil sowohl der früheren wie auch der letzten Milliarden-Anleihe stengelieben sind. Da auch die zur Deckung des durch die ungeheure Papiergeldüberschwemmung stark gesunkenen Rubel-Kurses angestellten Goldsammlungen ergebnislos bleiben, aus neuen Anleihen aber bei den jetzt schon stockenden Eingängen ebensowenig Mittel zur Abdeckung des Notenumlaufes aufgebracht werden können, und somit Anleihen überhaupt nicht geeignet sind, dem Reiche neue Mittel einzubringen, muß jetzt die staatlich gelenkte Notenwalze den wachsenden Geldbedarf Rußlands beschaffen.

Auch Frankreich — der Weltbankier — hat zugleich mit seinen Heeren seine Notendrucke mobilgemacht, um den Geldbedarf des Staates zu decken. 5,2 Milliarden Franken stellen Ende 1915 die Anforderungen der Regierung an die Bank von Frankreich dar, und erklären nur zu deutlich den seit Kriegsbeginn um $\frac{6}{7}$ Milliarden Franken erhöhten Notenbetrag und die bei den wachsenden Kriegskosten ständige Erhöhung dieser Summe. Da an eine Minderung derselben mithin nicht zu denken ist, zudem auch die angestrebte Zwangsmaßregel zur Ablieferung der Goldmünzen das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Noten der Bank von Frankreich noch erhöht hat, erklärt es sich, daß nur der zwanzigste Teil des im Verkehr befindlichen Goldes gegen Noten umgewechselt wurde.

Wie die französische hat auch die italienische Regierung durch Erhöhung der Ansprüche, die die italienischen Notenbanken dem Staate gegenüber zu befriedigen haben, die Notenausgabe ihrer Banken je nach dem Verhältnis ihres Kreditbedarfs vermehrt und zur Erhöhung des Notenumlaufes von etwa zwei Milliarden auf $\frac{3}{4}$ Milliarden Lire beigetragen. Daraus, daß trotz einer zwischen den Erhöhungen aufgelegten Anleihe, eine Minderung des Notenumlaufes nicht erfolgte, ist zu schließen, daß die Kredite völlig erschöpft und zu einer Abdeckung des Notenumlaufes keine Mittel zur Verfügung stehen. Zieht man weiter in Betracht, daß sich bei einem Goldzufluß von nur 20 Millionen Lire vom Juli 1914 bis Ende 1915 das Deckungsverhältnis der Noten von 50 Prozent auf etwa 35 Prozent verschlechtert hat, und eine längere Kriegsdauer die weitere dort übliche Finanzspruchnahme der Notenbanken seitens des Staates nach sich ziehen wird, so ergibt sich, daß die drei italienischen Notenbanken hinsichtlich der Notenausgabe in Kürze an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Bei unserm finanziell kräftigsten Feinde England erschienen mit dem Kriege neben den Banknoten, und zwecks besserer Einbürgerung gleich mit dem Recht des Zwangsumlaufes ausgestattet, die staatlichen Currency-Noten und vermehrt mit den Noten der Bank von England den gesamten Notenumlauf vom Kriegsbeginn bis Ende 1915 von 30 auf 134 Millionen Pfund und verschlechterten bei einer Goldzunahme von 39 auf etwa 80 Mill. Pfund — unter Einrechnung des Auslandsgoldes — das Deckungsverhältnis von 128 % auf 60 %. Der Betrag von 92 Millionen Pfund, augenblicklich umlaufender Currency-Noten aber spricht in dieser Höhe der englischen Regierung wohl die Rechtfertigung ab, die Ausgabe dieses Papiergeldes lediglich begründen zu dürfen mit dem Verlangen des Verkehrs nach kleinen Zahlungsmitteln. Dieser Betrag läßt vielmehr den Schluß zu, daß diese im banktechnischen Sinne als Noten der Bank von England anzusehenden Notstandsnoten einen Beitrag der Bank von England darstellen zu den geldlichen Bedürfnissen der Regierung zur Kriegsführung.

Im Gegensatz zu diesen vier Ländern, in denen allen sich ein allmähliches Abbröckeln des Goldbestandes bemerkbar macht, hat Deutschland seinen Goldbestand fortgesetzt vermehren können. Zugleich hat die deutsche Banknote durch die fortdauernde Umwechslung und die damit verbundene Tendenz eines steigend sich bessernden Deckungsverhältnisses ihren inneren (gedeckten) Wert erhalten (41 % bei Kriegsausbruch gegen 39 % im Januar 1916). Hat auch der Notenumlauf der Reichsbank gegen den Friedensbestand eine starke Zunahme erfahren, so gründet sich diese doch weiter auf die Preissteigerung aller Güter, auf den an Stelle des Wechsels vielfach getretenen Barzahlungsverkehr und hauptsächlich auf den Umstand, daß bedeutende Summen in die von uns verwalteten

feindlichen Gebiete abgegeben werden mußten, aus denen sie wegen fehlender oder durch kriegerische Operationen gestörter Bankverbindungen gar nicht oder nur schwer zurückfließen können.

Durch das glänzende Ergebnis unserer Kriegsanleihen ist der vom Reich ursprünglich wegen der erst einige Zeit nach dem Kriegsbeginn aufgelegten ersten Anleihe benötigte Notenbetrag durch Erlös aus der Anleihe wieder in die Reichsbank zurückgefloßen. Die Reichsbanknote hat somit, im Gegensatz zu den Noten der uns feindlichen Länder, die, wie gezeigt, aus ihren Banknoten Kreditmittel haben machen müssen, ihren Charakter als ledigliches Zahlungsmittel bewahrt, und vermöge dieser Eigenschaft gibt sie die Möglichkeit, mit Verbesserung der Zahlungsmitteln durch den Giroverkehr ihren Bedarf einzuschränken.

Schon frühzeitig hat man in England die Vorteile erkannt, die darin liegen, daß das Bankkonto die Zahlungshandlung vereinfacht, die Kassensführung und deren Fährnisse, die Sorge für sichere Aufbewahrung und Verluste aus kriegerischen und elementaren Ereignissen auf die Bank überträgt, daß durch die buchmäßige Zahlung Arbeitsleistung und Zeitverluste gemindert werden und ordnungsmäßig geführte Bücher als Beweismittel gelten, die Zahlung und Empfang bezeugen und die Rechnungsbelegung sichern, während in Deutschland noch lange nicht allgemein genug beachtet wird, daß private Geldlager nicht nur gefährdet, sondern auch gefährdend sind, daß sie für den einzelnen kostspielig, für die Allgemeinheit aber unproduktiv sind. Trotz der uns gebotenen Möglichkeit der Fernübertragung durch das Filialnetz der Reichsbank, des lokalen Giro-Verkehrs, durch die Abrechnungsstellen und der selbst für den kleinsten Gewerbetreibenden zum Anschluß an den Giroverkehr geeigneten Postbedienten und Kreditgenossenschaften und des allen kaufmännischen Betrieben als nachahmenswert empfohlenen Beispiels vieler Banken, ihren Angestellten im eigenen Betriebe Konten zu eröffnen, sowie schließlich auch trotz der bedeutenden Überlegenheit des Giro-Systems vor dem englischen Scheckverkehr, ist es bisher nicht gelungen, im Zahlungsverkehr jene bargeldlose Vollkommenheit zu erzielen, die in England trotz schlechterer Organisation zum wesentlichen Grund seiner finanziellen Stärke geworden ist.

Dem erst in den Verkehr und die Banken geleitet, wird das Bargeld zum Geldkapital. Als solches wirkt es letzten Endes vermindern auf den Notenumlauf und damit verbessernd auf den Status der Notenbank ein. Während ein guter Reichsbank-Status im Frieden vornehmlich dazu dient, billiges Geld zu schaffen, muß er uns im jetzigen Kriege helfen, das Ansehen der deutschen Banknote im Auslande erhalten und stärken und dem Auslande zeigen, daß unsere Finanzkraft jeder Kriegsdauer gewachsen ist.

Am Stande der Notenbank beurteilt das Ausland die Finanzlage des Landes, und wenn ein guter Stand der Notenbank im Frieden von Nutzen ist, so erlangt er besonderen Wert, wenn es gilt, Verleumdungen des Feindes zu begegnen.

Die Ausschaltung des Goldgeldes aus dem allgemeinen Verkehr.

Von Direktor Dionys Beck.

Budapest, 18. April.

Im Februar 1914 hat der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes eine Arbeit über das Thema: „Die Zukunft des Goldgeldes im Rahmen eines neuen Geldsystems“ veröffentlicht. In den nachfolgenden Erörterungen versucht nun der Verfasser, seine Goldgeldtheorie durch die finanziellen und volkswirtschaftlichen Erscheinungen des Weltkrieges zu beleuchten.

Wir geben dem Aufsatz Raum, bemerken jedoch ausdrücklich, daß die Tatsache der Veröffentlichung von unserer Seite keine Stellungnahme zu der Theorie des Verfassers bedeutet.

Die Redaktion des „Pester Lloyd“.

In unserem großen wirtschaftlichen Organismus repräsentiert der Handel, in hervorragender Weise der internationale und überseeische Handel, der Weltteile und Länder miteinander verbindet und die Völker einander näher bringt, das friedlichere Element. Der Handel kennt wohl keine Feindschaft, darf aber auch keine Feindschaft kennen. Seine Komponenten sind: der Käufer, der das Interesse hat, gut zu kaufen, und der Verkäufer, gut zu verkaufen. Diese eigentlich widersprechende Tendenz führt in der Regel zu einem friedlichen Ausgleich.

Dieser Handel ist in dem gegenwärtigen menschenmörderischen, ethische und materielle Werte vernichtenden und zerstörenden Weltkrieg in arge Bedrängnis geraten, welche ihren schädlichen Druck auf die neutralen wie, in stärkerem Maße, auf die kriegführenden Staaten ohne Ausnahme ausübt.

Einer der hemmenden Faktoren ist die Verteuerung der fremden Zahlungsmittel, oder wie der terminus technicus lautet: die Verschlechterung der Wechselkurse, womit das energisch beanspruchte und behauptete Recht des Goldgeldes einhergeht, in dem internationalen Verkehr den ausschließlichen Austausch der Güter versehen zu wollen.

Wie in den ersten Anfängen menschlicher Kultur, wird auch jetzt Ware nur gegen Ware eingetauscht, und wo immer diese fehlt, kann im Außenhandel nur Gold den Ersatz leisten. Treu und Glauben, Surrogate haben jenseits unserer, zum Teil auch Deutschlands Grenzen, bei den Entente-Staaten in weit größerem Maße, weniger bei England, einen geringen Kurswert, jedenfalls einen bedeutend geringeren als die Devisen auch der kleinsten europäischen Staaten.

Andererseits sehen wir, daß in allen kriegführenden Staaten, im inneren Verkehr, die heute gegen Gold nicht einlösliche Banknote, unbeantstandet und ohne Vorurteil zu erzeugen, den Geldverkehr abwickelt und mit dem ihr zugewiesenen Werte den ganzen großen Gütertausch besorgt.

Nur in Rußland, wo ein Goldumlauf überhaupt nur in der Einbildung der Staatsbank lebte, sehen wir, daß die Banknote selbst im eigenen Lande in Disagio gelangte, was, wie wir glauben, von innerpolitischer Natur ist und auf Rechnung der autokratischen Regierung zu stellen ist. Es zeigt sich nämlich, daß das politisch bedrückte und jeder freien Regierung beraubte Volk, insbesondere seine große Mittelklasse, in seinen Gefühlen für den Staat diesem derart entfremdet ist, daß es für seine speziellen Interessen keinen Sinn hat und ihm keine Opfer bringen will.

Mit der Verteuerung der Devisen steht im engen Zusammenhang die Verteuerung der aus dem Zollausland importierten Waren, bei welchen es ausschließlich unsere Sache ist, ob wir diese Importe nur auf die für die Zwecke der Kriegführung und ihre Begleiterscheinungen unbedingt notwendigen Artikel beschränken wollen, deren erhöhte Lasten wir selbstverständlich mit den anderen des Krieges tragen müssen, oder aber auch auf solche erstrecken, die selbst im Frieden nur den Bedürfnissen des Luxus und der Genußsucht gelten und demnach vermieden werden sollten. Diese Umstände veranlassen uns, dem Goldgelde und der Devisen im wirtschaftlichen Leben eine Rolle zuzuwenden, innerhalb welcher diese nicht mehr die Eignung haben können, Erscheinungen auf dem internationalen Geldmarkt, wie wir sie jetzt in allen kriegführenden Staaten wahrnehmen und verzeichnen, hervorzurufen zu können.

Vor zwei Jahren haben wir in einer auch im Buchhandel erschienenen Studie: „Die Zukunft des Goldgeldes im Rahmen eines neuen Geldsystems“, welche seinerzeit an dieser Stelle ausführlich besprochen wurde, einer Idee das Wort geredet, welche unserer Ueberzeugung nach in dem gegenwärtigen Kriege die Probe auf das Exempel bestanden und die Reise für ihre praktische Durchführung erlangt hat. Wir standen darüber noch in Korrespondenz mit ausländischen Fachmännern und Fachschriften, als durch das ruchlose Attentat auf das Thronfolgerpaar in Sarajewo der casus belli mit Serbien gegeben wurde.

Dieser G. u. H. O. Chefredakteur des „Journal des Economistes“ schrieb uns am 20. Juni 1914, daß er in einer seiner nächsten Nummern eine Besprechung über unsere Studie erscheinen lassen wird, und bemerkte in

etwas unsicherer und tastender Weise, unter Hinweis auf England und nicht auf das eigene Land, wo zu dieser Zeit in der Banque de France beinahe mehr Gold war, als in den übrigen großen europäischen Notenbanken, daß seiner Meinung nach das Gold heute, weil man es nach Belieben haben kann, nicht mehr so begehrt ist und daß es in den wirtschaftlichen Beziehungen eine immer geringere Rolle spielt.

Er fügte noch hinzu: „Bestände nicht die Ursache wegen der Theaurierung, so würde man Gold genug haben,“ womit er aber eigentlich direkt unsere Idee förderte und zu ihren Gunsten argumentierte, da die Theaurierung in großem Maße und allgemein hauptsächlich dann erfolgt, wenn der Verkehr das Gold am dringendsten haben mußte.

Heute würde Mr. Guhot jedenfalls anderer Meinung sein, wenn er sich insbesondere aus den jetzigen Ausweisen der Banque de France belehren lassen will. Dort wird er lesen können, daß die Bank, welche vor dem Kriege bei vier Milliarden Francs Metallvorrat sechs Milliarden Francs Noten in Umlauf hatte, heute bei fünf Milliarden Francs ungefähr fünfzehn Milliarden Francs Noten in Zirkulation hat, d. i. um etwa 125 Prozent mehr als die Deutsche Reichsbank, welche, nebstbei bemerkt, heute fast doppelt so viel Gold hat, als zu Beginn des Krieges, und schon lesen wir wieder, daß das Notenemissionsrecht der Banque de France auf achtzehn Milliarden Francs erhöht wurde.

Luzatti antwortete uns erst im Oktober 1914 in der Zeitschrift „Credito E Cooperazione“, deren Direktor er ist, in einem uns eingeschickten Artikel, daß er „die Einstellung der internationalen Zahlungen bedauert und sie durch Schaffung neuer Organisationen, neuer Verbindungen zu ersetzen notwendig findet“.

Unsere Idee verfolgt auch den Zweck: unserem auf dem Goldgelde beruhenden Geldsystem eine neue Gestaltung zu geben, in welcher wir das Gold, als Mittel beim Ausgleich des Gütertauschverkehrs, im internen Verkehr ganz ausschalten wollen, im internationalen Verkehr aber auf die Notenbanken allein beschränken möchten.

Die Erfahrung, als bewährter Lehrmeister, lehrt uns, daß heute in allen großen Staaten in dem innern Verkehr, im Frieden wie auch jetzt im Kriege, auch bei den kriegführenden Staaten ohne Ausnahme die Banknote den Gütertausch im allgemeinen vermittelt und daß auch in jenen Staaten, wo Goldgeld stärker zirkuliert, es aus dem Verkehr ganz verschwunden ist, teils weil es von den Völkern aller Länder auch ohne jede äußere Ursache (Krieg, Handels- oder Selbstkrisis) thesauriert wird, teils von den Notenbanken insolge Siftierung der Barzahlung eingezogen und zurückgehalten wird. Wir können hier nicht unterlassen, zu erwähnen, daß deutsche Disziplin und deutscher Patriotismus, insbesondere mit Zuhilfenahme der Schulen, über hundert Millionen Mark Gold seit dem Beginn des Krieges aus dem Verkehr und aus den verschiedenen Tresoren der Reichsbank zuführen konnten, womit das deutsche Volk sich auch auf diesem Kampffelde ein ehrendes Zeugnis des Erfolges ausstellte.

Auch bei uns, wo nie ein nennenswerter Goldverkehr sich einbürgern konnte, wurden an die Notenbank über öffentliche Anregung namhafte Summen Goldgeldes eingeliefert, während in dem von Chauvinismus triebenden Frankreich ein ähnlicher Versuch ohne erwähnenswerten Erfolg blieb.

Wenn wir nun sehen, daß wir im internationalen Verkehr des Goldgeldes allenthalben entraten können, dann müssen wir mit logischer Konsequenz zu der Erkenntnis gelangen, daß der Tauschverkehr auf Gold nicht angewiesen ist, daß er Gold nicht verlangt, nicht benötigt.

Es entfällt damit die Pflicht für alle Staaten, im innern Verkehr die Goldbedeckung der Noten zu verlangen; die Banknote kann den Austausch der Güter, wie es ihre Aufgabe ist, auch dann vollkommen sichern, wenn die Noten bis zur Höhe von 70 bis 75 Prozent mit Staatspapieren und der Rest mit den aus den Geschäften der Bank resultierenden Aktiven gedeckt erscheinen.

Für die auf fremde Anleihen angewiesenen Staaten würde dieses System auch noch mit dem nicht zu unterschätzenden Effekt verbunden sein, daß eine große Menge Staatspapiere im Lande gebunden bleiben könnte, welche Summen wir in Oesterreich-Ungarn auf mindestens eine Milliarde taxieren.

Robert Peel hat auf die Erfahrung hin, daß im Verlauf von zwanzig Jahren für die in England in Umlauf gewesenen und nicht mit Gold bedeckten 20 bis 22 Millionen Pfund Noten der Bank von England nie Gold verlangt wurde, verfügt, daß die Bank gehalten ist, auch diese Noten auf Verlangen gegen Gold einzulösen, was mehr als eine Fiktion ist und jedenfalls eine bedeutend größere, als wenn wir gesetzlich feststellen, daß wir bei 40 Prozent, oder Deutschland bei 33 1/3 Prozent Goldbedeckung ein barzahlendes Geldsystem haben, auch wenn der Bedeckungskoeffizient in beiden Staaten, in normalen Zeiten, in der Regel ein viel größerer ist.

Man soll uns nicht einwenden, daß eine Bedeckung der Noten mit Staatspapieren einer Sicherung von Papier mit Papier gleichkäme, was auch die längst überlebte Ansicht der orthodoxen Anhänger der absoluten Goldwährung war, heute aber noch eher als überholt betrachtet werden kann.

In absolutistisch regierten Staaten ließe sich ein solcher Einwand noch geltend machen, allein ganz und gar nicht in dem modernen Staatswesen mit seiner sozialpolitischen Beschaffenheit. Wo der Staat die Gesamtheit des Volkes ausmacht und das Volk in dem Staat verkörpert erscheint, wo der Bürger das Leben des Staates und der Staat das der Bürger lebt, wo der Staat eine einigartige zentripetale Kraft bildet und, ohne paradox zu sein, deshalb auch eine zentrifugale wird, da wird und muß der Bürger, der im Parlament auch an dem Steueruder des

Staatschiffes steht, für alle Erfordernisse und für alle Verpflichtungen des Staates ohnehin selbst aufkommen. Wir halten mithin heute eine sogenannte Insovenz eines modernen Staates, welche sich in der Devaluierung, respektive in der Nichterfüllung seiner übernommenen Pflichten zu äußern pflegt, für ausgeschlossen. Die Kraft, die einem jeden Volke, in erhöhtem Maße einem freien Volke innewohnt, wird für die Bedürfnisse des Staates immer voll aufkommen können.

Die erfreuliche stetige Entwicklung unserer heutigen Rechtsordnung würde uns sogar gestatten, die Noten einer unter staatlichem Schutz und staatlicher Kontrolle stehenden Notenbank, ohne uns damit auf den knäppischen Standpunkt stellen zu wollen, auch ohne Bedeckung und ohne jede Sorge für irgendein Risiko zu akzeptieren; wenn wir trotzdem für eine limitierte Bedeckung einsehen, geschieht es nur hauptsächlich deshalb, um die Leitung der Bank in ihrem etwa lebhafteren Geschäftseifer in engeren Grenzen halten zu können und bei der Ausgabe von Noten vor Ueberstürzungen zu bewahren.

Nicht so verhält es sich mit dem internationalen Geldverkehr. In dieser Relation kann und muß Gold das alleinige Zahlungsmittel bleiben, welches als verlässlicher Exponent des Vertrauens für diese Rolle schon von der Natur ausgerüstet ist, zumal es die Eigenschaft besitzt, überall in der ganzen großen Welt einer jeden Ware, einem jeden Werte gegenüber als gleichwertiger Faktor zu erscheinen und in allen Ländern, wo immer die Einfuhr von Waren in der Ausfuhr keinen Ausgleich findet, die derart entstehende Differenz voll ebnen zu können. Auch sein Ursprung behindert das Gold in seinem Weltumlauf nicht, doch kann es wegen seiner Wanderlust und kraft seiner großen Begehrtheit nur mit Erbringung von Opfern festgehalten und von ständigen Theaurierungen nur schwer geschützt werden, wodurch es in seiner heutigen Form seiner Aufgabe nicht ganz entsprechen und seine Dienstleistung im internationalen Gütertauschverkehr nicht voll erfüllen kann.

Wir müssen demnach das Goldgeld, um es von den hier erwähnten Nachteilen befreien zu können, auch aus dem internationalen Verkehr im allgemeinen ausschalten und nur auf die Notenbanken beschränken, ihm aber zu diesem Behufe gleichzeitig eine ganz andere, und zwar demonetisierte Form geben. In Zukunft soll es in unserem Geldsystem keine Goldmünzen geben, woraus dem Staat und den Notenbanken eine Ersparnis an Prägekosten erwächst, und zwar auch jener, welche die Goldschmiede durch Einschmelzung von Münzen verursacht haben. Und das Gold, welches den Notenbanken künftighin die Basis für die Emission und für die Bedeckung ihrer Notenschaffens soll, kann nur das Barrengold sein, welches die Notenbanken nur in solchen Quantitäten zu beschaffen hätten, welche ihrer Erfahrung nach der Außenhandel erfordert.

Hieraus würde den Notenbanken ein weiterer Nutzen erwachsen, insofern sie gegenüber der heute bestehenden Bankordnung große Goldmengen nicht anschaffen und nicht halten müssen.

Diese Goldbarren müßten in allen Staaten von gleichem Gewichte und gleichem Feingehalte sein und ihr Wert wäre nach dem Paritätskurse zu berechnen; auch hätten sie überall in den Kellern jener Banken zu liegen, welche die Noten ausgeben und diese Noten können in ihrem Werte die Gesamthöhe des Goldwertes niemals überschreiten. Aus diesem Anlaß erachten wir es nicht für überflüssig, zu bemerken, obgleich wir es als selbstverständlich voraussetzen, daß die, unseren Vorschlägen entsprechend, gegen Hinterlegung von Goldbarren und von Staatspapieren zur Ausgabe gelangenden Noten weder äußerlich noch ihrem innern Werte nach sich voneinander unterscheiden, was immerhin nach außen, in der Organisation der Bank zum Ausdruck gelangen muß.

Empfehlenswert wäre es, aus diesem Grunde die Bank in zwei Einheiten zu teilen, von welchen eine die Ausgabe der Noten besorgt, während die andere das Bankgeschäft betreibt.

Die Bankabteilung kann dann die für ihre Geschäftsführung notwendigen Noten immer nur gegen Hinterlegung von Goldbarren oder von Staatspapieren von der Notenemissions-Abteilung übernehmen und in den Verkehr bringen.

In das System der internationalen Goldzahlungen fügte das geschäftliche Leben auch eine Institution ein, welche als Zeichen stärkerer Entwicklung der Kultur gewertet wird und welche den Ausgleich der Einfuhrsdifferenz oder der Zahlungsbilanz mit einem Surrogat, d. i. mit dem Goldwechsel oder der Devisen, vornehmen kann. Allein wie ein jeder Mandatar, konnte auch die Devisen ihre Betrauung in dem Sinne und dem Werte ihres Mandanten nicht ausfüllen, ihr Wert wurde deshalb je nach ihrer Herkunft beurteilt und daher kam es, daß von allen Devisen die gangbarste, die marktfähigste, die höher eingeschätzte die englische wurde, obgleich alle Goldstücke vom Paritätswerte abgesehen gleichwertig waren.

Der Weltkrieg hat diese Priorität des englischen Geldes rasch gebrochen, womit die stärkste englische Marke demolirt wurde; heute strebt der Dollar auf dem internationalen Geldmarkt nach der Welt Herrschaft, und tatsächlich ist der Livre Sterling in Amerika im Disagio. Gleichwohl blieb die Präferenz der Devisen, überhaupt als voller Ersatz des Goldgeldes zu gelten, bestehen, obgleich sie öfter und gerade in einer Zeit, in welcher sie nützliche Dienste leisten sollte, mehr Schaden verursachte, als sie Nutzen bringen konnte.

Selbst der ihr anhaftende und nicht zu leugnende Wert, daß sie sich im Ausgleichsverkehr, vom rein technischen Standpunkte beurteilt, gut bewährt, insofern sie bei der Ueberweisung von Weltteil zu Weltteil, von Land zu

Volkswirtschaft.

Die Ausschaltung des Goldgeldes aus dem allgemeinen Verkehr.

Von Miklós Ungar.

Budapest, 26. Mai.

Herr Direktor Dionys Bed hat in Nr. 110 des „Pester Lloyd“ einen beachtenswerten Artikel über die „Ausschaltung des Goldgeldes aus dem allgemeinen Verkehr“ veröffentlicht. Ehe wir seinen sinnigen Ausführungen näher treten, möchten wir zum besseren Verständnis einige Begriffe bestimmen, die, bisher mangels einer Präzision schwankend, bei unrichtiger Verwendung zu falschen Schlüssen trieben. Mit der Benennung „valutarisches Geld“ wird ausschließlich jene Geldart bezeichnet, in der der Staat seine Zahlungen leistet. Es gibt keine Ausnahme für diese Regel. Wer also dem Goldgelde gegenüber einfach vom Papiergeld spricht, verfängt sich schon in einem Netz, denn gleichwie das Papiergeld ist auch das Goldgeld nicht das wahre Zahlungsmittel. Den Ausgangspunkt bildet jene Geldart, in der der Staat jeweilig zahlt, also die Gold-, Silber- oder die Papierplatte. Den landläufigen Begriff „Bimetallismus“ kennt weder Theorie noch Praxis, er wird auch publizistisch falsch gesetzt, denn niemals kann Gold und Silber gleichzeitig valutarisches Geld sein, — der Staat zahlt, wenn in Metall, stets entweder in Gold oder in Silber, aber selbst in der Ausnahme nicht in beiden Metallarten. Der Aufbau des bereits erwähnten Artikels basiert auf der Annahme, daß die Geltung der Münzen durch die Eigenschaften (Werte) der Metalle bestimmt wird. Das wäre aber die reine, längst abgetane metallistische Theorie. Für die Beibehaltung und Ausdehnung dieser Theorie kämpft Herr Bed, wenn er expressis verbis ausspricht, daß „die Noten in ihrem Werte die Gesamthöhe jenes Goldwertes niemals überschreiten dürften, die in den Kellern der Banken in Goldbarren erliegen“. Die Chartalthorie sträubt sich gegen diese Auffassung und demzufolge auch gegen die Annahme des bezüglichen Vorschlages, denn die Geltung der Münzen beruht nicht auf ihrem Metallgehalte, was derzeit in der Praxis zufällig auch jener Umstand zur Genüge erhärtet, daß die Schwedische Reichsbank seit dem 1. Januar 1916 ihre Noten wieder in Gold einlöst, aber die Annahme neuen Goldes zu der dem schwedischen Währungssystem zugrunde liegenden Parität verweigert.*) Der gleiche Vorgang hat sich im Vorjahre, wenn auch in einer anderen Form, in Argentinien abgespielt. Argentinien hat, um den fortgesetzten, aber unwillkommenen Goldzufluß einzudämmen, Gold nur mit einem Disagio angenommen, das anfänglich ein halbes Prozent betrug, sich aber gradatim auf zwei Prozent erhöht hat.

Herr D. B. schreibt wörtlich: „Einer der hemmenden Faktoren (nämlich für die Entfaltung des Handels) ist die Verteuerung der „fremden Zahlungsmittel“, oder wie der terminus technicus lautet: die Verschlechterung der Wechselkurse...“ Das ist nur eine ungefähre, also der Kritik nicht standhaltende Bestimmung. Unzweifelhaft hängt wohl der Kurs der Devisen vom intervalutarischen Kurs ab, aber ein intervalutarischer Kurs bestünde auch dann, wenn der Begriff des Handels mit Devisen völlig ausgeschaltet wäre. Ein hervorragender Theoretiker der Finanzwissenschaft sagt: Unter dem Kurs der Wechselbriefe verstehen wir den Preis, ausgedrückt im „valutarischen Gelde“ des einen Landes, welcher gezahlt wird für diese Art wirksamer Anweisungen auf „valutarisches Geld“ des anderen Landes. Unter dem intervalutarischen Kurs hingegen verstehen wir den Preis, ausgedrückt in „valutarischem Gelde“ des einen Landes, welcher bezahlt wird für einen bestimmten Betrag des valutarischen Geldes des anderen Landes. Offenbar ist also der intervalutarische Kurs eine Erscheinung, die gar nicht davon abhängt, ob ein Handel mit Wechselbriefen stattfindet, und deshalb ist der Ausdruck „Wechselkurs“ zu eng.

Wenn wir an diesen nicht widerlegbaren Bestimmungen festhalten, fällt die unter Titel „Wechselkurs“ aufgebaute Ausführung des Artikelschreibers in sich zusammen. Die seinerseits verfochtene Meinung, daß die Devisen selbst des kleinsten europäischen Staates höherwertig sei als die „Surrogatzahlungsmittel“ beliebiger anderer Staaten, ist irrig, denn dem „Surrogatzahlungsmittel“ steht nicht das Gold, sondern „die Devisen“ gegenüber, und die Devisen ist nichts anderes als eine wirksame Anweisung auf „valutarisches“ Geld des anderen Landes. Die Platte dieses valutarischen Geldes kann aus Gold, Silber oder Papier bestehen, die aufgestellte These hielte aber einer Kritik auch in dem Falle nicht stand, wenn die bezügliche Währung Gold wäre, wie ja dies die beiden oberwähnten Fälle (Schweden, Argentinien) erhärten. Den Preis der Wechselbriefe bestimmt einfach Angebot und Nachfrage, für wirksame Anweisung auf valutarisches Geld, und die bezügliche Preisschwankung ist wenn auch eine unerwünschte, aber dennoch die normale Erscheinung. Der Artikelschreiber meint, daß auf Grund des „Münzpari“ das intervalutarische Pari festgesetzt werden könnte. Dem ist aber nicht so, denn dem intervalutarischen Pari müßte als Prämisse zumindest gleichartiges valutarisches Geld aller Länder vorangehen. Die Münzparität ist zwischen Deutschland und England aus folgendem Satzesatz leicht festzustellen:

*) Die Schwedische Reichsbank hat sich gesetzlich ermächtigt lassen, die statutarische Vorschrift, nach der sie Gold in Barren oder Münzen zum Preise von 2478,8 Kronen pro Kilogramm Feingold anzukaufen verpflichtet ist, vom 9. Februar bis zum 31. Juli d. J. außer Kraft zu setzen.

Volkswirtschaft.

Uebergang zur Friedenswährung.

— Die Richtung des Goldstromes. —

Von Dr. Ernst Matai.

Budapest, 8. Juli.

Der bei uns mehr nach seinem Pseudonym Ladon bekannte deutsche Finanzschriftsteller Leo Jolles hat zu Beginn des Krieges seine gesammelten Schriften aus der Friedenszeit in einem Werke, betitelt: „Im Reiche des Geldes“, herausgegeben. In einem der darin enthaltenen geistreichen Aufsätze heißt es vom Gelde: „Sein Wesen ist verbläht und lockt nur den Forscher an sich.“ Hätte der Autor das Buch unter dem Einflusse der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen herausgegeben, so würde er diese Anschauung gewiß revidiert haben, denn die Währungsfrage und die damit verbundenen Probleme, wie: Banknotenwesen, Gold, Parität, Agio usw., sind wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt und beschäftigen so intensiv die öffentliche Meinung, wie dies in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, zur Zeit der Valutaregulierungen, der Fall war. In Zeitungen, Flugschriften, wissenschaftlichen Werken und Enqueten wurde damals das Währungsproblem ebenso leidenschaftlich wie gründlich behandelt. Die erwähnten Fragen sind nunmehr wieder in Gärung begriffen. Ueber das Wesen der gegenwärtigen Veränderungen auf valutarischem Gebiete werden sich erst die Forscher späterer Zeiten ein klares Urteil bilden können, wenn die jetzt zutage tretenden Erscheinungen, objektiv und durch keinerlei Rücksichten verhindert, wissenschaftlich verwertet werden. Ebenso deplaciert wäre es, über die zukünftige Gestaltung der Währungsfrage schon jetzt irgendein Prognostikon aufzustellen; es sei nur an die treffliche Bemerkung Seltschick's erinnert, wonach die beste Valuta die Valuta des Siegers ist.

Von den verschiedenen Umständen, die das Währungsproblem beeinflussen, hebt sich aber ein wichtiger Faktor schon jetzt, und zwar nicht etwa in unbestimmten Umrissen, sondern in konkreter Form, ab; dieser Faktor ist das Gold, dessen Problem sich an der Hand ziffermäßiger Daten bereits demonstrieren läßt. Bevor wir aber über die gegenwärtige Richtung des Goldstromes Betrachtungen anstellen, wäre zunächst die Frage zu bereinigen, ob man überhaupt von einer „Richtung“ des Goldstromes reden kann; ob sich in den Goldbewegungen ein System feststellen läßt und ob sie nicht viel mehr dem Spiele der Zufälligkeiten ausgesetzt sind. Die Geschichte der Goldvaluta lehrt, daß „der Kampf um das Gold“ das beständige Ziel der modernen Valutapolitik gewesen ist und daß sich die Richtung des Goldstromes je nach den Erfolgen dieses Kampfes gestaltet hat.

Die erste Phase des Kampfes umfaßt die letzten drei Dezennien des vorigen Jahrhunderts, den Zeitraum, in dem mehrere europäische Staaten die Goldwährung eingeführt und zu diesem Zwecke beträchtliche Goldvorräte gesammelt haben. Der Goldvorrat betrug in Deutschland 1500 Millionen Mark, in Italien 500 Millionen Lire, in Oesterreich-Ungarn 1000 Millionen Kronen und in Rußland 1500 Millionen Rubel, als diese Länder in die neue Ära der Valutapolitik eintraten. In diesen dreißig Jahren hat also der sichtbare Goldvorrat der europäischen Staaten infolge der Valutaregulierungen um ungefähr sechs Milliarden Kronen zugenommen. Dies entspricht einem Durchschnitt von jährlich 200 Millionen Kronen, was mit Rücksicht auf die durchschnittliche Goldproduktion dieser Epoche von 600 Millionen Kronen pro Jahr und angesichts der damaligen internationalen Finanzlage immerhin die leichtere Aufgabe der valutapolitischen Bestrebungen war. Es fehlte aber schon zur Zeit der Vorbereitung der Goldvaluta nicht an Pessimisten, die die Ansicht vertraten, es werde schwerer sein, das Gold zu bewahren als es zu beschaffen.

Und in der Tat; die zweite Phase der Goldpolitik, die Zeit der Hochkonjunktur von 1905 bis 1912, ist durch den verschärften Kampf um das Gold gekennzeichnet, denn die Goldvorräte der Notenbanken erwiesen sich als ungenügend zur Entfaltung einer großangelegten, den erhöhten Anforderungen der Volkswirtschaft Rechnung tragenden Kreditpolitik. Die Goldvorräte konnten mit der Zunahme des Banknotenumlaufes und den gesteigerten Kreditbedürfnissen nicht Schritt halten. Die Theorie von der kurzen Golddecke begann zur drohenden Wahrheit zu werden. Die gespannte Lage erreichte ihren Kulminationspunkt in der Geldkrise von 1907, als in verhältnismäßig kurzer Zeit trotz Zunahme der europäischen Geldbedürfnisse und einer Bantrate von 7 Prozent in London und 7½ Prozent in Berlin den europäischen Notenbanken für amerikanische Zwecke beinahe drei Viertelmilliarden Kronen Gold entzogen worden sind. Dies war der Zeitpunkt, wo die ersten Autoritäten der Theorie und Praxis das Goldproblem wieder einem eingehenden Studium unterzogen und zu dem Resultat gelangten, daß zwischen der valuta- und kreditpolitischen Aufgabe der Notenbanken ein organischer Gegensatz besteht, der darauf zurückzuführen ist, daß die Aufrechterhaltung der Devisenparität und die Wahrung des Goldvorrates hohen Zinsfuß und strenge Kreditpolitik, die Befriedigung der Kreditbedürfnisse dagegen niedrigen Zinsfuß und liberale Kreditpolitik bedingen. Zur Abwehr einer zukünftigen, der Krise von 1907 ähnlichen Goldentnahme sind die verschiedensten Pläne aufgetaucht; in Deutschland wurde eine Bankenquête veranstaltet, und es gab viele, die einer Einschränkung des Goldverkehrs das Wort redeten; schließlich siegte aber doch die valutapolitische Richtung gegenüber den kreditpolitischen Bestrebungen. Man ist zu der Erkenntnis gelangt, daß der Vollwertigkeit der Valuta alle anderen Gesichtspunkte unterzuordnen sind und daß durch die Etablierung eines freien Goldmarktes

Das internationale Währungsproblem.

Von Dr. Ernst Masal.

Budapest, 29. August.

Den Bimetallisten kann, bei all den Irrlehren, die sie verbreitet haben, das Verdienst nicht abgesprochen werden, daß sie den internationalen Charakter der Währungsfrage unter sämtlichen valutapolitischen Richtungen am richtigsten erkannt und seiner wahren Bedeutung entsprechend eingeschätzt haben. Dieser Auffassung hat auf dem Londoner Bimetallistenkongress im Jahre 1894 der bekannte englische Bimetallistenführer Balfour in prägnanten Worten Ausdruck verliehen, indem er unter anderem ausführte: „Ich bin der festen Ansicht, daß wenn eine Frage in dieser Welt ihrem Wesen nach geeignet ist, durch ein internationales Übereinkommen behandelt zu werden, so ist es die Frage der Umlaufsmittel, mittels welcher die internationalen Geschäfte abgewickelt werden, denn es gibt keinen nationalen Wertmesser, der durch die Handlungsweise anderer Völker nicht berührt werden könnte. Durch die internationalen Beziehungen wird der nationale Wertmesser, mag er Gold oder Silber sein, zum Spielzeug der Gewalten, über welche die Nation als eine Nation nicht mehr Macht besitzt, als über die Winde des Himmels.“ Zur Bekräftigung dieser Behauptung wies Johann Balfour darauf hin, es können neue Goldminen entdeckt werden oder im Produktionsverfahren Neuerungen eintreten, andere Völker könnten ihre Valuta ordnen oder ändern, und immer wird dadurch auch der Wertmesser eines jeden anderen Landes eine Veränderung erfahren.

In der Balfourschen Feststellung liegt viel Richtiges, das umso schwerer ins Gewicht fällt, je intensiver sich die finanziellen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern gestalten. Denn darüber müssen wir einmal im klaren sein, daß das Schicksal einer Landeswährung heutzutage schon nicht allein von formellen Maßnahmen, von der Bestimmungen der Valuta- und Münzgesetze abhängt; die Valuta wird vielmehr von Kraftquellen gespeist, die mit dem Geld- und Kapitalmarkt im organischen Zusammenhange stehen und die dem Einflusse der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Inlande ebenso unterliegen, wie der jeweiligen Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz. Bei den zwischen den verschiedenen Geldmärkten bestehenden wechselseitigen Beziehungen ist es somit nur selbstredend, daß wenn zur Finanzierung einer reichen Baumwollenernte in Ägypten aus den Tresors der Bank von England Gold abfließt, die Folgen auch bei uns nicht ausbleiben, indem sich Zinsrate und Dividen auf Rückziehung kurzfristiger Auslandsforderungen in der Regel verteuern werden.

Dieser organische Zusammenhang zwischen den einzelnen Geldmärkten und Währungen — ein Ergebnis des fortgeschrittenen Effektenkapitalismus — ist bei der Herstellung der ersten Währungsbindnisse allerdings nicht genug klar erkannt worden, denn man war damals noch der Meinung, die Einheit der Valuta sei durch die Identität der Valutagesetze genügend gesichert. Dafür, daß auf diese Weise nur eine formelle, aber keine materielle Einheit der Währung erzielt werden kann, ist ein typisches Beispiel das negative Ergebnis der lateinischen Münzunion und die Auflösung des im Jahre 1857 gebildeten deutsch-österreichischen Münzkartells. Es wird gewiß niemand behaupten, daß — unter normalen Verhältnissen — die griechische oder rumänische Valuta mit der schweizerischen gleichwertig ist, wiewohl Griechenland ebenfalls zu den Mitgliedern der lateinischen Münzunion gehört und Rumänien sich in währungsrechtlicher Hinsicht der lateinischen Union formell angeschlossen hat. Ebenso bestand seinerzeit auch zwischen dem internationalen Wert des Mark und Guldenwechsels eine Diskrepanz, trotzdem die deutschen Silbertaler und die österreichischen Silbergulden auf derselben valutaren Grundlage ausgemünzt worden sind.

Die Währungsbindnisse früheren Ursprunges haben denn auch viel mehr politischen als wirtschaftlichen Zweck gedient. Frankreich wollte in den Sechzigerjahren durch die formelle Einheit des Währungsgeldes zwischen den Ländern der Union die politischen Bande festigen. Desgleichen hat sich nach den Ereignissen des Jahres 1866 die Erkenntnis durchgerungen, daß die weitere Teilnahme Oesterreichs an dem Münzkartell deplaciert wäre, welchem Umstande Oesterreich im Prager Frieden auch entsprechend Rechnung getragen hat. Es dürfte bei dieser Gelegenheit nicht uninteressant sein, zu erwähnen, daß nach Ausscheidung Oesterreichs aus dem Münzkartell zwischen den Pariser und Wiener Regierungen zwecks Anschlusses der Monarchie an die lateinische Münzunion ernstliche Verhandlungen eingeleitet worden sind, auf die jedoch Ungarn zu jener Zeit noch keinen konstitutionellen Einfluß ausüben konnte. Anerkannte Finanzpolitiker, wie Baron Hof und Alois Moser, propagierten damals diese Idee, die jedoch aus prinzipiellen und materiellen Gründen nicht verwirklicht worden ist. Das prinzipielle Hindernis war die übrigens wohlbegründete Forderung der österreichischen Regierung, die Münzunion möge vorerst von der Doppelwährung auf die reine Goldwährung übergehen; das materielle Hindernis aber lag in den staatsfinanziellen Schwierigkeiten der Monarchie, die eine umfassende Sanierung der Währungsverhältnisse damals noch nicht ermöglichten. Die Ausprägung der Acht- und Vierguldenstücke, die zu dieser Zeit in Angriff genommen wurde, ist ebenfalls ein Resultat der Bestrebungen, den eventuellen späteren Übergang auf das Frankensystem zu erleichtern.

Die Fachkreise sind sich nunmehr dessen vollkommen bewußt, daß das internationale Währungsproblem keine juristische, sondern eine finanzielle Frage ist, die nur bei gleichmäßigem finanziellen Unterbau der betreffenden Länder, bei Einheitlichkeit des Geldmarktes, der Notenbank und mehrerer anderer finanziellen Institutionen, kurzum: bei gemeinsamer Verwaltung des Geldwesens — wie dies hinsichtlich Ungarns und Oesterreichs der Fall ist —, oder aber nur unter der weiteren Voraussetzung gelöst werden kann, daß die Länder der Währungsunion sich gegenseitig eine so weitgehende finanzielle Unterstützung angeheihen lassen, die die Parität des Währungsgeldes im wechselseitigen Verkehr unter allen Umständen mit Erfolg zu sichern vermag. Eine staatliche Vereinbarung zur gegenseitigen Aufrechterhaltung der Währungsparität ist aber von außerordentlicher Tragweite. Ein solches Übereinkommen bedeutet nämlich die Gewährleistung der Währungsparität nicht nur zwischen den finanziell verbündeten Staaten, sondern auch gegenüber jedem dritten Lande. Denn, wenn von zwei Ländern, die im obigen Sinne eine Währungsabmachung getroffen haben, das eine Land, sagen wir A, das schwächere ist und seine Valuta im Auslande eine Wertverminderung erleidet, so werden die fremden Gläubiger ihre Forderungen auf das Land A zu dem paritätischen Umrechnungskurse im Lande B realisieren, dessen Valuta sie höher bewerten. Letzten Endes wird daher immer das stärkere Land die Opfer zu tragen haben, die mit der Aufrechterhaltung der Währungsparität des schwächeren Partners verbunden sind.

Diese Frage verdient auch aus dem Gesichtspunkte unserer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland eine Beleuchtung.

Eine der unumgänglichen Vorbedingungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen zwei Ländern besteht darin, daß die Valuta beider Teile geregelt sei, denn kein Zoll- und kein Eisenbahntarif hat im ausländischen Warenverkehr einen so prohibitiven Charakter, wie die schwankende Valuta. Es gehört dabei noch zu den geringeren Uebeln, daß zum Beispiel ein 30prozentiger Zollsatz bei einer 20prozentigen Entwertung der Valuta effektiv weniger beträgt. Bei uns, wo die Zollzahlungen prinzipiell in Goldmünzen zu leisten sind, hat diese Seite des Problems eine geringere Bedeutung als in Deutschland, wo selbst ein Antimetallist wie Knapp gerade aus dem erwähnten Grunde die Möglichkeit der Zollzahlungen in Goldstücken in Erwägung zieht. Bei einer dauernden Teuerung der fremden Zahlungsmittel verliert aber das ganze Zollsystem seine ursprüngliche Bedeutung. Die Monarchie kann Deutschland gegenüber die Zollsätze auf das Mindestmaß reduzieren oder sogar die Zollschränken abschaffen, wenn die Beschaffung der deutschen Zahlungsmittel ein Aufgeld bedingt, so steht dieses der Einfuhr gerade so im Wege, wie ein Zollsatz von gleicher Höhe. Es muß zwar zugegeben werden, daß wir dagegen unsere Rohprodukte oder andere Ausfuhrartikel im Verhältnis des Agios der Mark höher bewerten, beziehungsweise die Deutschen die in Frage kommenden Waren im Ausmaße des Disagios der Krone bei uns billiger beschaffen können, aber wie die Erfahrung lehrt, verliert diese Entwicklungstendenz ihre Bedeutung in dem Maße, in welchem sich die exportfähigen Landesprodukte infolge der gesteigerten Exportbestrebungen verteuern.

Vom Warenverkehr abgesehen, ist aber die geregelte Valuta der Monarchie auch aus dem Gesichtspunkte unserer finanziellen Relationen ein eminentes Interesse Deutschlands. Die Auslandsverschuldung der Monarchie hat vor Ausbruch des Krieges 12 Milliarden Kronen betragen, wovon 6-4 Milliarden auf Deutschland entfielen. Nach Einzurechnung der während des Krieges in Deutschland aufgenommenen Valutaanleihen beziffert sich die gegenwärtige Verschuldung der Monarchie gegenüber Deutschland mit 8 Milliarden Kronen. Nach diesem Betrag hat die Monarchie an Zinsen, bei einem Durchschnittssatz von $4\frac{1}{2}$ Prozent, jährlich 360 Millionen Kronen zu entrichten. Es wäre somit ein empfindlicher Verlust für die deutschen Kapitalisten, wenn sie diesen Betrag längere Zeit unter der Parität erhalten würden; dieser Verlust wird zwar zum Teil dadurch wettgemacht, daß ein erheblicher Teil der in Deutschland untergebrachten Emissionen aus der Monarchie auf Markwährung lautet, doch hätten letzterenfalls die inländischen Emittenten den Agioverlust zu tragen.

In dem herzustellenden wirtschaftlichen Verhältnis ist zweifelsohne Deutschland die wirtschaftlich stärkere und die Monarchie die wirtschaftlich schwächere Partei. Ueber die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie sind schon unzählige Meinungen geäußert worden. Das Wesen dieses Verhältnisses hat aber vielleicht niemand so markant wie Dr. Walter Rathenau, eine der ersten wirtschaftlichen Autoritäten Deutschlands, mit folgenden Worten bezeichnet: „Das Wesen der anzustrebenden Wirtschaft ist ein Organismus, in welchem die Stärke des einen Teiles die Schwäche des anderen ergänzt, so daß sie gemeinsam umso stärker nach außen hin wirken könne.“ Wenn wir die wirtschaftliche Annäherung in diesem Sinne auffassen, so möchten wir auf unsere Valutaverhältnisse hinweisen und sagen: „Hic Rhodus, hic salta!“ Hier ist ein Glied in unserem wirtschaftlichen Organismus, wo der Stärkere den Schwächeren zu ergänzen hätte. Wird man unseren Bestrebungen in dieser Beziehung deutscherseits das entsprechende Verständnis entgegenbringen, so scheint die weitere Frage von geringerer Bedeutung zu sein, nämlich: ob die Stützung unserer Valuta im internationalen Zahlungsverkehr durch Fixierung eines Relationskurses zwischen der Mark- und Kronenwährung oder durch Gewährung weiterer Valutaanleihen in Markwährung oder auf andere Art und Weise zu erfolgen hätte.

Die Wertbeständigkeit unserer Valuta.

Von Dr. Ernst Masai.

Budapest, 25. Oktober.

Die Hauptaufgabe der Valutapolitik bestand bisher in der Aufrechterhaltung der internationalen Währungsparität des Geldes. Die ganze Finanzorganisation eines jeden Staates ward in den Dienst dieses Zieles gestellt und die diesbezügliche Tätigkeit der Finanzverwaltung wurde als erfolgreich bezeichnet, wenn es gelungen ist, die Parität des Währungsgeldes im ausländischen Zahlungsverkehr zu sichern, oder aber wenn die fremden Wechselkurse nur eine ganz geringe Abweichung von der Parität bekundet haben. Offiziell wurde bloß das einzige Ziel angestrebt, daß die Beschaffung eines Kilogramms Feingoldes nicht höher zu stehen komme, als der im Münzgesetz festgestellte Währungspreis von 3280 Kronen, beziehungsweise im Auslande als der entsprechende valutatische Preis in Mark, Franken oder Pfund Sterlinge. Darauf war die Finanzverwaltung eines jeden Landes immer bedacht, daß um 100 Kronen, Mark oder Pfunde stets dieselbe Menge Feingoldes erhältlich sei, dagegen wurde aber niemals als eine valutapolitische Aufgabe der Regierung betrachtet, dafür zu sorgen, daß um 100 Kronen, Mark oder Pfunde auch stets daselbe Quantum von Weizen, Fleisch oder Tuch beschafft werden könne. Es ist auch in der Tat gelungen, die an erster Stelle bezeichnete Aufgabe mit größerem oder geringerem Erfolge zu lösen. Das sinnfälligste Ergebnis dieser Bestrebungen ist die Tatsache, daß der Weltmarktpreis einer Unze Standard-Goldes seit der letzten englischen Valutaregulierung, das heißt seit 1823, bis zum Ausbruche des Weltkrieges 77 Schillinge und 9 Pence betragen hat. Dagegen fand die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes im allgemeinen wenig Beachtung. In offiziellen Kreisen wurde an der juristischen Fiktion der Wertfestigkeit des Geldes festgehalten. Man nannte dieses Prinzip die „legale Wertkonstanz des Geldes“, worunter zu verstehen ist, der Gesetzgeber nehme an, daß 100 Kronen auch heute noch denselben Wert repräsentieren, wie vor 50 oder 100 Jahren. Hieraus folgt, daß wenn jemand auf seine 100 Kronen betragende Schuld 99 Kronen abstatet und mit einer Krone rückständig bleibt, der Staat wegen dieser Schuld von einer Krone seinen ganzen Rechtsapparat und seine exekutive Gewalt in Bewegung setzen wird, um dem Gläubiger zu der restlichen Krone zu verhelfen. Kann aber der Gläubiger von den 100 Kronen heute nur die Hälfte jener Gebrauchs- oder Genußmittel erwerben, die er sich zur Zeit der Darlehensgewährung hätte beschaffen können, so steht ihm keine gesetzliche Hilfe zur Seite, um ihn nicht nur nominell, sondern auch effektiv und materiell in dieselbe Lage zu versetzen, in der er sich befand, als er das Darlehensgeschäft mit seinem Schuldner abgeschlossen hat. Man pflegt zwar dagegen einzuwenden, daß der Gläubiger mit dieser Möglichkeit schon im vornherein gerechnet hat und daß er sich für dieses Risiko durch Anrechnung eines höheren Zinsfußes schadlos hielt, in der Tat denkt aber hierauf niemand bei Abschluß langfristiger Finanztransaktionen. Diese Eventualität, die den Gläubiger ebenso wie den Schuldner treffen kann, ist in den geltenden Währungssystemen eine eben jetzt hart empfundene Bürde, welche bisher unausgefüllt blieb. Wohl ist es wahr, daß man sich auch niemals ernstlich bestrebt hat, diesem Uebel zu steuern.

Der Aufmerksamkeit der Währungstheorie ist jedoch diese Frage nie entgangen und eine Reihe von Währungspolitikern hat auf diesem Gebiete schon wertvolle Anregungen gegeben. Die während des Krieges allervorwärts eingetretene Entwertung des Geldes hat nunmehr auch dieses Problem wieder nähergerückt. Die Situation ist nämlich heute die Kehreseite dessen, was in der Depressionsperiode von 1873 bis 1895 konstaterbar war. Damals war die Kaufkraft des Geldes im kontinuierlichen Steigen begriffen, das heißt, für eine gewisse Einheit des Geldes konnte man eine stets wachsende Menge von Waren beschaffen. Diese Tendenz wich im Jahre 1896 einer anderen, die sich in einer allgemeinen Preissteigerung bekundete, d. h. die Kaufkraft des Geldes verminderte sich, indem für dieselbe Einheit des Geldes eine stets geringere Warenmenge erhältlich war. Der Preissturz betrug nach den Sauerbeck'schen Indizes vom Jahre 1873 bis 1895 49 Prozent, die Preissteigerung bezifferte sich dagegen von 1896 bis 1914 mit 18 Prozent. Die während des Krieges eingetretene weitere Preissteigerung wäre nur insofern zu berücksichtigen, als dadurch die Abweichung vom früheren Preisniveau sich noch stärker akzentuierte. Die Steigerung und Verminderung des Kaufwertes des Geldes manifestiert sich mit einer solchen Kraft, daß jede Inflation, die sich auf dieses Symptom gründet, beinahe immer zutrifft. Die Spekulation à la hausse zur Zeit des sinkenden Geldwertes ist in der Mehrzahl der Fälle mit ebensovienig Risiko verbunden, wie es die Bianco-Beräufe waren in der Depressionsperiode von 1873 bis 1895. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese Erscheinung viele Interessen berührt werden; die Frage ist nur, ob es auch nun richtig und zweckmäßig war, die Bekämpfung dieser Symptome von den Aufgaben der praktischen Währungspolitik auszuschalten.

Die Lösung dieses Problems ist deshalb sehr schwierig, weil durch die Preisbewegungen entgegengesetzte Interessen berührt werden, steht doch die steigende Tendenz ebenso im Interesse gewisser Erwerbsklassen, wie an der entgegengesetzten Richtung andere Bevölkerungsschichten interessiert sind. Eben deshalb ist selbst die Theorie darüber noch nicht einig, welcher Tendenz das Eingreifen der praktischen Währungspolitik auf diesem Gebiete zu dienen hätte. Soll die Bestrebung auf die Steigerung der

Preise gerichtet sein, um dadurch den Aufschwung des Handels und der Industrie zu fördern oder auf die Verminderung der Preise, um dadurch den Interessen der Fixbesoldeten und Rentner zu dienen. — oder soll das gleichmäßige Preisniveau das anzustrebende Ziel sein? In der neueren Literatur wird die letztere Auffassung vertreten. Dagegen redet zum Beispiel Herzog La einer langsam ansteigenden Preissteigerung das Wort, indem er darauf rechnet, daß sich den größeren Einkünften des kommerziellen und industriellen Standes sukzessive auch die Bezüge der Fixbesoldeten anpassen werden. Es unterliegt in der Tat keinem Zweifel, daß durch gewisse valutapolitische Maßnahmen die Preisgestaltung — ohne Rücksicht auf die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse — beeinflusst werden kann. Die diesbezüglichen Bestrebungen werden von der Theorie mit dem Begriffe „Geldwertpolitik“ bezeichnet. Zu den ältesten Mitteln dieser Politik gehörte die Papiergeldinflation, das ist der Zustand, bei welchem die Regierung eine, den tatsächlichen Bedarf weit übersteigende Papiergeldzirkulation, die sie leicht reduzieren könnte, nur deshalb unterhält, weil das hiedurch verursachte hohe Preisniveau den Produzenten zutrifft. Die Regierungen sind häufig, gegen ihre bessere Einsicht, gezwungen, an diesem System festzuhalten und in der Frage der Valutaregulierung aus politischen Gründen eine gewisse Zaghaftigkeit zu bekunden, weil die geregelte Valuta mit dem Sinken der Preise verbunden wäre. In dieser Beziehung sind besonders charakteristisch „die amerikanischen Verhältnisse nach dem Bürgerkrieg“, zu welcher Zeit im politischen Leben die Inflationisten (Anhänger der Geldvermehrung) und die Resumptionisten (Fürsprecher der Einschränkung des überflüssigen Papiergeldes) einander ebenso gegenüberstanden, wie heutzutage die Demokraten und die Republikaner. Die Inflationisten agitierten damals bei den Wahlen mit der Parole: „Unser Gott, unser Vaterland, unser Papiergeld.“ Auf manche Schwierigkeiten ähnlicher Natur können wir auch bei den nach dem Kriege einzulegenden Valutaregulierungsaktionen gefast sein.

Die neueren Währungspolitiker empfehlen dagegen an Stelle der früheren, arg diskreditierten inflationistischen Geldpolitik eine ganze Reihe von modernen Mitteln, die sich zur Sicherung der Wertbeständigkeit der Valuta viel besser eignen würden. Unter den modernen Währungspolitikern war Geheimer Oberfinanzrat Dr. Karl Heiligenstadt, Präsident der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse, der erste, der auf die Möglichkeit der Stabilisierung des Geldwertes hingewiesen hat. Das Mittel hiezu erblickt Heiligenstadt in den internationalen Geld- und Kapitalbewegungen. Heiligenstadt geht nämlich von der Annahme aus, ein hoher Geldpreis in einem Lande müsse mit Notwendigkeit — wird der Zufluß nicht durch eine entwertete Valuta verhindert — die erforderlichen Geldmengen aus dem Auslande herbeiziehen, da das Geld, wie das Wasser, an allen Orten das gleiche Niveau einzunehmen strebt. Ist sodann in einem Lande eine große Menge Geldkapital überhaupt und besonders reichlich zur Ausleihung für Produktionsmittel disponibel, so wird um die vorhandenen Produktionsmittel ein reger Wettbewerb stattfinden: ihr Preis wird steigen und damit der Preis des Geldes, seine Kaufkraft, sinken. Zum Kauf einer Maschine, eines Grundstückes ist unter diesen Verhältnissen eine größere Summe erforderlich, als bei geringerem Geldwerte. Durch Sinkenhaltung der Kapitalbewegungen würde selbstverständlich eine entgegengesetzte Tendenz eintreten. Die internationalen Kapitalbewegungen können somit zur Nivellierung und Stabilisierung der örtlich, beziehungsweise zeitlich verschiedenen Kaufkraft des Geldes verwendet werden.

Von dem schwedischen Gelehrten Dr. Knuth Wicksell ist in seinem Werke über „Geldzins und Güterpreise“ die Idee angeregt worden, auf die Stabilisierung des Geldwertes direkt durch die Diskontopolitik der führenden Banken einzuwirken. Der Vorgang würde dabei der folgende sein: Bei unveränderten Preisen würde auch der Zinsfuß der Banken unverändert bleiben, bei steigenden Preisen müßte der Bankzins erhöht, bei fallenden Preisen erniedrigt und jedesmal auf dem so erreichten Stande erhalten werden, bis eine weitere Bewegung der Preise eine neue Veränderung der Zinssätze in dieser oder jener Richtung verlangt. Der kausale Konnex zwischen den Zinsfußveränderungen und den Warenpreisen besteht nämlich darin, daß die Zinsfußerhöhung als Steigerung und die Zinsfußermäßigung als Verminderung der Produktionskosten wirkt. Wicksell ist somit der Ansicht, daß jene von den englischen Klassikern bezweifelte, aber von mehreren der hervorragendsten heutigen Nationalökonomien behauptete Möglichkeit, einen Wertmesser von unveränderlicher Größe aufzustellen und somit die Warenpreise auf einem feststehenden durchschnittlichen Niveau zu halten, nicht nur in theoretischer, sondern, durch entsprechende Anwendung der Diskontopolitik, auch in praktischer Hinsicht wirklich vorhanden ist.

Der aus der österreichischen Grenzausschule hervorgegangene Wiener Währungstheoretiker Ludwig v. Mises hat in seiner valutapolitischen Studie über „Die Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel“ den Versuch unternommen, den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Kaufkraft des Geldes und den Zirkulationsmitteln nachzuweisen. Mises nimmt den Standpunkt ein, die Kaufkraft des Geldes stehe in einem umgekehrten Verhältnisse zur Menge der Zirkulationsmittel. Die Vermehrung der Umlaufsmittel führt daher zur Paralyse der Steigerung der Kaufkraft des Geldes, die Einschränkung der Notenzirkulation hat dagegen die entgegengesetzte Wirkung. Das Steigen und Sinken der Kaufkraft des Geldes ist aber gleichzeitig ein Symptom der Konjunktur; durch entsprechende Regelung der Notenzirkulation könnte daher der steigenden Tendenz der Hochkonjunktur und der sinkenden Tendenz der Depression entgegen gewirkt werden. „Wenn der Geldvorrat“ — sagt Mises — „in der Periode

29. X. 1916

Die Wertschwankung des Geldes.

Von Dr. Ernst Makai.

Budapest, 28. Oktober.

Ludwig Bamberger, einer der größten Währungs-
politiker Deutschlands, sagt in seinen valutapolitischen
Studien, wir haben seit hundert Jahren kein Land, wie
mächtig es immer gewesen, in einen schwierigen Krieg ver-
wickelt gesehen, ohne daß sein Geldsystem dadurch in Ver-
wirrung gebracht wäre. Die Finanzfachleute waren also
darüber stets im Klaren, daß eine Kriegsführung ohne
Schädigung der Valuta kaum denkbar ist. Hieraus folgt
auch der Grundsatz, der Staat müsse schon in Friedens-
jahren auf die Ordnung und Regelung der Finanzen eben-
deshalb bedacht sein und sich der Papiergeldemission ent-
halten, um im Kriege über ausgiebigere Ressourcen ver-
fügen zu können. Diese Auffassung widerspiegelt sich
charakteristisch in einer Aeußerung Herzka, der das
Papiergeld direkt als Kriegsschatz des Staates bezeichnet.
„Derjenige Staat — sagt Herzka —, der diesen Kriegs-
schatz in Friedenszeiten leichtsinnig vergeudet und das
Mittel, welches ihn in der Todesgefahr retten könnte, zu
einer Zeit, wo ihm noch hundertlei andere Möglichkeiten
zur Verfügung gestanden haben, ohne Bedenken verbraucht
hat, — ein solcher Staat taumelt einem tiefen Ab-
grunde zu.“

Es ist daher nicht verwunderlich, daß nunmehr alle
kriegsführenden Staaten auf die Papiergeldwirtschaft
übergegangen sind, und daß sich der Wert des Geldes
auch in diesem Völkerringen verändert hat. Schließlich
ist ja der Wert des Geldes auch unter normalen Verhält-
nissen nicht beständig. Der Unterschied in der Wertschw-
ankung des Geldes zwischen normalen und Kriegszeiten be-
steht aber darin, daß während der Wert des Geldes in
Friedenszeiten sich nur der Waren gegenüber verändert,
dem Währungsmetall, dem Golde, gegenüber aber unver-
ändert bleibt, zeigt das Währungsgeld (Banknoten, Pa-
piergeld, Silbermünzen) in Kriegszeiten auch dem Golde
gegenüber eine Wertschwankung. In der Literatur wird
die erstere Erscheinung des Währungswezens als die
relative, die letztere aber als die absolute Wert-
schwankung des Geldes bezeichnet. Heute stehen wir der
absoluten Wertschwankung des Geldes gegenüber. Es
teilen sich aber die Ansichten darüber, welche Umstände
die absolute Wertschwankung des Währungsgeldes, bezie-
hungsweise die Höherbewertung des Goldes im Kriege
verursacht haben. Der alte Streit zwischen der chartalisti-
schen und metallistischen Anschauung über das Wesen des
Geldes erfährt auch in dieser höchst aktuellen Zeitfrage
des Währungssystems eine Wiederbelebung.

Die Chartalisten behaupten, die Kaufkraft des Geldes
hätte sich gar nicht geändert, denn sie kann sich ohne den
Willen des Staates überhaupt nicht ändern. Wenn der
Staat nämlich ein Ein-Kronen-Stück für eine Krone pro-
klamiert, so hat das betreffende Geld- oder Papierstück
den Wert einer Krone. Es ist dies lediglich die bekannte
Knappische Ideologie vom proklamatorischen Gelde. Die
Ursache der abnormalen Preisverhältnisse liegt somit
nicht auf der Geld-, sondern auf der Warenseite, und ist
auf die bekannten Produktions- und Verkehrsschwierig-
keiten zurückzuführen. Nach dieser Theorie, welche die Wir-
kung der Vermehrung der Zirkulationsmittel auf den
Geldwert vollkommen ignoriert, stehen wir also jetzt
keiner Verminderung des Geldwertes,
sondern einer Verteuerung der Produk-
tion gegenüber. Die Metallisten dagegen, die nur
die Goldmünzen als vollwertiges Geld betrachten, neh-
men denselben Standpunkt ein, der von dem englischen
Bullion-Komitee bereits vor hundert Jahren vertreten
wurde, als das Parlament zur Feststellung der Ursachen
der zur Zeit der napoleonischen Kriege aufgetretenen
Valutaverschlechterung, die sich in einem Disagio der un-
einklösslichen Banknoten von 20 Prozent manifestierte,
eine eigene Untersuchungskommission eingesetzt hat. Diese
Kommission suchte zuerst die Ansicht derjenigen zu wider-
legen, welche die hohen Preise durch die damaligen kriegs-
wirtschaftlichen Zustände — die Kontinentalperre, erhöh-
ten Warenbedarf für Kriegszwecke usw. — erklären
wollten. Dagegen nahm die Kommission den Standpunkt
ein, a) daß infolge der übermäßigen Notenausgabe
(overissue) das uneinklössliche Papiergeld im Verhältnis
zur Münze im Werte vermindert (depreciated) sei;
b) daß die Wertverminderung der Noten eine Preiser-
höhung der Waren und fremden Wechselkurse zur Folge
hätte, und c) daß das normale Preisniveau nur durch
Einsparung der im Umlauf befindlichen übermäßigen
Banknoten, beziehungsweise durch die Wiederaufnahme
der Barzahlungen erreicht werden könne.

Die Richtigkeit der Feststellung der englischen Bul-
lion-Kommission, die in der Anschauung gipfelt, daß
zwischen der Vermehrung der Zirkula-
tionsmittel und der Preisgestaltung der
Waren ein organischer Zusammenhang
besteht, läßt sich auch durch die gegenwärtigen kriegs-
wirtschaftlichen Erscheinungen leicht demonstrieren. Die
gegenwärtige Kriegswirtschaft hat sowohl die Papier-, als
auch die Hartgeldzirkulation, ebenso aber auch den auf
Kredit aufgebauten bargeldlosen Zahlungsverkehr auf
breiter Basis erweitert. Es liegen nämlich seit längerer
Zeit Anzeichen der Papiergeldinflation auf dem euro-
päischen Kontinent, der Goldinflation in Amerika und
der Kreditinflation in England vor. Auf all diesen Wirt-
schaftsgebieten ist während des Krieges — wie bekannt —
eine allgemeine Preissteigerung eingetreten, die nach An-
sicht der Theoretiker ihren Ursprung, nebst anderen Um-
ständen, hauptsächlich aus der Vermehrung des effektiven
Geldes und der Geldsurrogate genommen hat. Dafür, daß
selbst die Vermehrung der Goldmünzen krisenhafte Zu-

stände verursachen kann, ist ein typisches Beispiel die Ge-
staltung des gegenwärtigen Geldwesens in den Vereinig-
ten Staaten, worüber sich die National City Bank in
einem ihrer Geschäftsberichte wie folgt geäußert hat:

„In gewöhnlichen Zeiten herrscht eine freie Gold-
Bewegung unter den einzelnen Ländern, die das Metall als
Grundlage für ihr Geldsystem benötigen, und die Wirkungen
eines zunehmenden Goldzuflusses verteilen
sich auf alle Länder. Heute aber fehlen die ausgleichenden
Momente. Der Handel unterliegt nicht den gewohnten Gesetzen.
Gold kommt nach Amerika in enormen Beträgen und unsere Ver-
käufe sind unbehindert von Konkurrenzangeboten, da die Nachfrage
dringend und Amerika der einzige Markt ist, in dem die Güter
gekauft werden können. Keine Aussicht ist vorhanden für irgend-
eine Gegenbewegung, so lange der Krieg dauert. Es ist ein selb-
staner Beweis der unbedingten gegenseitigen Abhängigkeit der
modernen Gesellschaft, daß wir nicht wissen, wie wir das
uns zufließende Gold mit Nutzen verwenden
können, bis normale Verhältnisse wieder hergestellt sind und
die anderen Länder in der Lage sein werden, uns etwas dafür zu
verkaufen. Wir wagen selbst nicht, unseren Kredit auszunutzen,
denn das kann nur durch Sorgen im großen vor seinen des Publi-
kums geschehen. Sorgen weit über die Bedürfnisse unserer natür-
lichen und sicheren Entwicklung hinaus. Die Lage des Landes
unter solcher Verschuldung, mit der Inflation der nominellen
Werte und so großen Ausgaben, die jene veranlassen, würde
sehr gefährlich und in der Tat hoffnungslos
sein, bis die Inflation beseitigt ist.“

Zu den charakteristischsten Symptomen der Kriegs-
währung gehört außer der Vermehrung der Zirkulations-
mittel und der Entwertung des Währungsgeldes auch die
allerorten auftretende Disruption der Zahlungsmittel
nach Gold und anderem Währungsgelde. Der erwähnte
Umstand, der sich eigentlich erst nach dem Kriege bei
freiem Goldverkehr stärker akzentuieren wird, besteht in
der Erscheinung, daß das „schlechte“ Geld vom „guten“
Geld verdrängt wird. Dieses Symptom wird nach Sir
Thomas Gresham, dem einstigen holländischen Finanz-
agenten der englischen Regierung, auch das Greshamsche
Gesetz genannt. Ueber das eigentliche Wesen dieser Erschei-
nung, die seit Jahrhunderten bei jeder Verschlechterung
der Währung zutage getreten ist, hat erst vor einigen
Jahren Georg Simmel in seinem großen Werke, be-
titelt „Die Philosophie des Geldes“, wahres Licht ver-
breitet.

Simmel betrachtet die Rolle des Geldes im Gesell-
schaftssystem mit dem Auge des Philosophen und erörtert
das Wesen des Geldes durch die Seelenwelt des Menschen.
Simmel weist mit Nachdruck auf die Doppelnatur des
Geldes hin, wonach das Geld einerseits Ware, anderer-
seits aber das Symbol von Werteinheiten ist. Im Hinblick
auf die erstere Eigenschaft wäre das Geld nach dem Werte
seines Metallgehaltes zu beurteilen, in letzterer Beziehung
sind aber die Funktionen des Geldes maßgebend. Nach
Simmel vereinigen sich die beiden Eigenschaften des Gel-
des unter normalen Verhältnissen derart, daß das Geld
von seiner Eigenschaft als Ware immer mehr einbüßt und
dagegen mehr den Charakter eines Symbols aufnimmt.
„Je günstiger die Lokalbedingungen der Geldfunktionen
sind,“ sagt Simmel, „mit desto weniger Substanz können
sie ausgeübt werden; so daß man paradoxerweise sagen
kann: je mehr es wirklich Geld seiner wesentlichen Bedeu-
tung nach ist, desto weniger braucht es Geld seiner
Substanz nach zu sein.“ Der Greshamsche Lehr-
satz bedeutet also nichts anderes, als
die Krise der Doppelnatur des Geldes.
Unter Einwirkung der abnormalen Verhältnisse erfolgt
nämlich eine Zweiteilung der im Umlauf befindlichen
Zirkulationsmittel. Zu der einen Gruppe gehört das
Metallgeld, welches nach seinem Warencharakter, zu der
anderen aber das Chartalgeld, welches nach seinen
Funktionen beurteilt wird. Dieser Zustand wird bei
geringeren Währungsverhältnissen, infolge der Emp-
findlichkeit des guten Geldes, immer eintreten müssen.

Es muß bemerkt werden, daß in Simmels Lehren
auch chartalistische Anschauungen enthalten sind; Knapp
sagt selbst über das Simmelsche Wert, es hat ihm manche
wertvolle Anregungen gegeben. Hiernach drängt sich
unwillkürlich die Frage auf, welche der vorher dargelegten
Theorien eigentlich die richtige ist. Die Antwort ist nicht
leicht. Bamberger mag recht haben mit der Bemerkung:
„Es gibt wenig Dinge auf der Welt, die einen so tiefen
Sinn in sich bergen wie das Geld, und wenige, unter deren
allerkümmteste Oberfläche einzudringen den Menschen so
schwer wird.“

Wir werden indes leichter zu einem abschließenden
Urteil gelangen, wenn wir bedenken, daß es eben zu den
Schwächen der doktrinalen Theoretiker gehört, daß sie
sich fixe Anschauungen zurechtlegen und dann alle Er-
scheinungen des wirtschaftlichen und finanziellen Lebens
einseitig immer aus demselben Gesichtswinkel betrachten.
Knapp sagt zum Beispiel, es sei „der Brückstein“ seiner
Theorie, daß sich mit derselben sämtliche Erscheinungen
der Geldverfassung spielend erklären lassen, was bei der
metallistischen Geldlehre nicht der Fall ist. Dabei ist aber
Knapps Theorie dennoch lückenhaft, denn sie gibt keinen
Aufschluß über die Ursachen der Wertschwankung des
Geldes und über die Grundlagen eines im Sinne der
Chartaltheorie aufzubauenen Notenbanksystems. Unter
den modernen Währungstheoretikern scheint nun Georg
Simmel den Nagel richtig auf den Kopf getroffen zu
haben, indem er auf die Doppelnatur des Geldes, wo-
nach sich darin materielle und symbolische Eigenschaften
vereinigen, hingewiesen hat. Hieraus folgt auch, warum
gewisse Erscheinungen der Geldverfassung aus metallisti-
chem, andere wieder aber aus chartalistischem Gesicht-
punkte gründlicher erklärt werden können. Die Wahrheit
bleibt immer Wahrheit, aus welcher Vorratskammer
auch die Argumente geholt werden. Wer mit kritischem
Auge betrachtet und mit praktischem Sinne erwägt, wird
sich dabei der Uebertreibungen beider Richtungen
enthalten können und die Vorgänge auf dem Währungs-
gebiete stets ihrem wahren Wesen nach beurteilen.

Valutafragen.

Von Eugen Winterkorn.

Budapest, 7. November.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, sowie die Volkswirtschaft des Krieges selbst, hat die Erkenntnis zutage gefördert, daß das Wesen einer guten Valuta sich von Zeit zu Zeit ändert. Es ist nun klar, daß demzufolge auch der Begriff über eine gute Valuta der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt und fallweise modifiziert werden muß. Für diese Auffassung liefert nicht nur die Praxis, sondern auch die Theorie Belege, deren Kapitel eine statische und dynamische Geldlehre beinhalten. Je nachdem, ob man das Geld von rein statischem oder rein dynamischem Gesichtspunkte aus beurteilt, kommt man zu verschiedenen Auffassungen über eine gute Valuta. Beide Richtungen, die statische und die dynamische, haben Vertreter. Auch tritt die Rücksichtnahme auf beide Richtungen in der Literatur auf und oft wird — wie zuletzt auf die Knappheitstheorie — hingewiesen, daß bei gewissen Erörterungen über das eine oder andere Problem nicht gebührend Bedacht genommen wurde. Bei Erörterung über eine gute Valuta soll man aber nicht so sehr einer Theorie, sondern vielmehr den Lehren und Schlüssen huldigen, welche aus den Tatsachen der jeweiligen Lage und wirtschaftlichen Entwicklung gezogen werden können. Diese Schlussfolgerungen sollen auf Basis der wirtschaftlichen Logik abstrahiert werden. Die Theorie soll nur die Rolle eines ersten Gehilfen spielen, dessen Ratschläge zwar gewürdigt, jedoch nur den Verhältnissen entsprechend angewendet werden sollen.

Die Theorie kommt hierbei nie zu kurz. Im Gegenteil, sie wird befruchtet, denn die Tatsachen, auf deren Basis gehandelt werden soll, bringen immer — der wirtschaftlichen Entwicklung gemäß — voneinander verschiedene und zumeist kompliziertere Erscheinungen ans Tageslicht. Daß dem so sein muß, und dem auch so ist, beweist, daß die Theorien und speziell die Geldtheorien auf Grund logischer Erwägungen der Tatsachen aufgebaut wurden und daß auf die Vertreter der einen oder anderen Richtungslinie die tatsächlichen Wirtschaftszustände von Einfluß waren. So ist Friedrich Genz — auf den sich auch Knapp bezieht — ein Vorkämpfer der staatlichen Theorie des Geldes. Genz war ein Verfechter der Metternichs und steht zweifellos unter dem Eindruck des Standes der damaligen österreichischen Valuta. Auch Knapp steht unter dem Einfluß seiner Zeit. Seine staatliche Theorie des Geldes fußt sehr auf den Erscheinungen, welche die Regelung und die Praxis der österreichischen und ungarischen Valutareform zutage gefördert hat. Dasselbe kann man von Lord Peel, Adam Müller, Adolf Wagner und speziell von Helfferich sagen, in dessen statischer Theorie der feste Wille verborgen ist, die deutsche Goldvaluta der englischen Weltvaluta gleichzustellen. Es braucht auch nicht weiter veranschaulicht zu werden, daß, wie die Schlussfolgerungen aller Theorien, auch die wirtschaftlichen Zustände der einzelnen Länder verschiedene sind. Dem ist es auch zuzuschreiben, daß auch die Valutaverfassungen voneinander differieren. Wenn wir einen Schritt weitergehen, so können wir sogar konstatieren, daß vor dem Kriege gerade die Valuten mit gleicher Verfassung, sogar mit Bündnissen umschant, die größten Abweichungen gegenüber der Parität, im Gegensatz zu anderen Valuten aufzuweisen hatten.

Die Volkswirtschaft eines Landes, sowie deren zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten spielen bei der Frage über eine gute Valuta die Hauptrolle. Demzufolge wird auch diese verschiedentlich beurteilt; man kann sogar behaupten, daß bei dieser Beurteilung auch die sogenannte „wirtschaftliche Weltanschauung“ eine Rolle zu spielen pflegt, da man sich von Valutaverfassungen eine indirekte Einwirkung auf gewisse wirtschaftliche Berufszweige verspricht. Das negative Agio der Valuten sowie die Kriegswirtschaft hat bei uns und auch in allen kriegsführenden Ländern die Valutafrage aufs Tapet gebracht. So hat auch der „Pester Lloyd“ von sehr beachtenswerten Autoren Aufsätze veröffentlicht, deren Ausführungen das Interesse nicht abzupprechen ist. In diesen Ausführungen wurde sogar das Problem eines internationalen Goldabkommens besprochen. So interessant auch diese Ausführungen sind, so wenig finden wir es am Platze, schon heute über die Valutafrage zu diskutieren. Dies umso mehr, da sich die Erörterungen an Theorien anlehnen, welche auf Basis vergangener Tatsachen aufgestellt wurden. Diese können möglicherweise auch in der Zukunft beherzigt werden, jedoch ohne Anwesenheit des Meisters kann man im Vorhinein auf Grund von Theorien kein richtiges Urteil treffen. Erst in vollständiger Kenntnis der Tatsachen läßt sich urteilen und theoretisieren. Dann kann auch die Geschichte zu Rate gezogen werden, so unserer bescheidenen Meinung nach die Valutafrage in England während und nach der Kontinentalperre, da bei uns und in Deutschland infolge des ähnlichen Zustandes massenhaft wirtschaftliche und valutatische Zustände zutage getreten sind, welche mit den damaligen in England kongruieren.

Derzeit halten wir es in bezug auf die Valutafrage als Gebot der Vernunft: zuzuwarten. Diese Ansicht scheint auch bei beiden Regierungen vorzuherrschen. Die vorderhand in Erscheinung tretende dynamische Frage unseres Valutaproblems ist durch die Ergebnisse der Kriegsanleihezeichnungen nach Möglichkeit gelöst, und es kann schon heute nicht verkant werden, daß je größer der Erfolg der Kriegsanleihezeichnungen, desto kleiner das Maß von Aufmerksamkeit ist, das dem dynamischen Problem jetzt und seinerzeit beizumessen sein wird. Bestehen wird es allerdings.

Wichtig ist jedoch auch die Rehrseite. Auch hier bewegen sich die Maßnahmen der Regierungen — trotz aller

Besultatigungen — im Rahmen eines Gebotes, das die Tatsachen erheischen. Allerdings soll zugegeben werden, daß die Errichtung der Devisenzentrale verspätet bewerkstelligt wurde. Man soll jedoch auch nicht unbeachtet lassen, daß — und dies wird vielleicht nach dem Kriege statistisch bewiesen werden können — die Aufrechterhaltung der Kronenparität nicht nur bei uns, sondern in erster Reihe auf den Auslandsmärkten, infolge der forcierten Bezüge von Gütern nicht hätte erreicht werden können. Hierzu gesellt sich noch der Umstand, daß der Devisenbesitz des gemeinsamen Noteninstituts gerade mit Bezug auf das jetzt neutrale Ausland am spärlichsten beschaffen war. Dies kann auch nicht verurteilt werden; war doch Devisen London und Paris seinerzeit vor dem Kriege immer dominierend und den jetzt neutralen Devisen überlegen. Wenn des weiteren ein schwedischer Schriftsteller der gemeinsamen Notenbank Vorwürfe macht und ihr unter anderen vor Augen führen will, daß sie mit einem 15prozentigen Bankdiskont in der Lage gewesen wäre die Parität aufrechtzuerhalten, so müssen wir dies entschieden als unberechtigt kennzeichnen. Gewiß hätte ein 15prozentiger Bankzinsfuß eine Rückwirkung auf die Devisenkurse gehabt, jedoch erscheint dies in Kriegszeiten als überaus problematisch.

Bei näherer Betrachtung der Sachlage dürfen wir auch nicht verkennen, daß der hohe, ja ganz abnormale Zinsfuß für die Volkswirtschaft eines Landes die gleichen Erscheinungen zutage fördern kann, wie ein negatives Agio. Streng genommen bedeutet auch der abnorme Zinsfuß ein negatives Agio in einem Lande, dessen Volkswirtschaft sich für einen höchstens sechsprozentigen Satz eingerichtet hat. Ein 15prozentiger Diskont hätte Verheerungen im Wirtschaftsleben hervorrufen können und die Finanzen des Staates, dessen Kriegsemissionen sich diesem Zinsfuß anpassen hätten müssen, einfach deroutiert. Umgekehrt wäre jedoch auch ein Bestreben, noch während des Krieges die Devisenkurse auf die Parität zu drücken, nicht von besonderem Interesse. Solche Künste würden eine Reaktion nach sich ziehen, da man doch beachten muß, daß in unserer Monarchie eine Unmasse neutraler Kronengelder liegen, welche auf den Paritätsstand, in vielen Fällen sogar — so z. B. Kriegsanleihezeichnungen von deutscher und neutraler Seite — auf ein Herabfallen der Kurse warten, um dann durch ihre logische Wanderung die erwähnte Reaktion hervorzurufen.

Alles zusammengefaßt, finden wir die bisherigen Maßnahmen der betreffenden Faktoren für ausreichend. Es wird nicht übers Ziel geschossen und die Klärung der Situation wird eben abgewartet. Wenn uns ein Rückblick in die Vergangenheit gestattet ist, so möchten wir gern die Institution der Devisenzentrale als eine Maßnahme kennzeichnen, welche mit der seinerzeitigen, im Jahre 1878 bewerkstelligten Silberperre gemeinsame Züge aufzuweisen hat. Auch seinerzeit wußten die Regierungen, daß mit der Silberperre nur ein Anfang gemacht worden ist und man der endgültigen Lösung der Frage nur nach Klärung der Verhältnisse nähertreten darf. So scheint es auch jetzt zu geschehen und wir sind der festen Zuversicht, daß die betreffenden Faktoren auf diesem Gebiete in unserer Monarchie, die doch — wie in keinem Lande — dank den seinerzeitigen Valutaverhältnissen über so enorme Erfahrungen verfügen, nach Bekanntwerden sämtlicher definitiven wirtschaftlichen und politischen Tatsachen, welche dieser Krieg zeitigen wird, Mittel und Wege finden werden, unsere Valuta in die früheren Bahnen zu leiten.

Der Verkehr in den ausländischen Zahlungsmitteln.

Außerungen von Fachmännern.

Wien, 13. November.

Arthur Kuffler.

Präsident des Vereines der Baumwollspinner.

Auf Ihre Anfrage, ob und welche Schritte meiner Ansicht nach im jetzigen Augenblick zum Schutze unserer Valuta, insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung unnötiger Importe unternommen werden sollen, erwidere ich, daß nach meiner Ueberzeugung eine staatliche Regelung des Importverkehrs während des Krieges von noch größerer Wichtigkeit ist, als nach dem Kriege, da jetzt alle Ausgleichsfaktoren, die wir bei Wiederkehr des internationalen Verkehrs erwarten und erhoffen, fehlen. Jede unnütze Verwendung unseres Devisenbestandes und unseres Auslandskredits muß sich jetzt viel stärker fühlbar machen als nach Beendigung des Krieges. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob die Ausfuhrverbote der neutralen Staaten an sich genügen würden, um unseren Import auf das Nützlichste zu beschränken; bei näherer Betrachtung wird man aber erkennen, daß die Wirkung bis zu einem gewissen Grade eine gegenteilige ist, weil die Ausfuhrverbote die uns wichtigsten Waren und Produkte betreffen, während der Import von weniger wichtigen, ja unnötigen und vielfach nur dem Luxus dienenden Waren zulässig ist. Es erscheint daher notwendig, daß der Import durch Verfügungen unserer Regierung geregelt werde. Die Beschränkung in der Abgabe von Devisen, wie sie die Devisenzentrale handhabt, kann diesen Zweck selbstverständlich nicht erreichen, insoweit es möglich ist, durch Verkauf von Kronenguthabungen oder auf Grund kurzfristiger Kredite den Einkauf im Ausland zu tätigen. Das einzige unbedingt und direkt wirkende Mittel ist das allgemeine Einfuhrverbot mit fallweisen Bewilligungen. Die einer solchen Maßregel entgegenstehenden handelspolitischen Rücksichten werden sich während des Krieges wohl unschwer beseitigen lassen.

Die Bewilligungen sollen für Artikel, deren Bewirtschaftung einer Kriegszentrale übergeben wurde, nur auf Antrag der Zentrale erfolgen. Dabei ist nicht nur die Notwendigkeit der Beschaffung des Artikels ins Auge zu fassen, sondern insbesondere auch die vom Gesuchsteller beabsichtigte Art der Auslandszahlung. Es wird somit jeder, der Waren importieren will, nachweisen müssen, ob er die zur Bezahlung notwendigen Devisen besitzt, beziehungsweise auf Grund welchen Kredits ihm die Ware geliefert wird.

Unrichtige Angaben müssen unter strenge Strafe gestellt sein. Die Erledigung der Ansuchen wird allerdings nicht den einzelnen Zentralen überlassen bleiben dürfen, da sie immer nur im Verhältnis zum gesamten Exportorden beurteilt werden können. Es wird sich daher empfehlen, das gegenwärtige Komitee der Devisenzentrale durch Vertreter der einzelnen Kriegszentralen, eventuell neu zu schaffender kaufmännischer Kriegsorganisationen und der Konsumentenkreise zu verstärken.

Eine Regelung des Importverkehrs auf dieser Grundlage wird die Möglichkeit eines vollständigen Ueberblickes geben und Umgehungen, die infolge von privaten Interessen das öffentliche Interesse schädigen, verhindern.

Arthur Lemberger.

Präsident des Vereines der Baumwollweber Oesterreichs.

Die Devisenzentrale geht von dem Standpunkte aus, daß sie selbst gegen Nachweis der Verwendung für den Konsum notwendiger Artikel keine ausländischen Zahlungsmittel zur Verfügung stellen kann. Dadurch wurde die ganze wichtige Frage des Schutzes unserer Valuta wieder aufgerollt und es ist eine Reihe von Vorschlägen aufgetaucht, welche in der Öffentlichkeit vielfach diskutiert werden.

Dem großen Importbedürfnis steht, wenn es auch bei der planmäßigen Absperzung nur zum kleinsten Teile befriedigt wird, ein nur relativ geringer Export gegenüber, infolgedessen sollen die spärlichen ausländischen Zahlungsmittel nur für den Bezug der allernotwendigsten Waren aufgespart bleiben. Daraus erklärt sich der Vorschlag nach einem Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln.

Die Verfügung, wonach die Rölle für unerwünschte Importe in effektivem Golde zu zahlen sind, hatte nicht die angestrebte Wirkung. Man weiß mit Berechtigung auf die Einfuhr von Pretiosen hin, welche das Reservoir der vorhandenen Devisen aufbrauchen und die Versorgung der Valuta für wichtige Artikel, soweit nicht schon Ausfuhrverbote wirksam sind, sehr erschweren würde, wobei ganz davon abgesehen werden soll, daß diese Nachfrage nach Devisen den Kurs unseres Geldes in den neutralen Auslandplätzen drückt.

So wenig gegen den erwähnten Vorschlag einzuwenden ist, so vorsichtig müßte man beim Abstecken der Grenzlinie für „Luxusartikel“ sein, da teilweise die Not aus Luxusartikeln der Friedenszeit nunmehr notwendige Bedarfsartikel der Kriegszeit machte. Ich verweise nur auf verschiedene Seidengarne für die Bekleidung oder manche Artikel der Approvisionierung. Aber die Knappheit an Devisen hat ersichtlich gemacht und einfach zur Zahlung in Kronenwährung geführt. Diesem Zustande soll ein Ausfuhrverbot für Kronen abhelfen, eine Maßregel, welche mit aller Vorsicht zu überlegen wäre, um nicht die ohnehin geringen Importchancen gänzlich zu stören. Schließlich ist ja eine importierte teure Ware unter der Voraussetzung, daß sie unter die Artikel des notwendigen Bedarfs zählt, noch immer wertvoller als gar keine.

Ob nun die Wechsel, Schecks und Anweisungen der Ueberprüfung der Devisenzentrale unterworfen werden oder

ohne Bedenken. Die Erfahrungen, welche wir mit jeder Art der Zensur machten, sind keineswegs so verheißungsvoll gewesen, um zu neuen Taten zu verleiten. Ebenso soll nach verschiedenen Vorschlägen die Ueberweisung von Guthaben inländischer Firmen mit einem Verbot belegt werden, was gleichfalls wegen der vollständigen Einschränkung jeder Bewegungsfreiheit nicht unbedenklich erscheint.

Im allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß wir für Luxusbezüge Devisen entbehren können, daß solche vielmehr für Gegenstände der Ernährung und Bekleidung aufzusparen wären.

Bei einem ausdrücklichen Importverbot möge die größte Vorsicht in der Auswahl der zu verbotenden Artikel geübt werden. Das Kronenausfuhrverbot wie das Guthabenüberweisungsverbot halte ich für gar nicht wirkungsvoll, weil sich noch vielleicht andere Kombinationen der Umgehungen werden finden lassen, welche ich hier nicht anführen möchte. Dabei würden die vorgeschlagenen Maßnahmen die Bestrebungen, unentbehrliche Artikel aus dem neutralen Ausland in die Kanäle des inländischen Konsums zu leiten, in unerwünschter Weise stören.

Ernst Schwarz.

Direktor der Bank und Wechselstuben „A. O. Mercur“.

Die Errichtung der Devisenzentrale ist seinerzeit lebhaft begrüßt worden, und man muß auch anerkennen, daß sie eine überaus ersprießliche Tätigkeit entfaltet hat. Wenn man sich erinnert, wie verworren die Verhältnisse vor der Zentralisierung des Devisenhandels gewesen sind und daß seither die wilden Schwankungen aufgehört haben, so wird man gegen die Institution als solche, die sich gut bewährt hat, gewiß nichts einwenden können. Eine andere Frage ist die, ob die Devisenzentrale nicht eine Ausgestaltung erfahren, die ihre Funktionsfähigkeit erhöht, und vor allem auch, ob nicht gewisse Maßnahmen getroffen werden müßten, durch welche Mißstände beseitigt werden, die man fälschlicherweise der Gestalt der Devisenzentrale zuschreibt. In der letzten Zeit sind in der Geschäftswelt zweifellos vielfach Klagen über die wenig befriedigende Gebarung der Devisenzentrale zu hören gewesen. Man hat sich hauptsächlich darüber beschwert, daß nicht alle Ansprüche von ihr genehmigt werden und daß die tatsächlichen Zuweisungen der Zentrale sich häufig verspäten. Hiedurch wäre man, wie behauptet wurde, bei Abschluß von volkswirtschaftlich wichtigen Einfuhrgeschäften gehindert gewesen, und auch bei Erfüllung von österreichischen Zahlungsverpflichtungen im Ausland sollen Schwierigkeiten entstanden sein. Diese Beschwerden entbehren gewiß nicht völlig der Begründung. Es ist aber leichter, sich in unnützen Klagen zu ergehen, als eine wirklich durchgreifende Abhilfe zu schaffen. Vor allem deshalb, weil die allgemeinen Verhältnisse fortbestehen, die eine normale Funktion des Devisenmarktes ausschließen. Die Ursachen des heutigen Zustandes liegen in der langen Dauer des Krieges, in der fast völligen Unterbindung unseres Außenhandels, bei gleichzeitigem Fortbestehen der Notwendigkeit, gewisse Bedarfsartikel vom Auslande unbedingt einzuführen. Solange diesen widrigen Verhältnissen nicht zu begegnen ist, solange werden die Schwierigkeiten der Devisenzentrale fortbestehen. Die Aufgabe muß sich darauf beschränken, die drückendsten Härten abzustellen und jene Einrichtungen zu bessern, die sich bisher bewährt haben. Und da wäre es vor allem empfehlenswert, den Kreis der Teilnehmer, die der Devisenzentrale angehören, zu erweitern.

Die Devisenzentrale ist bei uns durch freiwilligen Beitritt entstanden. Die Teilnehmer haben sich verpflichtet, einerseits alle ihre Einkünfte der Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen, andererseits alle Anforderungen ihrer Kundschaft bei der Devisenzentrale anzumelden. Dadurch sollte erreicht werden, daß der regellose Handel in Devisen und die damit zu befürchtende Kurssteigerung unterbunden, gleichzeitig aber eine gerechte Aufteilung der Vorräte verbürgt werde. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Kreis der Teilnehmer der Devisenzentrale zu eng gezogen ist. Diejenigen Firmen, seien es industrielle Unternehmungen oder Handelsfirmen, die Devisen für die Einfuhr von Rohstoffen oder von Fabrikaten benötigen und solche Devisen von der Devisenzentrale aus diesem oder jenem Grunde nicht zugeteilt erhielten, haben vielfach den Ausweg betreten, österreichische Kronen im Ausland zu begeben, um sich hiedurch die von der Devisenzentrale verweigerten ausländischen Zahlungsmittel zu beschaffen. Sie konnten dies ganz ungehindert tun, weil für sie die Vereinbarung, die benötigten Devisen bei der Devisenzentrale zu beschaffen, nicht besteht und niemand sie verhindern konnte, ihre hiesigen Kronengelder im Ausland zu verkaufen. Daß durch solche Operationen der Kurs der österreichischen Krone im Ausland stark gedrückt und hiedurch dem hauptsächlichsten Zweck der Devisenzentrale, den Wert der österreichischen Kronen so möglich nicht sinken zu lassen, entgegengehandelt wurde, liegt auf der Hand.

Eine Abwehr erscheint daher dringend geboten. Sie könnte vor allem darin bestehen, durch ein Gesetz, ähnlich wie im Deutschen Reiche, den Handel in Devisen stillos zu regeln. Der deutsche Bundesrat hat am 20. Januar 1916 eine Verordnung erlassen, wonach ausländische Geldsorten zur Auszahlung von Schecks usw. im Betriebe eines Handelsgewerbes nur bei den vom Reichstanzler bestimmten Personen oder Firmen gekauft, umgetauscht oder darlehensweise erworben werden dürfen. Wenn eine ähnliche Verordnung, die sich ja nicht völlig der deutschen Verordnung anschließen müßte, auch hier erlassen würde, müßte der Druck, unter welchem die österreichische Krone im Auslande sich jetzt befindet, sofort aufhören. Es würde aber auch der ziemlich bedeutende Handel in ausländischen Zahlungsmitteln, der sich außerhalb der Devisenzentrale hier gebildet hat, zum Stillstand kommen und der Zentrale die Möglichkeit gegeben sein, in höherem

ein anderer Weg gewählt wird, jedenfalls ist ein solcher nicht

Die Zukunft der Goldwährung.

Von Dr. Ernst Makai.

Budapest, 18. November.

Unter sämtlichen Finanzproblemen, die auf staatlicher Grundlage zu lösen sind, ist die Valutafrage zweifellos diejenige, die den Finanzverwaltungen zu jeder Zeit die größte Sorge verursacht hat. Besonders schwer gestaltete sich die Währungsfrage zur Zeit der knappen Goldförderungen, die zur Beschaffung und zur Erhaltung der nötigen Goldbestände kaum ausgereicht haben; dagegen besserte sich die Situation ganz wesentlich in den letzten zwei Decennien, als die Goldgewinnung bisher kaum geahnte Rekordziffern erreicht hat; die schwersten Sorgen wird aber die Währungsfrage erst nach dem Kriege bereiten, wenn der Uebergang auf die Friedenswährung — die Vermehrung des Metallschazes und die Reduzierung des Notenumlaufs — in all den Staaten, die am Weltkriege teilgenommen haben, in den Vordergrund der aktuellen Probleme treten wird. Die Aufgabe wird eben deshalb, weil es sich nicht um isolierte, sondern um internationale Erscheinungen handelt, keine allzu leichte sein und es hängt viel davon ab, ob die an dieser Frage interessierten Völker sich verstehen und zu der Erkenntnis gelangen werden, daß bei gegenseitiger Unterstützung das angestrebte Ziel leichter erreicht werden kann, als wenn jeder Staat, auf seine eigenen Vorteile bauend, das Währungsproblem als eine Machtfrage behandeln wird.

Bisher war es speziell England, das die Währungsfrage stets als eine Machtfrage aufgefaßt hat, zum nicht geringen Nachteil jener Völker, die sich in währungs-politischer Hinsicht nicht in derselben günstigen Lage befanden wie die Engländer. Es würde indes zu weit führen, wollten wir auf die Umstände, denen England seine valutarische Sonderstellung zu verdanken hat, näher eingehen. Wir möchten an dieser Stelle bloß darauf hinweisen, daß das Inselreich das erste Land war, welches die Goldwährung eingeführt hat, und da die übrigen europäischen Länder von England in finanzieller Hinsicht mehr oder weniger abhängig waren, sahen sie sich früher oder später ebenfalls gezwungen, auf die Goldwährung überzugehen, und zwar — wie Knapp behauptet — „nicht deshalb, weil Gold Gold, sondern deshalb, weil England England ist“, worunter nach der charialistischen Terminologie die empirische Tatsache zu verstehen ist, daß die Wechselparität bei gleichem Währungsmetall leichter aufrecht erhalten werden kann als bei Verschiedenheit der Metalle. Selfferich vertritt dagegen in der Währungsliteratur die Ansicht — was an dem Wesen der Sache übrigens nichts ändert —, daß für die Einführung der Goldwährung bei den übrigen Völkern nicht Englands Währungssystem allein, sondern hauptsächlich der Umstand maßgebend war, daß die Wertbeständigkeit der Valuta durch die Goldwährung besser gesichert werden kann, als durch die Silber- oder Doppelwährung.

Englands Rolle war auf dem Gebiete der Währungsverhältnisse eine äußerst bequeme, solange es sich allein der Goldwährung bedient hat, als sich aber auch die übrigen Kulturvölker dem Goldsystem angeschlossen hatten, sind auch im englischen Währungsweisen gewisse Schwierigkeiten aufgetreten. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die zweideutige Haltung Englands in der internationalen Währungsfrage und der englische Dünkel feierte auch auf diesem Gebiete wahre Orgien. Englands Bestrebungen waren nämlich stets darauf gerichtet, die übrigen Völker zur Beibehaltung der Silber- und Doppelwährung zu bewegen, um dadurch die eigene Goldwährung besser stützen zu können. Die Rede, die der englische Delegierte Goshen an der im Jahre 1878 stattgefundenen Pariser Währungskonferenz, im Auftrage seiner Regierung, über die Währungsfrage gehalten hat, bleibt für ewige Zeiten ein klassisches Beispiel der Zweischichtigkeit, die England in betreff der gemeinschaftlich zu lösenden internationalen Probleme bekundete.

Die Pariser Währungskonferenz vom Jahre 1878 hat — wie bekannt — auf Verreiben der in der Silberfrage interessierten Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs der Auffassung Ausdruck gegeben, es wäre wünschenswert, das Geldsystem unter gewissen Voraussetzungen auf beide Metalle, nämlich auf Gold und Silber, zu basieren. Goshen hat sich diesem Beschluß namens seiner Regierung angeschlossen, erklärte aber, daß das offizielle England beabsichtige, nicht an seiner bewährten Goldwährung zu rütteln. Trotzdem würde es aber seine Regierung gern sehen, wenn das Silber im Währungssystem anderer Völker der „Partner“ des Goldes wäre, denn wenn die Goldwährung in sämtlichen Staaten Eingang finden würde, so könnte dies zu einer Weltkatastrophe führen („une crise plus désastreuse que toutes celles, dont le monde commercial a gardé le souvenir“). In der darauffolgenden internationalen Währungskonferenz im Jahre 1881 ist England in der Aufstufung der Silberwährung auf andere Völker um einen Schritt weitergegangen, indem der Vertreter der englischen Regierung erklärte, die Bank von England sei prinzipiell bereit, ein Viertel seines Metallschazes in Silber anzulegen, vorausgesetzt, „daß die Münzämter der übrigen Staaten auf die Anwendung von Maßnahmen zurückgehen, welche die jeweilige Umsetzbarkeit des Goldes gegen Silber und des Silbers gegen Gold zu einer fixen Relation sichern würden“. Solche Maßnahmen, die die valutarische Position Englands noch mehr gestärkt hätten, sind aber, wie bekannt, nicht ergriffen worden.

Trotz der aufgetauchten Schwierigkeiten ist es aber England gelungen, nicht nur die reine Goldvaluta auf-

rechtenerhalten zu lassen, sondern auch eine gemeinsamen Zukunft erzogen zu haben. Auch die Intelligenz, die zweifelsohne die geistige und moralische Führung des Volkes übernehmen muß, wenn dessen Abhängigkeit an die Staatsidee gesichert werden soll, müsse es in der einzig zum Ziele führenden Weise tun, nämlich im Volk in dessen Sprache sprechen. Nach dieser Rede nahm die Generalversammlung den Jahresbericht und die Rechnung der Rechnungsrevisoren zur Kenntnis. Die Gesellschaft hat zurzeit 16.055 Mitglieder, unter die sie ein vom Rechnungsrat Ludwig Janovecz redigiertes Prachtwerk über den Weltkrieg verteilen ließ. Hierauf wurde das künftige literarische Programm der Gesellschaft besprochen; an der Debatte beteiligten sich Oberstudiendirektor Hofrat Floris Cherven, Redakteur Karl Eszesotta und Sektionsrat Josef Papp. Es wurde unter anderem beschlossen, im Laufe des Jahres ein illustriertes Werk mit geeigneten Aufsätzen aus dem Kreise der Sanitätspflege, der Volkswirtschaft und der Belletristik herauszugeben und den Mitgliedern unentgeltlich zuzulassen. Auf die vierte Kriegsanleihe wird die Gesellschaft 20.000 Kronen zeichnen. Zum Schlusse wurde Bischof Dr. Wolfgang Radnai zum Präsidenten, Obergepan Dr. Mikolaus Ostroluczy zum Zweitpräsidenten, Ministerialrat Dr. Paul Ruffny zum Sekretär, Dr. Georg B. ... wesentlich gefördert hätte. Deutschland hat aber, wie Herkules am Scheidewege, die schwierigere Aufgabe gewählt, in der Hoffnung, daß das große Opfer ein entsprechendes Resultat zeitigen wird, und daß die deutsche Valuta mit der Zeit auf dem Weltmarkte mit der englischen Valuta gleichrangig bewertet wird. Deutsche Zähigkeit, Ausdauer und Opferwilligkeit haben auf wirtschaftlichem Gebiete schon viel Unglaubliches geleistet und nur der Ausbruch des Weltkrieges hat es vereitelt, daß die deutsche Valuta den ihr gebührenden würdigen Platz neben der englischen einnehme. Deutschland ließ sich zweifelsohne durch höhere Gesichtspunkte leiten, als es die Etablierung eines freien Goldmarktes angestrebt hat. Das Deutsche Reich wollte auch auf diesem Gebiete hinter England nicht zurückbleiben und hat zur Erreichung dieses Zieles selbst auf Kosten der inländischen Kreditverhältnisse keine Opfer gescheut. Sonst mag es kaum erklärlich sein, daß gerade die offiziellen Kreise, darunter in erster Linie die Leitung der Deutschen Reichsbank, die hartnäckigsten Verteidiger des freien Goldverkehrs waren, obwohl dieses System insbesondere für die Notenbank die größten Lasten involviert.

Die riesigen Anstrengungen, die die Kulturländer für die Aufrechterhaltung der Goldvaluta entfaltet haben, sind aber nicht nur im Hinblick auf die stärkeren Staaten, wie England oder Deutschland, sondern auch hinsichtlich der schwächeren, die zu den Schuldnerstaaten gehören, gleichfalls motiviert. Es mag vielleicht paradox klingen, aber die finanziell schwächeren Staaten haben sogar ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung der Goldwährung als die stärkeren, zumal die Schuldnerländer — wie eingangs erwähnt — von den Gläubigerländern finanziell abhängig sind. Knapp hat in dieser Beziehung recht, nur muß man auch von seiner These die nötigen Konsequenzen ableiten. Denn beurteilt der Gläubigerstaat die Bonität der Valuta nach dem Goldvorrat der Notenbank, so wird das Schuldnerland gewiß bestrebt sein, seinen Goldvorrat zu vergrößern; sieht der Gläubiger in der Barzahlung die Garantie für die Wertbeständigkeit der Valuta, so wird der Schuldner bemüht sein, auf das System der Barzahlung überzugehen; ist dem Gläubiger das Papiergeld widerwillig, so wird der Schuldner sich auf die Hartgeldzirkulation einrichten müssen. Das Schuldnerland wird sich vergeblich auf die Lehren der Chartalität berufen, es wird vergeblich auf seine die Währungsparität gewährleistende großzügige Devisenpolitik hinweisen, auch wird es vergeblich auf die Vorliebe seiner Bevölkerung zum Papiergeld verweisen; der Gläubiger wird ihm zwar Glauben schenken, aber nur dann, wenn das Schuldnerland dagegen einen höheren Zinssatz bewilligt, oder einen niedrigeren Emissionskurs akzeptiert.

In dieser Beziehung war ganz symptomatisch das Währungssystem Rußlands, dieses typischen Schuldnerlandes, vor dem Kriege. Es gibt vielleicht kein zweites Land, welches für seine Valuta soviel Opfer gebracht hatte, als Rußland. Der russische Wechselkurs war gegen Ende der neunziger Jahre im internationalen Verkehr schon genügend stabilisiert; der Papierrubel hat sich im Zahlungsverkehr ganz eingebürgert, aber die Gläubiger wünschten von Rußland die Einführung der Goldvaluta, sowie die Aufspeicherung eines großen Goldvorrates, und Rußland ist diesem Wunsche auch folgsam nachgekommen, richtete seine Notenbank unter Vernachlässigung des Kreditgeschäftes als eine im Geiste der Peel's-Akte geleitete Valutenbank ein, nur um die Gunst seiner Gläubiger nicht zu verscherzen.

Die finanzielle Kriegswirtschaft hat das Problem des Papiergeldes wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt, und es mehren sich die Stimmen, die der Beibehaltung der Papiergeldwirtschaft und der Abschaffung der Goldwährung das Wort reden. Wird aber das Währungssystem jemals eine gründliche Veränderung erfahren, und werden die Staaten in ihrer Valutapolitik den chartalistischen Lehren mehr Raum geben, so kann dies auf die Dauer nur dann eintreten, wenn die Initiative hierzu von den Gläubigerländern England, Frankreich und Deutschland ausgeht wird. Hierzu ist aber vorderhand wenig Aussicht vorhanden, denn England kann die mit der Aufrechterhaltung des Metallverkehrs verbundenen Opfer leicht ertragen und das sichert auch dem Inselreiche die valutarische Sonderstellung anderen Staaten gegenüber; für andere Völker hat aber England noch niemals Opfer gebracht. Der bekannte Anhänger der Knappschen Währungstheorie, Miklos Ungar, sagt in einem seiner polemischen Aufsätze: „Wenn die Zentralmächte siegen, dürfte mit diesem Sieg die so sehr verbreitete Goldwährung fallen.“ Dieser